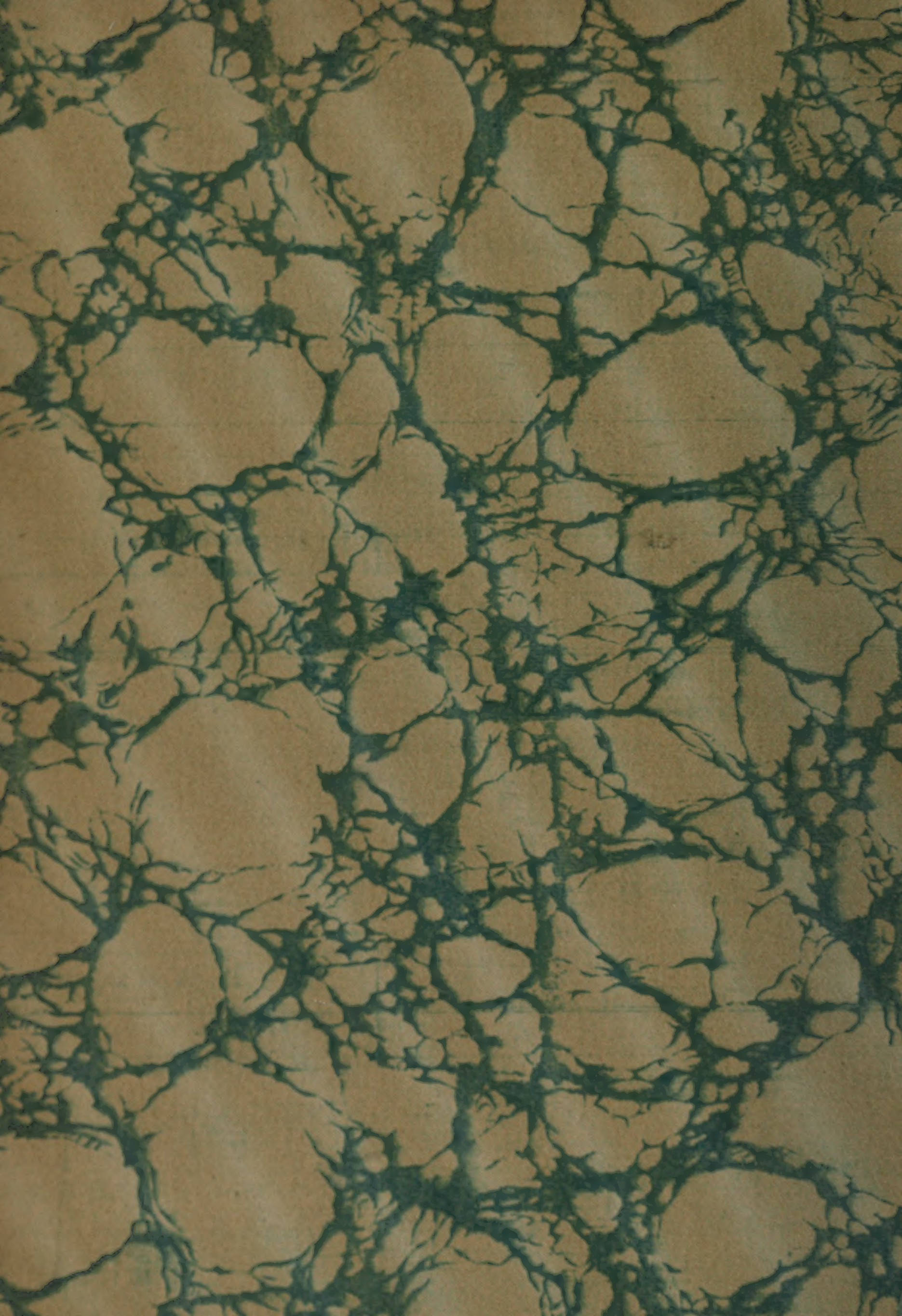
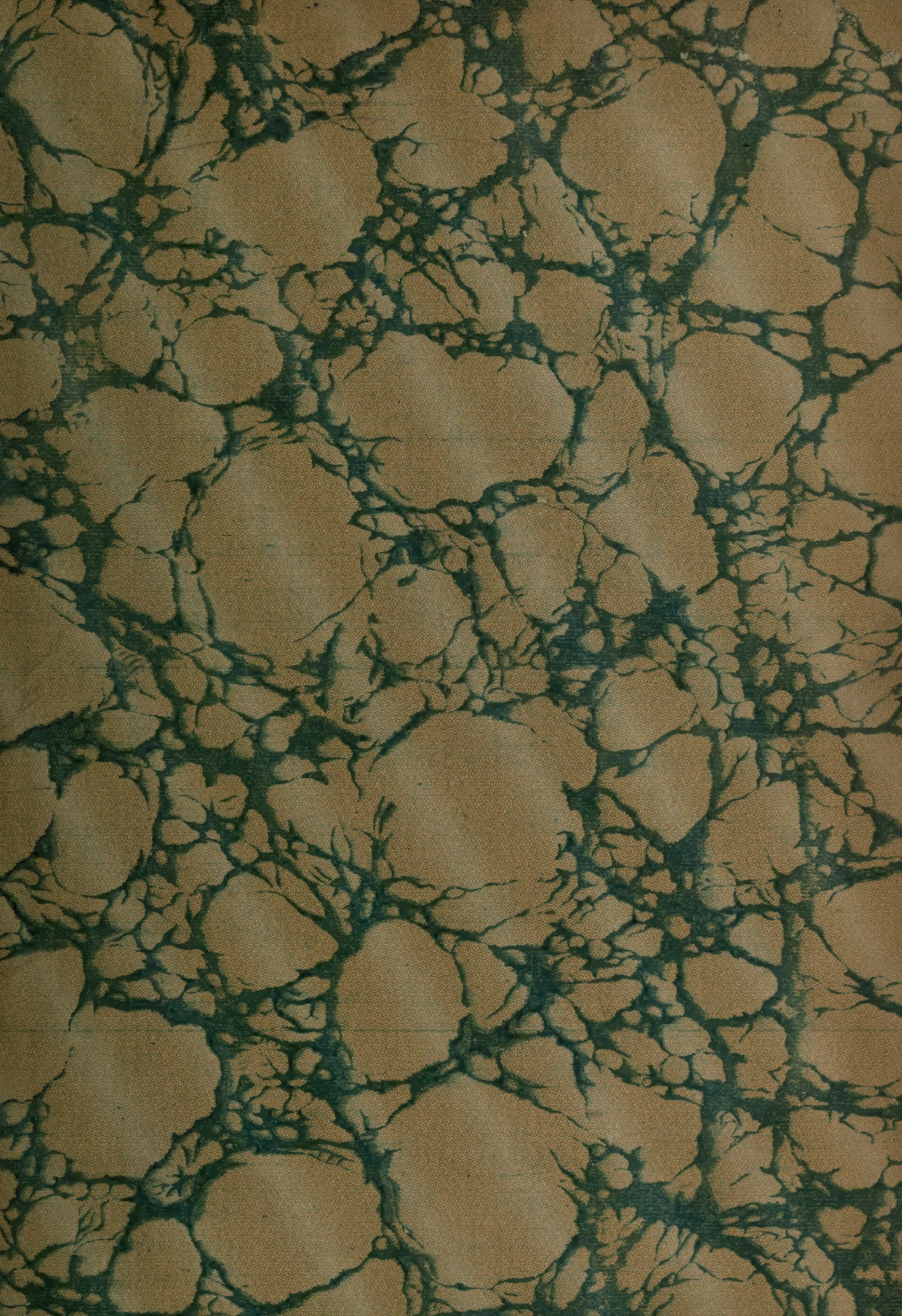
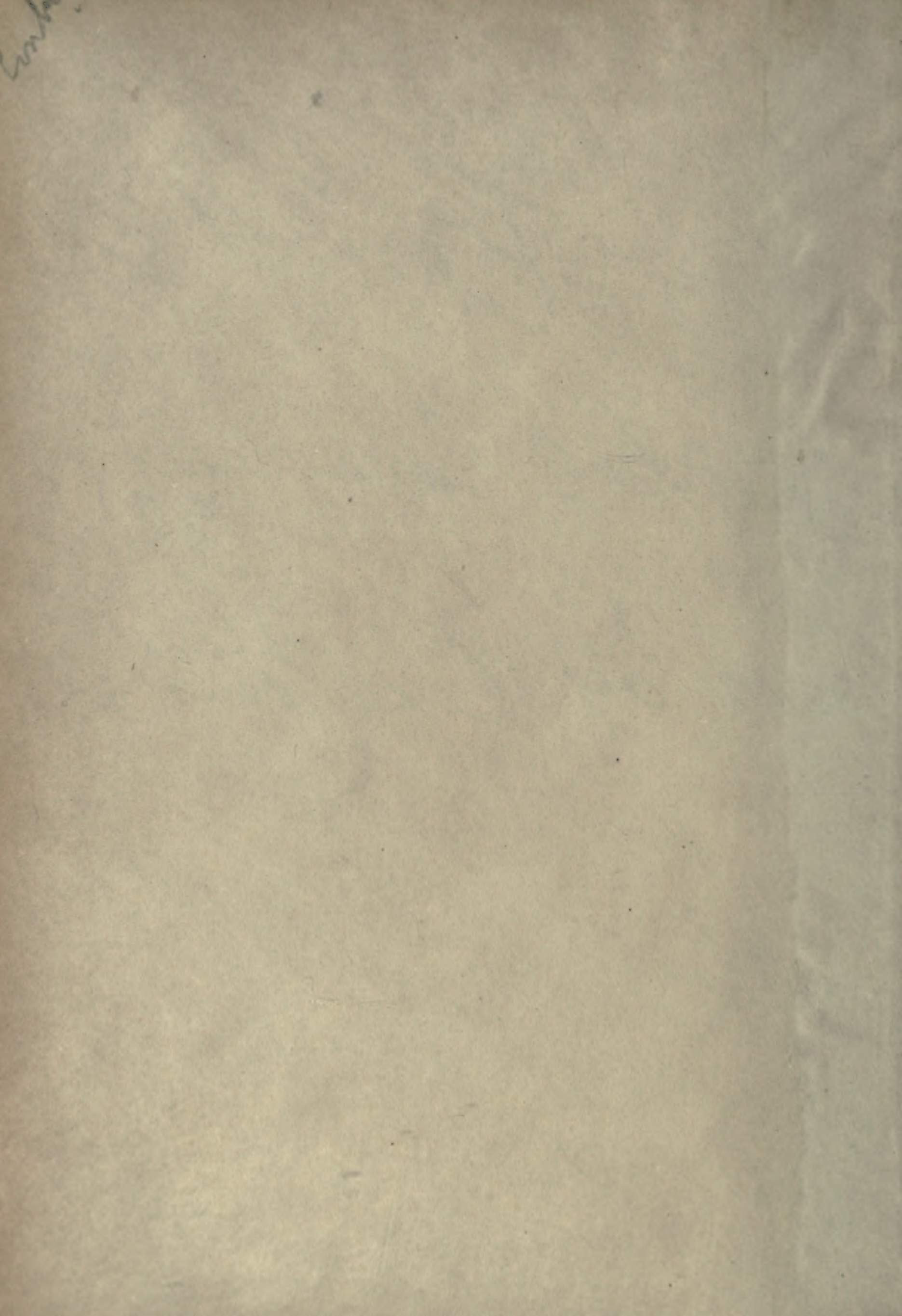








LÉGISLATION ALLEMANDE POUR LE TERRITOIRE BELGE OCCUPÉ

Législation Allemande pour le Territoire Belge Occupé

(TEXTES OFFICIELS)

RÉDIGÉE PAR

CHARLES HENRY HUBERICH

DOCTEUR EN DROIT, ANCIEN PROFESSEUR DE DROIT À L'UNIVERSITÉ STANFORD (CALIFORNIE), MEMBRE DU BARREAU DE LA COUR SUPRÊME DES ÉTATS UNIS DE L'AMÉRIQUE, AVOCAT

LA HAYE - PARIS - BERLIN - HAMBOURG

ET

ALEXANDER NICOL-SPEYER

DOCTEUR EN DROIT, AVOCAT À LA COUR DE CASSATION DES PAYS-BAS

LA HAYE - ROTTERDAM

ONZIÈME SÉRIE

1 Avril 1917—28 Juin 1917

(Nos. 328—362)



LA HAYE
MARTINUS NIJHOFF
1917



Gesetz- und Verordnungsblatt
für die okkupierten Gebiete Belgiens.

Bulletin officiel des Lois et Arrêtés pour le territoire belge occupé.

Wet- en Verordeningsblad voor de bezette streken van België.

No. 328. — 1. APRIL 1917. Pag. 3513

VERORDNUNG, ***

betreffend die Bekämpfung der Räude der Pferde und sonstigen Einhufer.

Zwecks Bekämpfung des vermehrten Auftretens der Räude unter den Pferdebeständen der Zivilbevölkerung verordne ich was folgt:

Art. 1. Jeder Ausbruch und jeder Verdacht des Ausbruchs der Räude (Sarcoptes- oder Dermatocoptes-Räude) bei Pferden ist dem Bürgermeister der Gemeinde, in der sich die seuchenkranken oder seuchenverdächtigen

---

*** Bei den mit drei Sternen bezeichneten Verordnungen ist Bekanntgabe auch durch Maueranschlag beabsichtigt. Die übrigen sind durch die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise insbesondere an die Interessenten bekannt zu geben.

Les arrêtés marqués de trois astérisques seront affichés. Les autres doivent être portés à la connaissance du public et spécialement des intéressés par les administrations communales, qui procéderont ainsi qu'elles ont coutume de le faire.

De met drie sterretjes gemerkte Verordeningen worden ook door middel van aanplakbrieven bekend gemaakt. Alle andere Verordeningen moeten door de gemeente-overheid volgens de gebruikelijke wijze van bekendmaken vooral aan de belanghebbenden medegedeeld worden.

Tiere befinden, sofort anzuzeigen. Anzeige an den Bürgermeister der eigenen Gemeinde ist auch zu erstatten, wenn Pferde mit räudekranken in Berührung gekommen sind.

Die Verpflichtung zur Anzeige liegt dem Besitzer oder seinem Beauftragten, ferner den praktischen Tierärzten und den Veterinärbeamten ob.

Der Bürgermeister ist verpflichtet, von jedem Ausbruch oder Verdacht des Ausbruchs der Räude oder der Anzeige einer Berührung mit räudekranken Pferden unverzüglich dem zuständigen Kreischef bezw. Kommandanten, Gouvernementsveterinär und Veterinärinspektor Anzeige zu erstatten.

Art. 2. Die räudekranken oder -verdächtigen Pferde sind vom Besitzer oder seinem Beauftragten schon vor dem Eingreifen des Bürgermeisters so abzusperren, dass die Gefahr einer Verschleppung der Seuche nicht besteht, desgleichen, wenn eine Berührung mit räudekranken Pferden stattgefunden hat.

Art. 3. Ist die Räude oder der Verdacht der Räude durch den vom Bürgermeister zugezogenen Tierarzt festgestellt, so muss der Besitzer die erkrankten und der Räude verdächtigen Pferde sofort dem Heilverfahren eines Tierarztes unterwerfen, sofern er nicht die Tötung der Tiere vorzieht. In Verbindung mit dem Heilverfahren ist eine Desinfektion der Stallungen, der Ausrüstungs-, Gebrauchs- sowie sonstiger Gegenstände, die mit den kranken oder verdächtigen Pferden in Berührung gekommen sind, nach Anweisung des zuständigen Veterinärinspektors vorzunehmen.

Art. 4. Der behandelnde Tierarzt is verpflichtet, jedes erkrankte Tier mindestens einmal innerhalb 14 Tagen zu untersuchen und über den Befund dem zuständigen Gouvernementsveterinär und Veterinärinspektor zu be richten. Ausserdem hat er dem Besitzer für den Führer

oder Begleiter des räudekranken oder der Seuche verdächtigen Pferdes einen Ausweis über die jedesmalige Untersuchung und Behandlung unter Angabe des Namens und Wohnortes des Besitzers und des Geschlechts, der Farbe, der Abzeichen und des Alters des Tieres auszustellen. In Verbindung mit dieser Untersuchung ist jedesmal eine Desinfektion der Stallungen, der Ausrüstungs-, Gebrauchs sowie sämtlicher Gegenstände, die mit den kranken oder seucheverdächtigen Pferden in Berührung gekommen sind, vorzunehmen.

Art. 5. In jeder Gemeinde, in welcher ein Fall von Räude oder Verdacht der Räude festgestellt ist, sind einmal im Monat *samtliche Pferde* auf Räude zu untersuchen.

Die Untersuchung erfolgt durch die zuständigen Amtstierärzte (aangenomen veeartsen, vétérinaires agréés), welche dem zuständigen Gouvernementsveterinär, Veterinärinspektor sowie dem Bürgermeister der betreffenden Gemeinde 4 Tage zuvor Ort und Zeit der Untersuchung mitteilen. Der Gouvernementsveterinär oder ein von ihm bestellter deutscher Veterinär hat der Untersuchung tunlichst beizuwohnen.

Der Bürgermeister ist dafür verantwortlich, dass sämtliche Pferde der Gemeinde zu der von dem zuständigen Amtstierarzt festgesetzten Frist zugegen sind, er hat die Pferdebesitzer rechtzeitig, d. h. mindestens 3 Tage vorher, von der festgesetzten Untersuchung in Kenntnis zu setzen.

Art. 6. Die Pferde sind ohne Geschirr und Decken nach einer von der Gemeinde aufgestellten Liste geordnet, mit der Nummer des Liste an der Halfter, aufzustellen, gesondert von diesen Pferden, in Abständen von 3 Metern, die in der Gemeinde wegen Räude und Räudeverdacht in Behandlung befindlichen Pferde.

Art. 7. Der Veterinärinspektor ist verpflichtet, sämt-

liche räudekranken oder der Seuche verdächtigen Pferde von Zeit zu Zeit, möglichst in Verbindung mit der in Artikel 5 vorgeschriebenen monatlichen Untersuchung sämtlicher Pferde, auf das eingeleitete Heilverfahren hin nachzuprüfen. Der Veterinärinspektor hat über diesen Befund jeweils dem zuständigen Gouvernementsveterinär zu berichten.

Art. 8. Die räudekranken und die der Seuche verdächtigen Pferde dürfen bis zur Aufhebung der Schützmassregeln weder in fremde Ställe gestellt noch auf eine Weide gebracht werden, die mit unverseuchten Pferden beweidet wird.

Vor Beendigung des Heilverfahrens dürfen räudekranke oder der Seuche verdächtige Pferde zur Arbeit nur verwendet werden, wenn sie durch eine deutlich lesbare Tafel am Kummet oder Wagen als „räudig" kenntlich gemacht sind, dürfen aber mit gesunden Pferden weder zusammengespannt noch sonst in unmittelbare Berührung gebracht werden.

Geschirre, Decken und Putzzeuge, die bei kranken Pferden benutzt worden sind, dürfen vor erfolgter Desinfektion bei unverdächtigen Pferden nicht verwendet werden.

Ein Wechsel des Gehöftes der räudekranken und der Seuche verdächtigen Pferde darf bis zur Aufhebung der Schutzmassregeln nicht stattfinden.

Der Veterinärinspektor kann bei erheblicher Erkrankung sofortige Stallsperre des erkrankten Tieres anordnen.

Art. 9. Häute von räudekranken Pferden dürfen aus dem Seuchengehöft nur in vollkommen getrocknetem Sustande ausgeführt werden.

Art. 10. Ist das Heilverfahren von einem Besitzer nicht sofort eingeleitet oder binnen 2 Monaten nach Feststellung der Seuche oder des Verdachtes der Seuche beendet,

so hat der Bürgermeister auf Antrag des Veterinärinspektors anzuordnen, dass die Pferde im Stalle zu halten sind.

In grösseren Städten können räudekranke oder der Zeuche verdächtige Pferde von dem Bürgermeister sofort nach Feststellung der Krankheit bis zur Beendigung des Heilverfahrens der Absonderung im Stalle unterworfen werden.

Art. 11. Auf die Anzeige des Besitzers von der Beendigung des Heilverfahrens hat der Bürgermeister eine amtstierärztliche Untersuchung der Pferde zu veranlassen und über den Befund dem zuständigen Veterinärinspektor zu berichten.

Die Seuche gilt als erloschen und die angeordneten Massregeln sind aufzuheben:

a) wenn die räudekranken und die der Seuche verdächtigen Pferde gefallen oder getötet sind, auch die Desinfektion vorschriftsmässig ausgeführt ist,

b) wenn nach der Erklärung des Veterinärinspektors innerhalb 6 Wochen nach Beendigung des Heilverfahrens und Ausführung der Desinfektion sich keine verdächtigen Krankheitserscheinungen gezeigt haben.

Art. 12. Das Erlöschen der Seuche ist von dem Veterinärinspektor dem zuständigen Kreischef bezw. Kommandanten und Gouvernementsveterinär sowie dem Bürgermeister der Gemeinde anzuzeigen.

Art. 13. Alle für Pferde vorgeschriebenen Massnahmen gelten auch für sonstige Einhufer (Esel, Maultiere und Maulesel).

Art. 14. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden mit Geldstrafen bis 3000 Mark oder mit Gefängnis bis zu 1 Jahr allein oder in Verbindung mit einander bestraft. Im Falle erneuter Zuwiderhandlung gegen den Artikel 10 kann auf Einziehung der Pferde erkannt werden. Zuständig sind

die deutschen Militärbefehlshaber und Militärgerichte.

Art. 15. Die Verordnung vom 16. März 1916 IVc Nr. 2953 (Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 193 Seite 1812) wird durch vorstehende Verordnung aufgehoben.

Brüssel, den 15. März 1917.
G. G. IVc 1603.

Arrêté ***

concernant les mesures à prendre contre la gale des chevaux et autres solipèdes.

En vue de combattre la gale, dont les cas sont devenus plus fréquents parmi les chevaux appartenant à la population civile, j'ordonne ce qui suit:

Art. 1er. Si un cheval est atteint ou suspect d'être atteint de la gale (gale sarcoptique ou dermatocoptique), on doit en faire la déclaration au bourgmestre de la commune où se trouve ce cheval. La déclaration au bourgmestre de la commune du détenteur du cheval est aussi obligatoire quand ce cheval s'est trouvé en contact avec d'autres chevaux atteints de la gale.

Sont tenus de faire cette déclaration le possesseur du cheval ou son mandataire ainsi que le vétérinaire non agréé, le vétérinaire agréé et l'inspecteur vétérinaire.

Le bourgmestre est obligé de signaler immédiatement au chef d'arrondissement (Kreischef) ou au commandant et, en outre, au vétérinaire du gouvernement (Gouvernementsveterinär) et à l'inspecteur-vétérinaire compétents chaque cas formel ou suspect de gale qui se produit, ainsi que les déclarations reçues au sujet de contacts ayant eu lieu avec des chevaux atteints de la gale.

Art. 2. Sans attendre l'intervention du bourgmestre, le possesseur des chevaux atteints ou suspects d'être atteints de la gale, ou bien le mandataire du possesseur doit isoler ces animaux afin d'empêcher la propagation de la ma-

ladie. Il doit agir de même lorsqu'il y a eu contact avec des chevaux atteints de la gale

Art. 3. Si le vétérinaire requis par le bourgmestre a constaté que des chevaux sont atteints de la gale ou suspects d'avoir cette maladie, le possesseur, à moins qu'il ne se décide à faire abattre ces bêtes, doit les soumettre immédiatement au traitement ordonné par un vétérinaire. Comme complément de ce traitement, on doit, conformément aux instructions de l'inspecteur-vétérinaire compétent, désinfecter les écuries, les harnais et autres objets qui se sont trouvés en contact avec les chevaux atteints ou suspects d'être atteints.

Art. 4. Le vétérinaire traitant est obligé de visiter au moins 1 fois tous les quinze jours tout animal malade et de porter le résultat de cet examen à la connaissance du vétérinaire du gouvernement et de l'inspecteur-vétérinaire compétents. En outre, il est tenu de remettre au possesseur, pour le conducteur du cheval atteint ou suspect d'être atteint de la gale, une attestation concernant chaque visite et chaque traitement, et mentionnant le nom et le domicile du possesseur ainsi que le sexe, la robe, les signes distinctifs et l'âge de l'animal. Comme suite à cette visite, on doit chaque fois désinfecter les écuries, les harnais et tous les autres objets qui se sont trouvés en contact avec les chevaux atteints ou suspects d'être atteints.

Art. 5. Dans toute commune où un cas formel ou suspect de gale a été constaté, *tous les chevaux* doivent être, chaque mois, l'objet d'une visite portant sur cette maladie.

La visite se fait par les vétérinaires agréés compétents qui, au plus tard quatre jours d'avance, donnent connaissance du lieu et du moment de la visite au vétérinaire du gouvernement et à l'inspecteur-vétérinaire compétents ainsi qu'au bourgmestre de la commune intéressée. Le vétérinaire du gouvernement ou un vétérinaire allemand désigné par lui doit si possible assister à la visite.

Le bourgmestre veille, sous sa responsabilité, à ce que tous les chevaux de la commune soient présents au moment fixé par le vétérinaire agréé compétent, et il lui incombe de prévenir les possesseurs de chevaux en temps utile, c'est-à-dire au moins 3 jours avant le jour de la visite.

Art. 6. Les chevaux, dépourvus de harnais et de couvertures, doivent être rangés dans l'ordre d'une liste établie par la commune; ils doivent porter au licou le numéro d'ordre qu'ils occupent sur la liste. Les chevaux se trouvant en traitement dans la commune pour un cas formel ou suspect de gale doivent être rangés à une distance de 3 mètres les uns des autres et tenus séparés des chevaux sains.

Art. 7. L'inspecteur-vétérinaire est obligé, si possible à l'occasion de la visite mensuelle prescrite à l'article 5 pour tous les chevaux, d'examiner de temps à autre, au point de vue de l'efficacité du traitement, tous les chevaux atteints ou suspects d'être atteints de la gale. Il est tenu d'informer chaque fois le vétérinaire du gouvernement du résultat de cet examen.

Art. 8. Aussi longtemps que les mesures préventives restent applicables, le chevaux atteints ou suspects d'être atteints de la gale ne peuvent être ni logés dans des écuries étrangères, ni conduits dans des pâturages pratiqués par des chevaux non contaminés.

Avant la fin du traitement, il n'est permis de faire travailler les chevaux atteints ou suspects d'être atteints de la gale que s'ils sont désignés comme „galeux" au moyen d'un écriteau bien lisible fixé au collier ou au véhicule; mais on ne pourra ni les atteler avec des chevaux non atteints, ni les mettre en contact direct avec ceux-ci.

Les harnais, couvertures, étrilles, brosses, etc. qui ont servi à des chevaux malades, ne peuvent servir à des chevaux non atteints qu'après avoir été désinfectés.

Tant que les mesures préventives ne sont pas mises hors de vigueur, les chevaux atteints ou suspects ne peuvent pas changer de ferme.

Lorsqu'il s'agit d'un cas grave, l'inspecteur-vétérinaire peut ordonner que l'animal malade soit immédiatement séquestré dans son écurie.

Art. 9. Les peaux des chevaux atteints de la gale doivent être entièrement desséchées avant d'être portées hors des fermes contaminées.

Art. 10. Si le traitement n'est pas entamé immédiatement par le possesseur ou n'est pas terminé dans les 2 mois de la constatation du cas formel ou suspect de gale, le bourgmestre, à la demande de l'inspecteur-vétérinaire, ordonnera que les chevaux soient tenus à l'écurie.

Dans les villes d'une certaine importance, le bourgmestre pourra, dès qu'un cas formel ou suspect de gale aura été constaté, ordonner que les chevaux atteints ou suspects d'être atteints soient tenus isolés dans l'écurie jusqu'à la fin du traitement.

Art. 11. Lorsque le possesseur aura prévenu le bourgmestre de la fin du traitement, le bourgmestre fera examiner les chevaux par le vétérinaire agréé et informera l'inspecteur-vétérinaire compétent du résultat de cet examen.

La maladie sera considérée comme ayant disparu et les mesures préventives ordonnées seront mises hors de vigueur:

a) si les chevaux atteints ou suspects d'être atteints de la gale sont morts ou ont été abattus et que la désinfection ait été régulièrement pratiquée;

b) si, conformément à la déclaration de l'inspecteur-vétérinaire, aucun symptôme suspect de maladie ne s'est montré dans les 6 semaines suivant la fin du traitement et le jour de la désinfection.

Art. 12. La disparition de la maladie doit être déclarée

par l'inspecteur-vétérinaire au chef d'arrondissement ou au commandant, et, en outre, au vétérinaire du gouvernement ainsi qu'au bourgmestre de la commune.

Art. 13. Toutes les mesures prescrites pour les chevaux s'appliquent aussi aux autres solipèdes (ânes, mulets et bardots).

Art. 14. Les infractions aux prescriptions du présent arrêté seront punies soit d'une amende pouvant atteindre 3000 marcs ou d'un emprisonnement d'un an au plus, soit de ces deux peines réunies. En cas d'infraction réitérée à l'article 10, la confiscation des chevaux pourra être prononcée. Les commandants et tribunaux militaires allemands sont compétents pour juger les infractions au présent arrêté.

Art. 15. Le présent arrêté abroge l'arrêté du 16 mars 1916, no. G. G. IV*c* 2953 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, no. 193, page 1812).

Bruxelles, le 15 mars 1917.
G. G. IV*c* 1603.

Verordening ***

betreffende het bestrijden van schurft bij paarden en andere eenhoevigen.

Daar het schurft onder de paarden toebehoorend aan de burgerlijke bevolking meer en meer voorkomt, verorden ik ter bestrijding dezer plaag het navolgende :

Art. 1. Worden bij paarden gevallen van schurft (sarcoptes- of dermatocoptesschurft) of verdachte gevallen van schurft vastgesteld, zoo moet men onmiddellijk daarvan aangifte doen bij den burgemeester van de gemeente, waarin de aangetaste of verdachte dieren zich bevinden. Zijn gezonde paarden met schurftige dieren in aanraking gekomen, zoo is daarvan eveneens aangifte te doen bij den burgemeester van de gemeente van den houder van het paard.

Deze aangifte moet gedaan worden door den bezitter of zijn lasthebber, verder ook door de niet aangenomen veeartsen en door de aangenomen veeartsen of veearts-toezieners.

De burgemeester is gehouden den bevoegden „Kreischef" of commandant, gouvernementsveearts (Gouvernementsveterinär) en veearts-toeziener onmiddellijk kennis te geven van elk geval van schurft, van elk verdacht geval, alsook van elke bij hem gedane aangifte over het in aanraking komen van gezonde met schurftige paarden.

Art. 2. Schurftige paarden of paarden, die men verdenkt door schurft te zijn aangetast, moeten door den bezitter of diens lasthebber, nog vóór het optreden van den burgemeester, derwijze worden afgezonderd, dat zij geen gevaar meer opleveren de plaag voort te zetten. Er dient op dezelfde wijze te worden gehandeld, wanneer een gezond met een schurftig paard in aanraking is gekomen.

Art. 3. Heeft de door den burgemeester ontboden veearts het schurft of een verdacht geval van schurft vastgesteld, zoo moet de bezitter de schurftige paarden en de paarden, die men verdenkt door schurft te zijn aangetast, onmiddellijk door een veearts in behandeling laten nemen, ingeval hij niet verkiest de dieren te doen afmaken. Niettegenstaande de dieren onder behandeling zijn, moet ook terzelfder tijd, overeenkomstig de onderrichtingen van den bevoegden veearts-toeziener, overgegaan worden tot de ontsmetting van de stallen, het getuig, het gereedschap en andere voorwerpen, die met de zieke of met van de ziekte verdachte paarden in aanraking zijn geweest.

Art. 4. De behandelende veearts is verplicht, elk aangetast dier ten minste éénmaal in de 14 dagen te onderzoeken en over den uitslag van het onderzoek verslag in te zenden aan den bevoegden gouvernementsveearts en veearts-toeziener. Bovendien moet hij den bezitter, voor den geleider of wachter van een schurftig paard of van een paard, dat verdacht is door schurft te zijn aangetast, een getuigschrift af-

leveren over ieder onderzoek en elke behandeling, onder opgave van den naam en de woonplaats van den bezitter, alsook van het geslacht, de kleur, de kenteekenen en den ouderdom van het dier. In aansluiting aan dit onderzoek moet telkenmale overgegaan worden tot de ontsmetting van de stallen, van het getuig, van het gereedschap, evenals van al de voorwerpen, die met de zieke of met van de ziekte verdachte paarden in aanraking zijn geweest.

Art. 5. In elke gemeente, waarin een geval van schurft of een verdacht geval van schurft wordt vastgesteld, moeten al de paarden *éénmaal per maand onderzocht worden of zij door de plaag niet zijn aangetast.*

Het onderzoek zal gedaan worden door de bevoegde aangenomen veeartsen, die den bevoegden gouvernementsveearts en veearts-toeziener evenals den burgemeester der betreffende gemeente ten laatste 4 dagen te voren plaats en uur zullen doen kennen, waarop het onderzoek moet plaats hebben. De gouvernementsveearts of een door hem aangestelde Duitsche veearts zal, zoo mogelijk, op het onderzoek aanwezig zijn.

De burgemeester is er voor verantwoordelijk, dat al de paarden der gemeente aanwezig zijn op dag en uur, die de bevoegde aangenomen veearts heeft bepaald; hij moet de paardenbezitters derhalve tijdig, d. i. ten minste 3 dagen te voren, verwittigen wanneer het vastgesteld onderzoek zal plaats hebben.

Art. 6. De paarden moeten zonder tuig noch deken, volgens een door de gemeente opgemaakte lijst gerangschikt en, met het nummer waaronder zij op die lijst voorkomen aan den halster, opgesteld worden. De schurftige paarden en de paarden, die men verdenkt door schurft te zijn aangetast en die uit dien hoofde in de gemeente onder behandeling zijn, moeten van de overige paarden afgezonderd en met tusschenruimten van 3 meter opgesteld worden.

Art. 7. De veearts-toeziener is verplicht, bij de schurftige paarden en de paarden, die men verdenkt door schurft te

zijn aangetast, van tijd tot tijd, zoo mogelijk ter gelegenheid van het onder artikel 5 voorgeschreven maandelijksch onderzoek van al de paarden, de uitwerking der behandeling na te gaan. De veearts-toeziener moet over den uitslag van elk onderzoek verslag inzenden aan den bevoegden gouvernementsveearts

Art. 8. De schurftige paarden en de paarden, die men verdenkt door schurft te zijn aangetast mogen, zoolang de voorbehoedmaatregelen niet opgeheven zijn, noch in vreemde stallen geplaatst, noch op een weide gebracht worden, waar onbesmette paarden weiden.

Schurftige paarden of paarden, die men verdenkt door schurft te zijn aangetast mogen, vooraleer de behandeling afgeloopen is, maar aan 't werk gesteld worden, op voorwaarde dat zij op een aan het haam of aan den wagen vastgemaakt plaatje het duidelijk leesbaar opschrift „schurftig" dragen ; zij mogen echter met gezonde paarden noch samen ingespannen, noch anderszins in onmiddellijke aanraking gebracht worden.

Getuig, dekens en poetsgerei, die voor schurftige paarden gebruikt werden, mogen niet voor onverdachte paarden benuttigd worden vooraleer ontsmet te zijn.

Zoolang de voorbehoedmaatregelen niet opgeheven zijn mogen schurftige paarden of paarden, die men verdenkt door schurft te zijn aangetast, niet van hof veranderen.

Indien er een erg ziektegeval heerscht kan de veeartstoeziener onmiddellijk de opsluiting van het aangetast dier in den stal bevelen.

Art. 9. Huiden van schurftige paarden mogen alleen in volkomen gedroogden staat uit het besmette hof worden gebracht.

Art. 10. Is de bezitter met de behandeling niet dadelijk begonnen, of heeft hij ze binnen 2 maand nadat de plaag werd vastgesteld of het uitbreken er van werd verdacht, niet geëindigd, zoo moet de burgemeester op aanwijzing van den

veearts-toeziener bevelen, dat de paarden den stal niet mogen verlaten.

In grootere steden kunnen schurftige paarden of paarden, die men verdenkt door schurft te zijn aangetast, op bevel van den burgemeester onmiddellijk na het vaststellen der ziekte tot bij afloop der behandeling, in den stal afgezonderd worden.

Art. 11. Wanneer de bezitter den afloop van de behandeling aankondigt, moet de burgemeester de paarden door een aangenomen veearts laten onderzoeken en over den uitslag van dit onderzoek verslag inzenden aan den bevoegden veearts-toeziener.

De plaag geldt als zijnde voorbij en de opgelegde maatregelen worden opgeheven :

a) *wanneer schurftige paarden en de paarden, die men verdenkt door schurft te zijn aangetast, gestorven of afgemaakt zijn, en de ontsmetting regelmatig is uitgevoerd,*

b) *wanneer zich na de verklaring van den veearts-toeziener binnen 6 weken na afloop der behandeling en na uitvoering der ontsmetting, geen verdachte ziekteverschijnselen vertoond hebben.*

Art. 12. Is de plaag voorbij, zoo moet de veearts-toeziener den bevoegden „Kreischef" of kommandant en gouvernementsveearts, evenals den burgemeester der gemeente daarvan kennis geven.

Art. 13. Al de maatregelen voor paarden voorgeschreven, gelden eveneens voor de overige eenhoevigen (ezels, muildieren en muilezels).

Art. 14. Overtredingen van de voorschriften dezer Verordening worden met ten hoogste 3.000 mark boete of met ten hoogste 1 jaar gevangenis, of met beide straffen te gelijk gestraft. Bij herhaalde overtreding van artikel 10, kan de verbeurdverklaring der paarden uitgesproken worden. De Duitsche krijgsbevelhebbers en krijgsrechtbanken zijn tot oordeelvellen bevoegd.

Art. 15. De Verordening van 16 Maart 1916, IVc Nr. 2953 (Wet- en Verordeningsblad, Nr. 193, bl. 1812) is door vorenstaande Verordening opgeheven.

Brussel, den 15n Maart 1917.
G. G. IVc 1603.

2.

VERORDNUNG, ***

betreffend die landwirtschaftliche Nutzflächenerhebung im Jahre 1917.

§ 1. In der Zeit vom 20. April bis 5. Mai 1917 findet eine Erhebung der sämtlichen landwirtschaftlichen Nutzflächen, also von Winterweizen, Sommerweizen, Roggen, Mengekorn, Spelz, Sommergerste, Wintergerste, Hafer, Buchweizen, Bohnen, Erbsen, Flachs, Raps, Tabak, Hopfen, Zichorie, Zucker- en Futterrüben, Möhren, Kohlrüben, Kartoffeln, Klee, Luzerne, Gras, Futtergemenge, Heuwiesen, Weiden, Obstgärten und sonstigen statt.

§ 2. Die Ausführung der Erhebung erfolgt gemeindeweise und liegt den Gemeindebehörden ob. Die Betriebsinhaber oder ihre Stellvertreter sind verpflichtet, der Gemeindebehörde und bei der Nachprüfung den deutschen Beamten und ihren Beauftragten die erforderlichen Angaben zu machen.

Die Gemeindebehörde oder die von ihr beauftragten Personen sind befugt, zur Ermittelung richtiger Angaben über die Ernteflächen die Grundstücke der zur Angabe Verpflichteten zu betreten und Messungen vorzunehmen, auch hinsichtlich der Grösse landwirtschaftlicher Grundstücke Askunft von den Katasterbehörden einzuholen.

§ 3. Die Erhebung erfolt durch Einzellisten (Bogen I), die von den Landwirten auszufüllen, und durch Sam-

mellisten (Bogen II), die durch die Ortsbehörden auszufüllen sind.

§ 4. Die Erhebung umfasst lediglich die landwirtschaftlichen Betriebe mit einer Gesamtnutzfläche (Acker Wiese, Weide, Garten) von mindestens 1 ha.

Die Ausdehnung der Erhebung auf die kleineren Betriebe bleibt den Präsidenten der Zivilverwaltung vorbehalten.

§ 5. Jeder Landwirt hat die Anzeige lediglich in einer und zwar in der Gemeinde seines Wohnortes zu erstatten. Dabei hat er jene Ländereien, die er in anderen Gemeinden bewirtschaftet, mit anzugeben.

§ 6. Die von jedem Landwirt zu machenden Angaben über die Grösse seines Hausgesindes umfassen die Gesamtzahl derin seinem Betriebe mit Kost versorgten Personen.

§ 7. Die von den Landwirten zu machende Angabe über die Gesamtzahl der von ihnen gehaltenen Pferde, Rinder und Schweine hat den Bestand im Augenblick der Erhebung anzugeben.

§ 8. Die Angaben über die Nutzfläche haben sämtlich in Hektar und Ar zu erfolgen.

§ 9. Betriebsinhaber oder Stellvertreter von Betriebsinhabern, die vorsätzlich die Angaben, zu denen sie auf Grund dieser Verordnung und der Ausführungsbestimmungen verpflichtet sind, nicht oder unrichtig oder unvollständig machen, werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu Zehntausend Mark bestraft. Auch kann auf Geldstrafe neben der Gefängnisstrafe erkannt werden.

Betriebsinhaber oder Stellvertreter von Betriebsinhabern, die fahrlässig die Angaben, zu denen sie auf Grund dieser Verordnung und der Ausführungsbestimmungen verpflichtet sind, nicht oder unrichtig oder unvollständig machen, werden mit Geldstrafe bis zu Dreitausend Mark bestraft.

§ 10. Zuständig sind die Militärbefehlshaber und Militärgerichte.

§ 11. Der Verwaltungschef wird mit der Ausführung der Verordnung betraut.

Brüssel, den 24. März 1917.
C. C. VII 1959.

Arrêté ***

concernant le recensement agricole des terres cultivées en 1917.

§ 1er. Du 20 avril au 5 mai 1917, il sera procédé au recensement agricole de toutes les terres cultivées c'est-à-dire des cultures de froment d'hiver, froment d'été, seigle, méteil, épeautre, orge d'été, escourgeon, avoine, sarrasin, féveroles, pois, lin, colza, tabac, houblon, chicorée à café, betteraves à sucre et betteraves fourragères, carottes, navets, pommes de terre, trèfle, luzerne, graminées, plantes fourragères, des prairies fauchées et des prairies et vergers pâturés, etc

§ 2. Le recensement se fera par commune, par les soins de l'administration communale. Les exploitants ou leurs remplaçants sont tenus de faire les déclarations nécessaires à l'administration communale et, lors du contrôle ultérieur, aux fonctionnaires allemands et à leurs mandataires.

Dans le but de recueillir des renseignements exacts au sujet des terres cultivées, les autorités communales ou leurs mandataires sont autorisés à pénétrer dans les biens-fonds des personnes obligées de déclarer, à y procéder à des mesurages et à s'informer au bureau du cadastre de la superficie des biens consacrés à l'agriculture.

§ 3. Le recensement se fera à l'aide de listes individuelles (feuille I), à remplir par les agriculteurs, et de listes collectives (feuille II), à remplir par l'autorité locale belge.

§ 4. Le recensement n'est prescrit que pour les exploitations agricoles dont la superficie cultivée (champs, prairies, pâturages, jardins) est d'au moins un hectare.

La faculté d'étendre le recensement aux exploitations de moindre étendue est réservée au Président de l'Administration civile (Präsident der Zivilverwaltung).

§ 5. Chaque agriculteur ne doit faire ses déclarations que dans une seule commune: la commune où il a son domicile. Ses déclarations porteront également sur les terres qu'il exploite dans le territoire d'autres communes.

§ 6. Le nombre des personnes que l'agriculteur doit déclarer comme appartenant à son exploitation comprend toutes les personnes qui y sont nourries.

§ 7. Le nombre des chevaux, bêtes bovines et porcs que l'agriculteur doit déclarer comme appartenant à son exploitation est le nombre existant au moment du recensement.

§ 8. La superficie des terres cultivées sera déclarée en hectares et en ares.

§ 9. Les exploitants ou leurs représentants qui, intentionnellement, n'auront pas fait ou bien auront fait d'une manière soit inexacte soit incomplète les déclarations que leur imposent le présent arrêté et ses dispositions réglementaires, seront passibles d'une peine d'emprisonnement de 6 mois au plus ou d'une amende pouvant atteindre 10.000 marcs. Les deux peines pourront aussi être appliquées simultanément.

Les exploitants ou leurs représentants qui, par négligence, n'auront pas fait ou bien auront fait d'une manière soit inexacte soit incomplète les déclarations que leur imposent le présent arrêté et ses dispositions réglementaires, seront passibles d'une amende pouvant atteindre 3000 marcs.

§ 10. Les infractions seront jugées par les commandants ou les tribunaux militaires.

§ 11. Le Chef de l'Administration civile (Verwaltungschef) est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 24 mars 1917.
C. C. VII 1959.

Verordening ***

betreffende de opneming van de landbouwvlakten in het jaar 1917.

§ 1. Tusschen den 20n April en den 5n Mei 1917 wordt een opneming gedaan van alle landbouwvlakten, d. i.: waarop wintertarwe, zomertarwe, rogge, masteluin, spelt, zomergerst, wintergerst, haver, boekweit, boonen, erwten, vlas, koolzaad, tabak, hop, cichorei, suikerbeeten, voederbeeten, wortelen, rapen, aardappelen, klaver, luzern, grassen en voedergewassen gewonnen worden, evenals van hooiland, weiden, boomgaarden en andere teelten.

§ 2. De opneming geschiedt per gemeente en wordt door de gemeenteoverheden gedaan. De landbouwers of hun plaatsvervangers zijn gehouden, aan de gemeenteoverheid en bij het toezicht ook aan de Duitsche beambten en dezer lasthebbers de gewenschte inlichtingen te geven.

De gemeentebesturen of de personen aan wie zij opdracht gegeven hebben zijn bevoegd, ten einde juiste gegevens te bekomen omtrent de landbouwvlakten, zich op de akkerlanden te begeven van hen die aangifte moeten doen en er tot metingen over te gaan, alsook op het kadaster inlichtingen in te winnen omtrent de uitgestrektheid van bebouwde akkerlanden.

§ 3. De opneming geschiedt op afzonderlijke lijsten (blad I), die door de landbouwers, en op gezamenlijke lijsten (blad II), die door de plaatselijke overheid in te vullen zijn.

§ 4. De opneming omvat alleen de landbouwbedrijven met een gezamenlijke landbouwvlakte (akkers, hooiland, weiden, tuinen) van ten minste 1 hektaar.

De Voorzitters van het burgerlijk bestuur (Präsidenten der Zivilverwaltung) kunnen deze opneming ook tot de kleinere bedrijven uitbreiden.

§ 5. Elke landbouwer moet de aangifte enkel in één en wel in de door hem bewoonde gemeente doen. Hij moet daarbij eveneens de landerijen aangeven, die hij in andere gemeenten uitbaat.

§ 6. De aangifte, door elken landbouwer te doen omtrent de grootte van zijn huisgezin, omvat al de personen, die in zijn bedrijf in den kost zijn.

§ 7. De landbouwers moeten bij de aangifte omtrent hun gezamenlijk getal paarden, runderen en zwijnen den stapel opgeven, zooals die op het oogenblik der opneming is.

§ 8. De aangiften betreffende de landbouwvlakten moeten alle in hektaren en aren gedaan worden.

§ 9. Uitbaters van landbouwondernemingen of hun lasthebbers, die opzettelijk de aangiften, waartoe zij op grond dezer Verordening en der uitvoeringsbepalingen verplicht zijn, niet of onjuist of onvolledig doen, worden met ten hoogste 6 maand gevangenis of met ten hoogste 10.000 mark boete gestraft. Boete en gevangenisstraf kunnen te gelijk uitgesproken worden.

Uitbaters van landbouwondernemingen of hun lasthebbers, die uit nalatigheid de aangiften, waartoe zij op grond dezer Verordening en der uitvoeringsbepalingen verplicht zijn, niet of onjuist of onvolledig doen, worden met ten hoogste 3.000 mark boete gestraft.

§ 10. De krijgsbevelvoerders en krijgsrechtbanken zijn tot oordeelvellen bevoegd.

§ 11. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) is belast met de uitvoering van deze Verordening.

Brussel, den 24n Maart 1917.
C. C. VII 1959.

No. 329. — 3. APRIL 1917. Pag. 3529

1.

VERORDNUNG, ***

betreffend den Ankauf der noch vorhandenen Bestände an Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1916 und aus früheren Erntejahren.

§ 1. Alle Landwirte haben ihr Brotgetreide bis zum 15. April d. J. auszudreschen und zur Verfügung der Aufkäufer des Comité National zu halten.

§ 2. Das Comité National ist verpflichtet, alles noch in den Händen der Landwirte befindliche Getreide und Mehl aus der Ernte 1916 und aus früheren Erntejahren, sofern es nicht für den eigenen Bedarf und als Futterkorn freigegeben ist, bis zum 1. 5. d. J. aufzukaufen und an die Lagerplätze und Mühlen zu transportieren und zu lagern.

Wo der Aufkauf oder Abtransport durch das Comité National bis zum 1. 5. d. J. nicht erfolgt ist, haben die Eigentümer alle noch in ihrem Besitz befindlichen oder anderweitig von ihnen untergebrachten oben bezeichneten Vorräte bis zum 10. 5. d. J. dem Bürgermeister ihrer Gemeinde anzumelden. Dieser hat die Anmeldungen spätestens am 11. 5. d. J. der zuständigen Provinzial-Ernte-Kommission weiterzugeben.

§ 3. Wer den Bestimmungen des § 1 und des § 2 Absatz 2 dieser Verordnung nicht Folge leistet, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder mit einer Geldstrafe bis zu 20.000 M. bestraft. Auch kann auf beide Strafen nebeneinander erkannt werden.

Zuständig sind die deutschen Militärgerichte und Militärbefehlshaber.

*** Sehe Seite 1. Voyez page 1. Zie blz. 1.

§ 4. Brotgetreide, das nach dem 15. 4. d. J. nicht ausgedroschen ist oder Brotgetreide und Mehl, das nach dem 10. 5. d. J. nicht abgeliefert oder angemeldet ist, wird ohne Entgelt eingezogen, sofern es nicht für den eigenen Bedarf des Landwirtes oder als Futterkorn freigegeben ist.

Die Einziehung erfolgt durch den Vorsitzenden der Provinzial-Ernte-Kommission. Das eingezogene Getreide und Mehl wird dem Comité National überwiesen.

Das Comité hat die eingezogenen Bestände unter Zugrundelegung der jeweiligen Höchstpreise zu bezahlen. Das dabei zur Auszahlung gelangende Geld ist nicht dem Militärfiskus, sondern durch die zuständigen Provinzial-Ernte-Kommissionen den ständigen Ausschüssen zur Verwendung für Wohlfahrtzwecke innerhalb der Provinzen zuzuführen.

Die Bewirtschaftung des eingezogenen Getreides und Mehles erfolgt in derselben Weise, wie wenn diese Bestände gekauft wären.

§ 5. Den Vorsitzenden der Ernte-Kommissionen steht das Recht zu, zur Durchführung dieser Verordnung geeignete Anordnungen und Anweisungen zu erlassen. Bei Zuwiderhandlungen findet der § 6 der Verordnung vom 8. 7. 1916, betreffend die Ernte-Kommissionen (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 2391/92) entsprechende Anwendung.

§ 6. Alle früheren, von den Provinzial-Ernte-Kommissionen und den Kreischefs festgesetzten, später als die oben bezeichneten Termine fallenden Ausdrusch- und Lieferungstermine werden hiermit aufgehoben.

Brüssel, den 26. März 1917.
Z. E. K. 1197/17.

Arrêté ***

concernant l'achat des stocks de céréales servant à la panification et des stocks de farine de la récolte de 1916 et des récoltes précédentes.

§ 1er. Tous les agriculteurs doivent, avant le 16 avril prochain, battre leurs céréales servant à la panification, et les tenir à la disposition des mandataires du Comité national.

§ 2. Le Comité national est tenu d'acheter, de transporter et d'emmagasiner aux dépôts et aux moulins, le 1er mai prochain au plus tard, toutes les céréales et farines de la récolte de 1916 ou des précédentes, qui sont détenues par les agriculteurs, sauf les quantités à réserver régulièrement soit à l'alimentation du producteur, de sa famille et de son personnel, soit à la nourriture des animaux de son exploitation.

Les stocks susmentionnés, qui le 1er mai prochain au plus tard, n'auront pas été achetés ou enlevés par le Comité national, devront être déclarés, le 10 mai prochain au plus tard, par leurs propriétaires, que ceux-ci aient emmagasiné ces stocks hors de leurs exploitations ou qu'ils les détiennent; ladite déclaration devra être adressée par le propriétaire au bourgmestre de sa commune. Le 11 mai prochain au plus tard, celui-ci, devra transmettre les déclarations ainsi reçues à la Commission provinciale de la récolte (Provinzial-Ernte-Kommission) compétente.

§ 3. Quiconque aura enfreint les dispositions du § 1er et du § 2, 2e alinéa, du présent arrêté sera puni d'un emprisonnement de 5 ans au plus ou d'une amende pouvant atteindre 20,000 marcs. Les deux peines pourront aussi être appliquées simultanément.

Les tribunaux et commandants militaires allemands sont compétents pour juger ces infractions.

§ 4. Les céréales servant à la panification qui, passé le

15 avril prochain, n'auront pas été battues, de même que les céréales et farines qui, le 10 mai prochain au plus tard, n'auront pas été livrées ou déclarées seront confisquées sans indemnité, à l'exception des quantités à réserver régulièrement soit à l'alimentation du producteur, de sa famille et de son personnel, soit à la nourriture des animaux de son exploitation.

La confiscation se fera par les soins du président de la Commission provinciale de la récolte. Les céréales et farines confisquées seront livrées au Comité national.

Le Comité national devra payer les stocks confisqués, en tenant compte des prix maxima en vigueur. Le produit sera versé non à la Trésorerie militaire, mais à la Députation permanente par l'entremise de la Commission provinciale de la récolte et au profit des œuvres de bienfaisance de la province.

Il sera disposé des céréales et farines confisquées, comme si elles avaient été achetées.

§ 5. Les présidents des Commissions de la récolte ont le droit de publier des dispositions réglementaires et des instructions propres à assurer l'exécution du présent arrêté. En cas d'infractions, on se conformera au § 6 de l'arrêté du 8 juillet 1916 concernant les Commissions de la récolte (Ernte-Kommissionen) (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 2391/92).

§ 6. Sont annulés tous les délais de battage et de livraison prescrits antérieurement par les Commissions provinciales de la récolte ou les chefs d'arrondissement (Kreischefs) et dépassant les délais établis par le présent arrêté.

Bruxelles, le 26 mars 1917.
Z. E. K. 1197/17.

Verordening ***

betreffende den aankoop van de nog voorhanden zijnde voorraden aan koren en meel uit het oogstjaar 1916 en uit vroegere oogstjaren.

§ 1. Al de landbouwers moeten hun koren ten laatste op 15 April 1917 uitgedorscht hebben en het ter beschikking houden van de opkoopers van het Nationaal Komiteit.

§ 2. Het Nationaal Komiteit is verplicht al het koren en meel van den oogst van 1916 en van vroegere oogstjaren, dat nog in handen is van de landbouwers en niet hetzij voor eigen verbruik van den landbouwer hetzij als voederkoren afgestaan werd, ten laatste op 1 Mei 1917 op te koopen, het naar de bergplaatsen en molens te vervoeren en het op te stapelen.

Ingeval het Nationaal Komiteit ten laatste op 1 Mei 1917 niet tot den aankoop of het vervoer is overgegaan, moeten de eigenaars al de hiervoren bedoelde voorraden, die zij in hun bezit of elders ondergebracht hebben, ten laatste op 10 Mei 1917 bij den burgemeester van hun gemeente aangeven. De burgemeester moet de aangiften ten laatste op 11 Mei 1917 aan de bevoegde provinciale Oogstkommissie (Provinzial-Ernte-Kommission) overmaken.

§ 3. Wie de bepalingen van § 1 en van § 2, 2e lid, dezer Verordening niet nakomt, wordt met ten hoogste 5 jaar gevangenis of met ten hoogste 20.000 mark boete gestraft. Ook kunnen beide straffen te gelijk worden uitgesproken.

De Duitsche krijgsrechtbanken en krijgsbevelhebbers zijn tot oordeelvellen bevoegd.

§ 4. Koren, dat na den 15n April 1917 niet uitgedorscht is of koren en meel, dat na den 10n Mei 1917 niet afgeleverd of aangegeven is, wordt, zoover het niet hetzij voor het eigen verbruik van den landbouwer hetzij als afgestaan werd, zonder schadeloosstelling verbeurdverklaard.

De voorzitter van de provinciale Ooftkommissie spreekt

de verbeurdverklaring uit. Verbeurdverklaard koren en meel wordt aan het Nationaal Komiteit toegekend.

Het Nationaal Komiteit moet de verbeurdverklaarde stapels, rekening houdende met de geldende hoogste prijzen. De daarvoor betaalde sommen zullen niet in de militaire schatkist gestort, doch door bemiddeling van de bevoegde provinciale Oogstkommissies aan de bestendige afvaardigingen, voor liefdadige werken binnen de provincies, overgemaakt worden.

Met verbeurdverklaarde stapels koren en meel zal op dezelfde wijze worden te werk gegaan, als of die stapels aangekocht waren.

5 §. De voorzitters van de Oogstkommissies zijn gemachtigd, met het oog op de uitvoering van deze Verordening, geschikte bevelen en aanwijzigingen uit te vaardigen. Overtredingen vallen onder toepassing van § 6 der Verordening van 8 Juli 1916, betreffende de Oogstkommissies (Ernte-Kommissionen) (Wet- en Verordeningsblad, bl. 2391/92).

Al de dorsch- en leveringstermijnen, die vroeger door de provinciale Oogstkommissies en door de „Kreischefs" vastgesteld werden en die na de hiervoren bepaalde termijnen vallen, zijn hierbij opgeheven.

Brussel, den 26n Maart 1917.
Z. E. K. 1197/17.

2.

BEKANNTMACHUNG,

betreffend Liquidation britischer Unternehmungen.

Mit Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs in Belgien habe ich gemäss der Verordnung über die Liquidation britischer Unternehmungen vom 29. August 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens vom 13. September 1916) die Liquidation des in Belgien befindlichen Vermögens folgender Firmen angeordnet:

1. The Dunlop Pneumatic Tyre Cy. (Continental) Ltd. London,
2. North British Rubber Cy. Ltd. Edinburg,
3. Claudius Ash, Sons & Cy. Ltd. London.

Zum Liquidator ist Herr A. Dubbers in Brüssel, Militärschule, ernannt worden. Nähere Auskunft erteilt der Liquidator.

Brüssel, den 26. März 1917.
C. C. IV*A* 8567.

Avis

concernant la liquidation d'entreprises britanniques.

Avec l'approbation de Son Excellence M. le Gouverneur général en Belgique et conformément à l'arrêté du 29 août 1916, concernant la liquidation d'entreprises britanniques (Bulletin officiel des lois et arrêtés pour le territoire belge occupé, no. du 13 septembre 1916), j'ai ordonné la liquidation des biens, situés en Belgique, des entreprises suivantes:

1. The Dunlop Pneumatic Tyre Cy (Continental) Ltd., de Londres,
2. North British Rubber Cy Ltd., d'Edimbourg,
3. Claudius Ash, Sons & Cy Ltd., de Londres.

J'ai nommé liquidateur M. Dubbers à Bruxelles (Ecole militaire). Pour de plus amples renseignements, s'adresser au liquidateur.

Bruxelles, le 26 mars 1917.
C. C. IV A 8567.

Bekendmaking

betreffende de likwidatie van Britsche ondernemingen.

Met toestemming van den heer Generalgouverneur in

Belgi', heb ik, overeenkomstig de Verordening van 29 Augustus 1916, over de likwidatie van Britsche ondernemingen (Wet- en Verordeningsblad voor de bezette streken van Belgir, van 13 September 1916), de likwidatie bevolen van het in België voorhanden zijnde vermogen van de hiernavolgende huizen :

1. The Dunlop Pneumatic Tyre Cy (Continental) Ltd., Londen,

2. North British Rubber Cy Ltd., Edinburg,

3. Claudius Ash, Sons & Cy Ltd., Londen.

De heer A. Dubbers, te Brussel, Krijgsschool, is tot likwidator benoemd. De likwidator verstrekt nadere inlichtingen.

Brussel, den 26n Maart 1917.
C. C. IV A 8567.

3.

VERORDNUNG,

betreffend Aenderung der Jagdordnung.

Meine *Verordnung über Jagd und Vogelfang* vom 1. April 1916 Ic Nr. 2222 wird folgendermassen geändert:

I. Unter *Ziffer 15* ist das dritte Wort der ersten Zeile „geschossenes" zu streichen.

II. Unter *Ziffer 23* sind streichen:
 a) Im Absatz *A* 1 der eingeklammerte Hinweis am Schluss: „(Ausnahme s. Absatz *B*.)"
 b) Der Absatz *B*.

III. Unter *Ziffer 23* ist in der vorletzten Zeile des Absatzes *A* 3 anstelle „Ziffern 13 und 14" zu setzen: „Ziffern 13, 14 und 15."

IV. Unter *Ziffer 23* erhält der bisherige Absatz *C* die Bezeichnung *B*.

Brüssel, den 27. März 1917.

Arrêté

modifiant le règlement sur la chasse.

Mon arrêté I*c* no. 2222 du 1er avril 1916 concernant l'exercice de la chasse et de l'oisellerie est modifié comme suit:

I. (Concerne exclusivement les textes allemand et flamand.)

II. Au *chiffre* **23**, supprimer:
  a) à l'alinéa *A* 1: les mots „(voir les exceptions à l'alinéa *B*)", à la fin de la phrase.
  b) l'alinéa *B*.

III. Au *chiffre* **23**, à la dernière ligne de l'alinéa *A* 3, remplacer „chiffres 13 et 14" par „chiffres 13, 14 et 15".

IV. Au *chiffre* **23**, l'alinéa „*C*" devient l'alinéa „*B*".

Bruxelles, le 27 mars 1917.
G. G. I*c* 3089.

Verordening

houdende wijziging der jachtregeling.

Mijn Verordening *Ic. 2222 van 1 April 1916,* op de jacht en de vogelvangst, *ondergaat onderstaande wijzigingen :*

I. In nummer 15 *valt het derde woord van den eersten regel „geschoten" weg.*

II. In nummer 23 *vallen weg :*
  a) *Onder lit.* A *1 de tusschen haakjes bijgevoegde verwijziging aan het slot : „(zie voor uitzondering, lit.* B)".
  b) *Lit.* B.

III. In nummer 23 *is „nrs 13 en 14" in den voorlaatsten regel onder lit. A 3 te vervangen door „nrs 13, 14 en 15".*

IV. In nummer 23 *wordt het lid, dat thans onder lit.* C *staat, voortaan door lit.* B *aangeduid.*

Brussel, den 27n Maart 1917.
G. G. Ic 3089.

No. 330. — 6. APRIL 1917. Pag. 3541

1.

VERORDNUNG,

betreffend Ergänzung des Gesetzes vom 30, Juli 1879 über die Pensionierung der Professoren und sonstigen Mitglieder des Lehrkörpers der Staatsuniversitäten.

Art. 1. Bei Berechnung der Dienstjahre für die Pensionierung oder Emeritierung der in Artikel 1 Ziffer 1° und 2° des Gesetzes vom 30. Juli 1879 aufgezählten Beamten der Staatsuniversitäten kann die ausserhalb Belgiens im akademischen Dienst verbrachte Zeit berücksichtigt werden.

Art. 2. Bei Berechnung der Dienstjahre für die Pensionierung der genannten Beamten kann ferner die ausserhalb Belgiens in nicht akademischem Staats-, Provinzial- oder Kommunaldienst verbrachte Zeit berücksichtigt werden.

Art. 3. Die Entscheidung darüber, ob und inwieweit die Berücksichtigung der ausserbelgischen Dienstzeit erfolgen soll, wird im jedem einzelnen Falle getroffen werden, sei es bei der Ernennung, sei es während der Dienstzeit oder gelegentlich der Pensionierung oder Emeritierung des Beteiligten.

Brüssel, den 21. März 1917.
C. C. III*b* 1770.

Arrêté

complétant la loi du 30 juillet 1879 sur la mise à la retraite des professeurs et autres membres du personnel enseignant aux universités de l'Etat.

Art. 1er. Dans le calcul des années de service pour la pension ou l'éméritat des fonctionnaires des universités de l'Etat énumérés à l'article 1er, nos 1 et 2, de la loi du 30 juillet 1879, il peut être tenu compte de la période de service académique passé hors de Belgique.

Art. 2. Dans le calcul des années de service pour la pension des fonctionnaires susmentionnés, il peut, en outre, être tenu compte du temps passé hors de Belgique au service non académique d'un Etat, d'une province ou d'une commune.

Art. 3. La question de savoir si et, le cas échéant, dans quelle mesure il y a lieu de tenir compte du temps de service passé hors de Belgique sera résolue par décision spéciale pour chaque intéressé, soit à sa nomination, soit pendant la durée de son service, soit lors de son admission à la pension ou à l'éméritat.

Bruxelles, le 21 mars 1917.
C. C. IIIé 1770.

Verordening

tot aanvulling van de wet van 30 Juli 1879, over het op pensioen stellen van de professoren en andere leden van het onderwijzend personeel der Staatsuniversiteiten.

Art. 1. Bij de berekening der dienstjaren voor het pensioen of voor het emiretaat, toe te kennen aan de onder artikel 1. nrs. 1 en 2, der wet van 30 Juli 1879 opgesomde ambtenaren der Staatsuniversiteiten, kan de tijd, die zij buiten

België in akademischen dienst hebben doorgebracht, in aanmerking genomen worden.

Art. 2. Bij de berekening der dienstjaren voor het pensioen van hiervoren genoemde ambtenaren kan verder de tijd, die zij buiten België in niet akademischen Staats-, provincie- of gemeentedienst hebben doorgebracht, in aanmerking genomen worden.

Art. 3. Voor elk afzonderlijk geval zal beslist worden, of en in hoeverre de buiten België doorgebrachte diensttijd in aanmerking zal worden genomen, hetzij bij de benoeming, hetzij gedurende den diensttijd of bij het toekennen van het pensioen of van het emeritaat van den belanghebbende.

Brussel, den 21n Maart 1917.

C. C. IIIb 1770.

2.

VERFÜGUNG,

betreffend die Festsetzung der Unterhaltssätze für die in Wohltätigkeitsanstalten, Irrenhäusern usw, untergebrachten Personen für das Jahr 1917.

Art. 1. Für das Jahr 1917 bleiben weiter in Kraft:

1. Die Königliche Verordnung vom 8. Dezember 1913 (*Moniteur belge* vom 20. Dezember 1913, Nr. 354), sowiet darin der tägliche Satz für den Unterhalt der in Wohltätigkeitsschulen untergebrachten Personen fest gesetzt ist;

2. meine Verfügung vom 26. April 1916, durch welche der tägliche Satz für den Unterhalt der in die Verwahrasyle zu Merksplas und Rekheim aufgenommenen französischen Geisteskranken festgesetzt worden ist;

3. meine Verfügung vom 18. März 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom 2. April 1916, Nr. 195), soweit darin die Aufenthaltsentschädigung für Begleiter von Geisteskranken festgesetzt ist.

Art. 2. Der Satz für den täglichen Unterhalt der in den Arbeitshäusern und Zufluchtshäusern sowie für zeitwei-

lig in Gefängnissen untergebrachten Personen wird für das Jahr 1917 dahin erhöht, dass zu zahlen sind:

A. In den Arbeitshäusern

a) für gesunde Männer .... 0.75 Franken
b) für gesunde Frauen .... 1,05 „

B. In den Zufluchtshäusern

a) für gesunde Männer und solche Kranke, deren Gesundheitszustand keine besondere Pflege erfordert .... 0,87 „
b) für Frauen, desgl.................. 1,20 „

C. In den Arbeitshäusern und den Zufluchtshäusern

a) für kranke Männer und Frauen, deren Gesundheitszustand eine besondere Pflege erfordert .... 1,50 „
b) für Kinder im Alter von 3 Monaten bis zu 2 Jahren, die sich bei der Mutter befinden .... 0,60 „

Art. 3. Der tägliche Satz für den Unterhalt, der in den Hospizen und Krankenhäusern untergebrachten geistesgesunden Bedürftigen wird für das Jahr 1917 um 20 Zentimen erhöht gegenüber den in der Königlichen Verordnung vom 24. März 1914 (*Moniteur belge* vom 29. März 1914, Nr. 88) bestimmten Sätzen.

Art. 4. Der tägliche Satz für den Unterhalt der geisteskranken Bedürftigen, die in den Irrenanstalten, Verwahrasylen, Vorasylen und Durchgangsasylen aufgenommen sind, wird für das Jahr 1917 um 20 Zentimen gegenüber den in der Verordnung vom 25. März 1914 (*Moniteur belge* vom 29. März 1914, Nr. 88) bestimmten Sätzen erhöht.

Der Verwaltungschef wird mit der Ausführung dieser Verfügung beauftragt.

Brüssel, den 28. März 1917.
C. C. VI*a* 2981.

Arrêté

concernant la fixation pour l'année 1917, du prix de la journée d'entretien des personnes admises dans les établissements de bienfaisance, les asiles d'aliénés, etc.

Art. 1er. Sont maintenus en vigueur pendant l'année 1917:

1. l'arrêté royal du 8 décembre 1913 (*Moniteur Belge* du 20 décembre 1913, no. 354), pour autant qu'il fixe le prix de la journée d'entretien des individus placés dans les écoles de bienfaisance;

2. mon arrêté du 26 avril 1916, fixant le prix de la journée d'entretien des aliénés français recueillis dans les asiles-dépôts à Merxplas et à Reckheim;

3. mon arrêté du 18 mars 1916 (Bulletin officiel des lois et arrêtés du 2 avril 1916, no. 195), pour autant qu'il fixe l'indemnité de séjour des conducteurs d'aliénés.

Art. 2. Le prix de la journée d'entretien des individus placés dans les dépôts de mendicité et les maisons de refuge, ainsi que des individus de passage dans les prisons est porté pendant l'année 1917, savoir:

A. dans les dépôts de mendicité:

a) pour les hommes valides, à .... 0.75 franc.

b) pour les femmes valides, à .... 1.05 „

B. dans les maisons de refuge:

a) pour les hommes valides et pour les invalides dont l'état de santé n'exige pas de soins spéciaux, à .... 0.87 „

b) pour les femmes id. id. .... 1.20 „

C. dans les dépôts de mendicité et les maisons de refuge:

a) pour les hommes et femmes invalides dont l'état de santé exige des soins spéciaux, à .... 1.50 „

b) pour les enfants de l'âge de 3 mois à 2 ans qui accompagnent leur mère, à.. 0.60 franc.

Art. 3. Le prix de la journée d'entretien des indigents non aliénés recueillis dans les hospices et hôpitaux, est augmenté pendant l'année 1917 de 20 centimes sur les prix fixés par l'arrêté royal du 24 mars 1914 (*Moniteur Belge* du 29 mars 1914, no. 88).

Art. 4. Le prix de la journée d'entretien des indigents aliénés recueillis dans les asiles d'aliénés, les asiles- dépôts et les asiles provisoires et de passage est augmenté, pendant l'année 1917, de 20 centimes sur les prix fixés par l'arrêté royal du 25 mars 1914 (*Moniteur Belge* du 29 mars 1914, no. 88).

Le Chef de l'Administration civile (Verwaltungschef) est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 28 mars 1917.
C. C. VI*a* 2981.

Beschikking

betreffende het vaststellen voor het jaar 1917 van den prijs voor den onderhoudsdag van de in de weldadigheidsgestichten, krankzinnigengestichten, enz. opgenomen personen.

Art. 1. Voor het jaar 1917 blijven verder van kracht:

1. het koninklijk besluit van 8 December 1913 (Staatsblad van 20 December 1913, no. 354) voor zoover daarbij de prijs voor den onderhoudsdag van de in de weldadigheidsscholen opgenomen personen is vastgesteld;

2. mijn beschikking van 26 April 1916, waarbij de prijs voor den onderhoudsdag van de in de bewaargestichten te Merksplas en te Rekheim opgenomen Fransche krankzinnigen is vastgesteld;

3. mijn beschikking van 18 Maart 1916 (Wet- en Verordeningsblad van 2 April 1916, Nr. 195), waarbij de verblijfkosten voor de begeleiders der krankzinnigen vastgesteld zijn.

Art. 2. De prijs voor den onderhoudsdag van de in de bedelaarsgestichten en toevluchtshuizen, alsmede van de tijdelijk in de gevangenissen opgenomen personen, wordt voor het jaar 1917 verhoogd, te weten :

A. *in de bedelaarsgestichten :*

a) *voor arbeidsbekwame mannen tot* ...... *0.75 frank.*
b) *voor arbeidsbekwame vrouwen tot* ..... *1.05* „

B. *in de toevluchthuizen :*

a) *voor arbeidsbekwame mannen en zulke arbeidsonbekwamen wier gezondheidstoestand geen bijzondere verpleging vereischt, tot* .... *0.87* „
b) *voor vrouwen, id. id.* .... *1.20* „

C. *in de bedelaarsgestichten en de toevluchthuizen :*

a) *voor arbeidsonbekwame mannen en vrouwen wier gezondheidstoestand een bijzondere verpleging vereischt, tot* .... *1.50 frank.*
b) *voor kinderen van 3 maand tot 2 jaar, die zich bij hun moeder bevinden, tot* ...... *0.60* „

Art. 3. De prijs voor den onderhoudsdag van de in de gods- en gasthuizen opgenomen, niet krankzinnige behoeftigen is voor het haar 1917 verhoogd met 20 centiem boven den bij Koninklijk besluit van 24 Maart 1914 (Staatsblad van 29 Maart 1914, nr. 88) vastgestelden prijs.

Art. 4. De prijs voor den onderhoudsdag van de krankzinnige behoeftigen, die in de krankzinnigengestichten, bewaarplaatsen, tijdelijke en doorgangshuizen opgenomen zijn, wordt voor het jaar 1917 verhoogd met 20 centiem boven den bij besluit van 25 Maart 1914 (Staatsblad van 29 Maart 1914, nr. 88) vastgestelden prijs.

Het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) is belast met de uitvoering van deze beschikking.

Brussel, den 28n Maart 1917.
C. C. VIa 2981.

3.

VERORDNUNG.

Staatliche Beamte und Lehrer können im Falle ihrer Versetzung nach einem anderen Ort den Vermietern ihrer bisherigen Mietswohnungen auch bei Bestehen eines schriftlichen Vertrages (Artikel 1736 des in Belgien geltenden Bürgerlichen Gesetzbuches) unter Einhaltung der ortsüblichen Frist kündigen. Entgegenstehende Vereinbarungen sind unwirksam.

Brüssel, den 31. März 1917.
C. C. III Z 2208, VI A 3166.

Arrêté.

En cas de transfert d'une localite dans une autre, les fonctionnaires, employés et membres du personnel enseignant de l'Etat pourront, même s'ils ont fait un bail par écrit (article 1736 du Code civil belge) donner congé aux bailleurs de la chose louée (maison, appartement, etc.) qu'ils habitent, à la condition de tenir compte du délai de congé fixé par l'usage des lieux. Les conventions contraires au présent arrêté sont sans effet.

Bruxelles, le 31 mars 1917.
C. C. III. A 2208, VI A 3166.

Verordening.

Ambtenaren en beambten van den Staat, alsook leden van het onderwijzend personeel van den Staat mogen, ingeval zij

naar een ander oord overgeplaatst worden, mits inachtneming van den ter plaatse gebruikelijken opzeggingstermijn, hun huurwoningen bij den verhuurder opzeggen, ook wanneer een schriftelijke huurovereenkomst (artikel 1736 van het in België geldende Burgerlijk Wetboek) bestaat. Hiermede in strijd zijnde overeenkomsten houden op van kracht te zijn.

Brussel, den 31n Maart 1917.
C. C. III A 2208, VI A 3166.

4.

VERORDNUNG.

Beamte, die in Ausführung der Verordnung vom 21. März 1917 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 3457) versetzt werden, erhalten eine Entschädigung für die ihnen aus Anlass dieser Versetzung entstehenden Auslagen.

Der Verwaltungschef wird mit der Ausführung dieser Verordnung, insbesondere mit der Festsetzung der Entschädigungen im Einzelfall beauftragt.

Brüssel, den 31. März 1917.
C. C. III A 2209, VI A 3167.

Arrêté.

Les fonctionnaires et employés qui, en exécution de l'arrêté du 21 mars 1917 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, page 3457), sont tranférés d'une localité dans une autre reçoivent une indemnité destinée à couvrir les frais que ce transfert leur cause.

Le Chef de l'Administration civile (Verwaltungschef) est chargé de l'exécution du présent arrêté, notamment en ce qui concerne la fixation de ladite indemnité dans chaque cas particulier.

Bruxelles, le 31 mars 1917.
C. C. III A 2209, VI A 3167.

Verordening.

Ambtenaren en beambten, die in uitvoering der Verordening van 21 Maart 1917 (Wet- en Verordeningsblad, bl. 3457) overgeplaatst worden, zullen een schadeloosstelling bekomen voor de onkosten, welke naar aanleiding van die overplaatsing voor hen ontstaan.

Het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) is belast met de uitvoering van deze Verordening, inzonderheid met de vaststelling van de schadeloosstellingen in elk afzonderlijk geval.

Brussel, den 31n Maart 1917.
C. C. III A 2209, VI A 3167.

No. 331. — 9. APRIL 1917. Pag. 3557

1.

VERORDNUNG, ***

betreffend die Ueberwachung Meldepflichtiger.

Die Verordnung vom 14. Juli 1915 über Zuwiderhandlungen Meldepflichtiger gegen ihre Ueberwachung (G. & V. Bl., S. 790) wird wie folgt ergänzt:

„Können die einer Zuwiderhandlung schuldigen Personen nicht selbst zur Verantwortung gezogen werden, so kann durch Verfügung der Militärgouverneure und gleichberechtigten Befehlshaber deren in Belgien befindliches Vermögen ganz oder teilweise eingezogen werden."

Brüssel, den 3. April 1917.
G. G. III 503.

*** Sehe Seite 1. Voyez page 1. Zie blz. 1.

Arrêté ***

concernant la surveillance des personnes placées sous le contrôle d'un „Meldeamt".

L'arrêté du 14 juillet 1915, concernant les infractions aux prescriptions relatives à la surveillance des personnes placées sous le contrôle d'un „Meldeamt" (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 790) est complété comme suit:

„Si les auteurs des infractions ne peuvent être contraints à en répondre personnellement, leurs biens se trouvant en Belgique pourront être confisqués ,en tout ou en partie, par des ordonnances émanant soit des gouverneurs militaires, soit des commandants ayant les mêmes pouvoirs que les gouverneurs."

Bruxelles, le 3 avril 1917.
G. G. III 503.

Verordening ***

betreffende de personen die onder toezicht van het „Meldeamt" staan.

De Verordening van 14 Juli 2915 „betreffende overtredingen der meldeplichtigen tegen hunne bewaking" (Wet- en Verordeningsblad, bl. 790), is aangevuld als volgt:

„Ingeval de personen, die zich aan een overtreding schuldig hebben gemaakt, zelf niet ter verantwoording kunnen worden gedaagd, kan hun in België voorhanden zijnde vermogen, bij beschikking van de krijgsgouverneurs en van de met dezen gelijkgestelde bevelhebbers, geheel of gedeeltelijk verbeurdverklaard worden."

G. G. III 503.

2.

VERORDNUNG ***

über Verheimlichung von Waffen und Munition,

Unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 10. Januar 1915 und der Verordnung vom 16. Juli 1915 (G. & V. Bl. S. 793) verordne ich wie folgt:

Art. 1. Die Herstellung und der Besitz von Waffen und Munition ist der Bevölkerung verboten. Ausnahmen' können die Gouverneure bewilligen.

Art. 2. Zu den Waffen rechnen alle Arten Schusswaffen und blanke Waffen'

Als Munition sind ausser den fertigen für Waffen verwendbaren Patronen auch die der Herstellung von Patronen dienenden Bestandteile anzusehen.

Altertümliche oder künstlerisch bedeutende Gegenstände können mit Genehmigung der Kommandanturen, die über die Waffeneigenschaft im Sinne des Absatz 1 befinden werden, den Besitzern verbleiben.

Art. 3. Wer Waffen oder Munition herstellt, solche wissentlich in seinem Besitz hat, sie an andere Personen überlässt oder anderen zu ihrer Erlangung behilflich ist, wird mit Zuchthaus, in minder schweren Fällen mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Geht aus den Umständen hervor, dass die Waffen oder die Munition dazu bestimmt sind, gegen die deutsche Gewalt verwendet zu werden, so tritt die Todesstrafe ein.

Art. 4. Mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren, in minder schweren Fällen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten wird bestraft:

a) wer einen anderen zur Begehung eines Verbrechens gegen Art. 3 auffordert oder anreizt,

b) wer von einem Verbrechen gegen Abs. 2. Art. 3 glaubhafte Kenntnis erhält und es unterlässt, der Militärbehörde Anzeige zu machen.

Art. 5. Wer aus Fahrlässigkeit Waffen oder Munition in Besitze hat, oder werd die Einholung der Genehmigung in Art. 2. Abs. 3 unterlässt, wird mit Gefangnis und mit Geldstrafe bis zu 100.00 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Art. 6. Neben jeder Strafe ist auf Einziehung der Waffen und der Munition zu erkennen ohne Unterschied, ob sie dem Täter oder einem Teilnehmer gehören oder nicht.

Art. 7. Zuständig sind die Militärgerichte, bei Zuwiderhandlungen gegen Art. 5 auch die Militärbefehlshaber.

Brüssel, den 3. April 1917.
G. G. III 556.

Arrêté ***

concernant la détention prohibée d'armes ou de munitions,

J'abroge l'avis du 10 janvier 1915 ainsi que l'arrêté du 16 juillet 1915 (Bull. off. des lois et arr., p. 793) et arrête ce qui suit:

Art. 1er. Il est défendu aux habitants de fabriquer ou de détenir des armes ou des munitions. Des exceptions pourront être consenties par les gouverneurs.

Art. 2. Par armes, il faut entendre les armes de tir et armes blanches quelconques.

Doivent être considérés comme munitions, non seulement les cartouches finies, prêtes à être employées dans les armes, mais encore les divers éléments constitutifs des cartouches.

Les objets d'antiquité ou ayant une valeur artistique importante pourront être conservés avec l'assentiment des „Kommandanturen", qui auront à établir s'il s'agit ou non d'armes aux termes du 1er alinéa.

Art. 3. Quiconque fabriquera des armes ou des munitions, en détiendra sciemment, en cédera à autrui ou aidera des tiers à s'en procurer sera puni d'une peine de travaux forcés ou, dans les cas moins graves, d'un emprisonnement d'un mois au moins.

S'il résulte des circonstances que les armes ou les munitions devaient servir contre le pouvoir allemand, c'est la peine de mort qui sera prononcée.

Art. 4. Sera puni de 5 ans de travaux forcés au plus ou, dans les cas moins graves, d'un emprisonnement d'au moins 3 mois:

a) quiconque aura invité ou incité un tiers à commettre un des crimes prévus à l'article 3;

b) quiconque, de source digne de foi, aura reçu connaissance d'un des crimes prévus à l'article 3, 2e alinéa, et aura omis d'en prévenir l'autorité militaire.

Art. 5. Quiconque, par négligence, détiendra des armes ou des munitions, quiconque aura omis de se procurer l'autorisation prévue à l'article 2, 3e alinéa, sera puni d'emprisonnement et d'une amende pouvant atteindre 10,000 marcs, ou de l'une de ces deux peines à l'exclusion de l'autre.

Art. 6. Indépendamment de la peine, on prononcera la confiscation des armes ou des munitions, peu importe que celles-ci appartiennent ou non à l'auteur de l'infraction ou à un complice.

Art. 7. Les infractions au présent arrêté seront jugées par les tribunaux militaires; celles à l'article 5 pourront l'être aussi par les commandants militaires.

Bruxelles, le 3 avril 1917.

G. G. III 556.

Verordening ***

over het verborgen houden van wapens en schietvoorraad,

Onder opheffing der bekendmaking van 10 Januari 1915

en der Verordening van 16 Juli 1915 (Wet- en Verordeningsblad, bl. 793), verorden ik het navolgende :

Art. 1. Het is aan de bevolking verboden wapens en schietvoorraad te vervaardigen en in bezit te houden. De gouverneurs kunnen uitzonderingen toestaan.

Art. 2. Als wapens zijn te beschouwen alle soorten vuurwapens en blanke wapens.

Als schietvoorraad gelden buiten de afgewerkte, voor wapens bruikbare patronen ook de bestanddeelen, die tot het vervaardigen van patronen dienen.

Ouwerwetsche of als kunststuk van waarde zijnde voorwerpen kunnen met toelating der Kommandaturen, die over de eigenschap der wapens in den zin van het 1ste lid te beslissen hebben, den bezitters gelaten worden.

Art. 3. Wie wapens of schietvoorraad vervaardigt, of willens en wetens in zijn bezit heeft, ze aan andere personen overlaat of anderen helpt ze in bezit te krijgen, wordt met dwangarbeid, in lichtere gevallen, met ten minste één maand gevangenis gestraft.

Blijkt uit de omstandigheden, dat de wapens of de schietvoorraad bestemd zijn, om tegen het Duitsche gezag gebruikt te worden, zoo wordt de doodstraf uitgesproken.

Art. 4. Met ten hoogste 5 jaar dwangarbeid, in lichtere gevallen met ten minste 3 maand gevangenis, wordt gestraft :

a) *wie een ander tot het begaan van een misdrijf tegen artikel 3 uitnoodigt of aanzet,*

b) *wie op geloofwaardige wijze kennis krijgt van een misdrijf tegen het 2e lid van artikel 3 en verzuimt dit bij de krijgsoverheid aan te melden.*

Art. 5. Wie uit nalatigheid wapens of schietvoorraad in bezit heeft, of wie verzuimt, de toelating bedoeld onder het 3e lid van artikel 2 aan te vragen, wordt met gevangenis en met ten hoogste 10.000 mark boete of met één van beide straffen gestraft.

Art. 6. Bij elke straf moet bovendien de verbeurdverkla-

ring van de wapens en van den schietvoorraad worden uitgesproken, om het even of zij al dan niet den dader of een medeplichtige toebehooren.

Art. 7. De krijgsrechtbanken, voor overtredingen van artikel 5 ook de krijgsbevelhebbers, zijn tot oordeelvellen bevoegd.

Brussel, den 3n April 1917.
G. G. III 556.

No. 332. — 11. APRIL 1917. Pag. 3565

1.

VERORDNUNG. ***

Das Gesetz vom 29. April 1892 (*Moniteur belge* Seite 1281) wird wie folgt abgeändert:

Die gesetzliche Zeit ist vom 16. April 1917 vormittags 2 Uhr bis zum 17. September 1917 vormittags 3 Uhr die mittlere Sonnenzeit des 30. Längengrades östlich von Greenwich (mitteleuropäische S o m m e r zeit).

Von 17. September 1917 vormittags 3 Uhr an ist die gesetzliche Zeit die mittlere Sonnenzeit des 15. Längengrades östlich von Greenwich (mitteleuropäische Zeit). Die offentlich angebrachten Uhren sind am 16. April 1917 vormittags 2 Uhr (mitteleuropäische Zeit) auf 3 Uhr vorzustellen, am 17. September 1917 vormittags 3 Uhr (mitteleuropäische S o m m e r zeit) auf 2 Uhr zurückzustellen.

Unter öffentlich angebrachten Uhren sind nicht nur die Turmuhren und die an den Strassen und Plätzen angebrachten Uhren zu verstehen, sondern auch in Räu-

---

*** Sehe Seite 1. Voyez page 1. Zie blz. 1.

men, die dem allgemeinen Verkehr zugänglich sind, z. B. in öffentlichen Verkehrsanstalten, Hotels, Banken, Schulen, Läden usw.

Von der am 17. September 1917 doppelt erscheinenden Stunde von 2 bis 3 Uhr vormittags wird die erste Stunde als 2 A, 2 A 1 Minute usw. bis 2 A 59 Min., die zweite als 2 B, 2 B 1 Min. usw. bis 2 B 59 Min. bezeichnet.

Vorstehende Zeitrechnung ist insbesondere in allen offentlichen Ankündigungen, Fahrplänen, sowie bei der Festsetzung von Gerichtsterminen, Schul-, Büro-, Geschäfts- und Betriebsstunden anzuwenden.

Brüssel, den 30. März 1917.
G. G. II*b* 1609/17.

Arrêté. ***

La loi du 29 avril 1892 (*Moniteur Belge*, p. 1281) est modifiée comme suit:

Du 16 avril 1917, à 2 heures du matin, au 17 septembre 1917, à 3 heures du matin, l'heure légale sera l'heure solaire en temps moyen du 30e degré de longitude est de Greenwich (heure *d'été* de l'Europe centrale).

A partir du 17 septembre 1917, à 3 heures du matin, l'heure légale sera l'heure solaire en temps moyen du 15e degré de longitude est de Greenwich (heure de l'Europe centrale).

Le 16 avril 1917, à 2 heures du matin (heure de l'Europe centrale), les horloges publiques devront être avancées d'une heure de façon à marquer 3 heures; le 17 septembre 1917, à 3 heures du matin (heure *d'été* de l'Europe centrale), lesdites horloges devront être retardées d'une heure de façon à marquer 2 heures.

Par horloges publiques, il faut entendre non seulement les horloges des clochers et des tours, ainsi que les horloges des rues et places publiques, mais aussi toutes les hor-

loges placées aux endroits et dans les locaux accessibles au public, tels que les gares, salles d'attente de tramways, embarcadères de bateaux, etc., les hôtels, banques, écoles, magasins et boutiques, etc.

Le 17 septembre 1917, l'heure allant de 2 heures à 3 heures du matin se présentant deux fois, elle sera désignée la première fois par 2 A, 2 A 1 minute, etc. jusque 2 A 59 minutes, la deuxième fois par 2 B, 2 B 1 minute, etc. jusque 2 B 59 minutes.

C'est l'heure établie ci-dessus qui, le cas échéant, devra être employée notamment dans toutes les publications, les horaires de chemins de fer, vicinaux, tramways, etc. ainsi que dans les assignations en justice, les horaires des écoles, la désignation des heures de bureau, des heures de service dans les maisons de commerce, des heures d'exploitation dans les fabriques, etc.

Bruxelles, le 30 mars 1917.
G. G. II*b* 1609/17.

Verordening. ***

De wet van 29 April 1892 (Staatsblad *bl. 1281*), *wordt als volgt gewijzigd :*

Voor den duur van 16 April 1917, 2 uur 's morgens, tot en met 17 September 1917, 3 uur 's morgens, is de wettige tijd de midden-zonnetijd van den 30n lengtegraad Oosten van Greenwich (Midden-Europeesche Zomer*tijd).*

Van 17 September 1917, 3 uur 's morgens, af is de wettige tijd de midden-zonnetijd van den 15n lengtegraad Oosten van Greenwich (Midden-Europeesche tijd).

Den 16n April 1917, 2 uur 's morgens (Midden-Europeesche tijd), moeten de openbare uurwerken tot op 3 uur voorgezet, den 17n September 1917, 3 uur 's morgens (Midden-Europeesche Zomer*tijd), tot op 2 uur achteruitgezet worden.*

Onder openbare uurwerken zijn niet alleen te verstaan de torenuurwerken en de uurwerken, die in straten en op pleinen geplaats zijn, doch al de uurwerken in huizen, waartoe het publiek toegang heeft, als zijnde : openbare verkeersinrichtingen, gasthoven, banken, scholen, winkels, enz.

Op 17 September 1917 komt het uur van 2 tot 3 uur 's morgens tweemaal voor ; de eerste maal wordt dit uur als 2 A, 2 A 1 minuut, enz., tot 2 A 59 minuten, de tweede maal als 2 B, 2 B 1 minuut, enz., tot 2 B 59 minuten aangeduid.

Vorenstaande tijdsbepaling is inzonderheid in acht te nemen voor al de openbare aankondigingen, uurtabellen, evenals voor het vaststellen van gerechtelijke termijnen en van school-, kantoor-, magazijn- en bedrijfsuren.

Brussel, den 30n Maart 1917.
*G. G. II*b *1609/17.*

2.

VERORDNUNG. ***

betreffend Aenderung der Verordnung über die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln,

Die Verordnung vom 14. Februar 1917 (Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 311) wird wie folgt geändert:

§ 1. Läden und Verkaufsstätten dürfen vom 16. April 1917 ab bis 8 Uhr abends und vom 15. Mai 1917 ab bis 9 Uhr abends geöffnet bleiben.

§ 2. Zu III der Verordnung werden die Worte „für je 15 cbm" in „für je 15 qm" geändert.

Brüssel, den 7. April 1917.
C. C. IV A 8321.

Arrêté ***

modifiant l'arrêté ayant pour but d'économiser les combustibles et les produits servant à l'éclairage,

Mon arrêté du 14 février 1917 (Bull. off. d. l. et arr., no. 311) est modifié comme suit:

§ 1er. A partir du 16 avril 1917, les magasins et autres locaux de vente pourront rester ouverts jusqu'à 8 heures du soir; à partir du 15 mai 1917, ils pourront rester ouverts jusqu'à 9 heures du soir.

§ 2. Sub III dudit arrêté, au lieu de „par 15 m³ „il faut lire „par 15 m²".

Bruxelles, le 7 avril 1917.
C. C. IV A 8321.

Verordening ***

houdende wijziging van de Verordening betreffende de bezuiniging van brandstoffen en verlichtingsmiddelen.

De Verordening van 14 Februari 1917 (Wet- en Verordeningsblad, Nr. 311) wordt als volgt gewijzigd:

§ 1. Met ingang van 16 April 1917 mogen winkels en verkooplokalen tot 8 uur 's avonds, met ingang van 15 Mei 1917 tot 9 uur 's avonds open blijven.

§ 2. In III van de Verordening worden de woorden „per 15 kubieke meters" vervangen door „per 15 vierkante meters".

Brussel, den 7n April 1917.
C. C. IV A 8321.

No. 333. — 14. APRIL 1917. Pag. 3577

VERORDNUNG ***

über die Heraufsetzung des Ausmahlungsgrades.

§ 1. Die Verordnung über die Heraufsetzung des Ausmahlungsgrades vom 27. Februar 1917 (G. u. V. Bl. S. 3358) wird aufgehoben.

§ 2. In Abänderung des § 4 meiner Verordnung über Vermahlung und Beförderung von Brotgetreide vom 8. Juli 1916 (G. u. V. Bl. S. 2401) setze ich auf Vorschlag der Zentral-Ernte-Kommission bis auf weiteres den Ausmahlungsgrad für das inländische sowie für das eingeführte Getreide auf mindestens 97 % fest. Dieser Ausmahlungsgrad ist dahin zu verstehen, dass alles Brotgetreide ohne Absonderung von Kleie voll ausgemahlen werden muss. Der festgesetzte Ausmahlungsgrad gilt auch für das Korn der Selbstversorger.

Haftbar für die Innehaltung des Ausmahlungsgrades sind die zur Verarbeitung von Brotgetreide zugelassenen Mühlen.

§ 3. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Brüssel, den 13. April 1917.
Z. E. K. 1334/17.

Arrêté ***

concernant l'élévation du rendement de la mouture.

§ 1er. L'arrêté du 27 février 1917 concernant l'élévation du rendement de la mouture (Bull. off. des lois et arr., p. 3358) est abrogé.

§ 2. Par dérogation au § 4 de mon arrêté du 8 juillet

*** Sehe Seite 1. Voyez page 1. Zie blz. 1.

1916 concernant la mouture et le transport des céréales destinées à la panification (Bull. off. des lois et arr., p. 2401) et sur la proposition de la Commission centrale de la récolte (Zentral-Ernte-Kommission), j'ai fixé, jusqu'à nouvel ordre, à 97 % au moins le rendement de la mouture du blé indigène ou importé. Ce pourcentage signifie que tout le blé doit être moulu intégralement sans que le son soit séparé. Le pourcentage déterminé par le présent arrêté est ausi applicable au blé des producteurs qui est destiné à leur alimentation ainsi qu'à celle de leur famille et de leur personnel.

Les moulins admis à moudre le blé répondent de l'observation du rendement prescrit.

§ 3. Le présent arrêté entre immédiatement en vigueur.

Bruxelles, le 13 avril 1917.

Z. E. K. 1334/17.

Verordening ***

betreffende de verhooging van den maalgraad.

§ 1. De Verordening van 27 Februari 1917, betreffende de verhooging van den maalgraad (Wet- en Verordeningsblad, bl. 3358), is opgeheven.

§ 2. Onder wijziging van § 4 mijner Verordening van 8 Juli 1916, over het malen en vervoeren van koren (Wet- en Verordeningsblad, bl. 2401), stel ik, op voorstel van de Centrale Oogstkommissie (Zentral-Ernte-Kommission), den maalgraad zoowel voor inheemsch als voor ingevoerd koren tot nader bericht vast op ten minste 97 %. Deze maalgraad is zoo te verstaan, dat al het koren, met de zemelen, ten volle moet worden uitgemaald. De vastgestelde maalgraad geldt eveneens voor het koren, dat voor de voeding van de verbouwers zelf dient.

De molens, die de toelating hebben om koren te malen, zijn

verantwoordelijk voor het nakomen van bovenstaand voorschrift betreffende den maalgraad.

§ 3. Deze Verordening wordt onmiddellijk van kracht.

Brussel, den 13n April 1917.
Z. E. K. 1334/17.

No. 334. — 17. APRIL 1917. Pag. 3589

BEKANNTMACHUNG. ***

Jede Beschädigung von Telegraphen-, Fernsprechleitungen und Eisenbahnen wird nach Kriegsrecht bestraft. Das anzuwendende Gesetz setzt darauf die Todesstrafe.

Wird der Täter nicht ergriffen, so treten die strengsten Massnahmen gegen die Gemeinde ein, auf deren Gebiet oder in deren Nähe die Beschädigung vorgenommen worden ist.

Brüssel, den 10. April 1917.
G. G. I*b* 1935, III 823.

Avis. ***

Tout dommage causé aux télégraphes, aux téléphones ou aux chemins de fer sera puni conformément au droit de la guerre; la loi applicable dans un tel cas prescrit la peine de mort.

Si l'auteur de l'infraction n'a pu être arrêté, les mesures les plus rigoureuses seront prises contre la commune sur le territoire ou dans le voisinage de laquelle le dommage aura été causé.

Bruxelles, le 10 avril 1917.
G. G. I*b* 1935, III 823.

*** Sehe Seite 1. Voyez page 1. Zie blz. 1.

Bekendmaking. ***

Elke beschadiging aan telegraaf- en telefooninrichtingen, alsook aan spoorwegen veroorzaakt, zal overeenkomstig het krijgsrecht gestraft worden. De wet, die in dergelijke gevallen toepasselijk is, voorziet de doodstraf.

Wordt de dader niet aangehouden, zoo zullen de strengste maatregelen getroffen worden tegen de gemeente, op wier gebied of in wier nabijheid de beschadiging veroorzaakt is.

Brussel, den 10n April 1917.
G. G. Ib *1935, III 823.*

No. 335. — 19. APRIL 1917. Pag. 3597

1.

VERORDNUNG,

betreffend die Abtrennung des Kreises Nivelles von der Provinz Brabant.

Art. 1. Der Kreis Nivelles wird von der Provinz Brabant abgetrennt und der Provinz Hennegau einverleibt.

Art. 2. Das Gesetz vom 18. April 1903 über die Zahl der Provinzialratsmitglieder wird dahin abgeändert, dass 14 Mitglieder aus dem Provizialrat von Brabant ausscheiden und in den Provinzialrat von Hennegau eintreten, nämlich 3 für Jodoigne, 2 für Genappe, 2 für Perwez, 3 für Wavre und 4 für Nivelles.

Diejenigen, die zugleich Mitglieder des ständigen Ausschusses der Provinz Brabant sind, scheiden auch aus diesem aus und treten in den ständigen Ausschuss der Provinz Hennegau ein. Die Zahl der Mitglieder des ständigen Ausschusses (Artikel 96 des Provinzialgesetzes

vom 30. April 1836) vermindert sich für Brabant und erhöht sich für Hennegau um je 2; dies gilt nur bis zunächsten Wahl der ständigen Ausschüsse.

Art. 3. Die solidarische Haftung der Provinzen für die Anleihen aus Anlass der ihnen auferlegten Kriegskontributionen bleibt unberührt.

Art. 4. Zwischen den Provinzen Brabant und Hennegau findet eine vermögensrechtliche Auseinandersetzung statt, deren Genehmigung ich mir vorbehalte.

Art. 5. Der Verwaltungschef bei dem Generalgouverneur in Belgiën wird mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Brüssel, den 13. April 1917.
C. C. III*a* 2500.

Arrêté

séparant l'arrondissement de Nivelles de la province de Brabant.

Art. 1er. L'arrondissement de Nivelles est séparé de la province de Brabant et incorporé à la province de Hainaut.

Art. 2. La loi du 18 avril 1903, concernant le nombre des conseillers provinciaux, est modifiée en ce sens que 14 membres sortent du conseil provincial du Brabant et entrent dans le conseil provincial du Hainaut; ces 14 membres sont les 3 conseillers du canton de Jodoigne, les 2 conseillers du canton de Genappe, les 2 conseillers du canton de Perwez, les 3 conseillers du canton de Wavre et les 4 conseillers du canton de Nivelles.

Ceux de ces conseillers provinciaux qui sont en même temps membres de la députation de la province de Brabant sortent de ladite députation et entrent dans la députation permanente de la province de Hainaut. Le nombre

des membres de la députation permanente (article 96 de la loi provinciale du 30 avril 1836) est diminué des 2 pour le Brabant et augmenté de 2 pour le Hainaut; cette modification ne restera en vigueur que jusqu'aux prochaines élections aux députations permanentes.

Art. 3. La garantie solidaire, par les provinces, des emprunts contractés en vue d'assurer le paiement des contributions de guerre qui leur sont imposées, ne subit aucune modification.

Art. 4. Entre les provinces de Brabant et de Hainaut, il sera procédé à une répartition de biens, dont je me réserve l'approbation .

Art. 5. Le Chef de l'Administration civile (Verwaltungschef) près le Gouverneur général en Belgique est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 13 avril 1917.
C. C. III*a* 2500.

Verordening

betreffende de afscheiding van het arrondissement Nijvel van de provincie Brabant.

Art. 1. Het arrondissement Nijvel wordt van de provincie Brabant afgescheiden en bij de provincie Henegouw ingelijfd.

Art. 2. De wet van 18 April 1903 over het aantal provincieraadsleden wordt derwijze gewijzigd, dat 14 raadsleden uittreden uit den provincieraad van Brabant om deel uit te maken van den provincieraad van Henegouw, en wel : 3 voor het kanton Geldenaken, 2 voor het kanton Genappe, 2 voor het kanton Perwez, 3 voor het kanton Waver en 4 voor het kanton Nijvel.

De raadsleden die terzelfder tijd lid zijn van de bestendige

afvaardiging van de provincie Brabant treden eveneens uit dit lichaam om deel uit te maken van de bestendige afvaardiging van de provincie Henegouw. Het aantal leden van de bestendige afvaardiging (artikel 96 van de provinciewet van 30 April 1836) wordt voor Brabant met 2 verminderd, voor Henegouw met 2 vermeerderd; dit geldt slechts tot de eerstkomende verkiezing voor de bestendige afvaardigingen.

Art. 3. De solidaire verantwoordelijkheid van de provincies voor de leeningen, naar aanleiding van de hun opgelegde oorlogsbelasting aangegaan, wordt hierdoor in geenen deele gewijzigd.

Art. 4. De provincies Brabant en Henegouw zullen tot een vermogensrechtelijke verdeeling overgaan, waarvan ik mij de goedkeuring voorbehoud.

Art. 5. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) bij den Generalgouverneur in België, is belast met de uitvoering van deze Verordening.

Brussel, den 13n April 1917.
C. C. IIIa 2500.

2.

VERORDNUNG

über die Liquidationen französischer Unternehmungen.

Einziger Artikel. Die Vorschriften der Verordnung über die Liquidation britischer Unternehmungen vom 29. August 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 253) werden im Wege der Vergeltung auf Unternehmungen, deren Kapital überwiegend französischen Staatsangehörigen zusteht oder die vom französischen Gebiet aus geleitet oder beaufsichtigt werden oder bis zum Kriegsausbruch geleitet oder beaufsichtigt wurden sowie auf

französische Beteilungen an einem Unternehmen und Vermögenswerte jeder Art für anwendbar erklärt,

Brüssel, den 15. April 1917.
C. C. IV A 12450.

Arrêté

concernant la liquidation d'entreprises françaises.

Article unique.

Les dispositions de l'arrêté du 29 août 1916, concernant la liquidation d'entreprises britannniques (Bulletin officiel des lois et arrêtés, no. 253), sont, par voie de rétorsion, déclarées applicables *a*) aux entreprises dont le capital appartient en majeure partie à des sujets français; *b*) à celles dont la direction ou la surveillance a, en ce moment, ou bien a eu jusqu'au début de la guerre son siège en territoire français; c) à toute participation française à une entreprise et *d*) aux biens français de toute espèce.

Bruxelles, le 15 avril 1917.
C. C. IV A 1250.4

Verordening

over de likwidatie van Fransche ondernemingen.

Eenig Artikel. De voorschriften van de Verordening van 29 Augustus 1916, over de likwidatie van Britsche ondernemingen (Wet- en Verordeningsblad Nr. 253) worden, bij wijze van vergelding, toepasselijk verklaard op ondernemingen wier kapitaal voor het meerendeel aan Fransche onder-

danen toebehoort, of wier leiding of bewaking thans haar zetel op Fransch gebied heeft, of waarvan dit tot bij het uitbreken van den oorlog het geval was, alsook op Fransche deelhebbingen in een onderneming en op Fransche vermogenswaarden van om het even welken aard.

Brussel, den 15n April 1917.
C. C. IV A 12450.

No. 336. — 22. APRIL 1917. Pag. 3605

MINISTERIUM FUR WISSENSCHAFT UND KUNST.

ABTEILUNG FÜR VOLKSSCHULUNTERRICHT.

Lehrerprüfung in Gemässheit des Artikels 24 des Grundgesetzes.

Aufruf an die Bewerber.

Es werden Prüfungsausschüsse eingesetzt, die beauftragt sind, im Juli 1917 die durch Artikel 24 des organischen Volksschulgesetzes vorgesehene Prüfung abzuhalten. Die Prüfungskandidaten müssen am 31. Dezember 1917 das 19. Lebensjahr vollendet haben. Befreiung von dieser Bestimmung ist ausgeschlossen.

Sie haben *vor dem 10. Juni 1917* auf ungestempeltem Papier nach untenstehendem Muster ihren Antrag an das Ministerium für Wissenschaft und Kunst einzureichen.

Die Kandidaten, welche Verwendung in vlämischen Landesteil oder im deutschen Sprachgebiet wünschen, richten ihr Gesuch an die vlämische Abteilung des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst (Waterwerktuigstraat 12—14) diejenigen, welche Verwendung im wallonischen Landesteil

anstreben, an die wallonische Abteilung des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst (Liefdadigheidstraat 25) (Verordnung vom 13. Dezember 1916, Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 288).

Dem Antrag ist beizufügen:

1. Die Geburtsurkunde,

2. Ein von der Heimatsgemeinde ausgestelltes Leumundszeugnis,

3. Eine ärtzliche Bescheinigung, dass der Bewerber an keinem Gebrechen leidet, das seine Autorität als Lehrer in Frage stellen könnte,

4. Eine Aufzählung der Zeugnisse und Diplome des Bewerbers mit Angabe der Anstalten, wo diese erworben wurden.

N. B.: Geburtsurkunde und Leumundszeugnis sind in Gemässkeit der Vorschriften des Stempelgesetzes vom 25. März 1891 gestempelt beizubringen.

Die Einberufung der Bewerber geschieht rechtzeitig durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses.

Muster für ein Gesuch auf Zulassung zu der Lehrer- oder Lehrerinnenprüfung.

Der Unterzeichnete / Die Unterzeichnete (Name, Vorname, Beruf), wohnhaft in...., (Strasse, Nummer, wenn nötig) Provinz..., geboren in...., am.... 18...., beantragt seine / ihre Aufnahme in die Liste der im Juli 1917 stattfindenden Prüfung für Lehrer / für Lehrerinnen in Gemässheit des Art. 24 des Grundgesetzes zur Regelung des Volksschulwesens.

Er (Sie bewirbt sich um eine Stelle
im vlämischen Landesteil.
im deutschen Sprachgebiet.
im wallonischen Landesteil.

(Datum) (Unterschrift.)

Muster für das aertzliche Zeugnis.

Der Unterzeichnete (Name, Vorname und Adresse) Doktor der Medizin usw. bescheinigt, dass Herr oder, Fräulein (Name, Vorname und Adresse des Bewerbers) an keinem der Gebrechen leidet, die in dem Anhang der ministeriellen Verfügung vom 31. Dezember 1897 (Verwaltung des Volksschulwesens, 2. Abteilung, Nr. 13 120 1) aufgeführt sind, und auch nicht mit einem körperlichen Uebel behaftet ist, welches geeignet wäre, seine Autorität als Lehrer den Schülern gegenüber in Frage zu stellen.

...., den.... 19...
(Unterschrift).

MINISTÈRE DES SCIENCES ET DES ARTS.

ADMINISTRATION DE L'ENSEIGMENT PRIMAIRE.

Examen d'instituteur prévu par l'article 24 de la loi organique coordonnée.

Appel aux candidats.

Des jurys seront chargés de procéder, en juillet 1917, à l'examen prévu par l'article 24 de la loi organique coordonné sur l'instruction primaire. Les personnes qui désirent se présenter à l'examen doivent être âgées de 19 ans au moins à la date du 31 december 1917; aucune dispense d'âge ne peut être accordée.

Elles adresseront, *avant le 10 juin 1917*, leur demande, sur papier libre, au Ministère et des arts, en se conformant au modèle ci-dessous.

Les candidats qui se destinent à l'enseignement dans la partie flamande du pays ou dans la région linguistique allemande doivent adresser leur demande à la section flamande du

Ministère des sciences et des arts (12—14, rue Hydraulique) ; les aspirants-instituteurs pour la partie wallonne du pays, à la section wallonne du Ministère des sciences et des arts (25, rue de la Charité). (Arrêté du 13 décembre 1916. — Bulletin officiel des lois et arrêtés, no. 288).

Cette demande doit être accompagnée:

1. D'un extrait de l'acte de naissance du candidat;

2. D'un certificat de moralité et de bonne conduite délivré par l'administration de la commune où le candidat est domicilié;

3. D'un certificat médical constatant que le candidat n'est atteint d'aucune infirmité de nature à affaiblir l'autorité que doit avoir un instituteur sur ses élèves;

4. D'une déclaration indiquant les certificats et diplômes dont le candidat est déjà porteur, avec l'indication de l'établissement où ils ont été délivrés.

N. B. L'extrait de l'acte de naissance et le certificat de moralité doivent être produits sur timbre, en conformité des prescriptions du Code du timbre du 25 mars 1891.

Les aspirants seront convoqués en temps utile par les soins du président du jury.

Modèle de la demande d'inscription pour l'examen d'instituteur ou d'institutrice.

Le soussigné / La soussignée (nom, prénom, profession), domicilié à...., (rue, numéro, *au besoin*), province de...., né / née à...., le.... 18...., déclare vouloir se faire inscrire sur la liste des personnes qui subiront, en 1917, l'examen d'instituteur / d'institutrice prévu par l'article 24 de la loi organique coordonnée de l'enseignement primaire.

<table>
<tr><td rowspan="3">Il
Elle</td><td rowspan="3">se présente
en qualité</td><td rowspan="3">d'aspirant-instituteur ou d'aspirante-institutrice</td><td>pour les localités de la partie flamande du pays.</td></tr>
<tr><td>pour les localités de la région linguistique allemande.</td></tr>
<tr><td>pour les localités de la partie wallonne du pays.</td></tr>
</table>

(Date.) (Signature.)

Modèle du certificat mèdical.

Je soussigné (nom, prénoms et adresse), docteur en médecine, etc., certifie que M..... (nom, prénom et adresse du candidat), n'est atteint d'aucune des infirmités énumérées dans l'instruction qui accompagnait la circulaire ministérielle du 31 décembre 1897 (administration de l'enseignement primaire, 2e section, no. 13120*l*), ni d'aucune autre tare physique de nature à affaiblir l'autorité qu'un instituteur doit avoir sur ses élèves.

...., le.... 19....
(Signature.)

MINISTERIE VAN WETENSCHAPPEN EN KUNSTEN.

AFDEELING LAGER ONDERWIJS.

Examen voor onderwijzers, voorzien bij artikel 24 der organieke wet.

Oproep tot de kandidaten.

Jury's zullen worden aangesteld om in Juli 1917 het examen, voorzien bij artikel 24 der organieke wet, af te nemen. De kandidaten moeten den 31n December 1917 ten

volle 19 jaar oud zijn. Op deze bepaling wordt geen uitzondering toegestaan.

Zij moeten hun aanvraag op ongezegeld papier en volgens onderstaand model opgesteld, vóór 10 Juni 1917 bij het Ministerie van Wetenschappen en Kunsten indienen.

De kandidaten, die onderwijs wenschen te geven in het Vlaamsch land of in het Duitsch taalgebied, moeten hun aanvraag sturen aan de Vlaamsche afdeeling van het Ministerie van Wetenschappen en Kunsten (Waterwerktuigstraat 12—14); degenen, die zich aanbieden voor het Walenland, aan de Waalsche afdeeling van het Ministerie van Wetenschappen en Kunsten (Liefdadigheidsstraat 25) (Verordening van 13 December 1916, Wet- en Verordeningsblad, nr. 288).

De aanvraag moet vergezeld gaan van :

1. een uittreksel uit de geboorteakte,

2. een getuigschrift van onbesproken gedrag, afgeleverd door de gemeente waar de kandidaat woont,

3. een geneeskundig getuigschrift, verklarende dat de kandidaat aan geen lichamelijk gebrek lijdt, van aard om aan het gezag, dat hij als onderwijzer moet hebben, afbreuk te doen ;

4. een opsomming van de getuigschriften en diploma's van den kandidaat, met aanduiding van de inrichtingen, die ze hebben afgeleverd.

N. B. Overeenkomstig de voorschriften van het Zegelwetboek van 25 Maart 1891, moet het uittreksel uit de geboorteakte en het getuigschrift van onbesproken gedrag op gezegeld papier worden ingediend.

De aanzoekers zullen bijtijds door de zorgen van den voorzitter der jury opgeroepen worden.

Model van de aanvraag ter inschrijving voor het examen van onderwijzer of van onderwijzeres.

De ondergeteekende (*naam, voornaam, beroep*), *wonende*

te...., (straat, nummer, zoo noodig), provincie...., geboren te...., den.... 18...., wenscht zich te laten inschrijven voor het in Juli 1917 te houden examen van { onderwijzer / onderwijzeres } voorzien bij art. 24 der organieke wet op het lager onderwijs.

{ Hij / Zij } { vraagt een betrekking aan van } { onderwijzer / onderwijzeres } { in het Vlaamsch land. / in het Duitsch taalgeb. / in het Walenland. }

(Dagteekening.) *(Handteekening.)*

Model van het geneeskundig getuigschrift.

Ik ondergeteekende (naam, voornamen en adres), dokter in de geneeskunde, enz., getuig dat M... (naam, voornamen en adres van den aanzoeker), aan geen der gebreken lijdt, die opgesomd zijn in het aanhangsel van het ministerieel besluit van 31 December 1897 (Beheer van het Lager Onderwijs, 2e afdeeling, nr. 13120l), en ook niet aan een lichamelijke kwaal onderhevig is, die aan het gezag, dat een onderwijzer over zijn leerlingen behoort te hebben, afbreuk zou kunnen doen.

...., den.... 19...
(Handteekening).

No. 337. — 23. APRIL 1917. Pag. 3613

1.

VERORDNUNG,

betreffend die Erhebung eines Zollzuschlags von Tabak.

Artikel 1.

Unverarbeiteter, nichtverzollter Tabak.

§ 1. Unverarbeiteter Tabak jeder Art, der nach In-

krafttreten dieser Verordnung zur Verzollung gestellt wird, unterliegt neben den in Artikel 1 und 2 der Verordnung vom 1. März 1916, betreffend Aenderungen des Zolltarifs und einiger Verbrauchsabgaben (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 1694), vorgeschriebenen Eingangsabgaben einem Zollzuschlag von 50 v. H. des Wertes.

§ 2. Als Wert gilt der Preis des Tabaks beim Uebergang vom Verkäufer (Händler) an den Verarbeiter (Fabrikanten), wobei Rabatt, Zinsvergütungen, Zahlungsabzüge u. dergl. unberücksichtigt bleiben.

§ 3. Verkäufer im Sinne dieser Verordnung ist, wer zollzuschlagpflichtigen Tabak an einen Verarbeiter überlässt.

Der Verarbeiter gilt insoweit als Verkäufer im Sinne dieser Verordnung, als er selbst unverarbeiteten Tabak weiter veräussert.

§ 4. Die Feststellung und Entrichtung des Zollzuschlags hat zu erfolgen, sobald der Tabak von dem Verarbeiter zum Zwecke der Verarbeitung unmittelbar eingeführt oder aus einer öffentlichen oder Privatniederlage entnommen wird. Der Verwaltungschef ist befugt, für die Abgabe von kleinen Mengen Ausnahmen zuzulassen.

§ 5. Die Verkäufer von Tabak haben den von ihnen eingeführten zollzuschlagpflichtigen Tabak so lange in einer öffentlichen Niederlage oder unter amtlichem Mitverschluss stehenden Privatniederlage einzulagern, bis er zwecks Verarbeitung in den Gewahrsam eines Verarbeiters übernommen wird (Art. 4). Sie haben über Zu- und Abgang an zollzuschlagpflichtigem Tabak nach näherer Anordnung der Zollbehörde Bücher zu führen, aus denen insbesondere der Kaufpreis, das Gewicht und die Benennung des Tabaks, der Verkaufspreis sowie die Käufer ersichtlich sind. Den Aufsichtsbeamten der Zollbehörde

sind von den Verkäufern auf Erfordern die Geschäftsbücher und Schriftstücke vorzulegen, die auf den An- und Verkauf des ausländischen Tabaks sowie auf die hierfür geleisteten und empfangenen Zahlungen Bezug haben.

§ 6. Die Verarbeiter haben alle Rechnungen über bezogenen Tabak auf Erfordern den Aufsichtsbeamten der Zollbehörde vorzuzeigen, diesen auf Erfordern auch Einblick in die Geschäftsbücher und Schriftstücke zu geben, die sich auf den Ankauf und die Bezahlung ausländischen Tabaks und, soweit ein Wiederverkauf stattfindet, auch auf diesen beziehen.

§ 7. Die Verkäufer und Verarbeiter haben Geschäftsbücher, Rechnungen und Schriftstücke 3 Jahre lang aufzubewahren.

§ 8. Jeder Verarbeiter, der zollzuschlagpflichtigen Tabak in seinem Betrieb zum Zwecke der Verarbeitung übernehmen will, ist verpflichtet, der zuständigen Zollstelle spätestens 1 Woche vor der Uebernahme des Tabaks in den Betrieb eine Wertanmeldung abzugeben. Die Uebernahme der Anmeldepflicht des Verarbeiters durch den Verkäufer kann von dem Verwaltungschef für bestimmte Fälle zugelassen werden.

§ 9. Der Wertanmeldung ist die vom Verkäufer dem Verarbeiter zu erteilende Rechnung (Faktura) beizufügen. Diese Rechnung darf sich nur auf den zur Verzollung gestellten Tabak beziehen. Sie bildet die Grundlage der amtlichen Wertermittelung.

Die Wertanmeldung muss insbesondere enthalten: den Namen und Wohnort des Verkäufers und des Verarbeiters, den zu zahlenden Kaufpreis, den Tag des Kaufes, das Ursprungsland, die übliche Bezeichnung der Tabaksart sowie das Gewicht des Tabaks.

Bezieht der Verarbeiter unverarbeiteten Tabak unmittelbar aus dem Auslande, so sind die Fracht, Ver-

sicherungs-, Löschungs-, Einlagerungs-und sonstige Spesen, die bis zur Ueberführung des Tabaks in das Zollinland entstehen, dem Preise hinzuzurechnen. Der Verwaltungschef ist berechtigt, für diese Zuschläge feste Sätze für je 100 kg. Tabak zu bestimmen.

§ 10. Kann der Wertanmeldung eine Rechnung im Sinne des § 9 nicht beigelegt werden oder kann der Preis nicht festgestellt werden, der von dem Verarbeiter an den Veräusserer für die Ueberlassung des Tabaks gezahlt wird, so ist als Wert des Tabaks der Preis anzumelden und der Berechnung des Zollzuschlags zu Grunde zu legen, den nach der allgemeinen Marktlage im Zeitpunkt der Gestellung des Tabaks zur Verzollung Verarbeiter an Veräusserer für Tabak gleicher Beschaffenheit und unter gleichen Umständen zahlen müssten.

§ 11. Der in der Wertanmeldung angegebene Preis darf der Berechnung des Zollzuschlags nur dann zu Grunde gelegt werden, wenn ein von dem Verwaltungschef bestimmter Sachverständiger der Zollbehörde bescheinigt hat, dass der in der Wertanmeldung angegebene Preis glaubhaft erscheint.

§ 12. Bestehen bei der Zollbehörde oder dem bestellten Sachverständigen Zweifel an der Richtigkeit der Wertanmeldung, so ist der Berechnung des Zollzuschlags als Wert des Tabaks der Preis zu Grunde zu legen, den nach der allgemeinen Marktlage im Zeitpunkt der Gestellung des Tabaks zur Verzollung Verarbeiter an Veräusserer für Tabak gleicher Beschaffenheit und unter gleichen Umständen zahlen müssten. Die Feststellung dieses Wertes erfolgt endgültig durch den Verwaltungschef.

§ 13. Die Zollbehörden und der Sachverständige sind berechtigt, von dem zur Verzollung gestellten Tabak Muster zu entnehmen. Der Verarbeiter erhält für die entnommenen Muster Vergütung nach dem angemeldeten Werte.

§ 14. Tabak, für den der Zollzuschlag entrichtet ist, darf in unverarbeitetem Zustande nur nach vorheriger Genehmigung des Verwaltungschefs weiter veräussert werden.

Artikel 2.

Unverarbeiteter, verzollter Tabak.

§ 1. Ausländischer Tabak, der bei Inkrafttreten dieser Verordnung bereits nach den seither gültigen Bestimmungen verzollt, aber noch nicht verarbeitet ist, unterliegt einem nachträglichen Zollzuschlage von 50 v. H. des Wertes.

§ 2. Wer Tabak der in § 1 genannten Art in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, diesen Tabak binnen 2 Wochen nach Inkrafttreten dieser Verordnung bei der zuständigen Zollstelle nach näherer Vorschrift des Verwaltungschefs schriftlich anzumelden.

§ 3. Befindet sich der Tabak im Gewahrsam eines Verkäufers, so hat dieser den Tabak nach närerer Anordnung der Zollbehörde innerhalb 2 Wochen nach Inkrafttreten dieser Verordnung in einer öffentlichen Niederlage oder unter amtlichem Mitverschluss stehenden Privatniederlage einzulagern, bis er zwecks Verarbeitung in den Gewahrsam eines Verarbeiters übernommen wird. Ausnahmen sind nur mit Genehmigung des Verwaltungschefs zulässig.

§ 4. Der Verarbeiter, der Tabak der in § 1 genannten Art zum Zwecke der Verarbeitung in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, in der Anmeldung (§ 2) zugleich den Wert des Tabaks anzugeben und den darauf entfallenden Zollzuschlag innerhalb dreier Tage nach dessen Feststellung an die Zollbehörde einzuzahlen.

§ 5. Im übrigen finden die Vorschriften des Artikels 1 §§ 2—14 sinngemässe Anwendung.

Artikel 3.

Verarbeiteter Tabak.

§ 1. Verarbeiteter Tabak (Zigarren, Zigaretten und anderer verarbeiteter Tabak), der nach Inkrafttreten dieser Verordnung zur Verzollung gestellt wird, unterliegt ausserdem in Artikel 1 und 2 der Verordnung vom 1. März 1916, betreffend Aenderungen des Zolltarifs und einiger Verbrauchsabgaben (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 1694), sowie in Artikel 1 der Verordnung vom 28. Juni 1916, betreffend Aenderungen des Zolltarifs (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 2312), vorgeschriebenen Eingangsabgaben einem Zollzuschlag von 50 v. H. des Wertes.

Als Wert gilt der vom Einbringer gezahlte oder zu zahlende Preis. Der Einbringer hat bei der Zollabfertigung des verarbeiteten Tabaks in den freien Verkehr nach näherer Anordnung der Zollbehörde den Wert anzumelden und die Rechnung des Lieferers beizufügen.

§ 2. Die Vorschriften des Artikels 1 §§ 9—15 finden auch hier sinngemässe Anwendung.

§ 3. Für den im Reiseverkehr eingebrachten verarbeiteten Tabak beträgt der Zollzuschlag 2500 Franken für 100 kg. Was als Einbringung im Reiseverkehr zu gelten hat, bestimmt der Verwaltungschef.

Artikel 4.

Ausführungsbestimmungen.

§ 1. Mit dem Erlass der zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen Ausfuhrungsbestimmungen wird der Verwaltungschef beauftragt.

§ 2. Der Verwaltungschef ist auch berechtigt, anzuord-

nen, dass die Gestellung von unverarbeitetem Tabak zur Verzollung nur bei einer oder mehreren bestimmten Zollstellen und nur an einzelnen bestimmten Tagen erfolgen darf.

§ 3. Soweit in dieser Verordnung und den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen nichts anderes angeordnet ist, finden die allgemeinen belgischen Zollvorschriften singemäss Anwendung.

Artikel 5.

Strafbestimmungen.

§ 1. Die Hinterziehung des in den Artikeln 1, 2 und 3 § 1 vorgeschriebenen Zollzuschlags wird für jeden einzelnen Fall mit einer Geldstrafe von 10.000 bis 100.000 Franken bestraft, an deren Stelle im Falle ihrer Uneinbringlichkeit eine Gefängnisstrafe von drei Monaten bis zu 2 Jahren tritt.

Auch ist auf Einziehung des in Betracht kommenden Tabaks, oder falls eine solche nicht ausführbar ist, auf Ersatz seines Wertes zu erkennen.

§ 2. Wegen Hinterziehung des Zollzuschlags wird insbesondere bestraft:

1. wer Tabak, von dem der Zollzuschlag entrichtet ist, in unverarbeitetem Zustande ohne vorherige Genehmigung des Verwaltungschefs veräussert (Artikel 1 § 14);

2. wer als Verkäufer der Vorschrift des Artikels 1 § 5 Satz 1 oder des Artikels 2 § 5 zuwiderhandelt;

3. wer zwecks Verwendung bei Feststellung des Zollzuschlags Rechnungen unrichtig ausstellt oder unrichtige Abschriften von Rechnungen fertigt, oder wer bei Wertanmeldung von solchen unrichtigen Schriftstücken Gebrauch macht;

4. wer bei der Wertanmeldung unrichtige tatsächliche Angaben macht;

5. wer die ihm nach Artikel 2 § 2 obliegende Anmeldung unterlässt oder in dieser unrichtige tatsächliche Angaben macht.

§ 3. Handelt es sich um die Hinterziehung des Zollzuschlags nach Artikel 3 § 3, so ist auf eine Geldstrafe von 100 bis 2000 Franken zu erkennen, anderen Stelle im Falle ihrer Uneinbringlichkeit eine Gefängnisstrafe von 8 Tagen bis zu 3 Monaten tritt.

Die Vorschrift des Artikels 5 § 1 Absatz 2 findet auch hier Anwendung.

§ 4. Andere Uebertretungen der Vorschriften dieser Verordnung oder der dafür erlassenen Ausführungsbestimmungen werden, soweit sie nicht nach Artikel 5, §§ 1 und 2 und 3 zu bestrafen sind, für jeden einzelnen Fall mit einer Geldstrafe von 500 bis 10.000 Franken bestraft, an deren Stelle im Falle ihrer Uneinbringlichkeit eine Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu einem Jahr tritt.

§ 5. Auf die Verhängung der Strafen finden die allgemeinen belgischen Vorschriften über die Verhängung von Zollstrafen sinngemäss Anwendung

§ 6. Neben den erkannten Strafen ist der Zollzuschlag nachzuentrichten.

Brüssel, den 4. April 1917.
C. C. II*a* 4831.

Arrêté

établissant un droit de douane supplémentaire sur les tabacs

Article 1er.

Tabacs non fabriqués non dédouanés.

§ 1er. Les tabacs non fabriqués de toute espèce, déclarés en douane après l'entrée en vigueur du présent arrêté, sont

passibles d'un droit de douane supplémentaire de 50 p. c. de leur valeur, indépendamment des droits d'entrée fixés par les articles 1er et 2 de l'arrêté du 1er mars 1916, modifiant le tarif des douanes et certains droits d'accise (Bulletin officiel des lois et arrêtés, page 1694).

§ 2. La valeur s'entend du prix du tabac au moment où il est cédé par le vendeur (négociant) au fabricant, sans tenir compte des rabais, bonifications d'intérêts, diminutions de prix, etc.

§ 3. Par vendeur, aux termes du présent arrêté, on entend celui qui cède, à un fabricant, des tabacs passibles du droit de douane supplémentaire.

Le fabricant est considéré comme vendeur, aux termes du présent arrêté, s'il revend lui-même des tabacs non fabriqués.

§ 4. Le droit de douane supplémentaire est fixé et perçu au moment où les tabacs, pour être mis en œuvre, sont importés directement par le fabricant ou retirés par lui soit d'un entrepôt public, soit d'un entrepôt particulier d'emmagasinage. Le Chef de l'Administration civile (Verwaltungschef) a le droit de consentir des exceptions pour l'enlèvement de petites quantités.

§ 5. Les vendeurs de tabac sont tenus de déposer soit en entrepôt public, soit en entrepôt particulier d'emmagasinage les tabacs importés par eux et passibles du droit de douane supplémentaire; ces tabacs devront y rester jusqu'au moment où ils seront remis à un fabricant pour être mis en œuvre (§ 4). Pour les entrées et les sorties de tabacs passibles du droit de douane supplémentaire, ces vendeurs doivent tenir des registres conformes aux prescriptions de l'Administration des douanes; ils y mentionnent notamment le prix d'achat, le poids et la dénomination du tubac, le prix de vente ainsi que le nom de l'acheteur. A la demande des employés des douanes chargés de la surveillance, les vendeurs doivent exhiber leurs livres

de commerce et papiers se rapportant aux achats et aux ventes de tabacs étrangers ainsi qu'aux paiements effectués ou reçus de ce chef.

§ 6. A la demande des employés des douanes chargés de la surveillance, les fabricants doivent exhiber toutes les factures relatives aux tabacs reçus, et permettre à ces agents de consulter les livres de commerce et papiers se rapportant aux achats et aux paiements de tabacs étrangers, ainsi qu'à la revente de ces tabacs si elle a lieu.

§ 7. Les vendeurs et les fabricants doivent conserver leurs livres de commerce, factures et papiers, pendant trois ans.

§ 8. Tout fabricant qui désire tranférer dans son exploitation, pour être mis en œuvre, des tabacs passibles du droit de douane supplémentaire, est tenu de remettre, au bureau des douanes du ressort, une déclaration de la valeur, au plus tard une semaine avant le transfert. Dans certains cas déterminés, le Chef de l'Administration civile peut permettre au vendeur de prendre sur lui l'obligation de déclarer, imposée au fabricant.

§ 9. A la déclaration de valeur doit être jointe la facture que le vendeur adresse au fabricant. Cette facture ne peut se rapporter qu'au tabac à dédouaner. Elle constitue la base de la supputation officielle de la valeur.

La déclaration de valeur doit indiquer notamment: le nom et le domicile du vendeur et du fabricant, le prix d'achat à payer, la date de l'achat, le pays d'origine, la dénomination usuelle de l'espèce de tabac et le poids de ce tabac.

Lorsque le fabricant reçoit directement de l'étranger des tabacs non fabriqués, on ajoute au prix les frais de transport, d'assurance, de déchargement, d'emmagasinage et tous les autres frais nécessaires pour l'introduction des tabacs dans le territoire douanier. Le Chef de l'Administration civile est autorisé à déterminer pour cette plus-value des taux fixes par 100 kilogrammes de tabac.

§ 10. Quand il ne peut être produit, à l'appui de la déclaration de valeur, une facture aux termes du § 9 ou qu'il n'est pas possible d'établir le prix que le fabricant paie au cédant pour la cession du tabac, la valeur à déclarer et qui doit servir de base pour le calcul du droit de douane supplémentaire, est le prix que les fabricants auraient à payer aux cédants, d'après la situation générale du marché au moment où le tabac est déclaré en douane, pour des tabacs de la même qualité et cédés dans les mêmes circonstances.

§ 11. Le prix indiqué dans la déclaration de valeur ne peut servir de base pour le calcul du droit de douane supplémentaire qu'après qu'un expert désigné par le Chef de l'Administration civile a certifié à la douane qu'il considère ledit prix comme admissible.

§ 12. Lorsque la douane ou l'expert délégué a des doutes au sujet de l'exactitude de la déclaration de valeur, la valeur qui doit servir de base au calcul du droit de douane supplémentaire est le prix que les fabricants auraient à payer aux cédants, d'après la situation générale du marché au moment où le tabac est déclaré en douane, pour des tabacs de la même qualité et cédés dans les mêmes circonstances. Cette valeur est déterminée d'une façon définitive par le Chef de l'Administration civile.

§ 13. La douane et l'expert sont autorisés à prélever des échantillons sur le tabac déclaré en douane. Le fabricant obtient pour les échantillons prélevés une indemnité calculée d'après la valeur déclarée.

§ 14. Le tabac pour lequel le droit de douane supplémensoire a été acquitté, ne peut, tant qu'il res e non fabriqué, être recédé qu'en vertu d'une autorisation préalable du Chef de l'Administration civile.

Article 2.

Tabacs non fabriqués non dédouanés.

§ 1er. Les tabacs étrangers qui, à la date de l'entrée en vigueur du présent arrêté, ont déjà été soumis régulièrement aux droits conformément aux dispositions légales existantes avant cette date, mais n'ont pas encore été fabriqués, sont passibles d'un droit de douane supplémentaire subséquent de 50 p. c. de la valeur.

§ 2. Quiconque détient des tabacs de l'espèce visée au § 1er doit, dans les deux semaines suivant l'entrée en vigueur du présent arrêté, en faire la déclaration écrite au bureau des douanes du ressort, conformément aux prescriptions du Chef de l'Administration civile.

§ 3. Si le tabac est détenu par un vendeur, ce dernier doit, conformément aux prescriptions de la douane et dans les deux semaines suivant l'entrée en vigueur du présent arrêté, déposer ce tabac soit en entrepôt particulier d'emmagasinage jusqu'au moment où un fabricant s'en rend détenteur pour le mettre en œuvre. Des excelptions ne sont admises qu'avec l'autorisation du Chef de l'Administration civile.

§ 4. Le fabricant qui détient des tabacs de l'espèce visée au § 1er, en vue de les travailler, doit indiquer également la valeur des tabacs dans la déclaration (§ 2) et payer à la douane le droit de douane supplémentaire correspondant, dans les 3 jours suivant la fixation de ce droit.

§ 5. Sont, au surplus, applicables les prescriptions de l'article 1er, §§ 22 à 14, d ment appropriées.

Article 3.

Tabacs fabriqués.

§ 1er. Les tabacs fabriqués (cigares, cigarettes et autres tabacs fabriqués), déclarés en douane après l'entrée en

vigueur du présent arrêté, sont passibles d'un droit de douane supplémentaire de 50 p. c. de leur valeur, indépendamment des droits d'entrée fixés par les articles 1er et 2 de l'arrêté du 1er mars 1916, modifiant le Tarif des douanes et certains droits d'accise (Bulletin officiel des lois et arrêtés, page 1694) et par l'article 1er de l'arrêté du 28 juin 1916 modifiant le Tarif des douanes (Bulletin officiel des lois et arrêtés, page 2312).

La valeur s'entend du prix payé ou à payer par l'importateur. Celui-ci est tenu, lors du dédouanement des tabacs fabriqués et destinés au trafic libre, de déclarer la valeur, conformément aux prescriptions de la douane, et de joindre à sa déclaration la facture du fournisseur.

§ 2. Sont également applicables les prescriptions de l'article 1er, §§ 9 à 13, dûment appropriées.

§ 3. Pour les tabacs fabriqués importés par les voyageurs, le droit de douane supplémentaire est de 2,500 francs par 100 kilogrammes. Le Chef de l'Administration civile d'étermine ce qu'il faut entendre par: „tabacs fabriqués importés par ler voyageurs".

Article 4.

Mesures d'exécution.

§ 1er. Le Chef de l'Administration civile est chargé de prendre les mesures nécessaires à l'exécution du présent arrêté.

§ 2. Le Chef de l'Administration civile est également autorisé à prescrire que la déclaration en douane des tabacs non fabriqués ne peut avoir lieu qu'à un ou plusieurs bureaux de douane déterminés ainsi qu'à des jours déterminés.

§ 3. Les prescriptions générales douanières belges, dûment appropriées, sont applicables pour autant qu'il n'y soit pas dérogé par le présent arrêté ou par ses mesures d'exécution.

Article 5.

Dispositions pénales.

§ 1er. Le fait de frauder le droit de douane supplémentaire prévu par les articles 1er, 2 et 3, § 1er, est puni, dans chaque cas, d'une amende de 10,000 à 100,000 francs ou, en cas d'impossibilité de recouvrer l'amende, d'un emprisonnement subsidiaire de 3 mois à 2 ans.

En outre, la confiscation du tabac est prononcée; si la confiscation ne peut avoir lieu, elle est remplacée par le paiement de la valeur.

§ 2. Sera notamment puni pour avoir fraudé le droit de douane supplémentaire:

1. quiconque, sans autorisation préalable du Chef de l'Administration civile, aura cédé des tabacs non fabriqués pour lesquels le droit de douane supplémentaire a été acquitté (art. 1er, § 14);

2. quiconque, en sa qualité de vendeur, aura enfreint la prescription de l'article 1er, § 5, 1re phrase, ou de l'article 2, § 3;

3. quiconque, en vue de la détermination du droit de douane supplémentaire, aura dressé des factures inexactes ou des copies inexactes de factures, ou quiconque, lors de la déclaration de la valeur, aura fait usage de pareils documents inexacts;

4. quiconque, lors de la déclaration de la valeur, aura donné des renseignements inexacts concernant des faits positifs;

5. quiconque aura omis de faire la déclaration qui lui incombe en vertu de l'article 2, § 2, ou aura fourni, dans cette déclaration, des renseignements inexacts concernant des faits positifs.

§ 3. Dans le cas où l'on aurait fraudé le droit de douane supplémentaire prévu par l'article 3, § 3, il sera prononcé

une amende de 100 à 2000 francs ou, en cas d'impossibilité de recouvrer l'amende, un emprisonnement subsidiaire de 8 jours à 3 mois.

La prescription de l'article 5, § 1er, 2e alinéa, est également applicable dans ce cas.

§ 4. Toutes les autres infractions au présent arrêté ou à ses mesures d'exécution, seront punies, dans chaque cas, pour autant qu'elles ne tombent pas sous l'application des pénalités prévues à l'article 5, §§ 1er, 2 et 3, d'une amende de 500 à 10,000 francs ou, en cas d'impossibilité de recouvrer l'amende, d'un emprisonnement subsidiaire d'un mois à un an.

§ 5. Les prescriptions générales belges relatives aux pénalités en matière de douane et dûment appropriées, seront applicables aux peines édictées par le présent arrêté.

§ 6. Quelles que soient les peines prononcées, on devra acquitter le droit de douane supplémentaire.

Bruxelles, le 4 avril 1917.
C. C. II*a* 4831.

Verordening

waarbij een aanvullend tolrecht op de tabak wordt gevestigd.

Artikel 1.

Onbewerkte, niet vertolde tabak.

§ 1. De onbewerkte tabak van elke soort, die na de inwerkingtreding van deze Verordening vertold wordt, is belastbaar met een aanvullend tolrecht van 50 t. h. van de waarde, ongerekend de invoerrechten voorzien bij artikelen 1 en 2 van de Verordening van 1 Maart 1916, waarbij het toltarief

en enkele accijnsrechten gewijzigd worden (Wet- en Verordeningsblad, bl. 1694).

§ 2. Als waarde geldt de prijs van de tabak op het oogenblik dat zij door den verkooper (handelaar) aan den bewerker (fabrikant) wordt geleverd, waarbij afslag, vergoeding van intresten, prijsverminderingen, enz., niet in rekening komen.

§ 3. Door verkooper wordt in den zin van deze Verordening verstaan, al wie met het aanvullend tolrecht belastbare tabak aan een fabrikant levert.

Zoover de fabrikant zelf onbewerkte tabak voortverkoopt, wordt hij als verkooper in den zin van deze Verordening beschouwd.

§ 4. Het aanvullend tolrecht wordt vastgesteld en geheven op het oogenblik dat de tabak door den fabrikant ter bewerking rechtstreeks ingevoerd, ofwel hetzij uit een openbaar entrepôt, hetzij uit een bijzonder bergentrepôt uitgeslagen wordt. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) is bevoegd uitzonderingen toe te laten voor het afhalen van kleine hoeveelheden.

§ 5. De tabakverkoopers zijn gehouden de ingevoerde met het aanvullend tolrecht belastbare tabak neder te leggen in een openbaar entrepôt of in een bijzonder bergentrepôt, tot op het oogenblik dat zij ter bewerking door een fabrikant in bewaring overgenomen wordt (§ 4). Voor in- en uitslag van met het aanvullend tolrecht belastbare tabak, moeten zij overeenkomstig nadere, door het Tolbeheer uit te vaardigen voorschriften boeken houden, waarin inzonderheid de aankoopprijs, het gewicht en de benaming van de tabak, de verkoopprijs, alsmede de naam van den kooper na te gaan zijn. Op verzoek van de met het toezicht belaste tolbeambten moeten de verkoopers hun handelsboeken en geschriften vertoonen, welke op aan- en verkoopen van de buitenlandsche tabak, alsmede op de daarvoor gedane en ontvangen betalingen betrekking hebben.

§ 6. Op verzoek van de met het toezicht belaste tolbeambten moeten de fabrikanten al de rekeningen vertoonen over de betrokken tabak, en deze beambten desgewenscht inzage laten nemen van de handelsboeken en geschriften, welke betrekking hebben op den aankoop en de betaling van buitenlandsche tabak, alsmede op het voortverkoopen er van, indien daartoe wordt overgegaan.

§ 7. De verkoopers en de fabrikanten moeten hun handelsboeken, rekeningen en geschriften gedurende drie jaar bewaren.

§ 8. Ieder fabrikant, die met het aanvullend tolrecht belastbare tabak ter bewerking in zijn fabriek wenscht in te slaan, is gehouden, uiterlijk een week vóór den inslag in zijn bedrijf, op het bevoegd tolkantoor aangifte van de waarde te doen. In bepaalde gevallen kan het Hoofd van het burgerlijk bestuur den verkooper toelaten de aangifte, waartoe de fabrikant verplicht is, op zich te nemen.

§ 9. De aangifte van de waarde moet gestaafd zijn door de rekening van den verkooper aan den fabrikant. Deze rekening mag enkel betrekking hebben op de aan vertolling te onderwerpen tabak. Zij strekt tot grondslag van de ambtelijke waarderaming.

De aangifte van de waarde moet inzonderheid den naam en de woonplaats van den verkooper en van den fabrikant, den te betalen aankoopprijs, den datum van aankoop, het land van herkomst, de gebruikelijke benaming der tabakssoort en het gewicht van de tabak vermelden.

Indien de fabrikant onbewerkte tabak rechtstreeks uit het buitenland betrekt, wordt de prijs verhoogd met de vervoer-, verzekerings-, ladings-, opslag- en andere kosten, die voor het vervoer van de tabak tot in het tolbinnenland worden gevorderd. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur is gemachtigd voor deze waardeverhooging vaste rechten per 100 kilogram tabak te bepalen.

§ 10. Wanneer de aangifte van de waarde niet door een

rekening in den zin van § 9 kan worden gestaafd, of wanneer het onmogelijk is den prijs vast te stellen, die door den fabrikant aan den verkooper vóór den afstand van den tabak wordt betaald, moet als aan te geven waarde, op voet waarvan het aanvullend tolrecht zal worden berekend, de prijs genomen worden, dien de fabrikanten naar den algemeenen toestand van de markt op het tijdstip dat de tabak ter vertolling wordt aangeboden, in dezelfde omstandigheden aan de verkoopers moeten betalen voor tabak van dezelfde hoedanigheid.

§ 11. De prijs, in de aangifte van de waarde aangeduid, mag eerst dan tot maatstaf dienen voor de vaststelling van het aanvullend tolrecht, wanneer een door het Hoofd van het burgerlijk bestuur aangewezen deskundige het Tolbeheer heeft te kennen gegeven, dat de aangeduide prijs als betrouwbaar mag beschouwd worden.

§ 12. Wanneer het Tolbeheer of de aangewezen deskundige aan de nauwkeurigheid van de aangifte der waarde twijfelt, neemt men voor de waarde, welke tot maatstaf moet dienen bij het berekenen van het aanvullend tolrecht, den prijs dien de fabrikanten naar den algemeenen toestand van de markt op het tijdstip dat de tabak ter vertolling wordt aangeboden onder dezelfde omstandigheden aan de verkoopers moeten betalen voor tabak van dezelfde hoedanigheid. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur stelt voorgoed het bedrag van deze waarde vast.

§ 13. Het Tolbeheer en de deskundige zijn gemachtigd stalen te nemen van de ter vertolling aangeboden tabak. Voor de gelichte stalen wordt aan den fabrikant een vergoeding op voet van de aangegeven waarde toegekend.

§ 14. Nadat het aanvullend tolrecht betaald is, mag de tabak niet worden voortverkocht in onbewerkten staat, zonder voorafgaande toelating van het Hoofd van het burgerlijk bestuur.

Artikel 2.

Onbewerkte, vertolde tabak.

§ 1. Op de buitenlandsche tabak, die op den datum van de inwerkingtreding van deze Verordening reeds volgens de bestaande wettelijke bepalingen vertold, doch nog niet verwerkt is, wordt een nakomend aanvullend recht van 50 t. h. der waarde gevestigd.

§ 2. Wie tabak van de onder § 1 vermelde soort in bewaring heeft, moet binnen 2 weken na de inwerkingtreding van deze Verordening, schriftelijke aangifte er van doen op het bevoegd tolkantoor, overeenkomstig nadere, door het Hoofd van het burgerlijk bestuur uit te vaardigen voorschriften.

§ 3. Heeft een verkooper de tabak in bewaring, dan moet deze laatste, overeenkomstig nadere, door het Tolbeheer voor te schrijven schikkingen en binnen 2 weken na de inwerkingtreding van deze Verordening, bedoelde tabak in een openbaar entrepôt of in een bijzonder bergentrepôt nederleggen totdat zij ter bewerking door een fabrikant in bewaring overgenomen wordt. Uitzonderingen zijn enkel met toestemming van het Hoofd van het burgerlijk bestuur veroorloofd.

§ 4. De fabrikant, die tabak ter bewerking bestemd en behoorende tot de soort bedoeld onder § 1 bewaring heeft, moet op de aangifte (§ 2) ook de waarde er van aanduiden en bij het Tolbeheer het overeenkomstig aanvullend tolrecht binnen 3 dagen na de vaststelling betalen.

§ 5. Overigens zijn de voorschriften van artikel 1, §§ 2—14 in denzelfden zin toepasselijk.

Artikel 3.

Bewerkte tabak.

§ 1. De bewerkte tabak (sigaren, sigaretten en andere bewerkte tabak), na het in werking treden van deze Verordening ter vertolling aangegeven, is onderworpen aan een aan-

vullend tolrecht van 50 t. h. der waarde, ongerekend de invoerrechten voorzien bij artikelen 1 en 2 van de Verordening van 1 Maart 1916, waarbij het toltarief en enkele accijnsrechten gewijzigd worden (Wet- en Verordeningsblad, bl. 1694) en bij artikel 1 van de Verordening van 28 Juni 1916, waarbij het Toltarief gewijzigd wordt (Wet- en Verordening blad, bl. 2312).

Als waarde geldt de prijs betaald of te betalen door den invoerder. Deze is gehouden, bij de vertolling van de bewerkte tabak voor het vrij verkeer, aangifte van de waarde te doen, overeenkomstig nadere, door het Tolbeheer uit te vaardigen voorschriften, en de rekening van den leveraar er bij te voegen.

§ 2. De voorschriften van artikel 1, §§ 9—15, zijn hier insgelijks in denzelfden zin toepasselijk.

§ 3. Voor de bewerkte tabak ingevoerd door reizigers, bedraagt het aanvullend tolrecht 2.500 frank per 100 kilogram. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur bepaalt wat onder invoer door reizigers te verstaan is.

Artikel 4.

Uitvoeringsmaatregelen.

§ 1. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur is belast met het uitvaardigen der noodige uitvoeringsmaatregelen met het oog op de uitvoering van deze Verordening.

§ 2. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur is insgelijks gemachtigd, voor te schrijven dat het aanbieden ter vertolling van onbewerkte tabak slechts bij een of meer bepaalde tolkantoren en alleen op enkele daartoe vastgestelde dagen mag geschieden.

§ 3. De Belgische algemeene tolvoorschriften zijn in denzelfden zin toepasselijk, zoover in deze Verordening of in de uitvoeringsbepalingen daartoe geen andere maatregelen bepaald zijn.

Artikel 5.

Strafbepalingen.

§ 1. Het ontduiken van het aanvullend tolrecht, voorzien bij artikelen 1, 2 en 3, § 1, wordt in elk afzonderlijk geval met een boete van 10.000 tot 100.000 frank of, bijaldien de boete niet invorderbaar is, met 3 maanden tot 2 jaar gevangenis gestraft.

Bovendien zal de in aanmerking komende tabak verbeurdverklaard worden of, bijaldien zulks niet uitvoerbaar is, zal tot het betalen van de waarde veroordeeld worden.

§ 2. Wordt inzonderheid gestraft om het aanvullend tolrecht te hebben ontdoken :

1. Wie zonder toelating van het Hoofd van het burgerlijk bestuur onbewerkte tabak voortverkoopt, waarop het aanvullend tolrecht werd betaald (art. 1, § 14) ;

2. Wie in zijn hoedanigheid van verkooper, het voorschrift van artikel 1, § 5, 1e zin, of van artikel 2, § 3, overtreedt ;

3. Wie met het doel er gebruik van te maken, bij het vaststellen van het aanvullend tolrecht, onnauwkeurige rekeningen vertoont of onnauwkeurige afschriften van rekeningen opmaakt, of wie bij het aangeven der waarde, van dergelijke onnauwkeurige geschriften gebruik maakt ;

4. Wie bij het aangeven van de waarde onnauwkeurige gegevens betreffende stellige feiten verstrekt ;

5. Wie verzuimt de bij artikel 2, § 2, voorziene aangifte te doen, of er onnauwkeurige gegevens betreffende stellige feiten in vermeldt.

§ 3. In geval van ontduiking van het bij artikel 3, § 3, voorzien aanvullend recht zal van 100 tot 2000 frank boete of, bijaldien de boete niet invorderbaar is, 8 dagen tot 3 maanden gevangenis uitgesproken worden.

De bepaling van artikel 5, § 1, lid 2, is hier insgelijks van toepassing.

§ 4. Andere overtredingen van de voorschriften van deze Verordening of van de uitvoeringsbepalingen daartoe, worden, in elk afzonderlijk geval en voor zoover zij niet onder de toepassing vallen van de straffen voorzien bij artikel 5, §§ 1, 2 en 3, met een boete van 500 tot 10.000 frank of, bijaldien de boete niet invorderbaar is, met één maand tot één jaar gevangenis gestraft.

§ 5. De algemeene Belgische voorschriften aangaande de in tolzaken op te leggen straffen, zijn in denzelfden zin toepasselijk op de hier voorziene straffen.

§ 6. Naast de uitgesproken straffen, blijft bovendien het aanvullend tolrecht te betalen.

Brussel, den 4n Maart 1917.
*C. C. II*a *4831.*

2.

BEKANNTMACHUNG.

In Ausführung des Artikels 1 § 11 der Verordnung vom 4. April 1917, betreffend die Erhebung eines Zollzuschlags von Tabak, ist Herr Kaufmann Hermann Stakelbeck in Brüssel zum Sachverständigen bei Feststellung des für den Zollzuschlag von Tabak massgeblichen Wertes bestellt worden.

Brüssel, den 19. April 1917.
C. C. II*a* 4831.

Avis.

En exécution de l'article 1er, § 11 de l'arrêté du 4 avril 1917, établissant un droit de douane supplémentaire sur les tabacs, M. Hermann Stakelbeck, commerçant à Bruxelles, est nommé expert pour l'évaluation devant servir de base à la détermination du droit de douane supplémentaire sur les tabacs.

Bruxelles, le 19 avril 1917.
C. C. II*a* 4831.

Bekendmaking.

In uitvoering van artikel 1, § 11 der Verordening van 4 April 1917, waarbij een aanvullend tolrecht op de tabak wordt gevestigd, is de heer Hermann Stakelbeck, koopman te Brussel, tot deskundige aangesteld voor het vaststellen van de waarde, welke tot maatstaf dient voor het berekenen van het aanvullend recht op de tabak.

Brussel, den 19n April 1917.
C. C. IIa 4831.

3.

VERORDNUNG, ***

betreffend Ausdehnung des Sittenpolizeibezirks Gross-Antwerpen auf die Gemeinden Hemiksen und Schelle.

In Ergänzung meiner Verordnung vom 6. März 1915, betreffend Einrichtung einer Sittenpolizei in Antwerpen usw., bestimme ich:

Art. I. Dem für die Stadt Antwerpen und ihre Vororte gebildeten Sittenpolizeibezirk werden die Gemeinden Hemiksem und Schelle angeschlossen.

Art. II. Artikel II der Verordnung vom 6. März 1915 findet entsprechende Anwendung.

Brüssel, den 11. April 1917.
C. C. V 2919.

Arrêté ***

concernant l'adjonction des communes de Hemixem et de Schelle au district de la police des moeurs de l'agglomération anversoise.

Complétant mon arrêté du 6 mars 1915, concernant l'institution d'une police des mœurs à Anvers, etc., j'arrête ce qui suit:

*** Sehe Seite 1. Voyez page 1. Zie blz. 1.

Art. Ier. Le district de la police des mœurs de la ville d'Anvers et des communes limitrophes s'étend aussi aux communes de H e m i x e m et de S c h e l l e.

Art. II. L'article II de l'arrêté du 6 mars 1915 est rendu applicable au présent arrêté.

Bruxelles, le 11 avril 1917.
C. C. V. 2919.

Verordening ***

betreffende de uitbreiding van de zedenpolitieomschrijving Groot-Antwerpen op de gemeenten Hemiksen en Schelle.

In aanvulling mijner Verordening van 6 Maart 1915, betreffende de inrichting van een zedenpolitie te Antwerpen, enz., bepaal ik het navolgende :

Art. I. De gemeenten H e m i k s e n en S c h e l l e zijn aangesloten bij de zedenpolitieomschrijving, ingericht voor de stad Antwerpen en de aangrenzende gemeenten.

Art. III. Artikel II der Verordening van 6 Maart 1915 is op deze Verordening toepasselijk.

Brussel, den 11n April 1917.
C. C. V. 2919.

No. 338. — 25. APRIL 1917. Pag. 3621

1.

VERORDNUNG, ***

betreffend den Transport von Gütern innerhalb des General gouvernements nach Stationen an der deutsch-belgischen Grenze.

Art. 1. Für den Transport von Lebens-, Genuss- und Futtermitteln, Vieh und Pferden innerhalb des General-

---

*** Sehe Seite 1. Voyez page 1. Zie blz. 1.

gouvernements nach Angleur, Chênée, Henne, Chaudfontaine, La Brouck, Trooz, Fraipont, Nessonvaux-Fraipont, Goffontaine, Cornesse, Pepinster, Ensival, Verviers Ost, Verviers West, Nasproué, Dolhain, Dolhain Vivinal, Welkenraad, Henri-Chapelle, Montzen, Moresnet, Bleyberg und Gemmenich ist die Genehmigung des Verwaltungschefs beim Generalgouverneur in Belgien erforderlich.

Die Transporte der Commission for Relief und des Comité National werden durch diese Vorschrift nicht berührt.

Art. 2. Die Genehmigung erfolgt durch Aufdruck eines Stempels, in den der runde Reichsadler-Stempel mit der Umschrift der genehmigenden Dienststelle eingefügt ist.

Die Genehmigungs-Urkunde ist innerhalb 5 Tagen nach dem Endtermin ihrer Gültigkeit zurückzugeben.

Art. 3. Bei den besonderen Vorschriften, die in anderen Verordnungen über den Transport von Gütern enthalten sind, behält es sein Bewenden.

Die Vorschriften der belgischen Zoll- end Steuer-Gesetzgebung über Transportausweise für abgabepflichtige Waren bleiben in Geltung.

Art. 4. Mit Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 30.000 Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer den Vorschriften dieser Verordnung zuwiderhandelt.

Der Versuch ist strafbar.

Neben der Strafe kann die Einziehung der Güter ausgesprochen werden.

Zuständig sind die deutschen Militärgerichte und Militärbefehlshaber.

Brüssel, den 15. April 1917.
C. C. VII 2207.

Arrêté ***

concernant le transport, dans le territoire du Gouvernement général, de marchandises à destination de certaines gares de la frontière allemande-belge.

Art. 1er. Les transports dans le territoire du Gouvernement général soit des denrées alimentaires et autres produits de consommation tels que le café, le thé, les liqueurs, le tabac, etc., soit des produits servant à l'alimentation animale, soit du bétail et des chevaux, à destination d'Angleur, de Chênée, de Henne, de Chaudfontaine, de La Brouck, de Trooz, de Fraipont, de Nessonvaux-Fraipont, de Goffontaine, de Cornesse, de Pepinster, d'Ensival, de Verviers-Est, de Verviers-Ouest, de Nasproué, de Dolhain, de Dolhain Vicinal, de Welkenraedt, de Henri-Chapelle, de Montzen, de Moresnet, de Bleyberg et de Gemmenich doivent être autorisés par le Chef de l'Administration civile (Verwaltungschef) près le Gouverneur général en Belgique.

Cette prescription n'est pas applicable aux transports de la „Commission for relief" et du „Comité National".

Art. 2. L'autorisation se donne par l'opposition d'un timbre rond avec l'aigle impériale, entourée du nom de l'autorité qui autorise.

L'acte d'autorisation doit être rendu dans les 5 jours à partir de l'expiration du délai de validité.

Art. 3. Les dispositions spéciales qui, dans les autres arrêtés, concernent le transport des marchandises, restent intégralement en vigueur.

Restent aussi applicables, les dispositions de la législation belge en matière de douane et d'accise, qui sont relatives aux passavants requis pour les transports de marchandises passibles de droits.

Art. 4. Quiconque aura enfreint les prescriptions du pré-

sent arrêté sera puni soit d'une peine d'emprisonnement de 3 ans au plus et d'une amende pouvant atteindre 30,000 marcs, soit d'une deux peines à l'exclusion de l'autre.

La tentative est punissable.

Outre les peines précitées, on pourra prononcer la confiscation des marchandises.

Les tribunaux et commandants militaires allemands sont compétents pour juger lesdites infractions.

Bruxelles, le 15 avril 1917.
C. C. VII 2207.

Verordening ***

betreffende het vervoer van goederen binnen het gebied van het Generalgouvernement naar spoorwegstations aan de Duitsch-Belgische grens.

Art. 1. De toelating van het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) bij den Generalgouverneur in België is vereischt voor het vervoer van levens-, genot- en voedermiddelen, vee en paarden binnen het gebied van het Generalgouvernement naar Angleur, Chênée, Henne Chaudfontaine, La Brouck, Trooz, Fraipont, Nessonvaux-Fraipont, Goffontaine, Cornesse, Pepinster, Ensival, Verviers-Oost, Verviers-West, Nasproué, Dolhain, Dolhain-Buurtspoorweg, Welkenraad, Henri-Chapelle, Montzen, Moresnet, Bleyberg en Gemmenich.

Dit voorschrift is niet toepasselijk op het vervoer voor de „Commission for relief" en voor het Nationaal Komiteit.

Art. 2. De toelating wordt verleend door het afdrukken van een stempel, waarin de ronde Rijksadelaarsstempel staat met, als randschrift, den naam van de overheid die de toelating verleent.

Het toelatingsbewijs moet binnen 5 dagen na verloop van den geldigheidsduur teruggegeven worden.

Art. 3. De bizondere voorschriften van de andere Verordeningen over het vervoer van goederen blijven toepasselijk

De voorschriften van de Belgische wetgeving inzake tol- en accijnzen betreffende de vervoerbewijzen van goederen, die aan rechten onderworpen zijn, blijven eveneens van kracht.

Art. 4. Wie de voorschriften van deze Verordening overtreedt, wordt met ten hoogste 3 jaar gevangenis of met ten hoogste 30.000 mark boete, of met één van beide straffen gestraft.

De poging tot overtreden is strafbaar.

Naast de straf kan bovendien de verbeurdverklaring der goederen uitgesproken worden.

De Duitsche krijgsrechtbanken en krijgsbevelhebbers zijn tot oordeelvellen bevoegd.

Brussel, den 15n April 1917.
C. C. VII 2207.

2.

VERORDNUNG, ***

Anmeldung von Holzvorräten im Gebiet des Generalgouvernements.

In Erläuterung meiner Verordnungen vom 27. November 1915 Abt. J. Nr. 14145/15 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom 3. Dezember 1915 Nr. 149 Seite 1390) und vom 16. Juni 1916 Abt. J. II Nr. 1071/16 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom 22. Juni 1916 Nr. 225 Seite 2269) mache ich darauf aufmerksam, dass sämtliche bei Importeuren, Zwischenhändlern, Verbrauchern, Tischlern, in Fabriken usw. lagernden Holzvorräte zu melden sind. Nur stehende Holzbestände sind nicht meldepflichtig.

Brüssel, den 17. April 1917.

Ich bestimme, dass vorstehende Erläuterung in den verschiedenen Ortschaften durch öffentlichen Anschlag bekannt gegeben wird.

J. II 3431/17.

Arrêté, ***

Déclaration des stocks de bois se trouvant dans le territoire du Gouvernement général.

Interprétant mes arrêtés du 27 novembre 1915 (J. 14145/15 — Bull. off. des l. et arr., no. 149 du 3 décembre 1915, p. 1390) et du 16 juin 1916 (J. II 1071/16 — Bull. off. des l. et arr., no. 225 du 22 juin 1916, p. 2269), j'attire l'attention des intéressés sur ce qui suit: Doivent être déclarés, tous les stocks de bois se trouvant chez les importateurs, les marchands intermédiaires, les consommateurs, les menuisiers, dans les fabriques, etc. Seul le bois des arbres non abattus n'est pas à déclarer.

Bruxelles, le 17 avril 1917.

J'ordonne que l'arrêté précédent soit publié par voie d'affichage dans les différentes communes.

J. II 3431/17.

Verordening, ***

Aangifte van voorraden hout in het gebied van het Generalgouvernement.

Bij wijze van toelichting van mijn Verordeningen van 27 November 1915, Afd. J. Nr. 14145/15 (Wet- en Verordeningsblad, Nr. 149 van 3 December 1915, bl. 1390) en van 16 Juni 1916, Afd. J. II Nr. 1071/16 (Wet- en Verorde-

ningsblad, Nr. 225 van 22 Juni 1916, bl. 2269), vestig ik de aandacht der belanghebbenden er op, dat al de voorraden hout, die bij invoerders, tusschenhandelaars, verbruikers, schrijnwerkers, in fabrieken, enz. voorhanden zijn, moeten aangegeven worden. Alleen staande boomen vallen buiten de verplichte aangifte.

Brussel, den 17n April 1917.

Ik bepaal dat vorenstaande toelichting in de verschillende plaatsen bij plakbrief ter algemeene kennis gebracht worde.

J. II 3431/17.

3.

ERGÄNZUNG ***

zur Verordnung über die Beschlagnahme von Waldbeständen.

(*Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens vom 31. März 1916 Nr. 194 Seite 1833/1834*).

Die Verordnung vom 22. März 1916 J. II 121/16, betreffend die Beschlagnahme von Waldbeständen, erhält folgende Aenderung, die mit dem heutigen Tage in Kraft tritt. Die alte Verordnung ist entsprechend zu berichtigen oder abzuändern.

1. Im § 2 ist als neuer Absatz anzufügen:

   Zulässig ist auch die Beschlagnahme durch eine Verordnung der in § 1 genannten Befehlshaber, wenn es sich um die Beschlagnahme aller Holzbestände bestimmter Art in dem Bereiche des Befehlshabers handelt.

2. Der Text im § 3 ist zu streichen und durch folgenden zu ersetzen:

Mit Zustellung diese Beschlagnahmescheines oder mit dem Inkrafttreten der Beschlagnahmeverordnung des in § 1 genannten Befehlshabers verliert der Besitzer das Recht, über die beschlagnahmten Bestände zu verfügen. Dieses Recht geht auf die Befehlshaber über, die die Beschlagnahme verfügt haben.

Brüssel, den 20. März 1917.
J. II 4371/17.

Complément ***

à l'arrêté concernant la saisie des arbres des forêts.

(*Bull. off. des l. et arr. pour le territoire belge occupé, no. 194 du 31 mars 1916, pp. 1833 et 1834*).

L'arrêté du 22 mars 1916, J. II. 121/16, concernant la saisie des arbres des forêts, est l'objet de la modification suivante, qui entre en vigueur ce jour. L'ancien arrêté est à rectifier et à modifier en conséquence.

1. Le § 2 comprend und deuxième alinéa rédigé comme suit:

   La saisie peut être aussi ordonnée par un arrêté émanant d'un des gouverneurs ou commandants nommés au § 1er, s'il s'agit de la saisie de tous les arbres d'un genre déterminé se trouvant dans le district dudit gouverneur ou commandant.

2. Le texte du § 3 est remplacé par ce qui suit:

   Dès l'instant de la remise de l'avis de saisie ou dès l'entrée en Vigueur de l'arrêté émanant des gouverneurs ou commandants nommés au § 1er et décrétant la saisie, le possesseur perd le droit de disposer des arbres saisis. Ce droit passe aux gouverneurs ou commandants qui ont ordonné la saisie.

Bruxelles, le 20 mars 1917.
J. II. 4371/17.

Aanvulling ***

van de Verordening over het aanslaan van woudboomen.

(Wet- en Verordeningsblad voor de bezette streken van België, Nr. 194 van 31 Maart 1916, bl. 1833 en 1834).

Aan de Verordening van 22 Maart 1916, J. II. 121/16, over het aanslaan van woudboomen, is volgende wijziging toegebracht, die met ingang van heden in werking treedt. De vroegere Verordening is dienovereenkomstig terecht te brengen en te wijzigen.

1. Bij § 2 is onderstaand nieuw lid te voegen :

De inbeslagneming kan ook bij Verordening van een der in § 1 opgesomde goeverneurs of kommandanten bevolen worden, zoover de inbeslagneming al de boomen van een bepaalde soort binnen het ambtsgebied van den betrokken goeverneur of kommandant betreft.

2. De tekst van § 3 luidt voortaan als volgt :

De bezitter verliest het recht over de inbeslaggenomen boomen te beschikken, van het oogenblik af waarop het inbeslagnemingsbewijs hem overhandigd wordt, of van het oogenblik af van het van kracht worden der Verordening betreffende de inbeslagneming, uitgevaardigd door den in § 1 genoemden goeverneur of kommandant. Het beschikkingsrecht gaat over op den goeverneur of kommandant, die de inbeslagneming bevolen heeft.

Brussel, den 20n Maart 1917.
J. II. 4371/17.

No. 339. — 27. APRIL 1917. (Nihil.)

No. 340. — 30. APRIL 1917. Pag. 3637

1.

VERORDNUNG.

Um die Heranbildung von Lehrkräften sicher zu stellen, die befähigt sind, an den Elementar-Normalschulen, den Volksschulen und den Fortbildungsschulen den Unterricht in den besonderen Fächern entsprechend den Vorschriften des Art. 20 des Volksschulgesetzes vom 15. Juni 1914 und der Verordnung vom 2. August 1916 (G. u. V. Bl. S. 2485) zu erteilen, verordne ich wie folgt:

Art. 1. Für die Abhaltung der in der Königl. Verordnung vom 28. Februar 1890 vorgeschriebenen Prüfungen

a) zur Erlangung des Diploms für den Unterricht an Elementar-Normalschulen in
   1. Zeichnen
   2. Turnen
   3. Handarbeit
   4. Hauswirtschaftskunde und Hausarbeit.

b) zur Erlangung des Befähigungszeugnisses für den Unterricht an den Volksschulen in
   1. Zeichnen
   2. Turnen
   3. Handarbeit für Mädchenschulen
   4. Hauswirtschaftskunde und Hausarbeit für Mädchenschulen
   5. Handfertigkeit für Knabenschulen
   6. Landbau für Knabenschulen

sind für jede der drei Landessprachen (vlämisch, französisch, deutsch) besondere Prüfungsausschüsse einzusetzen.

Art. 2. In den Gesuchen um Zulassung zu den Prüfungen ist anzugeben, in welcher Sprache die betreffende Prüfung abgelegt werden will.

Art. 3. Die Prüfungen werden ausschliesslich in der Sprache abgehalten, für die der Prüfungsausschuss eingesetzt ist. In der gleichen Sprache werden die Diplome und die Befähigungszeugnisse ausgestellt.

Art. 4. Die Diplome und die Befähigungszeugnisse müssen eine ausdrückliche Erklärung darüber enthalten, ob der Kandidat die Fähigkeit erlangt hat, den Unterricht in den betreffenden Fächern in vlämischer, französischer oder deutscher Sprache zu erteilen.

Demgemäss erhalten die Formulare, die durch die ministeriellen Verfügungen vom 3. und 7. März, 25. August und 15. September 1890 vorgeschrieben sind, im Schlusssatz folgende Fassung:

„Zur Bestätigung dessen ist ihm dies Diplom (Zeugnis) ausgehändigt worden für Klassen mit
vlämischer Unterrichtssprache
französischer Unterrichtssprache
deutscher Unterrichtssprache."

Art. 5. Lehrkräfte, die eines der in Artikel 4 bezeichneten Diplome (Zeugnisse) nach dem 1. Mai 1917 erlangt haben, dürfen in den dem Gesetze vom 15. Juni 1914 und in den der Verordnung vom 2. August 1916 unterworfenen Schulen nur in einer Klasse unterrichten, auf deren Unterrichtssprache das Diplom (Zeugnis) lautet.

Art. 6. Die in Artikel 1 bezeichneten besonderen Fächer müssen in den staatlich unterstützten Elementar-Normalschulen, Vollksschulen und Fortbildungsschulen in der für die Schule oder Klasse bestimmten Unterrichtssprache unterrichtet werden.

Art. 7. Die Lehrbücher und Lehrmittel für die besonderen Fächer müssen in der Sprache abgefasst sein, die für das Fach als Unterrichtssprache vorgesehen ist.

In Diplomen und Zeugnissen ist die Unterrichtssprache der Klasse anzuwenden, der der Schüler angehört. Das gleiche gilt für die Anordnungen der Schulverwal-

tungen und für den schriftlichen Verkehr mit den Eltern der Schüler.

Art. 8. Die vom Staate unterstützten Elementar-Normalschulen, Volksschulen und Fortbildungsschulen, die sich den vorstehenden Bestimmungen nicht unterwerfen, haben zu gewärtigen, dass die staatliche Anerkennung widerrufen und ihnen die staatliche Unterstützung entzogen wird.

Art. 9. Die Bestimmungen der Artikel 1—4 treten sofort in Kraft, die übrigen Bestimmungen dieser Verordnung mit Beginn des Schuljahres 1917/18.

Brüssel, den 21. April 1917.
C. C. III*a* 2164.

Arrêté.

Afin d'assurer la formation d'un personnel apte à enseigner les branches spéciales dans les écoles normales primaires, les écoles primaires et les écoles d'adultes, conformément aux prescriptions de l'article 20 de la loi du 15 juin 1914 sur l'enseignement primaire et de l'arrêté du 2 août 1916 (Bull. off. des l. et arr., p. 2485), j'arrête ce qui suit:

Art. 1er. Pour faire subir les examens prescrits par l'arrêté royal du 28 février 1890 en vue de la délivrance

a) du diplôme de capacité pour l'enseignement, dans les écoles normales primaires,
   1. du dessin,
   2. de la gymnastique,
   3. des trauvaux à l'aiguille,
   4. de l'économie domestique et des travaux du ménage,

b) du certificat de capacité pour l'einseignement, dans les écoles primaires,
   1. du dessin,

2. de la gymnastique,
3. des travaux à l'aiguille,
4. de l'économie domestique et des travaux du ménage (écoles de filles),
5. des travaux manuels (écoles de garçons),
6. des notions d'agriculture (écoles de garçons),

des jurys doivent être institués spécialement pour chacune des trois langues du pays (flamand, français, allemand).

Art. 2. Toute demande d'admission à un desdits examens doit désigner la langue dans laquelle le candidat désire subir son examen.

Art. 3. Les examens ont lieu exclusivement dans la langue pour laquelle le jury est constitué. Les diplômes et certificats d'aptitude sont rédigés dans cette même langue.

Art. 4. Les diplômes et les certificats d'aptitude doivent déclarer formellement si le candidat est apte à enseigner en flamand, en français ou en allemand les branches faisant l'objet de l'examen.

Par conséquent, la dernière phrase des formules prescrites par les arrêtés ministériels des 3 et 7 mars, 25 août et 15 septembre 1890, sera rédigée comme suit:

„En foi de quoi, il lui a été délivré le présent diplôme (certificat) pour les classes ayant

le flamand
le français
l'allemand } comme langue véhiculaire."

Art. 5. Tout membre du personnel enseignant qui aura obtenu après le 1er mai 1917 un des diplômes (certificats) désignés à l'article 4 ne pourra, dans les écoles soumises à la loi du 15 juin 1914 et celles soumises à l'arrêté du 2 août 1916, enseigner que dans une classe dont la langue véhiculaire est celle dont il est fait mention au diplôme (certificat).

Art. 6. Dans les écoles normales primaires, écoles primaires et écoles d'adultes subsidiées par l'Etat, les branches spéciales désignées à l'article 1er doivent être enseignées dans la langue véhiculaire soit de l'école, soit de la classe.

Art. 7. Les manuels scolaires et le matériel didactique des branches spéciales doivent être rédigés dans la langue prescrite pour l'enseignement de ces branches.

Les diplômes et les certificats doivent être rédigés dans la langue véhiculaire de la classe à laquelle l'élève appartient. Il en est de même des avis émanant de l'administration scolaire et des communications écrites aux parents des élèves.

Art. 8. Les écoles normales primaires, les écoles primaires et les d'adultes subsidiées par l'Etat, qui ne se conforment pas aux dispositions précédentes, doivent s'attendre à ce que l'agréation et les subsides de l'Etat leur soient retirés.

Art. 9. Les dispositions des articles 1er à 4 entrent immédiatement en vigueur; les autres dispositions du présent arrêté entreront en vigueur dès le début de l'exercice scolaire 1917/18.

Bruxelles, le 21 avril 1917.
C. C. III*a* 2164.

Verordening.

Ten einde te voorzien in het vormen van leerkrachten, die bekwaam zijn om in de bijzondere leervakken aan de lagere normaalscholen, de lagere scholen en de avondscholen te onderwijzen overeenkomstig de voorschriften van artikel 20 der wet van 15 Juni 1914 tot regeling van het lager onderwijs en van de Verordening van 2 Augustus 1916 (Wet- en Verordeningsblad, bl. 2485), verorden ik het navolgende :

Art. 1. Voor het afnemen van de examens, voorgeschreven bij koninklijk besluit van 28 Februari 1890

a) *tot het bekomen van het diploma voor het onderwijs aan lagere normaalscholen in*
   1. *het teekenen*
   2. *het turnen*
   3. *het handwerk*
   4. *de huishoudkunde en het huishoudwerk,*

b) *tot het bekomen van het bekwaamheidsgetuigschrift voor het onderwijs aan de lagere scholen in*
   1. *het teekenen*
   2. *het turnen*
   3. *het handwerk (meisjesscholen)*
   4. *de huishoudkunde en het huishoudwerk voor meisjesscholen*
   5. *de handenarbeid (jongensscholen)*
   6. *de landbouwkunde (jongensscholen),*

moet voor ieder der drie landstalen (Vlaamsch, Fransch en Duitsch) een afzonderlijke jury samengesteld worden.

Art. 2. De kandidaat moet in zijn aanvraag om tot het examen te worden toegelaten opgeven in welke taal hij het examen wenscht af te leggen.

Art. 3. De examens zullen uitsluitend worden afgenomen in de taal, voor dewelke de jury samengesteld is. Diploma's en bekwaamheidsgetuigschriften worden in dezelfde taal opgesteld.

Art. 4. Diploma's en bekwaamheidsgetuigschriften moeten uitdrukkelijk vermelden, of de kandidaat de noodige bekwaamheid verworven heeft om in de betreffende vakken onderwijs te geven door middel van het Vlaamsch, van het Fransch of van het Duitsch.

De slotzin, van de formulieren, voorgeschreven bij de ministerieele beschikkingen van 3 en 7 Maart, 25 Augustus en 15 September 1890, zal dienovereenkomstig voortaan luiden :

„*Ter bevestiging daarvan is hem dit diploma (getuigschrift) afgeleverd voor klassen met*
Vlaamsch als voertaal
Fransch als voertaal
Duitsch als voertaal."

Art. 5. Leerkrachten, die een van de in artikel 4 bedoelde diploma's (getuigschriften) na 1 Mei 1917 betaald hebben, mogen in scholen, vallende onder toepassing der wet van 15 Juni 1914 en onder toepassing der Verordening van 2 Augustus 1916, slechts onderwijs geven in een klas, waarvan de voertaal dezelfde is als die in het diploma (getuigschrift) is opgegeven.

Art. 6. Het onderwijs in de bij artikel 1 opgesomde bijzondere vakken moet in de van staatswege ondersteunde lagere normaalscholen, lagere scholen en avondscholen gegeven worden in de taal, die voor de school of voor de klas als voertaal is vastgesteld.

Art. 7. De handboeken en de leermiddelen voor de bijzondere vakken moeten opgesteld zijn in de taal, die voor het vak als voertaal is voorzien.

Voor diploma's en getuigschriften moet de voertaal gebruikt worden van de klas waartoe de leerling behoort. Dit geldt eveneens voor de schikkingen van de schoolbeheeren en voor het schriftelijk verkeer met de ouders der leerlingen.

Art. 8. De van staatswege ondersteunde lagere normaalscholen, lagere scholen en avondscholen, die de vorenstaande bepalingen niet naleven, stellen er zich aan bloot niet langer door den Staat erkend te worden en de staatstoelage te verliezen.

Art. 9. De bepalingen van artikelen 1—4 worden onmiddellijk van kracht, de overige bepalingen van deze Verordening met ingang van het schooljaar 1917/1918.

Brussel, den 21n April 1917.
C. C. IIIa 2164.

2.

VERORDNUNG, ***

betreffend die landwirtschaftliche Nutzflächenerhebung im Jahre 1917.

Art. 1. In Abänderung des § 1 der Verordnung, betreffend die landwirtschaftliche Nutzflächenerhebung im Jhare 1917 vom 24. März 1917 (G. & V. Bl. S. 3518/3519) wird die Nutzflächenerhebung in die Tage vom 7. bis zum 17. Mai verlegt.

Art. 2. Im übrigen bleiben die Bestimmungen der Verordnung in Kraft.

Brüssel, den 26. April 1917.
C. C. VII 2718.

Arrêté ***

concernant le recensement agricole des terres cultivées en 1917.

Art. 1er. Par dérogation au § 1er de l'arrêté du 24 mars 1917, concernant le recensement agricole des terres cultivées en 1917 (Bull. off. des lois et arr., pp. 3518 et 3519), le recensement agricole des terres cultivées aura lieu du 7 au 17 mai 1917.

Art. 2. Toutes les autres dispositions de l'arrêté prérappelé restent en vigueur.

Bruxelles, le 26 avril 1917.
C. C. VII 2718.

Verordening ***

betreffende de opneming van de landbouwvlakten in het jaar 1917.

Art. 1. Onder wijziging van § 1 der Verordening van 24

*** Sehe Seite 1. Voyez page 1. Zie blz. 1.

Maart 1917, betreffende de opneming van de landbouwvlakten in het jaar 1917 (Wet- en Verordeningsblad, bl. 3518 en 3519), zal tot de opneming van de landbouwvlakten worden overgegaan van 7 tot en met 17 Mei aanstaande.

Art. 2. Voor het overige blijven de bepalingen van hiervoren genoemde Verordening van kracht.

Brussel, den 26n April 1917.
C. C. VII 2718.

No. 341. — 3. MAI 1917. Pag. 3645

VERORDNUNG

über die bürgerliche Strafrechtspflege in den zum Generalgouvernement gehörenden französischen Gebietsteilen an Maas und Semois.

Art. 1. Die Friedensgerichte in Givet und Fumay bleiben als Polizeigerichte in Tätigkeit, das letztere ist gleichzeitig für den zum Generalgouvernement gehörigen Teil des Kantons Monthermé zuständig.

Art. 2. Für die zum Generalgouvernement gehörenden französischen Gebietsteile an Maas und Semois wird hiermit ein

„*französisches Gericht in Givet*"

eingesetzt, das, soweit nicht die Militärgerichte und Militärbefehlshaber oder die Polizeigerichte (Artikel 1) zuständig sind, nach französischem Recht die Straftate der Zivilbevölkerung aburteilt, auch wenn diese vor Inkrafttreten dieser Verordnung begangen worden sind. Die Besetzung dieses Gerichts erfolgt durch besondere Entschliessung.

Art. 3. Gegen Entscheidungen des französischen Gerichts in Givet finden Rechtsmittel nicht statt.

Art. 4. Das Recht der Begnadigung und Strafmilderung bleibt mir vorbehalten.

Art. 5. Die Justizaufsicht der Verwaltungschef. Er trifft auch alle weiteren zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen Anordnungen.

Brüssel, den 21. April 1917.
C. C. VI*a* 3838.

Arrêté

concernant la procédure pénale dans les régions françaises de la Meuse et de la Semois qui relèvent du Gouvernement général.

Art. 1er. Les justices de paix de Givet et de Fumay continueront à exercer leurs fonctions de tribunaux de simple police; la justice de paix de Fumay connaîtra, en même temps, de toutes les contraventions commises dans la partie du canton de Monthermé qui relève du Gouvernement général.

Art. 2. Pour les régions françaises de la Meuse et de la Semois qui relèvent du Gouvernement général, il est institué un tribunal nommé

„tribunal français de Givet",

qui connaîtra, conformément au droit français, des infractions de la population civile, même de celles qui auraient été commises avant l'entrée en vigueur du présent arrêté, mais à l'exclusion de celles pour lesquelles soit les tribunaux militaires ou les commandants militaires, soit les tribunaux de simple police (article 1er) sont compétents. La nomination des membres du tribunal français de Givet fera l'objet d'une décision spéciale.

Art. 3. Les jugements rendus par le tribunal français de Givet ne seront susceptibles d'aucun recours.

Art. 4. Je me réserve le droit de grâce et de réduction des peines prononcées.

Art. 5. La surveillance de la justice incombe au Chef de l'Administration civile (Verwaltungschef). Il est, en outre, chargé de prendre toutes les autres mesures nécessaires à l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 21 avril 1917.
C. C. VI*a* 3838.

Verordening

over de burgerlijke strafrechtspleging in de tot het Generalgouvernement behoorende gedeelten van het Fransh grondgebied aan de Maas en de Semois.

Art. 1. De vredegerechten te Givet en te Fumay blijven als politierechtbanken hun werking uitoefenen; dat van Tumay is tevens bevoegd voor het tot Generalgouvernement behoorend gedeelte van het kanton Monthermé.

Art. 2. Voor de tot het Generalgouvernement behoorende gedeelten van het Fransch grondgebied aan de Maas en de Semois wordt hierbij een

„Fransch gerecht te Givet"

opgericht, dat zoover de bevoegdheid niet tot de krijgsrechtbanken of tot de krijgsbevelhebbers of tot de politierechtbanken (artikel 1) behoort, overeenkomstig het Fransch recht zal oordeelvellen over de strafbare handelingen der burgerlijke bevolking, ook wanneer die vóór het inwerkingtreden dezer Verordening werden begaan. De samenstelling van dat gerecht geschiedt bij bijzonder besluit.

Art. 3. Tegen beslissingen van het Fransch gerecht te Givet is er geen verhaal.

Art. 4. Het recht van kwijtschelding en vermindering van straf blijft mij voorbehouden.

Art. 5. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur houdt toezicht over het gerecht en treft ook alle verdere schikkingen die voor de uitvoering dezer Verordening noodzakelijk zijn.

Brussel, den 21n April 1917.
C. C. VIa 3838.

2.

BEKANNTMACHUNG. ***

A. Es wird den Landeseinwohnern verboten:

1. Jede Annäherung an ein gelandetes Luftfahrzeug einer mit dem deutschen Reiche in Kriegszustand befindlichen Macht.

2. Jede Hilfeleistung an die Insassen eines gelandeten Luftfahrzeuges, es sei denn zur Rettung aus schwerer Lebensgefahr.

3. Die Aneignung von aus Luftfahrzeugen abgeworfenen Gegenständen jeder Art.

4. Das Geben von Zeichen in jeder Form an die Insassen eindlicher Luftfahrzeuge.

B. Die Landeseinwohner sind verpflichtet:

Im Falle der Landung eines feindlichen Luftfahrzeuges oder der Auffindung von Gegenständen, die von einem Luftfahrzeug abgeworfen sind, umgehend dem nächsten Ortsvorstand und der nächsterreichbaren Militärperson Anzeige zu erstatten.

Der Ortsvorstand hat die ihm erstattete Anzeige an die nächsterreichbare Militärstelle sofort weiterzugeben.

C. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehend verzeichneten Verbote und Gebote werden mit Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafen bis zu 10.000 Mark bestraft. Auf diese Strafen kann auch nebeneinander erkannt werden.

Liegt Kriegsverrat vor, so können sie nach den für

*** Sehe Seite 1. Voyez page. 1. Zie blz. 1.

Kriegsverrat massgebenden Strafvorschriften mit dem Tode oder Zuchthausstrafe geahndet werden. Zuständig sind die Militärgerichte und die Militärbefehlshaber.

Die Auferlegung hoher Zwangsauflagen an die schuldigen Gemeinden bleibt ausserdem vorbehalten.

Brüssel, den 26. April 1917.
G. G. St. O. Fak. 1560/17.

Avis. ***

A. Il est défendu aux habitants:

1. de s'approcher de tout aéroplane ou de tout ballon ayant atteri et appartenant à une des puissances qui se trouvent en état de guerre avec l'Empire Allemand;

2. de prêter aide, de quelque manière que ce soit, aux occupants d'un aéroplane ou d'un ballon ayant atterri, sauf lorsqu'il s'agit d'un grave danger de mort;

3. de s'approprier les objets quelconques jetés d'un aéroplane ou d'un ballon;

4. de faire des signes, quels qu'ils soient, aux occupants d'un aéroplane ou d'un ballon ennemis.

B. Les habitants sont obligés,

soit en cas d'atterrissement d'un aéroplane ou d'un ballon ennemis, soit lorsqu'ils trouvent des objets jetés d'un aéroplane ou d'un ballon, d'en avertir immédiatement le bourgmestre le plus proche et aussi le militaire pouvant être prévenu dans le délai le plus court.

Le bourgmestre doit transmettre la déclaration reçue, sur-le-champ, au poste militaire qu'il peut atteindre le plus rapidement.

C. Les infractions aux interdictions ou aux ordres mentionnés ci-dessus seront punies d'un emprisonnement de 3 ans au plus ou d'une amende pouvant atteindre 10,000 marcs. Ces deux peines pourront aussi être réunies.

S'il y a trahison commise pendant l'état de guerre, l'in-

fraction pourra être punie de la peine de mort ou d'une peine de travaux forcés, conformément aux dispositions pénales applicables dans un tel cas. Les tribunaux et commandants militaires sont compétents pour juger les infractions aux présentes dispositions.

En outre, les communes coupables pourront être condamnées à payer des sommes élevées, à titre d'imposition pénale.

Bruxelles, le 26 avril 1917.
G. G. St. O. Flak. 1560/17.

Bekendmaking. ***

A. *Het is aan de bevolking verboden :*

1. *Een geland luchtvaartuig van een met het Duitsch Rijk in oorlogstoestand zijnde natie te naderen ;*

2. *De bemanning van een geland luchtvaartuig op eenigerlei wijze behulpzaam te zijn, tenzij bij de redding wanneer ze in ernstig levensgevaar verkeert ;*

3. *Zich voorwerpen van om 't even welken aard toe te eigenen, die uit luchtvaartuigen naar beneden geworpen zijn;*

4. *In welken vorm ook teekens te geven aan de bemanning van vijandelijke luchtvaartuigen.*

B. *De bevolking is verplicht :*

Ingeval een vijandelijk luchtvaartuig geland is of ingeval voorwerpen gevonden worden, die uit een dergelijk toestel naar beneden geworpen zijn, onverwijld den burgemeester van de naastbij gelegen gemeente en den eerst te bereiken soldaat daarvan kennis te geven. De burgemeester moet de ontvangen mededeeling onmiddellijk overmaken aan den eerst te bereiken militairen post.

C. *Overtredingen van de hiervoren opgesomde verbodsbepalingen en bevelen worden met ten hoogste 3 jaar gevangenis of met ten hoogste 10.000 mark boete gestraft. Beide straffen kunnen ook te gelijk worden uitgesproken.*

Is er krijgsverraad begaan, zoo kan de overtreding, krachtens de strafbepalingen die voor krijgsverraad toepasselijk zijn, met de doodstraf of met dwangarbeid gestraft worden. De krijgsrechtbanken en de krijgsbevelhebbers zijn tot oordeelvellen bevoegd.

Bovendien blijft het recht voorbehouden de schuldige gemeenten een aanzienlijke krijgsbelasting op te leggen.

Brussel, den 26n April 1917.
G. G. St. O. Flak. 1560/17.

BEKANNTMACHUNG. ***

Auf Grund meiner Verordnung vom 8. Juli 1916, betreffend die Ernte-Kommissionen, sowie der dazu am 8. Juli 1916 erlassenen Ausführungsbestimmungen habe ich auf Vorschlag der Zentral-Ernte-Kommission die Höchstpreise für den Verkauf von erdroschenem Brotgetreide, Mehl und Brot bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

Für	Weizen, ab Lager oder Mühle geliefert........................	Franken	49.88	für	100	kg.
„	Roggen ab Lager oder Mühle geliefert........................	„	28.86	„	„	„
„	Mengekorn ab Lager oder Mühle geliefert......................	„	29.48	„	„	„
„	ungeschälten Spelz ab Lager oder Mühle geliefert	„	25.61	„	„	„
„	Weizenmehl, den Bäckern oder Verbrauchern geliefert	„	56.56	„	„	„
„	Roggenmehl den Bäckern oder Verbrauchern geliefert	„	34.89	„	„	„
„	Mengekornmehl Bäckern oder Verbrauchern geliefert	„	35.53	„	„	„
„	Weizenbrot, den Verbrauchern geliefert	„	—.50	„	1	kg.

Diese Höchstpreise treten am 15. Mai d. J. in Kraft.

Den Provinzial-Ernte-Kommissionen wird die Befug-

nis erteilt, für den Bezirk einzelner Gemeinden auf Antrag oder nach Anhörung der Bürgermeister je einen niedrigeren Höchstpreis für Brot, zu dessen Zubereitung Roggenmehl verwandt wird, festzusetzen.

Für die Verkäufe der Erzeuger von Brotgetreide an das Comité National de Secours et d'Alimentation bleiben die in den Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung, betreffend die Ernte-Kommissionen, vom 8. Juli 1916 festgesetzten Höchstpreise in Geltung.

Brüssel, den 27. April 1917.
Z. E. K. 1786/17.

Avis. ***

Comme suite à mon arrêté du 8 juillet 1916, concernant les Commissions de la récolte (Ernte-Kommissionen), et aux dispositions réglementaires du 8 juillet 1916 dudit arrêté, j'ai, sur la proposition de la Commission centrale de la récolte (Zentral-Ernte-Kommission), fixé, jusqu'à nouvel avis, les prix maxima suivants, applicables aux ventes de blé battu, farine et pain:

froment pris au dépôt ou au moulin....	fr.	49.88	les 100 kg.
seigle pris au dépôt ou au moulin	„	28.86	„ „ „
méteil pris au dépôt ou au moulin	„	29.48	„ „ „
épeautre non pelé pris au dépôt ou au moulin	„	25.61	„ „ „
farine de froment livrée aux boulangers ou aux consommateurs	„	56.56	„ „ „
farine de seigle livrée aux boulangers ou aux consommateurs	„	34.89	„ „ „
farine de méteil livrée aux boulangers ou aux consommateurs	„	35.53	„ „ „
pain de froment livré aux consommateurs	„	—.50	le kg.

Ces prix maxima entreront en vigueur le 15 mai 1917.

Les Commissions provinciales de la récolte auront le droit, dans certaines communes, sur la demande du bourg-

mestre ou après avoir entendu ce dernier, d'abaisser le prix maximum du pain contenant de la farine de seigle.

Pour le blé vendu par les producteurs au Comité national de secours et d'alimentation, les prix maxima déterminés dans les dispositions réglementaires de l'arrêté du 8 juillet 1916, concernant les Commissions de la récolte (Ernte-Kommissionen), restent en vigueur.

Bruxelles, le 27 avril 1917.

Z. E. K. 1786/17.

Bekendmaking. ***

Op grond mijner Verordening van 8 Juli 1916 betreffende de Oogstkommissies, evenals der uitvoeringsbepalingen van 8 Juli 1916 tot deze Verordening, heb ik, op voorstel der Centrale Oogstkommissie (Zentral-Ernte-Kommission), de hoogste prijzen voor den verkoop van gedorscht koren, meel en brood voorshands als volgt vastgesteld :

voor	*tarwe uit stapelplaats of molen geleverd*	*frank*	*49.88*	*per*	*100*	*kgr.*
„	*rogge uit stapelplaats of molen geleverd*	„	*28.86*	„	„	„
„	*masteluin uit stapelplaats of molen geleverd*	„	*29.48*	„	„	„
„	*ongepelde spelt uit stapelplaats of molen geleverd*	„	*25.61*	„	„	„
„	*tarwemeel aan bakkers of verbruikers geleverd*	„	*56.56*	„	„	„
„	*roggemeel aan bakkers of verbruikers geleverd*	„	*34.89*	„	„	„
„	*masteluinmeel aan bakkers of verbruikers geleverd*	„	*35.53*	„	„	„
„	*tarwebrood aan verbruikers geleverd*	„	*—.50*	„		*kgr.*

Deze hoogste prijzen worden op 15 Mei 1917 van kracht.

De Provinciale Oogstkommissies (Provinzial-Ernte-Kommissionen) zijn bevoegd, voor de omschrijving van afzonderlijke gemeenten, op verzoek of na raadpleging van de

burgemeesters, telkens een lageren hoogsten prijs voor brood, tot het bereiden waarvan roggemeel wordt gebruikt, vast te stellen.

Voor den verkoop van koren door de voortbrengers aan het Nationaal Hulp- en Voedingskomiteit, blijven de hoogste prijzen, vastgesteld in de uitvoeringsbepalingen tot de Verordening van 8 Juli 1916, betreffende de Oogstkommissies, van kracht.

Brussel, den 27n April 1917.
Z. E. K. 1786/17.

No. 342. — 5. MAI 1917. Pag. 3653

VERORDNUNG

über das Tragen von Abzeichen in den Schulen.

Art. 1. Belgische Abzeichen oder Abzeichen anderer mit dem Deutschen Reiche oder seinen Verbündeten im Kriege befindlichen Länder (Fahnen, Draperien, Bänder, Schleifen, Medaillen und dergleichen) dürfen weder in Schulräumen angebracht, noch von Lehr- oder Aufsichtspersonen, Schülern oder Schülerinnen in der Schule selbst oder bei von der Schule ausgehenden Veranstaltungen getragen werden.

Art. 2. Lehrpersonen, Schulleiter und Schulinspektoren, die Uebertretungen des in Artikel 1 ausgesprochenen Verbotes dulden, fördern, veranlassen, oder sich selbst zu Schulden kommen lassen, werden mit Geldstrafe bis zu 1500 M. oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

Art. 3. Die deutschen Behörden sind befugt, zur Verhinderung von Uebertretungen des in Artikel 1 ausgesprochenen Verbotes oder zur Feststellung strafbarer Handlungen nach Artikel 2, die Räume sämtlicher in Belgien befindlicher Schulen zu betreten und zu dem

gleichen Zwecke den Unterricht und die sonstigen Veranstaltungen der Schulen zu überwachen.

Art. 4. Wer es unternimmt, die Ermittlungen über die in Artikel 2 bezeichneten strafbaren Handlungen oder die auf Grund des Artikel 3 angeordneten Ueberwachungsmassnahmen zu erschweren oder zu verhindern, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 M. oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

Art. 5. Zuständig zur Aburteilung von strafbaren Handlungen nach Artikel 2 und 4 sind die Militärbefehlshaber und die Militärgerichte.

Brüssel, den 26. April 1917.
C. C. III*a* 2259.

Arrêté

concernant le port d'insignes dans les écoles.

Article 1er. Il est défendu de placer dans les locaux scolaires, des insignes, (drapeaux, draperies, rubans, nœuds,médailles, etc.), soit belges soit des autres pays en guerre avec l'Empire Allemand ou ses Allies; il est également défendu aux membres du personnel enseignant ou surveillant ainsi qu'aux élèves de porter de tels insignes dans l'école même ou pendant les cérémonies, excursions, etc. scolaires de tout genre.

Art. 2. Les membres du personnel enseignant, les chefs d'école et les inspecteurs qui auront toléré, favorisé ou provoqué des infractions à l'interdiction édictée par l'article 1er ou qui, eux-mêmes, se seront rendus coupables d'une telle infraction, seront punis d'une amende pouvant atteindre 1500 marcs ou d'un emprisonnement de 6 mois au plus.

Art. 3. Pour empêcher des infractions à l'interdiction édictée par l'article 1er ou pour constater des actes punis-

sables en vertu de l'article 2, les autorités allemandes ont le droit de pénétrer dans les locaux de toutes les écoles établies en Belgique et d'exercer une surveillance sur les cours et sur les cérémonies, excursions, etc. scolaires de tout genre.

Art. 4. Quiconque aura entrepris d'entraver ou d'empêcher les enquêtes portant sur les infractions désignées à l'article 2 ou sur les mesures de surveillance ordonnées en vertu de l'article 3, sera puni d'une amende pouvant atteindre 1500 marcs ou d'un emprissonnement de 6 mois au plus.

Art. 5. Les commandants et tribunaux militaires sont compétents pour juger les infractions prévues aux articles 2 et 4.

Bruxelles, le 26 avril 1917.
C. C. III*a* 2259.

Verordening

betreffende het dragen van kenteekens in de scholen.

Art. 1. Belgische kenteekens of kenteekens van andere met het Duitsche Rijk of met dezes bondgenooten in oorlog zijnde landen (vaandels, behangsels, linten, strikken, penningen en dergelijke) mogen noch in de schoollokalen aangebracht, noch door leden van het onderwijzend personeel of van het toezichtspersoneel, noch door scholieren of scholiersters in de school zelve of ter gelegenheid van door de school ingerichte feesten, uitstappen, enz., gedragen worden.

Art. 2. Leden van het onderwijzend personeel, schoolhoofden en schoolopzieners, die overtredingen van het verbod vervat in artikel 1 dulden, begunstigen, er aanleiding toe geven, of zelf zulke overtredingen begaan, worden met ten hoogste 1500 mark boete of met ten hoogste 6 maanden gevangenis gestraft.

Art. 3. De Duitsche overheden zijn bevoegd de lokalen

van al de in België bestaande scholen te betreden, om overtredingen van het verbod vervat in artikel 1 te verhinderen en om de onder artikel 2 aangeduide strafbare handelingen vast te stellen ; zij zijn om dezelfde redenen eveneens bevoegd het onderwijs, alsmede de feesten, uitstappen, enz., door de scholen ingericht, te bewaken.

Art. 4. Wie de onderzoekingen naar de onder artikel 2 aangeduide strafbare handelingen of de op grond van artikel 3 bevolen bewakingsmaatregelen bemoeilijkt of verhindert, wordt met ten hoogste 1500 mark boete of met ten hoogste 6 maanden gevangenis gestraft.

Art. 5. De krijgsbevelhebbers en de krijgsrechtbanken zijn bevoegd de in artikelen 2 en 4 aangeduide strafbare handelingen te vonnissen.

Brussel, den 26n April 1917.
*C. C. III*a *2259.*

2.

VERORDNUNG.

Einziger Artikel. Pfändungen jeder Art, Zwangsvollstreckungen, Arreste, Anträge und Klagen auf Konkurseröffnung gegen das Vermögen, das nach Massgabe der Verordnungen vom 17. Februar 1915 und 18. Februar 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens Nr. 41 und 181) unter Zwangsverwaltung gestellt, und gegen Unternehmen, für die auf Grund der Verordnung vom 26. November 1914, Abschnitt VI, (Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens Nr. 16) ein Vertreter bestellt ist, können nur mit Genehmigung der deutschen Behörde erfolgen, welche die Zwangsverwaltung oder Vertretung angeordnet hat.

Brüssel, den 26. April 1917.
B. A. 29038.

Arrêté.

Article unique. Les biens mis sous séquestre en vertu des arrêtés du 17 février 1915 et du 18 février 1916 (Bulletin officiel des lois et arrêtés pour le territoire belge occupé, nos. 41 et 181) et les entreprises placées sous la surveillance d'un représentant officiel en vertu de l'arrêté du 26 novembre 1914, section VI (Bulletin des lois et arrêtés pour le territoire belge occupé, no. 16) ne peuvent faire l'objet d'une saisie de quelque nature qu'elle soit, d'une exécution judiciaire ni d'une demande ou requête en déclaration de faillite qu'avec l'autorisation de l'autorité allemande qui a ordonné la mise sous séquestre ou la désignation du représentant.

Bruxelles, le 26 april 1917.
B. A. 29038.

Verordening.

Eenig Artikel. Tot pandbeleggingen van om het even welke soort, beslag bij uitvoering, beslag onder derden, en vertoogen tot faillissement-verklaringen van vermogens, die krachtens de Verordeningen van 17 Februari 1915 en van 18 Februari 1916 (Wet- en Verordeningsblad voor de bezette streken van België, Nrs 41 en 181) onder dwangbeheer zijn geplaatst, alsook van ondernemingen, voor dewelke op grond der Verordening van 26 November 1914, Hoofdstuk VI (Wet en Verordeningsblad voor de bezette streken van België, Nr 16) een vertegenwoordiger is aangesteld, mag slechts overgegaan worden met de toelating van de Duitsche overheid, die het dwangbeheer of de vertegenwoordiging bevolen heeft.

Brussel, den 26n April 1917.
B. A. 29038.

3.

BEKANNTMACHUNG,

betreffend Liquidation britischer Unternehmungen.

Mit Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs in Belgien habe ich gemäss der Verordnung über die Liquidation britischer Unternehmungen vom 29. August 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens vom 13. September 1916 Nr. 253) die Liquidation des in Belgien befindlichen Vermögens der Firma

Liebig Extract of Meat Cy. Ltd. of London,

Liquidator Dr. Lappenberg in Antwerpen, Meir, 14, angeordnet.

Nähere Auskunft erteilt der Liquidator.

Brüssel, den 29. April 1917.

C. C. IV A 14188.

Avis

concernant la liquidation d'entreprises britanniques.

Avec l'approbation de Son Excellence M. le Gouverneur général en Belgique et conformément à l'arrêté du 29 août 1916 concernant la liquidation d'entreprises britanniques (Bulletin officiel des lois et arrêtés pour le territoire belge occupé, no. 253 du 13 Septembre 1916), j'ai ordonné la liquidation des biens, situés en Belgique de la

Liebig Extract of Meat Cy. Ltd, of London,

liquidateur: M. le Dr. Lappenberg, à Anvers, 14, Meir.

Pour de plus amples renseignements, s'adresser au liquidateur.

Bruxelles, le 29 avril 1917.

C. C. IV. A 14188.

Bekendmaking.

betreffende de likwidatie van Britsche ondernemingen.

Met toestemming van den heer Generalgouverneur in België, heb ik, overeenkomstig de Verordening van 29 Augustus 1916, over de likwidatie van Britsche ondernemingen (Wet- en Verordeningsblad voor de bezette streken van België Nr. 253 van 13 September 1916), de likwidatie bevolen van het in België voorhanden zijnde vermogen van het huis :

„Liebig Extract of Meat Cy. Ltd. of London".

De heer Dr. Lappenberg, Meir 14, te Antwerpen, is tot likwidator benoemd.

De likwidator verstrekt nadere inlichtingen.

Brussel, den 29n April 1917.

C. C. IV A 14188.

4.

BEKANNTMACHUNG ***

Wer sich der unerlaubten Güterdurchfahr durch den Hochspannungszaun schuldig macht, wird, unbeschadet seiner gerichtlichen Verfolgung als Spion, mit Gefängnis von zwei Monate bis zu fünf Jahren und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser beiden Strafen bestraft.

Gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher unerlaubt durchgeführte Güter am Hochspannungszaun oder in den Grenzhäfen in Empfang nimmt oder damit handelt.

In jedem Falle ist auf Einziehung der durchgeführten Güter zu erkennen.

Zustandig sind die Militärgerichte und die militärischen Befehlshaber.

Brüssel, den 30. April 1917.

G. G. I*b* 2762, III 893.

*** Sehe Seite 1. Voyez page 1. Zie blz. 1.

Avis. ***

Quiconque aura fait passer illicitement des marchandises à travers la clôture de fils électriques sera, indépendamment de poursuites judiciaires pour espionnage, puni soit d'un emprisonnement de 2 mois à 5 ans et d'une amende pouvant atteindre 10,000 marcs, soit d'une de ces deux peines à l'exclusion de l'autre.

Sera passible des mêmes peines quiconque aura pris réception soit à la clôture de fils électriques, soit dans un des portsfrontières, de marchandises passées illicitement ou aura fait commerce de ces marchandises.

Dans chaque cas, on prononcera la confiscation des marchandises qui auront été passées.

Les tribunaux et commandants militaires connaitront des infractions aux présentes dispositions.

Bruxelles, le 30 avril 1917.

G. G. I*b* 2762, III. 893.

Bekendmaking. ***

Wie zich schuldig maakt aan onveroorloofden doorvoer van goederen door den elektrischen draad, wordt, onverminderd de gerechtelijke vervolging wegens verspieding, met gevangenisstraf van 2 maanden tot 5 jaar en met ten hoogste 10.000 mark boete, of met één dezer beide straffen gestraft.

Wie aan den elektrischen draad of in de grenshavens onveroorloofd doorgevoerde goederen in ontvangst neemt of er handel in drijft, wordt met dezelfde straf gestraft.

In ieder geval zal de verbeurdverklaring van de doorgevoerde goederen uitgesproken worden.

De krijgsrechtbanken en de krijgsbevelhebbers zijn tot oordeelvellen bevoegd.

Brussel, den 30n April 1917.

G. G. Ib *2762, III 893.*

No. 343. — 8. MAI 1917. Pag. 3661

VERORDNUNG ***

über die Ausübung der Befugnisse der Ständigen Ausschüsse der Provinzialräte durch die Präsidenten der Zivilverwaltung der Provinzen.

Sofern und solange die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Provinzialrates einer Provinz die ihnen obliegende Mitwirking versagen, derart dass gültige Beschlüsse des Ständigen Ausschusses nicht zustande kommen, werden alle Rechte und Obliegenheiten des Ständigen Ausschusses von dem Präsidenten der Zilvilverwaltung der Provinz rechtwirksam ausgeübt.

Brüssel, den 26. April 1917.
C. C. V. 3119.

Arrêté ***

attribuant aux Présidents de l'Administration civile des provinces les pouvoirs des Députations permanentes des Conseils provinciaux.

Pour autant et aussi longtemps que les membres de la Députation permanente du Conseil provincial d'une province refuseront la coopération qui leur incombe, de telle sorte que des décisions valables ne puissent être prises par la Députation permanente, tous les droits et devoirs de ladite Députation seront exercés, avec force légale, par le Président de l'Administration civile (Präsident der Zivilverwaltung) de la province intéressée.

Bruxelles, le 26 avril 1917.
C. C. V. 3119.

*** Sehe Seite 1. Voyez page 1. Zie blz. 1.

Verordening ***

betreffende het uitoefenen, door de Voorzitters van het burgerlijk bestuur (Präsidenten der Zivilverwaltung) der provincies, van de bevoegdheden van de bestendige afvaardigingen der provincieraden.

Ingeval de leden van de bestendige afvaardiging van den provincieraad eener provincie de medewerking, waartoe zij gehouden zijn, weigeren te verleenen, zoodat de bestendige afvaardiging ten gevolge dier weigering geen geldige besluiten kan nemen, zal de Voorzitter van het burgerlijk bestuur der betrokken provincie, zoolang de weigering blijft bestaan, rechtsgeldig al de rechten en plichten van de bestendige afvaardiging uitoefenen.

Brussel, den 26n April 1917.
C. C. V. 3119.

2.

BEKANNTMACHUNG,

betreffend Liquidation brittischer Unternehmungen.

Mit Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs in Belgien habe ich gemäss der Verordnung über die Liquidation britischer Unternehmungen vom 29. August 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens vom 13. September 1916 Nr. 253) die Liquidation

1. des in Belgien befindlichen Vermögens der Firmen:

a) R. & J. Dick, Glasgow, Liquidator A. Dubbers, Brüssel, Militärschule,

b) Levy & Jacobs, Brüssel, Liquidator A. Dubbers,

c) Arthur Chamberlain in Birmingham, Liquidator A. Dubbers,

d) A. E. Lewis in Brüssel, Liquidator A. Dubbers,

e) General Electric Cy. of Belgium, Ltd., Brüssel, Liquidator A. Dubbers,

2. der britischen Beteiligung an den Firmen:

a) La Construction, S. A., in Manage, Liquidator A. Dubbers,

b) Guthrie Murdoch & Co. in Antwerpen, Liquidator Dr. Lappenberg, Antwerpen, Meir 14,

3. des in Belgien befindlichen Grundeigentums des Engländers Herbert Debenham, Liquidator Dr. Lappenberg, angeordnet.

Nähere Auskunft erteilen die Liquidatoren.

Brüssel, den 12 April 1917..

C. C. IV A 10285.

Avis
concernant la liquidation d'entreprises britanniques.

Avec l'approbation de Son Excellence M. le Gouverneur général et conformément à l'arrêté du 29 août 1916, concernant la liquidation d'entreprises britanniques (Bulletin officiel des lois et arrêtés pour le territoire belge occupé, no. 253 du 13 septembre 1916), j'ai ordonné la liquidation.

1. des biens, situés en Belgique, des maisons:

a) R. & J. Dick, à Glasgow; liquidateur: M. A. Dubbers à Bruxelles, Ecole militaire;

b) Levy & Jacobs, à Bruxelles; liquidateur: M. A. Dubbers;

c) Arthur Chamberlain, à Birmingham; liquidateur: M. A. Dubbers.

d) A.-E. Lewis, à Bruxelles; liquidateur: M. A. Dubbers

e) General Electric Cy. of Belgium, Ltd., à Bruxelles; liquidateur: M. A. Dubbers;

2. de la participation britannique aux sociétés:

a) „La Construction" soc, an.. à Manage; M. A. Dubbers;

b) Guthrie Murdoch & Co., à Anvers; liquidateur: M. le Dr. Lappenberg, à Anvers, 14, Meir;

3. des bien-fonds, sis en Belgique, de l'Anglais Herbert Debenham; liquidateur: M. ,le Dr. Lappenberg.

Pour de plus amples renseignements, s'adresser aux liquidateurs.

Bruxelles, le 12 avril 1917.

C. C. IV. A. 10285.

Bekendmaking
betreffende de likwidatie van Britsche ondernemingen.

Met toestemming van den Heer Generalgouverneur in België, heb ik, overeenkomstig de Verordening van 29 Augustus 1916 over de likwidatie van Britsche ondernemingen (Wet- en Verordeningsblad voor de bezette streken van België, Nr. 253 van 13 September 1916), *de likwidatie bevolen van :*

1. het in België voorhanden zijnde vermogen van de huizen :

a) *„R. & J. Dick", te Glasgow, likwidator A. Dubbers, Krijgsschool te Brussel,*

b) *„Levy & Jacobs", te Brussel, likwidator A. Dubbers,*

c) *„Arthur Chamberlain", te Birmingham, likwidator A. Dubbers,*

d) *„A. E. Lewis", te Brussel, likwidator A. Dubbers,*

e) *„General Electric Cy. of Belgium, Ltd.", te Brussel, likwidator A. Dubbers.*

2. van de Britsche deelhebbingen aan de huizen :

a) *„La Construction S. A.", likwidator A. Dubbers,*

b) *„Guthrie Murdoch & Co.", te Antwerpen, likwidator Dr. Lappenberg, Meir 14, te Antwerpen,*

3. het in België voorhanden zijnde grondeigendom van den Engelschman Herbert Debenham, likwidator Dr. Lappenberg.

De likwidators verstrekken nadere inlichtingen.

Brussel, den 12n April 1917.
C. C. IV A 10285.

3.

BERICHTIGUNG.

Die Ueberschrift der französischen Uebersetzung des Artikels 2 der Verordnung, betreffend die Erhebung eines Zollzuschlags von Tabak, vom 4. April 1917 (Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 337, Seite 3613 lautet:
„Tabacs non fabriqués dédouanés".

Erratum.

Dans la traduction française de l'arrêté du 4 avril 1917, établissant un droit de douane supplémentaire sur les tabacs (Bulletin officiel des lois et arrêtés no. 337, p. 3613), le titre de l'article 2 doit se lire:
„Tabacs non fabriqués dédouanés".

Terechtbrenging.

In de Fransche vertaling van de Verordening van 4 April 1917, waarbij een aanvullend tolrecht op de tabak wordt gevestigd (Wet en Verordeningsblad, Nr. 337, bl. 3613), luidt het opschrift van artikel 2 :
„Tabacs non fabriqués dédouanés".

No. 344. — 10. MAI 1917. Pag. 3669

VERORDNUNG,

betreffend die Bildung zweier Ministerien für Landwirtschaft und öffentliche Arbeiten.

In Ausführung der Verordnung vom 21. März 1917 über die Bildung zweier Verwaltungsgebiete (G. u. V. Bl. S. 3457) verordne ich was folgt:

Artikel 1. Die verwaltung der Landwirtschaft und der öffentlichen Arbeiten wird für jedes der beiden Verwaltungsgebiete, das vlämische und das wallonische, durch ein besonderes Ministerium geführt und zwar für die Verwaltung der Landwirtschaft vom 15. Juni 1917 ab; für die Verwaltung der öffentlichen Arbeiten bleibt die Bestimmung des Zeitpunktes vorbehalten.

Art. 2. Gemeinsam für beide Verwaltungsgebiete bleibt vorläufig unter der Leitung des Ministeriums in Brüssel die Verwaltung der Kassen für die Witwen und Waisen. Diesem Ministerium wird vorläufig auch die Verwaltung des ganzen Zonienwaldes unterstellt.

Art. 3. Für jedes der beiden Ministerien gelten im übrigen einstweilen die Organischen Reglements vom 31. Dezember 1889 und 18. Dezember 1908 nebst den ergänzenden Verordnungen.

Art. 4. Der Verwaltungschef erlässt die zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen weiteren Bestimmungen.

Brüssel, den 5. Mai 1917.

C. C. III A 2903, VII 2565, VII B 2522.

Arrêté

concernant la formation de deux ministères de l'agriculture et des travaux publics.

En exécution de l'arrêté du 21 mars 1917, concernant la formation de deux régions administratives en Belgique (Bull. off. des l. et arr., p. 3457), j'arrête ce qui suit:

Article 1er. Pour chacune des deux régions administratives)la région flamande et la région wallonne), l'administration de l'agriculture et des travaux publics sera confiée à un ministère spécial, à partir du 15 juin 1917, quant à l'administration de l'administration de l'agriculture, et à partir d'une date qui sera fixée ultérieurement quant à l'administration des travaux publics.

Art. 2. L'administration des caisses des veuves et orphelins restera provisoirement en commun pour les deux régions administratives, sous la direction du ministère établi à Bruxelles. Ce ministère sera aussi chargé, à titre provisoire, de l'administration de toute la forêt de Soignes.

Art. 3. Au surplus, les règlements organiques du 31 décembre 1889 et du 18 décembre 1908 ainsi que leurs arrêtés complémentaires resteront provisoirement en vigueur pour chacun des deux ministères.

Art. 4. Le Chef de l'Administration civile (Verwaltungschef) est chargé de décréter toutes les autres dispositions nécessaires à l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 5 mai 1917.

C. C. III A. 2903, VII 2565, VII B. 2522.

Verordening

betreffende de vorming van twee ministers van Landbouw en Openbare Werken.

In uitvoering van de Verordening van 21 Maart 1917, betreffende de indeeling van België in twee bestuurlijke gebieden (Wet- en Verordeningsblad, bl. 3457), verorden ik het navolgende :

Artikel 1. Het beheer van Landbouw en Openbare Werken wordt, voor elk der beide bestuurlijke gebieden, het Vlaamsche en het Waalsche, door een afzonderlijk ministerie waargenomen, en wel van 15 Juni 1917 af voor het beheer van Landbouw ; voor het beheer van Openbare Werken zal de datum later worden vastgesteld.

Art. 2. Het beheer van de Kassen voor Weduwen en Weezen blijft voorloopig gemeenschappelijk voor de beide bestuurlijke gebieden onder leiding van het ministerie te Brussel, dat voorloopig ook het beheer van gansch het Zoniënbosch onder zijn bevoegdheid houdt.

Art. 3. Overigens blijven de organieke reglementen van

31 December 1889 en van 18 December 1908, evenals de aanvullende besluiten daartoe, voor elk der beide ministeries voorloopig van kracht.

Het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) zal de ter uitvoering van hiervorenstaande Verordening verder noodige bepalingen uitvaardigen.

Brussel, den 5n Mei 1917.

C. C. III A 2903, VII 2565, VII B 2522.

2.

VERFÜGUNG.

Artikel 1. Vom 15. Juni 1917 ab wird die Zuständigkeit des Ministeriums für Landwirtschaft und öffentliche Arbeiten in Brüssel hinsichtlich der Verwaltung der Landwirtschaft auf Grund meiner Verordnung vom 5. Mai 1917 C. C. III A 2903, VII 2565, VIII B 2522 auf das vlämische Verwaltungsgebiet beschränkt. Aus dem Personalbestand des Ministeriums werden die in der Anlage genannten Beamten angewiesen, vom gleichen Tage ab die Verwaltung der Landwirtschaft für das wallonische Verwaltungsgebiet von Namur aus zu führen und demzufolge zu diesem Zeitpunkt nach Namur versetzt.

Art. 2. Zum Generalsekretär des Ministeriums für Landwirtschaft und öffentliche Arbeiten in Brüssel wird der Generaldirektor Vernieuwe ernannt.

Brüssel, den 6. Mai 1917.

C. C. III A 3034, VII 2565.

Anlage zu C. C. III A 3034, VII 2565.

Nach NAMUR versetzt :

Generalsekretär	Manneback
Generaldirektor	Crahay
Generalinspektor	Demarneffe
Direktor	Henry

Abteilungschef	Gaspart
Abteilungschef	Deltenre
Bürochef	Jamart
Bürochef	Bassine
Unterinspektor	Pérau
Unterinspektor	Wartique

Arrêté.

Article 1er. A partir du 15 juin 1917, la compétence du Ministère de l'agriculture et des travaux publics à Bruxelles sera, en vertu de mon arrêté du 5 mai 1917 (C. C. III A 2903, VII 2565, VIII B 2522), limitée à la région administrative flamande, quant à l'administration de l'agriculture. A dater du même jour, les fonctionnaires désignés à l'annexe et appartenant au personnel du ministère auront à se charger, à Namur, de l'administration de l'agriculture pour la région administrative wallonne ils seront, en conséquence, transférés dans cette ville à la date du 15 juin 1917.

Art. 2. M. Vernieuwe, directeur général, est nommé secrétaire général du Ministère de l'agriculture et des travaux publics à Bruxelles.

Bruxelles, le 6 mai 1917.
C. C. III A. 3034, VII 2565.

Annexe a C. C. III A. 3034, VII 2565.
pour les noms, voir ci-dessus.

Beschikking.

Artikel 1. De bevoegdheid van het ministerie van Landbouw en Openbare Werken te Brussel is, wat het beheer van Landbouw betreft, krachtens mijn Verordening van 5 Mei 1917 C. C. III. A. 2903, VII 2565, VIII. B. 2522, met in-

gang van 15 Juni 1917 beperkt tot het Vlaamsch bestuurlijk gebied. Van het personeel van dit ministerie zijn de in de bijlage genoemde ambtenaren aangeduid om, te rekenen van denzelfden dag, het beheer van Landbouw voor het Waalsch bestuurlijk gebied, van Namen uit, waar te nemen. Bedoelde ambtenaren zijn dienovereenkomstig van dien datum af, overgeplaatst naar Namen.

Art. 2. De heer Vernieuwe, algemeen bestuurder, is benoemd tot algemeen sekretaris van het ministerie van Landbouw en Openbare Werken te Brussel.

Brussel, den 6n Mei 1917.
C. C. III A 3034, VII 2565.

Bijlage tot C. C. III A 3034, VII 2565.
Voor namen zie hiervoor.

3.

VERORDNUNG,

betreffend die Bildung zweier Ministerien für Wissenschaft und Kunst.

In Ausführung der Verordnung vom 21. März 1917 über die Bildung zweier Verwaltungsgebiete (G. u. V. Bl. S. 3457) verordne ich was folgt:

Art. 1. Die Verwaltung des Unterrichts und der Schönen Künste wird für das vlämische und das wallonische Verwaltungsgebiet vom 15. Juni 1917 ab je durch ein besonderes Ministerium für Wissenschaft und Kunst geführt.

Art. 2. Gemeinsam für beide Verwaltungsgebiete bleibt vorläufig unter der Leitung des Ministeriums in Brüssel die Verwaltung der Witwen- und Waisenkassen. Diesem Ministerium werden auch unterstellt die Schulen jeder Art in den Gemeinden:

Attenhoven, Aubel, Elisem, Laar, Landen, Moelin-

gen, Neerhespen, Neerlanden, Neerwinden, Overhespen, Overwinden, Remersdaal, Roost-Krenwik, Rumsdorp, 's Graven-Voeren, Sint-Maartens-Voeren, Sint-Pieters-Voeren, Teuven, Waasmond, Wals-Houthem Walsbets, Wange, Wezeren (Provinz Lüttich) und Bever, Edingen, Everbeek, Lettelingen, Mark, Sint-Pieters-Kapelle (Provinz Hennegau).

Art. 3. Für jedes der beiden Ministerien gilt das Organische Reglement vom 17. Oktober 1910/23. März 1912 mit der Massgabe, dass die Artikel 16—20 bis auf weiteres ausser Kraft gesetzt bleiben und dass die endgültige Feststellung des Beamtenbestandes der beiden Ministerien besonderer Bestimmung vorbehalten bleibt.

Art. 4. Die Verordnungen vom 25. Oktober 1916. 13 Dezember 1916 und 14. Februar 1917 (G. u. V. Bl. S. 2930, 3054 u. 3319) sowie die Verfügung des Verwaltungschefs vom 14. Februar 1917, III A 68/1009 treten am 15. Juni 1917 ausser Kraft.

Art. 5. Der Verwaltungschef erlässt die zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen weiteren Bestimmungen.

Brüssel, den 5. Mai 1917.

C. C. III. A. 2772.

Arrêté

concernant la formation de deux ministères des sciences et des arts.

En exécution de l'arrêté du 21 mars 1917, concernant la formation de deux régions administratives en Belgique (Bull. off. des l. et arr., p. 3457), j'arrête ce qui suit:

Article 1er. Pour chacune des deux régions administratives (la région flamande et la région wallonne), l'administration de l'enseignement et des beaux arts sera confiée à un ministère spécial, a partir du 15 juin 1917.

Art. 2. L'administration des Caisses des veuves et orphelins restera provisoirement en commun pour les deux régions administratives sous la direction du ministère établi à Bruxelles. Relèveront aussi de ce ministère, les écoles de toutes catégories dans les communes de:

Attenhoven, Aubel, Elixem, Laer, Landen, Mouland, Neerhespen, Neerlanden, Neerwinden, Overhespen, Overwinden, Remersdael, Rosoux-Crenwick, Rumsdorp Fouron-le-Comte, Fouron-Saint-Martin, Fouron-Saint-Pierre, Teuven, Wamont, Houtain-l'Evêque, Walsbetz, Wanghe, Wezeren province (de Liége) et Biévène Enghien, Everbecq, Petit-Enghien, Marcq, Saint-Pierre Capelle (province de Hainaut),

Art. 3. Pour chacun des deux ministères, le règlement organique des 17 octobre 1910 et 23 mars 1912 restera en vigeur avec la restriction que les articles 16 à 20 resteront abrogés jasqu'à nouvel ordre et que la détermination définitive du cadre du personnel des deux ministères fera l'objet d'une décision spéciale.

Art. 4. Seront abrogés, à partir du 15 juin 1917, les arrêtés des 25 octobre 1916, 13 décembre 1916 et 14 février 1917 (Bull. off. des l. et arr,. p. 2930, 3054 et 3319) ainsi que l'arrêté (III A. 68/1009) pris à la date du 14 février 1917 par le Chef de l'Administration civile (Verwaltungschef).

Art. 5. Le Chef de l'Administation civile est chargé de décréter toutes les autres dispositions nécessaires à l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 5 mai 1917.

C. C. III A. 2772.

Verordening

betreffende de vorming van twee ministeries van Wetenschappen en Kunsten.

In uitvoering der Verordening van 21 Maart 1917, be-

treffende de indeeling van België in twee bestuurlijke gebieden (Wet- en Verordeningsblad, bl. 3457), verorden ik het navolgende :

Artikel 1. Het beheer van Onderwijs en van Schoone Kunsten wordt met ingang van 15 Juni 1917 voor het Vlaamsch en het Waalsch bestuurlijk gebied door een afzonderlijk ministerie van Wetenschappen en Kunsten waargenomen.

Art. 2. Het beheer van de Kassen voor Weduwen en Weezen blijft voorloopig gemeenschappelijk voor de beide bestuurlijke gebieden, onder de leiding van het ministerie te Brussel, dat eveneens de scholen van om het even welke soort in de volgende gemeenten onder zijn bevoegdheid houdt :

Attenhoven, Aubel, Etisem, Laar, Landen, Moelingen, Neerhespen, Neerlanden, Neerwinden, Overhespen, Overwinden, Remersdaal, Roost-Krenwik, Rumsdorp, 's Graven-Voeren, Sint-Maartens-Voeren, Sint-Pieters-Voeren, Teuven, Waasmond, Wals-Houthem, Walsbets, Wange, Wezeren (provincie Luik) en Bever, Edingen, Everbeek, Lettelingen, Mark, Sint-Pieters-Kapelle (provincie Henegouwen).

Art. 3. Voor elk der beide ministeries geldt het organiek reglement van 17 Oktober 1910/23 Maart 1912, met dien verstande, dat de artikelen 16—20 tot nader bericht buiten kracht blijven en dat het voorbehouden blijft, het kader van het personeel der beide ministeries later bij bijzondere bepaling voorgoed vast te stellen.

Art. 4. De Verordeningen van 25 Oktober 1916, 13 December 1916 en 14 Februari 1917 (Wet- en Verordeningsblad, bl. 2030, 3054, 3319), alsook de beschikking van 14 Februari 1917, III, A. 68/1009 van het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef), houden te rekenen van 15 Juni 1917 op van kracht te zijn.

Art. 5. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur zal de ter

uitvoering van hiervorenstaande Verordening verder noodige bepalingen uitvaardigen.

Brussel, den 5n Mei 1917.
C. C. III A. 2772.

4.

VERFÜGUNG.

Artikel 1. Vom 15. Juni 1917 ab wird die Züstandigkeit des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst in Brüssel auf Grund meiner Verordnung vom 5. Mai 1917 III A 2772 auf das vlämische Verwaltungsgebiet beschränkt. Aus dem Personalbestand des Ministeriums werden die in der Anlage genannten Beamten angewiesen, vom gleichen Tage ab die Verwaltung van Wissenschaft und Kunst für das wallonische Verwaltungsgebiet von Namur aus zu führen und demzufolge zu diesem Zeit punkt nach Namur versetzt.

Art. 2. Zum Generalsekretär des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst in Brüssel wird der Generaldirektor E. Coremans ernannt.

Brüssel, den 6. Mai 1917.
C. C. III A. 3069.

Anlage zu C. C. III A 3069.

Nach NAMUR versetzt:

Generaldirektor	J. Corman unter Belassung der Funktionen als Generalsekretär.
"	Beckers
"	E. Verlant
Direktor	L. De San
"	E. La Garde
"	A. Hozepied
"	A. Bouvez

Abteilungschef	E. Asselberghs
„	F. Cabu
„	L. Bauwens
„	F. Vygen
„	F. Petau
„	A. Wadin
„	A. Rutten
„	O. Dupont
Bürochef	C. Bastin
„	L. Rousseau
„	A. Dumorier
„	C. Govaert
„	E. De Madre
„	O. Dupont
„	F. Mahutte
„	E. Glesener
Professor	C. Liègeois
„	H. Houbeau

Arrêté.

Article 1er. A partir du 15 juin 1917, la compétence du Ministère des sciences et des arts à Bruxelles sera, en vertu de mon arrêté du 5 mai 1917 (III A 2772), limitée à la région administrative flamande. A dater du même jour, les fonctionnaires désignés à l'annexe et appartenant au personnel du ministère auront à se charger, à Namur, de l'administration des sciences et des arts pour la région administrative wallonne; ils seront, en conséquence, transférés dans cette ville à la date du 15 juin 1917.

Art. 2. M. E. Coremans, directeur général, est nommé secrétaire du Ministère des sciences et des arts à Bruxelles.

Bruxelles, le 6 mai 1917.

C. C. III A. 3069.

Annexe a C. C. III A. 3069.

pour les noms voir ci-dessus.

Beschikking.

*Artikel 1. De bevoegdheid van het ministerie van Wetenschappen en Kunsten te Brussel is, krachtens mijn Verordening van 5 Mei 1917, III*a. *2772, met ingang van 15 Juni 1917, beperkt tot het Vlaamsch bestuurlijk gebied. Van het personeel van dit ministerie zijn de in de bijlage genoemde ambtenaren aangeduid om, te rekenen van denzelfden dag, het beheer van Wetenschappen en Kunsten voor het Waalsch bestuurlijk gebied, van Namen uit waar te nemen. Bedoelde ambtenaren zijn dienovereenkomstig van dien datum af overgeplaatst naar Namen.*

Art. 2. De heer E. Coremans, algemeen bestuurder, is benoemd tot algemeen sekretaris van het ministerie van Wetenschappen en Kunsten te Brussel.

Brussel. den 6n Mei 1917.
C. C. III A. 3069.

Bijlage tot C. C. III A. 3069.
Voor namen zie hiervoor.

5.

VERORDNUNG,

betreffend die Bildung zweier Ministerien für Gewerbe und Arbeit.

In Ausführung der Verordnung vom 21. März 1917 über die Bildung zweier Verwaltungsgebiete (Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 324) verordne ich was folgt:

Artikel 1. Die Verwaltung von Gewerbe und Arbeit wird für jedes der beiden Verwaltungsgebiete, das vlämische und das wallonische, vom 15. Juni 1917 ab durch ein besonderes Ministerium geführt.

Art. 2. Gemeinsam für beide Verwaltungsgebiete bleiben vorläufig unter der Leitung des Ministeriums in Brüs-

sel die Verwaltung des Patentwesens und des Marken- und Musterschutzes sowie der geologische Dienst.

Artikel 3. Für jedes der beiden Ministerien gelten im übrigen einstweilen die Bestimmungen des organischen Reglements (Verordnungen vom 22. Dezember 1911, 30. März 1912 und 31. Oktober 1913).

Art. 4. Der Verwaltungschef erlässt die zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen weiteren Bestimmungen.

Brüssel, den 5. Mai 1917.
CC. III A 2901, IV A 14132.

Arrêté

concernant la formation de deux ministères de l'industrie et du travail.

En exécution de l'arrêté du 21 mars 1917, concernant la formation de deux régions administratives en Belgique (Bull. off. des l. et arr., no. 324), j'arrête ce qui suit:

Article 1er. Pour chacune des deux régions administratives (la région flamande et la région wallonne), l'administration de l'industrie et du travail sera confiée à un ministère spécial, à partir du 15 juin 1917.

Art. 2. L'administration du service des brevets, des marques de fabrique et de commerce et le service géologique resteront provisoirement en commun pour les deux régions administratives, sous la direction du ministére établi à Bruxelles.

Art. 3. Au surplus, les dispositions du règlement organique (arrêtés du 22 décembre 1911, du 30 mars 1912 et du 31 octobre 1913) resteront provisiosement en vigeur pour chacun des deux ministères.

Art. 4. Le Chef de l'Administration civile (Verwaltungs

chef) est chargé de décréter toutes les autres dispositions nécessaires à l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 5 mai 1917.
C. C. III A. 2901, IV A. 14132.

Verordening

betreffende het vormen van twee ministeries van Nijverheid en Arbeid.

In uitvoering van de Verordening van 21 Maart 1917, betreffende de indeeling van België in twee bestuurlijke gebieden (Wet- en Verordeningsblad, Nr. 324), verorden ik het navolgende :

Artikel 1. Het beheer van Nijverheid en Arbeid wordt, met ingang van 15 Juni 1917, voor elk der beide bestuurlijke gebieden, het Vlaamsche en het Waalsche, door een afzonderlijk ministerie waargenomen.

Art. 2. Het beheer van den dienst der brevetten en der handels- en fabrieksmerken, alsook de aardkundige dienst, blijven voorloopig gemeenschappelijk voor de beide bestuurlijke gebieden onder leiding van het ministerie te Brussel.

Art. 3. Overigens blijven voor elk van beide ministeries de bepalingen van het organiek reglement (Besluiten van 22 December 1911, 30 Maart 1912 en 31 Oktober 1913) voorloopig van kracht.

Art. 4. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) zal de ter uitvoering van hiervorenstaande Verordening verder noodige bepalingen uitvaardigen.

Brussel, den 5n Mei 1917.
C. C. III A 2901, IV A 14132.

6.

VERFÜGUNG.

Artikel 1. Vom 15. Juni 1917 ab wird die Zuständigkeit des Ministeriums für Gewerbe und Arbeit in Brüssel auf Grund meiner Verordnung vom 5. Mai 1917 C. C. III A 2901, IV A 14132 auf das vlämische Verwaltungsgebiet beschränkt. Aus dem Personalbestand des Ministeriums werden die in der Anlage genannten Beamten angewiesen, vom gleichen Tage ab die Verwaltung von Gewerbe und Arbeit für das wallonische Verwaltungsgebiet von Namur aus zu führen und demzufolge zu diesem Zeitpunkt nach Namur versetzt.

Art. 2. In dem Ministerium für Gewerbe und Arbeit in Brüssel wird:

a) ernannt: der Direktor E. Verhees zum Generalsekretär,
der Hauptinsepktor Fabri aus Gent, zum Generalinspektor mit dem Rang eines Generaldirektors,
der Abteilungschef R. Schrijvers zum Direktor,
der Bürochef A. Matthijs zum Abteilungschef,
der stellvertretende Bürochef F. Sterck
und der stellvertretende Bürochef H. Troosters zum Abteilungschef;

b) verliehen: der persönliche Titel eines Generaldirektors dem Abteilungschef A. Van Melle,
der persönliche Titel Direktor den Bürochefs A. De Jaegher und E. Gevaert.

Brüssel, den 6. Mai 1917.
C. C. III A. 2902, IV A 14132.

Anlage zu C. C. III A 2902, IV A 14132.

Nach NAMEN versetzt:

J. Dubois, Generalsekretär
L. Dejardin, Generaldirektor
A. Julin, Generaldirektor
E. Wathus, Generalinspektor
P. Wauters, Generalinspektor
D. Gilbert, Generalinspektor
L. Wodon, Direktor
T. Théate, Direktor
S. Delannoy, Direktor
E. François, Direktor
F. Vercuysse, Direktor
A. Roulin, Oberinspektor
E. Van de Weyer, Oberinspektor
G. Lemaire, Ingenieur der Bergwerke
P. Ledent, Inspektor
D. Warnotte, Abteilungschef
A. Glibert, Unterinspektor
E. Henrotte, Unterinspektor
F. de Cannert d'Hamale, Unterinspektor
P. de Biolley, Unterinspektor
M. Lallemand, Unterinspektor
P. Clément, Bureauchef
J. Bribosia, Bureauchef
J. Ausloss, Bureauchef
F. Lesneucq, Bureauchef
F. Noël, Bureauchef
M. Capart, Bureauchef
N. Laurent, Kontrolleur
M. Gérard, Kontrolleur.

Arrêté.

Article 1er. A partir du 15 juin 1917, la compétence du Ministère de l'industrie et du travail à Bruxelles sera,

en vertu de mon arrêté du 5 mai 1917 (C. C. III A 2901, IV A 14132), limitée à la région administrative flamande. A dater du même jour, les fonctionnaires désignés à l'annexe et appartenant au personnel du ministère auront à se charger, à Namur, de l'administration de l'industrie et du travail pour la région administrative wallonne; ils seront, en conséquence, transférés dans cette ville à la date du 15 juin 1917.

Art. 2. Au Ministère de l'industrie et du travail à Bruxelles,

a) M. E. Verhees, directeur, est nommé secrétaire général;

M. Fabri, inspecteur en chef à Gand, est nommé inspecteur général avec rang de directeur général ;

M. R. Schrijvers, chef de division est nommé directeur;

M. A. Matthijs, chef de bureau, est nommé chef de chefs division;

MM. F. Sterck et H. Troosters, faisant fonctions de de bureau, sont nommés chefs de division;

b) M. A. van Melle, chef de division, est nommé directeur général à titre personnel;

MM. A. De Jaegher et E. Gevaert, chefs de bureau, sont nommés directeurs à titre personnel.

Bruxelles, le 6 mai 1917.
C. C. III A. 2902, IV A. 14132.

Annexe a C. C. III A. 2902, IV A. 14132.
pour les noms voir. ci-dessus.

Beschikking.

De bevoegdheid van het ministerie van Nijverheid en Arbeid te Brussel, is krachtens mijn Verordening van 5 Mei 1917, CC. III. A. 2901, IV. A. 14132, met ingang van 15 Juni 1917, beperkt tot het Vlaamsch bestuurlijk gebied. Van het personeel van dit ministerie zijn de in de bijlage ge-

noemde ambtenaren aangeduid, om te rekenen van denzelfden dag, het beheer van Nijverheid en Arbeid voor het Waalsch bestuurlijk gebied, van Namen uit, waar te nemen. Bedoelde ambtenaren zijn dienovereenkomstig van dien datum af overgeplaatst naar Namen.

Art. 2. In het ministerie van Nijverheid en Arbeid te Brussel zijn

a) *de heer E. Verhees, bestuurder, tot algemeen sekretaris,*
de heer Fabri, van Gent, hoofdopziener, tot algemeen opziener met den rang van algemeen bestuurder,
de heer R. Schrijvers, afdeelingsoverste, tot bestuurder,
de heer A. Matthijs, bureeloverste, tot afdeelingsoverste,
de heer F. Sterck, waarnemend bureeloverste en
de heer H. Troosters, waarnemend bureeloverste, tot afdeelingsoverste,

b) *de heer A. Van Melle, afdeelingsoverste, tot algemeen bestuurder ten persoonlijken titel,*
de heeren A. De Jaegher en E. Gevaert, bureeloversten, ten bestuurders tot persoonlijken titel benoemd.

Brussel, den 6n Mei 1917.
C. C. III. A. 2902, IV A. 14132.

Bijlage tot C. C. III A. 2902, IV A 14132.
Voor namen zie hiervoor.

No. 345. — 13. MAI 1917. Pag. 3681

BEKANNTMACHUNG.

Durch Beschluss des Herrn Generalgouverneurs in Belgien vom 25. Oktober 1916 sind mit Wirkung vom 1. November 1916 ab

die Provinzialinspektoren I. Klasse der direkten Steuern, Zölle und Verbrauchsabgaben J. E. A. Danhier in Mons und J. J. Dasnoy in Brüssel sowie der Provinzialinspektor II. Klasse der direkten Steuern, Zölle und

Verbrauchsabgaben H. S. F. F. Van der Eecken in Hasselt zu Direktoren der direkten Steuern, Zölle and Verbrauchsabgaben an ihren bisherigen Standorten ernannt und

der Direktor der direkten Steuern, Zölle und Verbrauchsabgaben R. E. J. C. Berrewaerts in Hasselt in gleicher Diensteigenschaft nach Gent versetzt worden.

Brüssel, den 5. Mai 1917.
C. C. II A 5601.

Avis.

Par décision de Son Excellence M. le Gouverneur général en Belgique, prise à la date du 25 octobre 1916, avec effet à partir du 1er novembre 1916:

MM. J.-E.-A. Danhier et J.-J. Dasnoy, inspecteurs provinciaux de 1re classe des contributions directes, douanes et accises, respectivement à Mons et à Bruxelles, et M. H.-S.-F.-F. Vander Eecken, inspecteur provincial de 2e classe des contributions directes, douanes et accises, à Hasselt, sont nommés directeurs des contributions directes, douanes et accises à leur résidence actuelle;

M. R.-E.-J.-C. Berrewaerts, directeur des contributions directes, douanes et accises, à Hasselt, est transféré en la même qualité à Gand.

Bruxelles, le 5 mai 1917.
C. C. II A. 6501.

Bekendmaking.

Bij besluit van 25 Oktober 1916 van den heer Generalgouverneur in België zijn, met terugwerkende kracht te rekenen van 1 November 1916,

de provinciale opzieners 1e klasse der rechtstreeksche be-

lastingen, doeanen en accijnzen J.-E.-A. Danhier, te Bergen, en J. J. Dasnoy, te Brussel, alsook de provinciale opziener 2e klasse der rechtstreeksche belastingen, doeanen en accijnzen H.-S.-F.-F. Vander Eecken, te Hasselt, benoemd tot bestuurders der rechtstreeksche belastingen, doeanen en accijnzen in hun huidige standplaats

en is de bestuurder der rechtstreeksche belastingen, doeanen en accijnzen R.-E.-J.-C. Berrewaerts, te Hasselt, in dezelfde hoedanigheid naar Gent overgeplaatst.

Brussel, den 5n Mei 1917.
C. C. II A 5601.

2.

BEKANNTMACHUNG.

Gemäss Verordnung des Herrn Generalgouverneurs vom 17. Februar 1915 (Gesetz- und Verordnunsgblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens Nr. 41 vom 20. Februar 1915) habe ich neben den bereits ernannten Zwangsverwaltern

Hernn Paul Wilhelm Mendelson

zum Zwangsverwalter der nachfolgenden Banken ernannt:

Crédit Lyonnais,
Banque de Paris et des Pays-Bas,
Comptoir National d'Escompte de Paris,
Société Belge de Crédit Industriel et Commercial et de Dépôts,
Société de Dépôts et de Crédit,
sämtlich te Brüssel,
Société Française de Banque et de Dépôts in Brüssel und Antwerpen.

Brüssel, den 5. Mai 1917.
B. A. 30180.

Avis.

Conferméments à l'arrêté du 17 février 1915 de Son Excellence M. le Gouverneur général en Belgique (Bulletin officiel des lois et arrêtés pour le territoire belge occupé, no. 41 du 20 février 1915), j'ai outre les sequestres déjà en fonctions, nommé

M. Paul Wilhelm Mendelson

séquestre des banques désignées ci-après:

Crédit Lyonnais,
Banque de Paris et des Pays-Bas,
Comptoir National d'Escompte de Paris,
Société Belge de Crédit Industriel et Commercial et de Dépôts,
Société de Dépôts et de Crédit,
établies toutes à Bruxelles,
Société Française de Banque et de Dépôts, établie à Bruxelles et à Anvers.

Bruxelles, le 5 mai 1917.
B. A. 30180.

Bekendmaking.

Overeenkomstig de Verordening van 17 Februari 1915 van den heer Generalgouverneur (Wet- en Verordeningsblad voor de bezette streken van België, Nr. 41 van 20 Februari 1915), heb ik, naast de reeds aangestelde dwangbeheerders

den heer Paul Wilhelm Mendelson,

tot dwangbeheerder benoemd van de hierna vermelde banken:

Crédit Lyonnais,
Banque de Paris et des Pays-Bas,
Comptoir National d'Escompte de Paris,
Société Belge de Crédit Industriel et Commercial et de Dépôts,

Société de Dépôts et de Crédit,
alle te Brussel,
Société Française de Banque et de Dépôts, te Brussel en te Antwerpen.

Brussel, den 5n Mei 1917.
B. A. 30180.

No. 346. — 16. MAI 1917. Pag. 3729

1.

VERORDNUNG,

betreffend die Wiederaufnahme des Postsparkassendienstes.

Die Kaiserlich Deutsche Post- und Telegraphenverwaltung in Belgien wird ermächtigt, den Vermittlungsdienst für die staatlich geschützte Allgemeine Sparkasse in der Weise, wie er vor der Besetzung des Landes von der belgischen Postverwaltung ausgeübt worden ist, bei den Postanstalten im Gebiete des Generalgouvernements, soweit sie innerhalb der Grenzen Belgiens gelegen sind, am 1. Juni 1917 wieder aufzunehmen.

Für die Ausführung dieses sind die in den Gesetzen vom 16. März 1865, 30. Mai 1879 und 10. Februar 1900, in den Königlichen Verordnungen vom 22. Mai 1865, 12. Oktober 1879 und 16. Mai 1881 sowie in den Verfügungen des Generalrats der Allgemeinen Spar- und Pensionskasse vom 12. August 1865 und 12. Juni 1902 enthaltenen Bestimmungen, soweit sie lediglich die Sparkasse betreffen, mit folgenden Abweichungen massgebend:

1) Die Vermittlung der Postverwaltung erstreckt sich nur auf die Annahme von Spareinlagen, die der Allgemeinen Sparkasse zugeführt werden sollen, und auf Auszahlungen von den gebildeten Sparguthaben für Rechnung dieser Kasse. An- und Verkauf von öffentlichen Werten und Ueberschreibungen von Sparein-

lagen in Rentenbücher können durch die Postverwaltung nicht vermittelt werden.

2) Die Posthilfsstellen (dépôts und dépôts-relais) kommen als Postanstalten für eine selbständige Wahrnehmung des Sparkassendienstes nicht in Frage.

3) Die zu belgischer Verwaltungszeit ausgegebenen Postsparbücher bleiben in Gültigkeit.
Jedes Sparbuch dieser Art, das zum ersten Mal zu einer Auszahlung von früher gemachten Einlagen bei einer Postanstalt vorgelegt wird, muss an die Allgemeine Sparkasse eingesandt werden, die das Guthaben feststellt und die Gültigkeit des Sparbuches sowie die Richtigkeit der darin eingeschriebenen Summe unter Verwendung eines Stempels bestätigt; erst nach Rückkunft des Buches darf die Postanstalt zahlen.

4) Auf Summen, die vor der Wiederaufnahme des Postsparkassendienstes in ein Sparbuch eingeschrieben worden sind, werden innerhalb eines Monats nur bis zu 100 Franken zurückgezahlt.

5) Eine Ansammlung von Sparguthaben bis zu 1 Fr. durch Verwendung von Postwertzeichen auf Sparkarten findet nicht statt.

6) Rückzahlungen von Spareinlagen an Angehörige von Staaten, die sich mit Deutschland im Kriege befinden — abgesehen von Belgiern — dürfen nicht erfolgen, wenn sie nicht von der deutschen Verwaltung genehmigt sind.

7) Eine Vollmachterteilung zur Leistung von Rückzahlungen für Personen, die sich ausserhalb Belgiens befinden, bedarf der Genehmigung der deutschen Verwaltung.

8) Alle den Postsparkassendienst betreffenden Postsendungen, welche die Postanstalten untereinander und mit der Verwaltung der Allgemeinen Sparkasse,

deren Zweigstellen und den Agenturen der Banque Nationale wechseln, geniessen Portofreiheit. Sie müssen den Vermerk „Postsparkassendienst" tragen.

Als allgemeiner Grundsatz gilt, dass die Spareinlagen als unantastbares Privateigentum der Einzahler angesehen werden.

Brüssel, den 30. April 1917.

P. T. IV, Sp. 83.

Arrêté

concernant le rétablissement du service postal de la Caisse d'Épargne.

L'Administration impériale allemande des postes et télégraphes en Belgique est autorisée à rétablir, à la date du 1er juin 1917 ,dans les bureaux de poste du territoire belge du Gouvernement général, le service d'intermédiaire de la Caisse générale d'Epargne instituée sous; la garantie de l'Etat, tel que ce service était assuré par l'Administration belge des postes avant l'occupation du pays.

Les dispositions qui, dans les lois des 16 mars 1865, 30 mai 1879 et 10 février 1900, dans les arrêtés royaux des 22 mai 1865, 12 octobre 1879 et 16 mai 1881, ainsi que dans les arrêtés des 12 août 1865 et 12 juin 1902 du Conseil général de la Caisse générale d'Epargne et de Retraite, se rapportent uniquement à la Caisse d'Epargne, régleront le fonctionnement dudit service, toutefois avec les dérogations suivantes:

1) L'intervention de l'Administration des postes ne s'étendra qu'a des dépôts d'épargne destinés à être versés à la Caisse générale d'Epargne, et au remboursement, pour le compte de ladite Caisse, des avoirs constitués. L'achat et la vente de fonds publics ainsi que le transfert des dépôts d'épargne sur les carnets de rente ne

seront pas de la compétence de l'Administration des postes.

2) Les dépôts et dépôts-relais ne seront pas considérés comme bureaux de poste indépendants pour le service de la Caisse d'Epargne.

3) Les livrets d'épargne délivrés par le service postal sous l'administration belge resteront valables.
Tout livret de cette espèce, présenté pour la première fois à un bureau de poste en vue du remboursement de dépôts effectués précédemment, devra être envoyé à la Caisse générale d'Epargne, qui en déterminera l'avoir et, par l'apposition d'un timbre, reconnaitra la validité du livret ainsi que l'exactitude de la somme y inscrite; ce n'est qu'après la rentrée du livret que le bureau de poste pourra effectuer le paiement.

4) Sur les sommes inscrites dans un livret d'épargne avant le rétablissement du service postal de la Caisse d'Epargne, il ne sera remboursé par mois que 100 francs au maximum.

5) La constitution de versements jusqu'à 1 franc, par l'application de timbres-poste sur des bulletins d'épargne, n'est pas admise.

6) Le remboursement de dépôts d'épargne à des ressortissants d'Etats en guerre avec l'Allemagne, abstraction faite des Belges, ne pourra avoir lieu sans l'autorisation préalable de l'Administration allemande.

7) La délivrance de procurations pour l'obtention de remboursements en faveur de personnes se trouvant hors de Belgique, sera soumise à l'autorisation préalable de l'Administration allemande.

8) Tous les envois postaux ayant rapport au service postal de la Caisse d'Epargne et échangés par les bureaux de poste soit entre eux, soit avec l'Administration de la Caisse générale d'Epargne, ses succursales ou les agences de la Banque nationale jouiront de la franchise

de port. Ils devront porter la marque: „Postsparkassendienst" (Service postal de la Caisse d'Epargne).

Il est admis d'une façon générale et absolue que les dépôts sont considérés comme constituant la propriété privée inviolable du titulaire du livret.

Bruxelles, le 30 avril 1917.

P. T. IV, Sp. 83.

Verordening,

betreffend het hernemen van den postspaarkasdienst.

Het Keizerlijk Duitsch beheer van Posterijen en Telegrafen in België is gemachtigd, den bemiddelingsdienst voor de Algemeene Spaarkas onder waarborg van den Staat, zooals die vóór de bezetting van het land, door het Belgisch beheer van Posterijen waargenomen werd, in de postkantoren binnen het gebied van het Generalgouvernement, zooverre deze binnen de grenzen van België liggen, met ingang van 1 Juni 1917 te hernemen.

Voor de uitvoering van dezen dienst gelden de bepalingen van de wetten van 16 Maart 1865, 30 Mei 1879 en 10 Februari 1900, van de koninklijke besluiten van 22 Mei 1865, 12 Oktober 1879 eu 16 Mei 1881, evenals van de beschikkingen van 12 Augnstus 1865 en 12 Juni 1902 van den Algemeenen Raad der Algemeene Spaar- en Lijfrentekas, zooverre zij alleen de Spaarkas betreffen, met de volgende afwijkingen :

1) *de bemiddeling van het beheer van Posterijen blijft beperkt tot de aanneming van stortingen, die bestemd zijn voor de Algemeene Spaarkas, en tot de uitbetalingen van de spaargelden voor rekening dezer kas. Aankoopen en verkoopen van openbare fondsen en overschrijvingen van stortingen op renteboekjes kunnen niet door bemiddeling van het beheer van Posterijen geschieden.*
2) *De aanneem- en overdraagkantoren komen niet in aan-*

merking als postkantoren voor een zelfstandige waarneming van den spaarkasdienst.

3) *De postspaarboekjes die onder het Belgisch bestuur uitgegeven zijn blijven geldig.*

Elk dergelijk spaarboekje, dat voor de eerste maal voor een uitbetaling van vroeger gedane stortingen bij een postkantoor wordt aangeboden, moet aan de Algemeene Spaarkas worden overgemaakt; deze stelt het tegoed vast en bevestigt de geldigheid van het spaarboekje, evenals de juistheid van de daarin aangeteekende som door het afdrukken van een stempel; het postkantoor mag de uitbetaling slechts doen, na het spaarboekje van de Algemeene Spaarkas terug te hebben ontvangen.

4) *Op sommen, die vóór het hernemen van den postspaarkasdienst op een spaarboekje ingeschreven zijn, mag per maand niet meer dan 100 frank worden terugbetaald.*

5) *Spaarbulletijns, waarop spaargelden tot 1 frank door middel van postzegels belegd zijn, worden niet aanvaard.*

6) *Aan onderdanen van Staten, die met Duitschland in oorlog zijn — de Belgen uitgezonderd — mogen geen uitbetalingen op spaargelden gedaan worden, zonder toelating van het Duitsch beheer.*

7) *Een volmacht voor terugbetalingen ten voordeele van personen, die buiten België verblijven, mag niet gegeven worden zonder toelating van het Duitsch beheer.*

8) *Alle postzendingen betreffende den postspaarkasdienst, welke de postkantoren onderling en met het beheer der Algemeene Spaarkas, met dezer bijkantoren en met de agentschappen van de Nationale Bank wisselen, zijn vrachtvrij. Zij moeten het opschrift „Postsparkassendienst" (Postspaarkasdienst) dragen.*

Als algemeene grondregel geldt, dat de spaargelden als onaantastbaar privaateigendom der storters beschouwd worden.

Brussel, den 30n April 1917.

P. T. IV, Sp. 83.

2.

VERORDNUNG. ***

betreffend Obst und Gemüse.

Artike 1. Der Transport von Gemüse und Obst auf der Eisenbahn und dem Wasser ist im Gebiet des Generalgouvernements nur mit Geleitschein zulässig.

Zum Transport von Gemüse mit der Achse ist ein Geleitschein nur innerhalb des Gebietes der Kreise Mecheln und Löwen sowie der Gemeinden Muizen, Wolverthem, Londerzeel, Kapellen op den Bosch, Eppegem, Weerde, Hofstade, Elewijt, Nieuwenrode, Beigem Ramsdonk, Humbeek und Zemst erforderlich.

Art. 2. Zuständig für die Erteilung der Geleitscheine gemäss Artikel 1 Abs. 1 ist der Verwaltungschef (Abteilung VII), für Gemüsetransporte mit der Achse im Kreise Löwen der Zivilkommissar in Löwen, für das übrige in Artikel 1 Abs. 2 genannte Gebiet der Zivilkommissar in Mecheln.

Art. 3. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 10.000 Mark oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft. Auf beide Strafarten kann nebeneinander erkannt werden.

Züständig sind die Militärgerichte und die Militärbefehlshaber.

Art. 4. Ausführungsbestimmungen erlässt der Verwaltungschef. Er kann auch Erleichterungen der Geleitscheinpflicht verfügen.

Brüssel, den 5. Mai 1917.

C. C. VII 2833.

AUSFÜHRUNGSBESTIMMUNGEN ***

zur Verordnung. betr, Obst und Gemüse, vom 5. Mai 1917.

Artikel 1. Jede Transporturkunde erhält die Eigen-

*** Sehe Seite 1. Voyez page 1. Zie blz. 1.

schaft als Geleitschein im Sinne des Artikels 1 Abs. 1 durch Aufdruck nachstehenden, mit dem Amtssiegel versehenen und handschriftlich vollzogenen Vermerks:

„Der Transport mit Eisenbahn—Schiff—wird mit Gültigkeit bis zum .... genehmigt.

Brüssel, den .... 1917.
Der Verwaltungschef bei dem
Generalgouverneur in Belgien.

(Amtssiegel.) I. A.
........"

Art. 2. Die Transportgenehmigung gemäss Artikel 1 Abs. 2 wird durch Ausstellung nachfolgender Urkunde erteilt:

„Dem .... wird mit Gültigkeit bis zum .... die Genehmigung zum Transport von

....
....
....

auf der Achse von ...... nach ...... erteilt.
nach ablauf

Löwen / Mecheln, den .... 1917.

(Amtssiegel.) Der Zivilkommissar.

Art. 3. Die Geleitscheine sind binnen zehn Tagen nach ablauf der Gültigkeit der ausstellenden Behörde zurückzureichen. Wer die Rücklieferung eines Geleitscheines unterlässt, hat die Ausstellung weiterer Geleitscheine nicht zu gewärtigen.

Art. 4. Mit Ausfuhrerlaubnis versehene Transporturkunden bedürfen der besonderen Transportgenehmigung nicht.

Brüssel, den 8. Mei 1917.
C. C. VII 2833.

Arrêté ***

concernant les fruits et les légumes.

Article 1er. Le transport des légumes et des fruits par chemin de fer ou par eau, dans le territoire du Gouvernement général, n'est autorisé que lorsque les expéditons sont accompagnées d'un passavant (Geleitschein).

Pour le transport des légumes par véhicule (voiture, charrette, etc.), le passavant n'est requis que dans les arrondissements de Malines et de Louvain ainsi que dans les communes de Muysen, Wolverthem, Londerzeel, Capelle-au-Bois, Eppeghem, Weerde, Hofstade, Elewyt, Nieuwenrode, Beyghem, Ramsdonck, Humbeek et Sempst.

Art. 2. Les passavants visés au 1er alinéa de l'article 1er seront délivrés par le Chef de l'Administration civile, Section VII (Verwaltungschef, Abteilung VII); pour le transport des légumes par véhicule dans l'arrondissement de Louvain et dans le restant du territoire désigné à l'article 1er, 2e alinéa, les passavants seront délivrés respectivement par le commissaire civil (Zivilkommissar) de Louvain et par celui de Malines.

Art. 3. Les infractions au présent arrêté seront punies d'une amende pouvant atteindre 10.000 marcs ou d'un emprisonnement de 6 mois au plus. Les deux peines pourront être réunies.

Les tribunaux et commandants militaires sont compétents pour juger lesdites infractions.

Art. 4. S'il y a lieu, des dispositions réglementaires seront décrétées par le Chef de l'Administration civile. Il pourra, au surplus, apporter des atténuations à l'obligation du passavant.

Bruxelles, le 5 mai 1917.
C. C. VII 2833.

Dispositions Réglementaires ***

de l'arrêté du 5 mai 1917 concernant les fruits et les légumes.

Article 1er. Tout document de transport acquerra la valeur d'un passavant, aux termes du 1er alinea de l'article 1er de l'arrêté, par l'apposition du timbre suivant, pourvu du cachet officiel et signé:

„Der Transport mit Eisenbahn — Schiff —
wird mit Gültigkeit bis zum ......genehmigt.
Brussel, den.......1917.
Der Verwaltungschef bei dem
(Amtssiegel.) Generalgouverneur in Belgien
I. A.
........„

(„Le transport par chemin de fer — bateau —
est autorisé jusqu'au.......................
Bruxelles, le ....1917.
Der Verwaltungschef bei dem
Generalgouverneur in Belgien,
(Cachet officiel.) I. A.
......„)

Art. 2. L'autorisation de transport exigée par le 2e alinéa de l'article 1er de l'arrêté résultera de la délivrance d'un document rédigé comme suit:

„Dem .... wird mit Gültigkeit
bis zum .... die Genehmigung zum
Transport von
....
....
....
auf der Achse von .... nach ....erteilt.
Lowen / Mecheln, den ....1917.
Der Zivilkommissar,
(Amtssiegel.) ...."

„(M .... est autorisé
jusqu'au .... à transporter
....
....
....
sur véhicule de .... à ....

Louvain / Malines, le .... 1917.

Der Zivilkommissar,
(Cachet officiel.) ....")

Art. 3. Les passavants devront être restitués aux autorités dont ils émanent, dans les dix jours suivant l'expiration du délai de validité. Quiconque aura omis de restituer un passavant, ne devra plus s'attendre à en recevoir d'autres.

Art. 4. Les documents de transport portant permis d'exporation seront exemptés de l'autorisation spéciale de transport.

Bruxelles, le 8 mai 1917.
C. C. VII 2833.

Verordening ***

betreffende fruit en groenten.

Artikel 1. Binnen het gebied van het Generalgouvernement is het vervoer per spoorweg en per schip van fruit en van groenten slechts toegelaten op grond van een geleibrief (Geleitschein).

Voor het vervoer per as van groenten is een geleibrief maar alleen vereischt binnen het gebied van de arrondissementen Mechelen en Leuven, evenals van de gemeenten Muizen, Wolverthem, Londerzeel, Kapellen op den Bosch, Eppegem, Weerde, Hofstade, Elewijt, Nieuwenrode, Beigem, Ramsdonk, Humbeek en Zemst.

Art. 2. Het hoofd van het burgerlijk bestuur, Afdeeling VII (Verwaltungschef Abteilung VII) is bevoegd tot het afleveren van de geleibrieven bedoeld in het 1e lid van artikel 1; de burgerlijke Kommissaris (Zivilkommissar) te Leuven tot het afleveren van geleibrieven voor het vervoer per as van groenten binnen het arrondissement Leuven, de burgerlijke Kommissaris (Zivilkommissar) te Mechelen tot het afleveren van geleibrieven voor zulk vervoer binnen het overige, in het 2e lid van artikel 1 aangegeven gebied.

Art. 3. Overtredingen worden met ten hoogste 10.000 mark boete of met ten hoogste 6 maand gevangenis gestraft. Ook kunnen beide straffen tegelijk worden uitgesproken.

De krijgsrechtbanken en krijgsbevelhebbers zijn tot oordeelvellen bevoegd.

Art. 4. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur zal de uitvoeringsbepalingen tot deze Verordening uitvaardigen. Hij kan eveneens de geleibriefverplichting verzachten.

Brussel, den 5n Mei 1917.
C. C. VII 2833.

Uitvoeringsbepalingen ***

tot de Verordening van 7 Mei 1917, betreffende fruit en groenten.

Artikel 1. Ieder vervoerbewijs wordt geldig als geleibrief in den zin van het 1ste lid van artikel 1, door onderstaanden, met het ambtelijk zegel en met de handteekening voorzienen stempelafdruk :

„Der Transport mit Eisenbahn — Schiff —
wird mit Gültigkeit bis züm...... genehmigt.
Brüssel, den .... 1917.
Der Verwaltungschef bei dem
Generalgouverneur in Belgien.
I. A.
(Amtssiegel) ...."

(„Het vervoer per spoorweg — per schip — is toegelaten tot den ....

Brussel, den .... 1917.

Der Verwaltungschef bei dem Generalgouverneur in Belgien,

I. A.

(Ambtelijk zegel). ....")

Art. 2. Als vervoertoelating bedoeld in het 2e lid van artikel 1 der Verordening, wordt volgend bewijs afgeleverd :

„Dem .... wird mit Gültigkeit bis zum .... die Genehmigung zum Transport von

....

....

....

auf der Achse von ...... nach ...... erteilt.

Löwen/Mecheln, den................ 1917.

(Amtssiegel.) Der Zivilkommissaris,

....

(„Aan .... wordt tot den .... de toelating gegeven, om per as, van .... naar

....

....

....

te vervoeren.

Leuven/Mechelen, den .... 1917.

Der Zivilkommissar,

...............")

(Ambtelijk zegel)

Art. 3. De geleibrieven moeten binnen 10 dagen na het verstrijken van den geldigheidsduur teruggegeven worden

aan de overheid, die ze heeft afgeleverd. Wie verzuimt een geleibrief terug te geven, stelt er zich aan bloot, geen andere geleibrieven meer te bekomen.

Art. 4. Voor vervoerbewijzen, die van een uitvoertoelating zijn voorzien, moet geen bijzondere vervoertoelating meer aangevraagd worden.

Brussel, den 8n Mei 1917.
C. C. VII 2833.

3.

VERORDNUNG,

betreffend die Bildung zweier Ministerien des Innern.

In Ausführung der Verordnung vom 21. März 1917 über die Bildung zweier Verwaltungsgebiete (Ges. u. Verordn. Blatt S. 3457) verordne ich was folgt:

Artikel 1. Die Verwaltung des Innern wird für jedes der beiden Verwaltungsgebiete, das vlämische und das wallonische, vom 20. Juni 1917 ab durch ein besonderes Ministerium geführt.

Art. 2. Gemeinsam für beide Verwaltungsgebiete bleibt vorläufig unter der Leitung des Ministeriums in Brüssel die Kasse für die Witwen und Waisen der Beamten und Angestellten sowie die Zentrale Fürsorgekasse der Gemeindesekretäre.

Art. 3. Für jedes der beiden Ministerien gilt einstweilen das Organische Reglement vom 25. Oktober 1910 nebst den ergänzenden Königlichen Verordnungen mit der Massgabe, dass die endgültige Feststellung des Beamtenbestandes vorbehalten bleibt.

Art. 4. Der Verwaltungschef erlässt die zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen Bestimmungen.

Brüssel, den 12. Mai 1917.
C. C. III A 2904, V 3801.

Arrêté

concernant la formation de deux ministères de l'intérieur.

En exécution de l'arrêté du 21 mars 1917, concernant la formation de deux régions administratives en Belgique (Bull. off. des l. et arr., p. 3457), j'arrête ce qui suit:

Article 1er. Pour chacune des deux régions administratives (la région flamande et la région wallonne), l'administration de l'intérieur sera confiée à un ministère special, à partir du 20 juin 1917.

Art. 2 .La caisse des veuves et orphelins des fonctionnaires et employés ainsi que la caisse centrale de prévoyance des secrétaires communaux resteront provisoirement en commun pour les deux régions administratives, sous la direction du ministère établi à Bruxelles.

Art. 3. Le règlement organique du 25 octobre 1910 ainsi que les arrêtés royaux complémentaires resteront provisoirement en vigueur pour chacun des deux ministères, avec la restriction que la détermination définitive du personnel est réservée.

Art. 4. Le Chef de l'Administration civile (Verwaltungschef) est chargé de décréter les dispositions nécessaires à l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 12 mai 1917.
C. C. III A. 2904, V. 3801.

Verordening

betreffende de vorming van twee ministeries van Binnenlandsche Zaken.

In uitvoering der Verordening van 21 Maart 1917, betreffende de indeeling van België in twee bestuurlijke gebieden (Wet- en Verordeningsblad, bl. 3457), verorden ik het navolgende :

Artikel 1. Het beheer van Binnenlandsche Zaken wordt voor elk der beide bestuurlijke gebieden, het Vlaamsche en het Waalsche, met ingang van 20 Juni 1917 door een afzonderlijk ministerie waargenomen.

Art. 2. Het beheer van de Kassen voor Weduwen en Weezen van de ambtenaren, beambten en bedienden, alsook van de Centrale Voorzorgskas der gemeentesekretarissen blijft voorloopig gemeenschappelijk voor de beide bestuurlijke gebieden, onder leiding van het ministerie te Brussel.

Artikel 3. Het organiek reglement van 25 Oktober 1910, evenals de aanvullende koninklijke besluiten blijven voorloopig van kracht voor elk der beide ministeries, met dien verstande evenwel, dat het voorbehouden blijft, het kader van het personeel voorgoed vast te stellen.

Art. 4. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) zal de ter uitvoering van hiervorenstaande Verordening noodige bepalingen uitvaardigen.

Brussel, den 12n Mei 1917.
C. C. III A 2904, V 3801.

4.

VERFÜGUNG.

1) Vom 20. Juni 1917 ab wird auf Grund meiner Verordnung vom 12. Mai 1917 C. C. III. A. 2904 V. 3801 die Zuständigkeit des Ministeriums des Innern in Brüssel auf das vlämische Verwaltungsgebiet beschränkt. Aus dem Personalbestand des Ministeriums werden die in der Anlage genannten Beamten angewiesen, vom gleichen Tage ab die Verwaltung des Innern für das wallonische Verwaltungsgebiet von Namur aus zu führen und demzufolge zu diesem Zeitpunkt nach Namur versetzt.

2) In dem Ministerium für das vlämische Verwaltungs gebiet in Brüssel werden ernannt:

a) der Stadtsekretär und Honorarprofessor K. Heyn-derickx in Sint-Niklaas zum Generalsekretär,
b) der Advokat und Gemeindsekretär Spincemaille in Etterbeek zum Generaldirektor,
c) der Arzt Pletinckx zum Gesundheits- und Hygiene-Inspektor.

Brüssel, den 13. Mai 1917.
C. C. III A 3251.

Anlage zu C. C. III A 3251.

Nach NAMUR versetzt:

Generaldirektor	E. Mahiels
Direktor	V. Bonet
Hauptinskeptor	E. F. Grognard
Abteilungschef	V. Simon
Ingenieur	Bertholet
Ingenieur	Fourez

Arrêté.

1) A partir du 20 juin 1917, la compétence du ministère de l'intérieur à Bruxelles sera, en vertu de mon arrêté du 12 mai 1917 (C. C. III A 2904 V. 3801), limitée à la région administrative flamande. A dater du même jour, les fonctionnaires désignés à l'annexe et appartenant au personnel du ministère auront à se charger, à Namur, de l'administration de l'intérieur pour la région administrative wallonne; ils seront, en conséquence, transférés dans cette ville à la date du 20 juin 1917.

2) La ministère de la région administrative flamande à Bruxelles

a) M. K. Heyndericks, secrétaire communal et professeur honoraire, à Saint-Nicolas, est nommé secrétaire général;

b) M. Spincemaille, avocat et chef du contentieux, à Etterbeek, est nommé directeur général;

c) M. Pletinckx, docteur en médecine, est nommé inspecteur du service de santé et de l'hygiène.

Bruxelles, le 13 mai 1917.
C. C. III A. 3251.

Annexe a l'arrêté C. C. III A. 3251.

Sont tranférés a NAMUR;

MM. E. Mahiels, directeur général
V. Bonet, directeur
E.-F. Grognard, inspecteur principal
V. Simon, chef de division
Bertholet, ingénieur
Fourez, ingénieur

Beschikking.

1) De bevoegdheid van het ministerie van Binnenlandsche Zaken te Brussel is, krachtens mijn Verordening van 12 Mei 1917, C. C. III A 2904, V. 3801, met ingang van 20 Juni 1917, beperkt tot het Vlaamsch bestuurlijk gebied. Van het personeel van dit ministerie zijn de in de bijlage genoemde ambtenaren aangeduid om, te rekenen van denzelfden dag, het beheer van Binnenlandsche Zaken voor het Waalsch bestuurlijk gebied, van Namen uit, waar te nemen. Bedoelde ambtenaren zijn dienovereenkomstig van dien datum af overgeplaatst naar Namen.

2) In het ministerie voor het Vlaamsch bestuurlijk gebied te Brussel zijn benoemd :

a) *de heer K. Heynderickx, stadsekretaris en eereprofessor te Sint-Niklaas, tot algemeen sekretaris.*

b) *de heer Spincemaille, advokaat en bestuurder van het*

bureel van betwiste zaken op het stadhuis te Etterbeek, tot algemeen bestuurder,

c) *de heer Pletinckx, geneesheer, tot opziener voor gezondheid en hygiëne.*

Brussel, den 13n Mei 1917.
C. C. III A 3251.

Bijlage tot C. C. III A 3251.

Zijn naar Namen overgeplaatst:

De heer E. Mahiels, algemeen bestuurder
„ „ V. Bonet, bestuurder
„ „ E. F. Grognard, hoofdopziener
„ „ V. Simon, afdeelingsoverste
„ „ Bertholet, ingenieur
„ „ Fourez, ingenieur.

No. 347. — 19. MAI 1917. Pag. 3741

VERORDNUNG, ***

betreffend die Bekämpfung des Fleischwuchers.

§ 1. Der Verkauf von Fleisch oder Fleischwaren zu unverhältnismässig hohen Preisen gilt als Ausbeutung des Publikums im Sinne der Verordnung vom 23. September 1916 über den Vertrieb inländischer Lebens- und Futtermittel.

Als unverhältnismässig hohe Fleischpreise sind solche anzusehen, die in keinem richtigen Verhältnis zu dem als angemessen zu betrachtenden Durchschnitts-Viehpreise stehen oder diejenigen Durchschnitts-Fleischpreise erheblich übersteigen, die am Verkaufsort oder in der Verkaufsgegend bezahlt werden.

*** Sehe Seite 1. Voyez page 1. Zie blz. 1.

§ 2. In allen Fleischverkaufsstellen sind die Verkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren durch leicht sichtbare und lesbare Anschläge im Schaufenster oder am Eingang und im Innern des Geschäftes bekannt zu geben.

Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmung werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Züständig sind die Militärgerichte und die Militärbefehlshaber.

Brüssel, den 7. Mai 1917.
C. C. VII 3053.

BEKANNTMACHUNG. ***

Im Anschluss an die vorsehende Verordnung des Herrn Generalgouverneurs wird hiermit der Wortlaut der Verordnung vom 23. September 1916 über den Vertrieb inländischer Lebens- und Futtermittel mit dem Beifügen nochmals bekannt gegeben, dass die Präsidenten der Zivilverwaltungen von den ihnen in dieser Verordnung übertragenen Befugnissen nachdrücklich Gebrauch machen werden.

Brüssel, den 8. Mai 1917.
C. C. VII 3053.

VERORDNUNG
über den Vertrieb inländischer Lebens- und Futtermittel.

Artikel 1. Die Präsidenten der Zivilverwaltung der Provinzen sind berechtigt, Geschäftsbetriebe von Einzelpersonen, juristischen Personen, Gesellschaften, Genossenschaften oder Vereinen, welche inländische Lebens- und Futtermittel vertreiben, zeitweise oder dauernd zu schliessen, wenn diese das Publikum ausbeuten

oder zwecks Preistreibungen Vorräte vom Verkauf zurückhalten, wenn sie gewisse Bevölkerungsklassen oder einzelne Personen vom Bezug der Waren ohne berechtigten Grund ausschliessen oder hierbei bevorzugen oder sonst dem allgemeinen Interesse zuwiderhandeln. Gegen die Entscheidungen der Präsidenten der Zivilverwaltungen ist die Beschwerde an den Verwaltungschef bei dem Generalgouverneur zulässig. Der Verwaltungschef entscheidet endgültig.

Art. 2. Wird ein Geschäftsbetrieb gemäss Artikel 1 geschlossen, so können die in ihm vorhandenen Vorräte an Lebens- und Futtermitteln von den Präsidenten der Zivilverwaltungen zwecks Verwertung für die Zivilbevölkerung in Belgien enteignet werden. Der Verkauf erfolgt für Rechnung und auf Kosten des Inhabers des geschlossenen Geschäftsbetriebes. Diesem ist der nach Abzug der Kosten der Verwertung verbleibende Erlös auszuhändigen.

Art. 3. Die Präsidenten der Zivilverwaltungen, die Zivilkommissare bei den Kreischefs oder die von ihnen Beauftragten haben das Recht, jederzeit in Geschäfts- und sonstigen Räumen der beteiligten Betriebe Feststellungen zu machen, insbesondere Bücher und Geschäftspapiere, einzusehen, sowie den Sitzungen der Organe von juristischen Personen, Gesellschaften, Genossenschaften oder Vereinen der in Artikel 1 erwähnten Art beizuwohnen.

Art. 4. Wer den auf Grund der Artikel 1—3 von den Präsidenten der Zivilverwaltungen oder den Zivilkommissaren bei den Kreischefs oder ihren Beauftragten getroffenen Anordnungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 20 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Zuständig sind die deutschen Militärgerichte und Militärbefehlshaber.

Art. 5. Diese Verordnung findet auf das Comité Natio-

nal de Secours et d'Alimentation keine Anwendung.

Art. 6. Der Verwaltungschef wird mit der Durchführung der Verordnung beauftragt.

Brüssel, den 23. September 1916.
C. C. V 9548.

Arrêté ***

pris en vue d'empêcher la vente de la viande à des prix usuraires.

§ 1er. La vente de la viande ou des produits à base de viande (saucissons,)à des prix anormalement élevés constitue une exploitation du public aux termes de l'arrêté du 23 septembre 1916, concernant la vente de vivres et de fourrages de provenance indigène.

Les prix de vente de la viande sont réputés anormalement élevés lorsqu'ils sont hors de proportion avec le prix moyen devant être considéré comme prix équitable du bétail, ou lorsqu'ils dépassent de beaucoup les prix moyens payés pour la viande dans la localité ou la région où la vente s'effectue.

§ 2. Les prix de vente de la viande et des produits à base de viande (saucissons, etc.) devront être affichés bien en vue et de façon très lisible tant à la vitrine ou à l'entrée qu'à l'intérieur de tous les lieux de vente.

Les infractions aux présentes dispositions seront punies soit d'un emprisonnement de 6 mois au plus et d'une amende pouvant atteindre 10.000 marcs, soit de l'une de ces deux peines à l'exclusion de l'autre.

Les tribunaux et commandants militaires sont compétents pour juger les dites infractions.

Bruxelles, le 7 mai 1917.
C. C. VII 3053.

Avis. ***

Ensuite de l'arrêté précédent de Son Excellence M. le Gouverneur général, la texte de l'arrêté du 23 septembre 1916 concernant la vente de vivres et de fourrages de provenance indigène est reproduit ci-après. Les intéressés sont prévenus que les Présidents de l'Administration civile exerceront rigoureusement les pouvoirs qui leur sont délégués par ce dernier arrêté.

Bruxelles, le 8 mai 1917.
C. C. VII 3053.

Arrêté

concernant la vente de vivres et de fourrages de provenance indigène.

Article 1er. Les Présidents des Administrations civiles (Präsidenten der Zivilverwaltung) des provinces ont le droit de ferner définitivement ou temporaiment les entreprises vendant des vivres ou des fourrages de provenance indigène, peu importe qu'elles appartiennent à des personnes physiques ou civiles, à des sociétés coopératives ou à des associations, si elles exploitent le public, conservent des stocks dans un but de spéculation, excluent certaines classes de la population ou certaines personnes de la vente ou avantagent d'autres à cette occasion sans motif légitime, ou bien, d'une maniére quelconque, agissent contrairement à l'intérêt public. Il est permis d'exercer un recours contre les décisions des Présidents des Administrations civiles en s'adressant au Chef de l'Administration civile (Verwaltungschef) près le Gouverneur général. Le Chef de l'Administration civile décidera définitivement.

Art. 2. Si une entreprise est fermée conformément à l'article 1er, les stocks de vivres et de fourrages qui s'y

trouvent pourront être expropriés par les Présidents des Administrations civiles pour être mis à la disposition de la population civile en Belgique. La vente se fera pour compte du patron de l'entrepise fermée et à ses frais. Il touchera le produit de la vente déduction faite des frais précités.

Art. 3. Les Présidents des Administrations civiles, les Commissaires civils (Zivilkommissare) près les Chefs d'arrondissement (Kreischefs) et leurs mandataires ont le droit de faire, à tout instant, les constatations nécessaires dans les locaux de vente et autres des entreprises intéressées; ils sont notamment autorisés à prendre connaissance des livres de commerce et des papiers d'affaires et à assister aux séances des organes des personnes civiles, sociétés, sociétés coopératives ou associations visées par l'article 1er.

Art. 4. Quiconque aura enfreint les ordres donnés en vertu des articles 1er à 3 par les Présidents des Administrations civiles ,les Commissaires civils près les Chefs d'arrondissement ou leurs mandataires, sera puni soit d'une peine d'emprisonnement d'un an au plus et d'une amende pouvant atteindre 20 000 marcs, soit d'une de ces deux peines à l'exclusion de l'autre. Les tribunaux et commandants militaires allemands sont compétents pour juger lesdites infractions.

Art. 5. Le présent arrêté n'est pas applicable au Comité national de secours et d'alimentation.

Art. 6. Le Chef de l'Administration civile est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 23 septembre 1916.
C. C. V. 9548.

Verordening ***

betreffende het te keer gaan van den woekerhandel in vleesch.

§ 1. *Het verkoopen van vleesch of van vleeschwaren tegen*

buitensporige prijzen wordt beschouwd als zijnde uitbuiting van de bevolking, in den zin der Verordening van 23 September 1916, betreffende den verkoop van inlandsche levensmiddelen en voederstoffen.

Als buitensporig aan te rekenen zijn vleeschprijzen, die in geen redematige verhouding staan tot den als billijk te beschouwen gemiddelden prijs van het vee of die de gemiddelde prijzen, welke ter plaatse of in de streek voor vleesch betaald worden aanzienlijk overtreffen.

§ 2. In alle verkooplokalen van vleesch moeten de prijzen van het vleesch en de vleeschwaren door in het oog vallende en leesbare opschriften in het uitstalraam of bij den ingang en in het lokaal zelf bekend gemaakt worden.

Overtredingen van deze bepaling worden met ten hoogste 6 maand gevangenis en met ten hoogste 10.000 mark boete of met één van deze beide straffen gestraft.

De krijgsrechtbanken en de krijgsbevelhebbers zijn tot oordeelvellen bevoegd.

Brussel, den 7n Mei 1917.
C. C. VII. 3053.

Bekendmaking. ***

In aansluiting aan vorenstaande Verordening van den Heer Generalgouverneur wordt hierbij de Verordening van 23 September 1916, betreffende den verkoop van inlandsche levensmiddelen en voederstoffen, nogmaals afgekondigd. Er zij tevens bijgevoegd, dat de Voorzitters van het burgerlijk bestuur (Präsidenten der Zivilverwaltung) van de hun in deze Verordening toegekende bevoegdheden streng gebruik zullen maken.

Brussel, den 8n Mei 1917.
C. C. VII 3053.

Verordening

betreffende den verkoop van inlandsche levensmiddelen en voederstoffen.

Artikel 1. De Voorzitters van het burgerlijk bestuur der provincies (Präsidenten der Zivilverwaltung) zijn gerechtigd, zakenbedrijven van bijzonderen, rechtspersonen, vennootschappen, samenwerkende maatschappijen of bonden, welke inlandsche levensmiddelen en voederstoffen verkoopen, tijdelijk of voor goed te sluiten, indien deze de bevolking uitbuiten of, om de prijzen op te jagen, voorraden uit den handel achterhouden, indien zij zekere klassen der bevolking of zekere personen, zonder gegronde reden, van den warenaankoop uitsluiten of daarbij bevoordeeligen, of anderszins tegen het belang van 't algemeen handelen. De belanghebbenden kunnen tegen de beslissingen der Voorzitters van het burgerlijk bestuur verzet aanteekenen bij het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) en bij den Generalgouverneur. De uitspraak van het Hoofd van het burgerlijk bestuur is beslissend.

Art. 2. Wordt een zakenbedrijf krachtens artikel 1 gesloten, zoo kunnen de aldaar voorhanden voorraden levensmiddelen en voederstoffen door de Voorzitters van het burgerlijk bestuur, ten bate der burgerlijke bevolking in België, onteigend worden. De verkoop er van geschiedt voor rekening en op kosten van den houder der gesloten zaak. Deze ontvangt de opbrengst van den verkoop, na aftrek van de onkosten.

Art. 3. De Voorzitters van het burgerlijk bestuur, de burgerlijke Kommissarissen (Zivilkommissare) bij de „Kreischefs" of hun lasthebbers zijn gerechtigd, te allen tijde in bedrijfs- en andere lokalen der belanghebbende zakenhuizen vaststellingen te doen, inzonderheid de boeken en de zakenpapieren in te zien, evenals de vergaderingen van de in artikel 1 bedoelde rechtspersonen, vennootschappen, samenwerkende maatschappijen of bonden bij te wonen.

Art 4. Al wie de op grond van artikel 1 tot 3 door de Voorzitters van het burgerlijk bestuur of door de burgerlijke Kommissarissen bij de „Kreischefs" of door hun lasthebbers uitgevaardigde bevelen overtreedt, wordt gestraft met ten hoogste één jaar gevangenis en met ten hoogste 20.000 mark boete of met één van beide straffen. De Duitsche krijgsrechtbanken en krijgsbevelhebbers zijn tot oordeelvellen bevoegd.

Art. 5. Deze Verordening is niet van toepassing op het Nationaal Hulp- en Voedingskomiteit.

Art. 6. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur is met de uitvoering dezer Verordening belast.

Brussel, den 23n September 1916.

C. C. V 9548.

2.

VERORDNUNG. ***

Anmeldung von Kiefern, Fichten, Lärchen und Tannen im Bereiche des Generalgouvernements.

Ich bestimme, dass bis zum 1. Juni Js. Ih jeder Eigentümer, Pächter oder Verwalter von Grundstücken, auf denen Kiefern, Fichten, Lärchen und Tannen stocken, dem zuständigen Kreischef unter Angabe des genauen Standortes nach Kreis und Gemeinde zu melden hat:

a) wie gross ungefähr die mit vorstehenden Holzarten bestockten Flächen sind,

b) welches ungefähre Alter das Holz hat.

Auch Mischbestände, d. h. Flächen, auf denen Nadelholz mit anderen Holzarten im Gemisch steht, sind unter Angabe der Holzarten und des ungefähren Alters anzumelden.

Die Unterlassung der Anmeldung wird mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer Gefängenisstrafe bis zu 3 Jahren geahndet, sofern nicht auf beide Strafen erkannt werden muss.

Züstandig sind die Militärgerichte und Militärbehörden.

Brüssel, den 11. Mai 1917.
G. G. J. II 5454/17.

Ich bestimme, dass vorstehende Verordnung in den verschiedenen Ortschaften durch öffentlichen Anschlag bekannt gegeben wird und dass die eingehenden Meldungen sofort der Abteilung J. II des Generals der Pioniere beim Generalgouvernement zugeführt werden, welche über die Bestände weitere Verfügung treffen wird.

Arrêté. ***

Déclaration des pins, des épicéas, des mélèzes et des sapins se trouvant dans le territoire du Gouvernement général.

J'arrête ce qui suit: Jusqu'au 1er juin prochain, tout propriétaire, locataire ou gérant de terrains plantés de pins, d'épicéas, de mélèzes ou de sapins, est tenu de déclarer au chef d'arrondissement (Kreischef) compétent, en indiquant exactement l'arrondissement et la commune du lieu de croissance,

a) quelles sont, approximativement, les superficies des terrains plantés des essences susmentionnées,

b) quel est l'âge approximatif des arbres en question.

Les superficies des terrains dans lesquels les essences visées par le présent arrêté sont mélangées à d'autres, doivent être aussi déclarées, avec indication des diverses essences et de l'âge approximatif.

Quiconque aura omis de faire la déclaration prescrite sera puni d'une amende pouvant atteindre 10.000 marcs ou d'un emprisonnement de 3 ans au plus, à moins que les deux peines ne doivent être appliquées simultanément.

Les tribunaux et autorités militaires connaîtront de ces infractions.

Bruxelles, le 11 mai 1917.
G. G. J. II 5454/17.

J'ordonne que l'arrêté précédent soit publié par voie d'affichage dans les différentes communes et que les déclarations reçues soient transmises immédiatememt au général du génie près le Gouvernement général, Section J II, (Abteilung J II, des Generals der Pioniere beim Generalgouvernement); cette section prendra ultérieurement les dispositions nécessaires au sujet des arbres déclarés.

Verordening. ***

Aangifte van pijnboomen. mastboomen (sparreboomen) lariksboomen (lorkeboomen) en denneboomen, die binnen het gebied van het General-Gouvernement voorhanden zijn.

Ik bepaal dat ieder eigenaar, pachter of beheerder van gronden, waarop pijnboomen, mastboomen (sparreboomen), lariksboomen (lorkeboomen) en denneboomen groeien, ten laatste op 1 Juni 1917, bij den bevoegden „Kreischef" :

a) *bij benadering de oppervlakte van de gronden, waarop de hooger genoemde houtsoorten groeien,*

b) *bij benadering den ouderdom van het hout*

moet aangeven, en daarbij nauwkeurig aan te duiden heeft waar het groeit, alsook in welk arrondissement en in welke gemeente.

Gemengde houtgewassen, 't is te zeggen : gronden, waarop naaldboomen met andere houtsoorten ondereen staan, moeten eveneens aangegeven worden, onder aanduiding van de houtsoorten en met vermelding van den ouderdom bij benadering van het hout.

Wie verzuimt de aangifte te doen, wordt met ten hoogste 10.000 mark boete of met ten hoogste 3 jaar gevangenis gestraft, zoover beide straffen te gelijk niet moeten uitgesproken worden.

De krijgsrechtbanken en de krijgsoverheden zijn tot oordeelvellen bevoegd.

Brussel, den 11n Mei 1917.
G. G. J. II 5454/17.

Ik bepaal dat vorenstaande Verordening in de verschillende gemeenten bij aanplakbrief ter algemeene kennis te brengen is en, dat de binnengekomen aangiften onmiddellijk aan de Afdeeling J. II van den Generaal der Genie bij het Generalgouvernement (Abteilung J. II des Generals der Pioniere beim Generalgouvernement) over te maken zijn, die betreffende de houtvoorraden verdere schikkingen zal treffen.

No. 348. — 21. MAI 1917. Pag. 3749

KONTRIBUTIONS-AUFLAGEBEFEHL.

Unter Aufhebung des Befehls vom 20. November 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens Nr. 279 vom 21. November 1916) wird in Gemässheit des Artikels 49 des Haager Abkommens, betreffend die Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges, hierdurch der belgischen Bevölkerung bis auf weiteres als Beitrag zu den Kosten der Bedürfnisse des Heeres und der Verwaltung des besetzten Gebietes eine Kriegskontribution in Höhe von monatlich sechzig Millionen Frank auferlegt.

Die Beschaffung der Beträge hat durch die neun Provinzen Belgiens im Wege der Anleihe zu geschehen. Die Form und den Inhalt der von den Provinzen auszustel-

lenden Schuldurkunden bestimmt der Kaiserliche Generalkommissar für die Banken in Belgien.

Die Zahlung der ersten Rate ist spätestens bis zum 15. Juni 1917, die der folgenden jeweils spätestens bis zum 10. eines jeden Monats an die Feldkriegskasse des Kaiserlichen Generalgouvernements in Brüssel zu bewirken. Der Kaiserliche Generalkommissar für die Banken in Belgien ist befugt, Bestimmung darüber zu treffen, in welchen Beträgen die monatlichen Raten jeweils in Mark oder Frank an die Feldkriegskasse abzuführen sind.

Brüssel, den 21. Mai 1917.
C. C. II*b* 1218.

ORDRE IMPOSANT UNE CONTRIBUTION DE GUERRE.

Par abrogation de l'ordre du 20 novembre 1916 (Bulletin officiel des lois et arrêtés pour le territoire belge occupé no. 279 du 21 novembre 1916) et conformément à l'article 49 de la Convention de La Haye, concernant la réglementation des lois et usages de la guerre sur terre, il est imposé à la population belge, jusqu'à nouvel ordre, une contribution de guerre de soixante millions de francs par mois, payable comme quote-part aux frais d'entretien de l'armée et aux frais d'administration du territoire occupé.

Les neuf provinces de la Belgique se procureront les fonds nécessaires par voie d'emprunt. La forme et la teneur des obligations à émettre par les provinces seront déterminées par le Commissaire général impérial des banques en Belgique.

La première mensualité devra se payer le 15 juin 1917 au plus tard, les mensualités suivantes, au plus tard le 10 de chaque mois, à la caisse de l'armée de campagne (Feldkriegskasse) du Gouvernement général impérial à

Bruxelles. Le Commissaire général impérial des banques en Belgique est autorisé à fixer les sommes à concurrence desquelles les mensualités seront versées en marcs ou en francs à la caisse de l'armée de campagne.

Bruxelles, le 21 mai 1917.
C. C. II*b* 1218.

BEVEL HOUDENDE OPLEGGING VAN EEN KRIJGSBELASTING.

Onder opheffing van het bevel van 20 November 1916 (Wet en Verordeningsblad voor de bezette streken van België, Nr. 279 van 21 November 1916) wordt, overeenkomstig artikel 49 der Haagsche Overeenkomst betreffende de regeling der wetten en gebruiken van den oortog te lande, de Belgische bevolking hierbij tot nader bericht, als bijdrage tot de onderhoudskosten van het leger en het bestuur in het bezet gebied, een krijgsbelasting ten bedrage van zestig millioen frank per maand opgelegd.

De 9 provincies van België zullen zich de noodige bedragen aanschaffen door middel van leeningen. De keizerlijke Kommissaris-generaal voor de banken (Generalkommissar für die Banken) in België bepaalt vorm en inhoud van de door de provincies uit te geven schuldbrieven.

De betaling van de eerste storting moet ten laatste op 15 Juni 1917, die der volgende telkens ten laatste op den 10n. van elke maand geschieden, aan de „Feldkriegskasse (Kas van het veldleger) des Kaiserlichen Generalgouvernements" te Brussel. De keizerlijke Kommissaris-generaal voor de banken in België is bevoegd te bepalen, tot welke bedragen de maandelijksche stortingen telkens in marken of in franken aan de „Feldkriegskasse" moeten worden overgemaakt.

Brussel, den 21n Mei 1917.
*C. C. II*b *1218.*

2.

VERORDNUNG,

betreffend ausserordentliche Tagung der Provinzial räte.

Artikel 1. Die Provinzialräte der belgischen Provinzen werden hierdurch zu einer ausserordentlichen Tagung auf Sonnabend, den 2. Juni 1917, mittags 12 Uhr (deutsche Zeit) in die Provinzialhauptstädte einberufen.

Art. 2. Die Veröffentlichung dieser Einberufung erfolgt im Generalgouvernement in Belgien lediglich in dem Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens, im Operations- und Etappengebiet in der dort für die Bekanntgabe von Verordnungen üblichen Form.

Art. 3. Die Ladung der Mitglieder der Provinzialräte erfolgt durch den Ständigen Ausschuss. Die Anwesenheit des Gouverneurs der Provinz bei der Tagung ist nicht erforderlich.

Der Ständige Ausschuss bestimmt dasjenige Mitglied, welches die Tagung eröffnet und schliesst.

Die Eröffnung und Schliessung erfolgt für die Provinzen Antwerpen, Brabant, Hennegau, Limburg, Lüttlich, Luxemburg und Namur im Namen des Kaiserlich Deutschen Generalgouverneurs, für die Provinzen Hennegau und Luxemburg zugleich im Namen der zuständigen Oberbefelshaber und für die Provinzen Ost- und West-Flandern im Namen der züständigen Oberbefehlshaber.

Art. 4. Die Tagung dauert nicht länger als einen Tag und findet unter Ausschluss der Oeffentlichkeit statt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist ausschliesslich:

a) Art der Aufbringung der der belgischen Bevölkerung durch Befehl vom 21. Mai 1917 auferlegten

Kriegskontribution für die Dauer von sechs Monaten;

b) Verzinsung der Kontributionsanleihen.

Art. 5. Die Provinzialräte sind bei dieser Tagung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig

Brüssel, den 21. Mai 1917.
C. C. II*b* 1218.

Arrêté

concernant la session extraordinaire des conseils provinciaux.

Article 1er. Les conseils provinciaux des provinces belges sont convoqués en session extraordinaire qui se tiendra le samedi 2 juin 1917 à midi (heure allemande) aux chefs-lieux des provinces.

Art. 2. Dans le Gouvernement général en Belgique, la convocation de ces sessions extraordinaires ne sera publiée qu'au Bulletin officiel des lois et arrêtés pour le territoire belge occupé dans le territoire des opérations et des étapes, elle le sera de la manière qui y est en usage pour la publication des arrêtés.

Art. 3. Les convocations des membres des conseils provinciaux se feront par les députations permanentes. La présence du gouverneur de la province à ladite session n'est pas obligatoire.

La députation permanente nommera un membre par qui la session sera ouverte et close.

La session sera ouverte et close au nom du Gouverneur général impérial allemand, dans les provinces d'Anvers, de Brabant, de Hainaut, de Limbourg, de Liége, de Luxembourg et de Namur; elle le sera, en même temps, au nom des Commandants en chef compétents, dans les provinces de Hainaut et de Luxembourg; dans les provinces

de Flandre orientale et de Flandre occidentale, la session sera ouverte et close au nom des Commandants en chef compétents.

Art. 4. La durée de la session ne dépassera pas un jour; la session aura lieu à huis clos.

Il n'y aura à l'ordre du jour que les deux points suivants, qui seuls pourront faire l'objet des délibérations:

a) mode de règlement de la contribution de guerre imposée à la population belge par ordre du 21 mai 1917, pour une période de six mois;

b) paiement des intérêts des emprunts de contribution de guerre.

Art. 5. Les décisions prises par les conseils provinciaux dans cette session seront valables quel que soit le nombre des membres présents.

Bruxelles, le 21 mai 1917.

C. C. II*b* 1218.

Verordening.

betreffende den buitengewonen zittijd der provincieraden.

Artikel 1. De provincieraden van de Belgische provincies zijn hierbij tot een buitengewonen zittijd op Zaterdag, 2 Juni 1917, 's middags te 12 uur (Duitsche tijd), in de hoofdplaatsen der provincies opgeroepen.

Art. 2. De afkondiging van deze oproeping geschiedt in het Generalgouvernement in België alleen in het „Wet- en Verordeningsblad voor de bezette streken van België" en in het Operatie- en Etappengebied in den vorm, die aldaar voor het bekendmaken van verordeningen gebruikelijk is.

Art. 3. De uitnoodiging van de leden der provincieraden geschiedt door de bestendige afvaardiging. De gouverneur van de provincie is niet gehouden op de zitting aanwezig te zijn.

De bestendige afvaardiging benoemt het lid, dat den zittijd zal openen en sluiten.

De opening en de sluiting geschiedt voor de provincies

Antwerpen, Brabant, Henegouw, Limburg, Luik, Luxemburg en Namen in den naam van den keizerlijken Duitschen Generalgouverneur ; voor de provincies Henegouw en Luxemburg terzelfder tijd in den naam van de bevoegde Opperbevelhebbers en voor de provincies Oost- en Westvlaanderen in den naam van de bevoegde Opperbevelhebbers.

Art. 4. De zittijd duurt niet langer dan één dag en wordt bij gesloten deuren gehouden.

Op de dagorde staan slechts volgende twee punten, waarover uitsluitend mag worden beraadslaagd :

a) *wijze van opbrengen van de aan de Belgische bevolking, bij bevel van 21 Mei 1917, opgelegde krijgsbelasting, voor den duur van zes maanden ;*

b) *betaling van de intresten der krijgsbelastingsleeningen.*

Art. 5. De provincieraden nemen in dezen zittijd, welke ook het aantal aanwezige leden zij, geldige besluiten.

Brussel, den 21n Mei 1917.
*C. C. II*b *1218.*

3.

VERORDNUNG, ***
betreffend Reiseverkehr.

1. Wer aus den zum Generalgouvernement gehörigen Teilen des Kreises Tournai bei Péruwelz und Leuze, den Kreisen Ath, Soignies, (bezüglich des zum Etappengebiet gehörigen Arrondissements Mons siehe Ziffer 6), Thuin, Philippeville einschliesslich der Gebiete Givet und Fumay, dem südlich der Bahnlinie Sasoye—Yvoir—Leignon—Treffpunkt der Grenze zwischen den Kreisen Dinant und Marche, gelegenen Teil des Kreises Dinant sowie aus dem Kreise Neufchâteau nach dem übrigen Gebiete des Generalgouvernements mit irgendeinem Verkehrsmittel oder zu Fuss ausreisen will, bedarf hierzu bis

*** Sehe Seite 1. Voyez page 1. Zie blz. 1.

auf weiteres ausser seinem Personalausweis eines „Verkehrsscheines", zu dessen Ausstellung der Kreischef oder in seinem Auftrag und unter seiner Verantwortung der Ortskommandant zuständig ist.

2. Wer aus dem passfreien Gebiet in das unter 1 bezeichnete Gebiet einreisen und in einer daselbst belegenen Ortschaft Aufenthalt nehmen will, bedarf dazu bis auf weiteres der zuvorigen Erlaubnis des für das Reiseziel zuständigen Kreischefs und eines „Verkehrsscheines", zu dessen Ausstellung die Passbüros im Generalgouvernement züständig sind. Er hat sich sofort nach Eintreffen bei dem Ortskommandanten zu melden.

Wer vor Inkrafttreten vorstehender Bestimmung bereits in diese Gebietsteile eingereist war, hat diese innerhalb 24 Stunden zu verlassen.

3. Wer innerhalb des vorbezeichneten Sperrgebiets aus einem der vorbezeichneten Kreise in den andern reisen will, bedarf gleichfalls ausser seinem Personalausweis eines „Verkehrsscheines".

4. Abgelaufene „Verkehrsscheine" sind von dem Inhaber an die Ausgabestelle abzuliefern:

a) unmittelbar nach Ablauf der Gültigkeitsdauer, wenn der Schein für die Hin- und Rückreise ausgestellt war, bei früherer Beendigung der Reise alsbald nach Rückkunft;

b) durch die Post innerhalb 10 Tagen nach Ablauf der Gültigkeitsdauer, wenn er nur für die Hinreise galt.

5. Während der Dunkelheit darf innerhalb der genannten Gebietsteile niemand den Ortsbering überschreiten. Zuwiderhandelnde sind festzunehmen und der zuständigen Ortskommandantur vorzuführen.

6. Bezüglich des zum Etappengebiet gehörigen Teils des Kreises Mons sind von der Etappen-Inspektion 6 gleiche Bestimmungen erlassen worden, so dass zu Ein- und Ausreisen zwischen diesem Gebiet und dem General-

gouvernement ebenfalls „Verkehrsscheine" notwendig sind.

7. Zuwiderhundlangen gegen vorstehende Bestimmungen werden, sofern nicht andere schwerere Strafbestimmungen Anwendung finden, mit Haft oder Gefängnis bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 20 000 M. bestraft. Die Geldstrafe kann auch neben der Freiheitsstrafe verhängt werden.

Zuständig sind die deutschen Militärgerichte und Militärbefehlshaber.

8. Vorstehende Verordnung tritt am Tage des Anschlags in Kraft.

Brüssel, den 1. Mai 1917.
G. G. II*d* 3514/1.

Arrêté ***

concernant les voyages.

1. Quiconque quitte, soit en utilisant un moyen de transport quelconque, soit à pied, l'une des parties de l'arrondissement de Tournai qui, près de Péruwelz et de Leuze, relèvent du Gouvernement général, ou bien les arrondissements d'Ath, de Soignies (en ce qui concerne la partie de l'arrondissement de Mons qui dépend du territoire des étapes, voir chiffre 6), de Thuin et de Phlippeville (y compris les territoires de Givet et de Fumay), ou encore la partie de l'arrondissement de Dinant située au sud de la voie ferrée Sasoye-Yvoir-Leignon-frontière, entre les arrondissements de Dinant et de Marche, ou enfin l'arrondissement de Neufchâteau, pour se rendre dans le restant du territoire du Gouvernement général, doit, jusqu'à nouvel ordre, être porteur, outre de son certificat d'identité, d'un permis nommé „Verkehrsschein", dont la délivrance rentre dans la compétence du chef d'arrondissement

(Kreischef) ou du commandant local (Ortskommandant) agissant par ordre et sous la responsabilité du chef d'arrondissement.

2. Quinconque quitte le territoire où le passeport n'est pas obligatoire et se rend dans la région désignée au chiffre 1er, pour séjourner dans une les localités de cette région, doit, jusqu'à nouvel ordre, avoir obtenu l'autorisation préalable du chef d'arrondissement compétent pour l'endroit désigné comme but du voyage, et être en possession d'un „Verkehrsschein", dont la délivrance rentre dans la compétence des Bureaux de passeports (Passbüros) du Gouvernement général. Dès son arrivée, il doit se présenter au commandant local.

Les personnes qui se sont déjà rendues dans ladite région avant l'entrée en vigueur de la disposition précédente, doivent en sortir dans les 24 heures.

3. Quiconque, à l'intérieur du districts délimité ci-dessus, veut se rendre d'un arrondissement dans un autre, doit aussi être porteur d'un „Verkehrsschein" et de son certificat d'identité.

4. Les „Verkehrsscheine" terminés doivent être rendus, aux bureau qui les ont délivrés, par les porteurs:

a) soit immédiatement après l'expiration du délai de validité, si le permis a été fourni pour un voyage d'aller et retour, soit dès le retour, si le voyage est terminé avant l'expiration du délai de validité;

b) par la voie postale, dans les 10 jours suivant l'expiration du délai de validité, si le permis n'est fourni que pour un voyage à l'aller.

5. Pendant la nuit, personne, dans la région susmentionnée, ne peut dépasser la banlieue de sa localité. Les contrevenants seront arrêtés et conduits à la „Kommandantur" locale.

6. En ce qui concerne la partie de l'arrondissement de Mons qui dépend du territoire des étapes, la 6e inspection

des étapes a décrété des instructions identiques, de telle sorte que pour passer de ce territoire dans celui du Gouvernement général, et réciproquement, un „Verkehrsschein" est également indispensable.

7. Les infractions aux dispositions précédentes seront punies soit d'un emprisonnement de police ou correctionnel de 3 ans au plus, soit d'une amende pouvant atteindre 20.000 marcs, pour autant que d'autres dispositions pénales plus sévères ne soient pas applicables. L'amende et la pleine d'emprissonnement pourront aussi être réunies.

Les tribunaux et commandants militaires allemands sont compétents pour juger ces infractions.

8. Le présent arrêté entrera en vigueur le jour de son affichage.

Bruxelles, le 1er mai 1917.
G. G. II*d* 3514/I.

Verordening ***

betreffende het verkeer van reizigers.

1. Wie uit de tot het Generalgouvernement behoorende deelen van het arrondissement Doornik bij Péruwelz en Leuze, uit de arrondissementen Ath, Zinnik (betreffende het arrondissement Bergen, dat tot het Etappengebied behoort, zie 6) Thuin, Philippeville, met inbegrip der gebieden Givet en Fumay, uit het gedeelte van het arrondissement Dinant, gelegen bezuiden den spoorweg Sasoye-Yvoir-Leignon-grenspunt tusschen de arrondissementen Dinant en Marche, alsook uit het arrondissement Neufchâteau, met om 't even welk verkeersmiddel of te voet naar de andere streken van het Generalgouvernement wil reizen, moet daartoe tot nader bericht behalve zijn eenzelvigheidsbewijs een reisverlof hebben. De „Kreischef" of de plaatselijke kommandant (Ortskommandant), handelende in opdracht en onder de

verantwoordelijkheid van den „Kreischef", is bevoegd bedoeld reisverlof af te leveren.

2. Wie uit het gebied, waar geen pasdwang bestaat, naar het onder 1 aangeduid gebied wil reizen om aldaar in een plaats verblijf te nemen, moet daartoe tot nader bericht de voorafgaandelijke toelating van den voor het eindpunt van de reis bevoegden „Kreischef" en een reisverlof (Verkehrsschein) hebben. De paskantoren (Passbüros) van het Generalgouvernement zijn bevoegd bedoeld reisverlof af te leveren. Ieder aangekomen reiziger moet zich terstond bij den plaatselijken kommandant aanmelden.

Wie vóór het van kracht worden van vorenstaande bepaling reeds in het betroffen gebied aangekomen is, moet dit binnen 24 uren verlaten.

3. Wie binnen het hiervoren aangeduid afgezonderd gebied, van uit een der opgesomde arrondissementen naar de andere wil reizen, moet eveneens voorzien zijn van zijn eenzelvigheidsbewijs en van een reisverlof.

4. Reisverloven, die niet meer geldig zijn, moeten door de bezitters bij het kantoor van afgifte binnengeleverd worden, en wel :

a) *wanneer het verlof voor de heen- en terugreis afgeleverd werd, onmiddellijk na het verstrijken van den geldigheidsduur of, zoo de reis vroeger geëindigd is, terstond na de terugkomst ;*

b) *wanneer het alleen voor de heenreis gold, door de post binnen 10 dagen na het verstrijken van den geldigheidsduur.*

5. In het aangeduid gebied mag niemand na het invallen van de duisternis de omgeving eener plaats overschrijden. Overtreders zijn aan te houden en op de plaatselijke Kommandantuur te brengen.

6. Voor het gedeelte van het arrondissement Bergen dat tot het Etappengebied behoort, heeft de 6e Etappeninspektie bepalingen in denzelfden zin uitgevaardigd, zoodat eveneens

reisverloven vereischt zijn voor de reizen in beide richtingen tusschen dat gebied en het Generalgouvernement.

7. Overtredingen van vorenstaande bepalingen worden, zoover geen andere zwaardere strafbepalingen toepasselijk zijn, met ten hoogste 3 jaar hechtenis of gevangenis of met ten hoogste 20.000 mark boete gestraft. Boete en gevangenisstraf kunnen ook tegelijk worden uitgesproken.

De Duitsche krijgsrechtbanken en krijgsbevelhebbers zijn tot oordeelvellen bevoegd.

8. Vorenstaande Verordening wordt op den dag harer aanplakking van kracht.

Brussel, den 1n Mei 1917.
*G. G. II*d *3514/I.*

4.

VERORDNUNG. ***

Anmelding von Pappel-, Ulmen- und Eschenstämmen im Bereiche des Generalgouvernements.

Ich bestimme hiermit, dass bis zum 1. Juni ds. Js.jeder Eigentümer, Pächter oder Verwalter von stehenden

Pappel-, Ulmen- u. Eschenstämmen

dem züstandigen Kreischef auf vorgedruckten Formularen, die auf den Kreischefämtern bezw. bei den Truppenteilen in Empfang genommen werden können, zu melden hat, wieviel Stämme er besitzt:

Pappeln und Ulmen

a) von 150 bis 199 cm Umfang,
b) von 200 cm und darüber Umfang,

Eschen

von 100 cm und darüber Umfang,

1.50 m vom Erdboden ab gemessen. In der Anmeldung muss jede Holzart getrennt, der genaue Standort oder die Lagerstelle angegeben sein. Unter Pappeln sind sämtliche Pappelarten zu verstehen wie kanadische Pappel,

pikardische Pappel, Espe, Silberappel, Schwarzpappel etc.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnisstrafe bis zu 3 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 10.000 M. oder mit einer dieser Strafen geahndet, ausserdem kann auf Einziehung der nicht gemeldeten Bestände erkannt werden. Züstandig sind die Militärgerichte und Militärgehörden.

Brüssel, den 11. Mai 1917.
G. G. J. II 5410/17.

Ich bestimme, dass vorstehende Verordnung in den verschiedenen Ortschaften durch öffentlichen Anschlag bekannt gegeben wird und dass die eingehenden Anmeldungen auf vorgedruckten Formularen, die von der Holzabgabestelle Antwerpen anzufordern sind, sofort der Holzabgabestelle des Generals der Pioniere in Antwerpen zugesandt werden. Die Holzabgabstelle wird alsdann Auswahl unter den gemeldeten Stämmen treffen. Die als brauchbar bezeichneten Stämme sind durch die zuständigen Kreischefs zu beschlagnahmen, fällen, entsprechend Anordnung der Holzabgabestelle auslängen und verladen zu lassen.

Arrête. ***

Déclaration des troncs de peupliers, d'ormes et de frênes se trouvant dans le territoire du Gouvernement général.

J'arrête ce qui suit: Jusqu'au 1er juin prochain, quiconque, en qualité de proprétaire, de locataire ou de gérant, a
des peupliers, des ormes ou des frênes
sur pied, est tenu déclarer au chef d'arrondissement (Kreischef) compétent combien il possède de troncs soit
de peupliers et d'ormes

a) ayant de 150 à 199 centimètres de circonférence,
b) ayant 200 centimètres ou plus de circonférence,
soit

de frênes

ayant 100 centimètres ou plus de circonférence, la mesure étant prise à 1m 50 du sol; cette déclaration doit se faire à l'aide de formules imprimées, qui seront délivrées sur demande par les bureaux des chefs d'arrondissement ou par les corps de troupes. Le déclarant mentionnera chaque essence séparément ainsi que, d'une façon précise, de lieu de croissance ou de dépôt des troncs. Par peupliers, il faut entendre toutes les essences de peupliers telles que le peuplier du Canada, le franc, picard, le tremble, le peuplier blanc, le peuplier noir, etc.

Les infractions seront punies soit d'une peine d'emprisonnement de 3 ans au plus et d'une amende pouvant atteindre 10.000 marcs, soit de l'une de ces deux peines à l'exclusion de l'autre. En outre la confiscation des quantités non déclarées pourra être prononcée. Les tribunaux et autorités ont compétence pour juger lesdites infractions.

Bruxelles, le 11 mai 1917.
G. G. J. II 5410/17.

J'ordonne que l'arrêté précédent soit publié par voie d'affichage dans les différentes communes et que les déclarations reçues soient transmises immédiatement à la „Holzabgabestelle des Generals der Pioniere", à Anvers, à l'aide de formules imprimées spéciales, que ladite „Holzabgabestelle" délivrera sur demande. La „Holzabgabestelle" choisira parmi les troncs déclarés. Les troncs désignés comme utilisables devront être saisis par les chefs d'arrondissement compétents, qui les feront abattre puis, conformément aux instructions de la „Holzabgabestelle", scier à longueur déterminée et expédier.

Verordening. ***

Aangifte van de populier-, olm -en eschstammen, die binnen het gebied van het Generalgouvernement voorhanden zijn.

Ik bepaal hierbij, dat ieder eigenaar, pachter of beheerder van staande

populier-, olm- of eschstammen,

ten laatste op 1 Juni 1917, bij den bevoegden „Kreischef" moet aangeven hoeveel

populier- en olmstammen

a) *van 150 tot 199 centimeter omtrek,*

b) *van 200 en meer centimeter omtrek,*

en hoeveel

van 100 en meer centimeter omtrek,

op 1 meter van den grond gemeten, hij bezit. De aangifte moet gedaan worden op gedrukte formulieren, die op de kantoren der „Kreischefs" en bij de troependeelen verkrijgbaar zijn. In de aangifte is elke houtsoort afzonderlijk te vermelden en moet de staan- of ligplaats van de stammen nauwkeurig opgegeven worden. Onder populieren zijn al de populiersoorten te verstaan, zooals de Kanadasche populier, de „franc picard", de abeel, de witte populier, de zwarte populier, enz.

Overtredingen worden met ten hoogste 3 jaar gevangenis en met ten hoogste 10.000 mark boete, of met één dezer straffen, gestraft. Bovendien kan de verbeurdverklaring van de niet aangegeven hoeveelheden uitgesproken worden. De krijgsrechtbanken en de krijgsoverheden zijn tot oordeelvetlen bevoegd.

Brussel, den 11n Mei 1917.
G. G. J. II 5410/17.

Ik bepaal dat vorenstaande Verordening in de verschil-

lende gemeenten bij aanplakbrief ter algemeene kennis is te brengen en, dat de binnengekomen aangiften, op gedrukte bijzondere formulieren (aan te vragen bij de „Holzabgabestelle" te Antwerpen), onmiddellijk aan de „Holzabgabestelle des Generals der Pioniere" te Antwerpen over te maken zijn. De „Holzabgabestelle" zal een keuze doen onder de aangegeven stammen. De als bruikbaar aangewezen stammen, moeten in beslag genomen worden door de bevoegde „Kreischefs", die ze eveneens zullen doen vellen en, overeenkomstig de onderrichtingen van de „Holzabgabestelle" op een bepaalde lengte doen doorzagen en doen verzenden.

5.

BEKANNTMACHUNG

betreffend Liquidation britscher Unternemungen,

Mit Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs in Belgien habe ich gemäss der Verordnung über die Liquidation britischer Unternehmungen vom 29. August 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens vom 13. September 1916 Nr. 253) die Liquidation des in Belgien befindlichen Vermögens der Firma William Wood & Co. in Merksem bei Antwerpen, Liquidator Dr. Lappenberg in Antwerpen, Meir 14, angeordnet. Nähere Auskunft erteilt der Liquidator.

Brüssel, den 14. Mai 1917.
C. C. IV A 14596.

Avis

concernant la liquidation d'entreprises britanniques.

Avec l'approbation de Son Excellence M. le Gouverneur général en Belgique et conformément à l'arrêté du 29 août 1916, concernant la liquidation d'entreprises britanniques (Bulletin officiel des lois et arrêtés pour le territoire

belge occupé, no. 253 du 13 septembre 1916), j'ai ordonné la liquidation des biens, situés en Belgique, de la maison William Wood en Co, à Merxem-lez-Anvers; liquidateur M. le Dr. Lappenberg, à Anvers, 14, Meir. Pour de plus amples renseignements, s'adresser au liquidateur.

Bruxelles, le 14 mai 1917.
C. C. IV A. 14596.

Bekendmaking

betreffende de likwidatie van Britsche ondernemingen.

Met toestemming van den heer Generalgouverneur in België, heb ik, overeenkomstig de Verordening van 29 Augustus 1916, over de likwidatie van Britsche ondernemingen (Wet- en Verordeningsblad voor de bezette streken van België, nr 253 van 13 September 1916, de likwidatie bevolen van het in België voorhanden zijnde vermogen van het huis „William Wood & Co", te Merksem, bij Antwerpen. De heer Dr. Lappenberg, Meir, 14, te Antwerpen, is tot likwidator benoemd. De likwidator verstrekt nadere inlichtingen.

Brussel, den 14n Mei 1919.
C. C. IV A 14596.

No. 349. — 24. MAI 1917. Pag. 3761

VERORDNUNG

betr. Ausbildung der Lehrkräfte für die Mittelschulen.

Um die Heranbildung von Lehrkräften sicherzustellen, die befähigt sind, den Unterricht in den Mittelschulen in vlämischer Sprache zu erteilen, verordne ich was folgt:

Artikel 1. In den staatlichen Mittelnormalschulen in Gent und Brüssel wird der Unterricht in sämtlichen in den Lehrplänen vorgesehenen Fächern in vlämischer Sprache erteilt; nur der Unterricht in der zweiten, drit-

ten und vierten Sprache wird in diesen Sprachen selbst gegeben.

Art. 2. Die Lehrbücher und Lehrmittel für sämtliche Fächer — ausgenommen für die zweite, dritte und vierte Sprache — müssen in vlämischer Sprache abgefasst sein.

Art. 3. Sämtliche Prüfungen (Aufnahme-, Uebergangs- und Abgangsprüfungen) an den in Artikel 1 bezeichneten Anstalten werden in vlämischer Sprache abgehalten.

Art. 4. Die Diplome und Zeugnisse dieser Anstalten werden in vlämischer Sprache ausgestellt.

Art. 5. Die Bestimmungen dieser Verordnung treten mit Beginn des Schuljahres 1917/18 für die unterste Klasse, mit Beginn des Schuljahres 1918/19 für die beiden untersten Klassen usw. in Kraft.

Soweit hiernach vom Schuljahre 1917/18 ab an den vorgenannten Anstalten noch ein Unterricht in französischer Sprache stattfindet, sind für Fachausdrücke neben den französischen die entsprechenden vlämischen Bezeichnungen zu lehren.

Brüssel, den 12. Mai 1917.
C. C. III A 2471.

Arrêté

concernant la formation des membres du personnel enseignant des écoles moyennes.

Afin d'assurer la formation d'un personnel apte à enseigner en flamand dans les écoles moyennes, j'arrête ce qui suit:

Article 1er. Aux écoles normales moyennes de l'Etat à Grand à et Bruxelles, l'enseignement de toutes les branches du programme doit se donner en flamand; seul, l'enseignement des deuxième, troisième et quatrième langues a lieu dans la langue qui fait l'objet du cours.

Art. 2. Les manuels et le matériel didactique de toutes les branches, à l'exception des deuxième, troisième et quatrième langues, doivent être rédigés en flamand.

Art. 3. Tous les examens (d'entrée, de passage et de sortie) des écoles visées par l'article 1er doivent se faire en flamand.

Art. 4. Les diplômes et certificats de ces écoles doivent être rédigés en flamand.

Art. 5. Les dispositions du présent arrêté entreront en vigueur au commencement de l'exercice scolaire 1917/18 pour la classe inférieure, au commencement de l'exercice scolaire 1918/19 pour les deux classes inférieures, et ainsi de suite.

Pour autant que, à partir de l'exercice scolaire 1917/18 des cours se donneront encore en français dans lesdites écoles, on devra enseigner les dénominations flamandes correspondant aux termes techniques français.

Bruxelles, le 12 mai 1917.
C. C. III A. 2471.

Verordening

betreffende de vorming van de leerkrachten voor de middelbare scholen.

Ten einde te voorzien in het vormen van leerkrachten, die bekwaam zijn om het onderwijs aan de middelbare scholen door middel van de Vlaamsche taal te geven, verorden ik het navolgende :

Artikel 1. Aan de rijksmiddelbare normaalschool te Gent en aan de rijksmiddelbarenormaalschool te Brussel, zal het onderwijs in al de op het programma voorziene vakken door middel van de Vlaamsche taal worden gegeven ; alleen het onderwijs in de tweede, derde en vierde taal zal door middel van die talen zelf worden gegeven.

Art. 2. De handboeken en de leermiddelen voor al de

vakken — behalve voor de tweede, derde en vierde taal — moeten in de Vlaamsche taal opgesteld zijn.

Art. 3. Al de examens (aannemings-, overgangs- en uitgangsexamen) in de in artikel 1 bedoelde onderwijsinrichtingen moeten in de Vlaamsche taal afgelegd worden.

Art. 4. De diploma's en getuigschriften, die door deze onderwijsinrichtingen worden afgeleverd. zullen in de Vlaamsche taal opgesteld zijn.

Art. 5. De bepalingen van deze Verordening worden van kracht met ingang van het schooljaar 1917/18 voor de laagste klas, met ingang van het schooljaar 1918/19 voor de twee laagste klassen, enz.

Bij het onderwijs, dat dientengevolge na aanvang van het schooljaar 1917/18 in een der hiervoren genoemde onderwijs inrichtingen nog door middel van de Fransche taal wordt gegeven, moeten naast de Fransche ook de Vlaamsche vakwoorden aangeleerd worden.

Brussel, den 12n Mei 1917.
C. C. III A 2471.

2.

BEKANNTMACHUNG

betreffend Liquidation französischer Unternehmungen.

Mit Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs in Belgien habe ich gemäss der Verordnung über die Liquidation französischer Unternehmungen vom 15. April 1917 (Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens vom 19. April 1917 Nr. 335) die Liquidation des in Belgien befindlichen Vermögens der Firmen

a) La Grande Distillerie Belge, Soc. An., Brüssel,
b) Le Grand Hôtel, Soc. An., in Brüssel,
angeordnet.

Zum Liquidator ist Herr Leutnant Maas in Brüssel,

Militärschule, ernannt worden. Nähere Auskunft erteilt der Liquidator.

Brüssel, den 15. Mai 1917.

C. C. IV A 14187.

Avis

concernant la liquidation d'entreprises françaises.

Avec l'approbation de Son Excellence M. le Gouverneur général en Belgique et conformément à l'arrêté du 15 avril 1917, concernant la liquidation d'entreprises françaises (Bulletin officiel des lois et arrêtés pour le territoire belge occupé, no. 335 du 19 avril 1917), j'ai ordonné la liquidation des biens, situés en Belgique, des entreprises:

a) La Grande Distillerie Belge, soc. an., à Bruxelles;

b) Le Grand Hôtel, soc. an., à Bruxelles.

M. le lieutenant Maas, Ecole militaire, à Bruxelles, a été nommé liquidateur. Pour de plus amples renseignements, s'adresser au liquidateur.

Bruxelles, le 15 mai 1917.

C. C. IV A. 14187.

Bekendmaking

betreffende de likwidatie van Fransche ondernemingen.

Met toestemming van den heer Generalgouverneur in België, heb ik, overeenkomstig de Verordening van 15 April 1917, over de likwidatie van Fransche ondernemingen (Wet- en Verordeningsblad voor de bezette streken van België, Nr. 335 van 19 April 1917) de likwidatie bevolen van het in België voorhanden zijnde vermogen van de huizen :

a) *„La Grande Distillerie Belge, soc. an.", te Brussel,*

b) *„Le Grand Hôtel, soc. an.", te Brussel.*

De heer luitenant Maas, Krijgsschool, te Brussel, is tot likwidator benoemd. De likwidator verstrekt nadere inlichtingen.

Brussel, den 15n Mei 1917.

C. C. IV A 14187.

3.

BEKANNTMACHUNG.

Gemäss Verordnung des Herrn Generalgouverneurs in Belgien vom 17. Februar 1915 (Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens vom 20. Februar 1915 Nr. 41) habe ich zum Zwangsverwalter der Bank

Verley, Decroix et Cie, Comptoir de Mons, in Mons

Herrn Franz Pfarr, Landsturmmann,

ernannt.

Brüssel, den 18. Mai 1917.
B. A. 30469.

Avis.

Conformément à l'arrêté du 17 février 1915 de Son Excellence M. le Gouverneur général en Belgique (Bulletin officiel des lois et arrêtés pour le terretoire belge occupé, no. 41 du 20 février 1915), j'ai nommé

M. Franz P f a r r,, soldat du Landsturm,

séquestre de la banque

Verley, Decroix en Cie., Comptoir de Mons, à Mons.

Bruxelles, lI 18 mai 1917.
B. A. 30469.

Bekendmaking.

Overeenkomstig de Verordening van 17 Februari 1915 van den heer Generalgouverneur in België (Wet- en Verordeningsblad voor de bezette streken van België, nr 41 van 20 Februari 1915), heb ik

den heer Franz Pfarr, landstormman,

tot dwangbeheerder benoemd van de bank

„Verley, Decroix & Cie, Comptoir de Mons", te Bergen.

Brussel, den 18n Mei 1917.
B. A. 30469.

No. 350. — 27 MAI 1917. Pag 3769

VERFÜGUNG.

betreffend Durchführung des Gesetzes vom 15. Juni 1883 in den staatlichen und kommunalen Mittelschulen niederen Grades von Gross-Brüssel.

In Ausführung des Gesetzes vom 15. Juni 1883 über den Gebrauch der vlämischen Sprache in den mittleren Unterrichtsanstalten des vlämischen Landesteils wird für den Bereich von Gross-Brüssel folgendes verfügt:

Artikel 1. In den vorbereitenden und in den mittleren Abteilungen der Mittelschulen niederen Grades werden vlämische Klassen mit vlämischer Unterrichtssprache und französische Klassen mit französischer Unterrichtssprache gebildet, und zwar in den vorbereitenden Abteilungen für alle Fächer, in den mittleren Abteilungen für diejenigen Fächer, die in Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Juni 1883 und den auf Grund dieses Artikels getroffenen Bestimmungen genannt sind.

Art. 2. Die Ueberweisung der Schüler in die vlämische oder die französische Abteilung erfolgt durch einen aus dem Lehrkörper der Anstalt gebildeten Ausschuss (kommissie van indeeling, commission de classement). Er besteht ausser dem Direktor, der den Vorsitz führt, aus mindestens vier Mitgliedern, die von dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst zu gleichen Teilen aus den Lehrern, die Unterricht in Fächern mit vlämischer Unterrichtissprache erteilen, und aus den Lehrern, die Unterricht in Fächern mit französischer Unterrichtssprache geben, zu berufen sind,

Wird ein einstimmiger Beschluss des Ausschusses nicht erzielt, so ist der Fall dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst zur Entscheidung vorzulegen.

Art. 3. Schüler, deren Muttersprache die vlämische ist,

sind der vlämischen, Schüler, deren Muttersprache die französische ist, sind der französischen Abteilung zuzuweisen.

Ist weder die eine noch die andere Sprache die Muttersprache, so hat der Familienvorstand die Wahl, in welcher Abteilung der Schüler unterrichtet werden soll.

Art. 4. Für Schüler, die bis zur Anmeldung zur Mittelschule die Klasse eines Kindergartens oder einer Volksschule besucht haben, gilt die Unterrichtssprache dieser Klasse ohne weiteres als deren Muttersprache.

Im überigen stellt der Ausschuss alsbald nach der Anmeldung des Schülers dessen Muttersprache fest. Die Einschreibung des Schülers erfolgt unter Mitwirkung des Ausschusses.

Art. 5. Unterlagen für die Entscheidung des Ausschusses sind:

die Abstammung des Schülers,

die Sprache, in der er den bisherigen Unterricht erhalten hat,

die Umgangssprache seiner näheren Umgebung.

Es ist zu prüfen, ob der Schüler in der Sprache, die als seine Muttersprache erklärt werden soll, dem Unterricht mit Nutzen zu folgen vermag.

In zweifelhaften Fällen kann der Ausschuss den Familienvorstand des Schülers zu einer Erklärung darüber auffordern, welches die Muttersprache desselben ist.

Art. 6. Die Entscheidung des Ausschusses ist vom Direktor unverzüglich dem Familienvorstand schriftlich mit der Mitteilung zuzustellen, dass er gegen dieselbe Einspruch beim Ministerium für Wissenschaft und Kunst erheben könne.

Die Verhandlungen und die Entscheidung sind im Schularchiv bis zwei Jahre nach dem Austritt des Schülers aus der Schule aufzubewahren.

Art. 7. Ist für einen Schüler die Unterrichtssprache

gemäss den vorstehenden Vorschriften bestimmt, so gilt diese Anordnung so lange, als der Schüler eine der in der Ueberschrift bezeichneten Schulen besucht.

Art. 8. Die vorstehenden Bestimmungen gelangen mit dem Beginn des Schuljahres 1917/18 auf die vorbereitende Abteilung und auf die aus dem ersten (jüngsten) Jahrgang gebildeten Klassen der mittleren Abteilung zur Anwendung und werden auf die folgenden Klassen von Jahr zu Jahr weiter ausgedehnt.

Art. 9. Nach dem Vorgang des Gesetzes vom 12. Mai 1910, betreffend das Studium der neueren Sprachen in mittleren Unterricht höheren Grades, gelten im Sinne dieser Verfügung als zum Bereich von Gross-Brüssel gehörend die folgenden Gemeinden:

Anderlecht, Brüssel, Etterbeek, Vorst, Elsene, Sint-Pieters-Jette, Koekelberg, Laken, Sint-Jans-Molenbeek, Sint-Gillis, Sint-Joost-ten-Noode, Schaarbeek, Ukkel.

Brüssel, den 14. Mai 1917.
C. C. III*a* 2471.

Arreté

concernant l'exécution de la loi du 15 juin 1883 dans les écoles moyennes du degré inférieur de l'Etat et des communes, de l'agglomération bruxelloise.

En exécution de la loi du 15 juin 1883 réglant l'emploi de la langue flamande pour l'enseignement moyen dans la partie flamande du pays, il est décidé ce qui suit en ce qui concerne l'agglomération bruxelloise:

Article 1er. Dans les sections préparatoires et moyennes des écoles moyennes du degré inférieur, il sera crée des classes flamandes ayant le flamand comme langue véhiculaire et des classes françaises ayant le français comme langue véhiculaire; dans les sections préparatoires, la me-

sure s'étendra à toutes les branches de l'enseignement; dans les sections moyennes, elle s'appliquera aux branches désignées à l'article 2 de la loi du 15 juin 1883 ainsi que dans les dispositions prises en vertu dudit article.

Art. 2. La désignation des élèves pour la section flamande et la section française se fera par une commission de classement, choisie au sein du personnel enseignant de l'établissement. Cette commission se composera du directeur, à titre de président, et d'au moins quatre membres que le Ministère des sciences et des arts désignera en nombre égal parmi le personnel enseignant les branches dont leflamand est la langue véhiculaire et celui enseignant les branches ayant le français comme langue véhiculaire.

Lorsque la Commission de classement ne parviendra pas à prendre une résolution à l'unanimité des voix, le cas sera soumis à la décision du Ministèrie des sciences et des arts.

Art. 3. Les élèves dont la langue maternelle est le flamand seront placés dans la section flamande; ceux dont la langue maternelle est le français appartiendront à la section française.

Lorsqu'aucune de ces deux langues n'est la langue maternelle de l'élève, le chef de famille pourra choisir la section.

Art. 4. Pour les élèves qui, jusqu'au moment où se présenteront à l'école moyenne, auront fréquenté une classe d'un jardin d'enfants ou d'une école primaire, la langue véhiculaire admise dans cette classe sera considérée d'emblée comme étant leur langue maternelle.

Quant aux autres élèves, la Commission de classement déterminera leur langue maternelle dès qu'ils se présenteront. L'inscription de l'élève aura lieu avec l'intervention de la Commission.

Art. 5. Serviront de base aux décisions de la Commission de classement:

l'origine de l'élève,

la langue dans laquelle il a reçu l'enseignement jusqu' alors,

la langue parlée dans son entourage immédiat.

Il y aura lieu d'examiner si l'élève est à même de suivre avec fruit les cours dans la langue désignée comme sa langue maternelle.

Dans les cas douteux, la Commission sera autorisée à réclamer du chef de famille une déclaration désignant la langue maternelle de l'élève.

Art. 6. Le directeur communiquera sans retard et par écrit la décision de la Commission de classement au chef de famille, en lui faisant connaître qu'il est loisible d'exercer un recours contre cette décision auprès du Ministère des sciences et des arts.

Le procès-verbal des opérations et de la décision de la Commission devra être conservé dans les archives scolairespendant deux ans à partir du moment où l'élève aura quitté l'école.

Art. 7. Dès que la langue véhiculaire aura été déterminée conformément aux prescriptions qui précèdent, cette détermination produira ses effects aussi longtemps que l'élève fréquentera une des écoles visées par le présent arrêté.

Art. 8. Les dispositions qui précèdent entreront en vigueur dès le commencement de l'exercice scolaire 1917/18 pour la section préparatoire et les classes de la première année scolaire de la section moyenne; par la suite, ces dispositions seront applicables d'année en année aux classes subséquentes.

Art. 9. Conformément à la loi du 12 mai 1910 concernant l'étude des langues modernes dans l'enseignement moyen du degré supérieur, les communes suivantes doivent quant à l'application du présent arrêté, être considérées comme faisant partie de l'agglomération bruxelloise:

Anderlecht, Bruxelles, Etterbeek, Forest, Ixelles, Jette-Saint-Pierre, Koekelberg, Laeken, Molenbeek-Saint-Jean, Saint-Gilles, SaintJosse-ten-Noode, Schaerbeek et Uccle.

Bruxelles, le 14 mai 1917.
C. C. III*a* 2471.

Beschikking

betreffende de uitvoering der wet van 15 Juni 1883 in de rijks- en gemeentemiddelbarescholen van den lageren graad van Groot-Brussel.

In uitvoering van de wet van 15 Juni 1883, „het gebruik van de Vlaamsche taal voor het middelbaar onderwijs in het Vlaamsch land regelende", beschik ik voor het gebied van Groot-Brussel het navolgende :

Artikel 1. In de voorbereidende en in de middelbare afdeelingen van de middelbare scholen van den lageren graad, zijn Vlaamsche klassen met Vlaamsch als voertaal en Fransche klassen met Fransch als voertaal te vormen, en wel in de voorbereidende afdeelingen voor al de vakken, in de middelbare afdeelingen voor de vakken, die in artikel 2 der wet van 15 Juni 1883 en in de op grond van dat artikel uitgevaardigde bepalingen opgesomd zijn.

Art. 2. De indeeling van de leerlingen in de Vlaamsche of in de Fransche afdeeling, geschiedt door een kommissie van indeeling, samengesteld uit leden van het onderwijzend personeel der onderwijsinrichting. Deze kommissie bestaat uit den bestuurder, die het voorzitterschap waarneemt en uit ten minste vier leden ; het Ministerie van Wetenschappen en Kunsten zal deze laatsten in gelijken getale aanstellen onder leeraars, die onderwijs geven in vakken met Vlaamsch als voertaal en onder leeraars, die onderwijs geven in vakken met Fransch als voertaal.

Komt de kommissie van indeeling niet tot een eenstemmig

besluit, dan moet het geval aan het Ministerie van Wetenschappen en Kunsten onderworpen worden, dat een beslissing zal nemen.

Art. 3. Leerlingen wier moedertaal Vlaamsch is, moeten bij de Vlaamsche afdeeling, leerlingen wier moedertaal Fransch is, bij de Fransche afdeeling ingedeeld worden.

Leerlingen wier moedertaal noch Vlaamsch noch Fransch is, zullen, naar keuze van het gezinshoofd, ofwel in de Vlaamsche, ofwel in de Fransche afdeeling het onderwijs volgen.

Art. 4. Voor leerlingen, die tot bij hun aanmelding voor de middelbare school, een bewaarschool (kindertuin) of een lagere school bezocht hebben, geldt de voertaal van de klas, die zij aldaar volgden, zonder meer als hun moedertaal.

In alle andere gevallen stelt de kommissie van indeeling onmiddellijk na de aanmelding van den leerling dezes moedertaal vast. Tot de inschrijving van den leerling wordt overgegaan met medewerking van de kommissie van indeeling.

Art. 5. De beslissing van de kommissie van indeeling zal gesteund zijn op :

de afstamming van den leerling,

de taal, waarin hij totnogtoe het onderwijs genoten heeft,

de omgangstaal van zijn naaste omgeving.

Er dient te worden nagegaan of de leerling in staat is met vrucht het onderwijs te volgen in de taal, die als zijn moedertaal moet doorgaan.

In twijfelachtige gevallen kan de kommissie van indeeling aan het gezinshoofd den eisch stellen te verklaren, welke taal de moedertaal van den leerling is.

Art. 6. De schoolbestuurder moet het gezinshoofd onverwijld schriftelijk kennis geven van de beslissing der kommissie van indeeling en hem laten weten, dat het hem vrij staat bij het Ministerie van Wetenschappen en Kunsten er verzet tegen aan te teekenen.

De verhandelingen en de beslissing moeten twee jaar nadat de leerling de school verlaten heeft, in het schoolarchief bewaard blijven.

Art. 7. Is de voertaal voor een leerling overeenkomstig vorenstaande voorschriften eenmaal vastgesteld, dan geldt deze regeling zoolang de leerling een der in het opschrift bedoelde scholen bezoekt.

Art. 8. Vorenstaande bepalingen worden met ingang van het schooljaar 1917/18 van kracht voor de voorbereidende afdeeling en voor de klassen van de middelbare afdeeling, die den eersten (jongsten) jaargang bevatten. Zij worden van jaar tot jaar verder toepasselijk voor de daarop volgende klassen.

Art. 9. Overeenkomstig de wet van 12 Mei 1910, betreffende de studie der moderne talen in het middelbaar onderwijs van den hoogeren graad, gelden volgende gemeenten als behoorende tot het gebied van Groot-Brussel in den zin van deze beschikking :

Anderlecht, Brussel, Elsene, Etterbeek, Koekelberg, Laken, Schaarbeek, Sint-Gillis, Sint-Jans-Molenbeek, Sint-Joost-ten-Noode, Sint-Pieters-Jette, Ukkel, Vorst.

Brussel, den 14n Mei 1917.
C. C. IIIa 2471.

2.

VERORDNUNG

betreffend Vollzug des Volksschulgesetzes.

Artikel 1. Zur Durchführung des Organischen Volksschulgesetzes vom 19. Mai 1914 und Nachprüfung seines ordnungsmässigen Vollzuges können Ministerialbeambte und andere Personen mit der Besichtigung einzelner oder einer Gruppe unterrichtlicher Anstalten oder unterrichtlicher Einrichtungen beauftragt werden. Sämtliche Verwaltungs- und Gemeinde behörden sind verpflichtet, zu

Durchführung dieser Aufgaben mitzuwirken, namentlich durch Erteilung der für den Vollzug des Gesetzes benötigten Aufschlüsse.

Art. 2. Wenn gemeindliche Verwaltungsbehörden trotz zweimaliger aktenmässig nachgewiesener Auffordenung versäumen, die von ihnen gemäss Artikel 1 geforderte Mitwirkung zu leisten, oder die Bestimmungen des Volksschulgesetzes und die zu seinem Vollzug erlassenen Vorschriften und Anordnungen zur Durchführung zu bringen, so ist nach Artikel 88 des Gemeindegesetzes zu verfahren.

Brüssel, den 19. Mai 1917.
C. C. III*a* 3361.

Arrêté

concernant l'exécution de la loi sur l'enseignement primaire.

Article 1er. En vue d'appliquer la loi organique de l'enseignement primaire du 19 mai 1914 et de constater si elle est exécutée régulièrement, des fonctionnaires ministériels et d'autres personnes pourront être chargés de l'inspection de certains établissements ou certaines institutions d'enseignement, ou bien d'un groupe de ces établissements ou institutions. Toutes les autorités administratives et communales sont tenues de prêter leur concours à l'accomplissement de cette mission, notamment en fournissant les renseignements nécessaires à l'exécution de la loi.

Art. 2. Lorsque les autorités administratives des communes, malgré deux mises en demeure successives et dûment établies par des actes écrits, auront négligé de prêter le concours exigé d'elles conformément à l'article 1er, ou bien d'appliquer les dispositions de la loi sur l'enseignement primaire ainsi que les prescriptions et mesures édic-

tées pour assurer l'exécution de ladite loi, il y aura lieu d'appliquer l'article 88 de la loi communale.

Bruxelles, ,le 19 mai 1917.
C. C. III*a* 3361.

Verordening

betreffende de uitvoering van de wet op het lager onderwijs.

Artikel 1. Met het oog op de uitvoering van de wet van 19 Mei 1914, tot regeling van het lager onderwijs en op het toezicht over de behoorlijke toepassing er van, kunnen ambtenaren en beambten van het ministerie en andere personen gelast worden, afzonderlijke onderwijsgestichten of onderwijsinrichtingen, ofwel groepen zulker gestichten of inrichtingen te bezoeken. Al de bestuursoverheden en gemeentebesturen zijn verplicht bij de vervulling van die taak hun medewerking te verleenen, inzonderheid door het geven van de inlichtingen, die voor de uitvoering der wet noodig zijn.

Art. 2. Ingeval gemeentebesturen nalaten, hetzij de medewerking te verleenen, waartoe zij krachtens artikel 1 gehouden zijn, hetzij de bepalingen van de wet op het lager onderwijs en de ter uitvoering dier wet uitgevaardigde voorschriften en onderrichtingen ten uitvoer te brengen, na daartoe twee uitnoodigingen te hebben ontvangen, waarvan behoorlijk akte is genomen, zoo dient er overeenkomstig artikel 88 van de gemeentewet te worden gehandeld.

Brussel, den 19n Mei 1917.
*C. C. III*a *3361.*

No. 351. — 29. MAI. 1917. Pag. 3777.

VERORDNUNG ***

betreffend den Ausmahlungsgrad.

In Ausführung meiner Verordnung vom 8. Juli 1916,

*** Sehe Seite 1. Voyez page 1. Zie blz. 1.

betreffend die Ernte-Kommissionen, § 4, (G. u. V. Bl. S. 2391/92) und in Ergänzung meiner Verordnung vom 13. April 1917 über die Heraufsetzung des Ausmahlungsgrades (G. u. V. Bl. S. 3577) bestimme ich was folgt:

§ 1. Die angeordnete Festsetzung des Ausmahlungsgrades gilt nicht für das Getreide, welches zum ausschliesslichen Verbrauch in dem Etappen- und Operationsgebiet vermahlen wird. Die Müller, die von dieser Ausnahmebestimmung Gebrauch zu machen berechtigt sein sollen, sind durch das Comité National den zuständigen Provinzial-Ernte-Kommissionen anzumelden. Sie unterstehen einer genauen Kontrolle durch die zuständigen Provinzial-Ernte-Kommissionen. Diese Kontrolle hat gemäss den Anordnungen zu erfolgen, welche von der Zentral-Ernte-Kommission dafür getroffen werden.

§ 2. Die Vorsitzenden der Provinzial-Ernte-Kommissionen, denen nach § 4 der Verordnung vom 6. Oktober 1916, betreffend das Verbot der Kuchenbäckerei (G. u. V. Bl. S. 2794/95), das Recht zusteht, Ausnahmen von dem Verbot der Kuchenbäckerei für solche Fabriken zuzulassen, welche Backwaren für kranke und schwache Personen herstellen, erhalten das Recht, für die Herstellung dieser Backwaren oder für direkte Ausgabe von Mehl an kranke und schwache Personen den von dem Comité National dafür bezeichneten Mühlen einen geringeren als den durch die Verordnung vom 13. April 1917 festgesetzten Ausmahlungsgrad zu gestatten. Das Comité National hat den zuständigen Provinzial-Ernte-Kommissionen für diese Mühlenbetriebe die Mengen Getreide nachzuweisen, die für die feinere Ausmahlung erforderlich sind. Die Provinzial-Ernte-Kommissionen haben darüber zu wachen, dass das vom Comité National feiner ausgemahlene Mehl nur dazu benutzt wird, um in den von den Vorsitzenden der Provinzial-Ernte-Kommissionen ausnahmsweise zugelassenen Bäckereibetreiben Backwaren für

kranke und schwache Personen herzustellen oder um als Mehl an kranke und schwache Personen verteilt zu werden.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung und gegen die dazu zu erlassenden Ausführungsbestimmungen unterliegen den im § 9 der Verordnung über Vermahlung und Beförderung von Brotgetreide (G. u. V. Bl. S. 2401) festgesetzten Strafen.

Brüssel, den 22. Mai 1917.
Z. E. K. 2206/17.

ANMERKUNG.

Der § 2 der Verordnung vom 13. April 1917 (G. u. V. Bl. S. 3577) lautet folgendermassen :

In Abänderung des § 4 meiner Verordnung über Vermahlung und Beförderung von Brotgetreide vom 8. Juli 1916 (G. u. V. Bl. S. 2401) setze ich auf Vorschlag der Zentral-Ernte-Kommission bis auf weiteres den Ausmahlungsgrad für das inländische sowie für das eingeführte Getreide auf mindestens 97 % fest. Dieser Ausmahlungsgrad ist dahin zu verstehen, dass alles Brotgetreide ohne Absonderung von Kleie voll ausgemahlen werden muss. Der festgesetzte Ausmahlungsgrad gilt auch für das Korn der Selbstversorger.

Haftbar für die Innehaltung des Ausmahlungsgrades sind die zur Verarbeitung von Brotgetreide zugelassenen Mühlen.

Der § 9 der Verordnung vom 8. Juli 1916 (G. u. V. Bl. S. 2401) lautet :

Wer den Bestimmungen dieser Verordnung und den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt, bezw. die in § 2 vorgeschriebene Anzeige unterlässt, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder mit einer Geld-

strafe bis zu 20.000 Mark bestraft. Auch kann auf Geldstrafe neben der Gefängnisstrafe erkannt werden. Ausserdem kann bei den verheimlichten, verbotswidrig benutzten oder feilgebotenen Mahlvorrichtungen, ebenso wie bei allen verbotswidrig gemahlenen Vorräten auf Einziehung erkannt werden.

Zuständig sind die deutschen Militärbefehlshaber und Militargerichte.

Arrêté ***

concernant le rendement de la mouture.

En exécution du § 4 de mon arrêté du 8 juillet 1916, concernant les Commissions de la récolte (Bull. off. des l. et arr., p. 2391/92), et en vue de compléter mon arrêté du 13 avril 1917, concernant l'élévation du rendement de la mouture (Bull. off. off. des l. et arr., p. 3577), je détermine ce qui suit:

§ 1er. Le pourcentage fixé pour le rendement de la mouture n'est pas applicable au blé moulu à l'usage exclusif du territoire des étapes et des opérations. Le Comité national désignera aux Commissions provinciales de la récolte (Provinzial-Ernte-Kommissionen) compétentes les meuniers qu'il conviendra d'autoriser à faire usage de cette mesure d'exception. Ils seront soumis à un contrôle rigoureux de la part des Commissions provinciales de la récolte compétentes. Ce contrôle sera exercé en conformité des dispositions que la Commission centrale de la récolte (Zentral-Ernte-Kommission) prendra à ce sujet.

§ 2. Les Présidents des Commissions provinciales de la récolte, auxquels de § 4 de l'arrêté du 6 octobre 1916, concernant la défense de la pâtisserie (Bull. off. des l. et arr., p. 2794/95), accorde le pouvoir d'autoriser des exceptions à cette défense pour les entreprises fabriquant de la pâtisserie ou autres produits analogus destinés aux

malades ou aux personnes faibles, ont le droit de permettre aux moulins que le Comité national désignera à cet effet, de moudre à un rendement moindre que celui fixé par l'arrêté du 13 avril 1917, s'il s'agit soit de la fabrication susmentionnée de pâtisserie ou autres produits analogues, soit de la distribution directe de farine aux malades ou aux personnes faibles. Il appartiendra au Comité national de mettre à la dispositions des Commissions provinciales de la récolte compétentes les quantités de blé qui sont nécessaires aux moulins intéressés, pour livrer une farine plus pure conformément au rendement moindre. Les Commissions provinciales de la récolte ont à veiller à ce que la farine plus pure du Comité national serve exclusivement: *a*) à la fabrication, dans les entreprises agréées exceptionnellement à cette fin par les Présidents des Commissions provinciales de la récolte, de pâtisserie ou autres produits analogues destinés aux malades ou aux personnes faibles; *b*) à la distribution de farine aux malades ou aux personnes failbles.

§ 3. Les infractions aux prescriptions du présent arrêté ou aux dispositions réglementaires dont il fera l'objet, tomberont sous l'application des peines prévues au § 9 de l'arrêté concernant la mouture et le transport des céréales destinées à la panification (Bull. off. des l. et arr., p. 2401).

Bruxelles, le 22 mai 1917.
Z. E. K. 2206/17.

OBSERVATIONS.

Le § 2 *de l'arrêté du* 13 *avril* 1917 (*Bull. off. des l. et arr., p.* 3577) *est rédigé de la manière suivante*:

Par dérogation au § 4 de mon arrêté du 8 juillet 1916 concernant la mouture et le transport des céréales destinées à la panification (Bull. off. des l. et arr., p. 2401) et sur

la proposition de la Commission centrale de la récolte (Zentral-Ernte-Kommission), j'ai fixé, jusqu'à nouvel ordre, à 97 % au moins le rendement de la mouture du blé indigène ou importé. Ce pourcentage signifie que tout le blé doit être moulu intégralement sans que le son soit séparé. Le pourcentage déterminé par le présent arrêté est aussi applicable au blé des producteurs qui est destiné à leur alimentation ainsi qu'à celle de leur famille et de leur personnel.

Les moulins admis à moudre le blé répondent de l'observation du rendement prescrit.

Le § 9 *de l'arrêté du* 8 *juillet* 1916 (*Bull. off. des l. et arr.*, *p.* 2401) *est rédigé comme suit*:

Quiconque aura enfreint les prescriptions du présent arrêté ou ses dispositions réglementaires, quiconque notament aura négligé de faire la déclaration prescrite au § 3, sera passible d'une peine d'emprisonnement de 5 ans au plus ou d'une amende pouvant atteindre 20.000 marcs. Ces deux peines pourront aussi être réunies. En outre, on pourra prononcer la confiscation des appareils destinés à moudre le grain qui n'auront pas été déclarés, auront été utilisés ou mis en vente illicitement, de même que la confiscation des céréales moulues dont la mouture était prohibée.

Lesdites infractions seront jugées par les commandants ou les tribunaux militaires allemands.

Verordening ***

betreffende den maalgraad.

In uitvoering van § 4 mijner Verordening van 8 Juli 1916, betreffende de Oogstkommissies (Ernte-Kommissionen) (Wet- en Verordeningsblad, bl. 2391/92) en in aanvulling mijner Verordening van 13 April 1917, betreffende de

verhooging van den maalgraad (Wet en Verordeningsblad, bl. 3577), bepaal ik het navolgende :

§ 1. De voorgeschreven vaststelling van den maalgraad geldt niet voor het koren, dat uitsluitend voor het gebruik in het Etappen- en Operatiegebied gemalen wordt. Het Nationaal Komiteit moet aan de bevoegde provinciale Oogstkommissies (Provinzial-Ernte-Kommissionen) de molenaars bekendmaken, die gerechtigd zouden zijn van deze uitzonderingsbepaling gebruik te maken, Deze zijn aan een nauwkeurig toezicht van de provinciale Oogstkommissies onderworpen. Dit toezicht zal uitgeoefend worden overeenkomstig de onderrichting, die de Centrale Oogstkommissie (Zentral-Ernte-Kommission) te dien einde zal geven.

§ 2. De Voorzitters van de provinciale Oogstkommissies, die op grond van § 4 der Verordening van 6 Oktober 1916, houdende verbod om banketbakkerijwaren te bakken (Wet- en Verordeningsblad, bl. 2794/95), het recht hebben aan fabrieken, welke gebak voor zieke en zwakke personen maken, uitzonderingen toe te staan op het verbod om banketbakkerijwaren te bakken, zijn gemachtigd, met het oog op de vervaardiging van zulk gebak of op de rechtstreeksche levering van meel aan zieke of zwakke personen, aan de molens te dien einde door het Nationaal Komiteit aangeduid, vergunning te geven om op een geringeren dan den bij Verordening van 13 April 1917 vastgestelden maalgraad te malen. Het Nationaal Komiteit moet de hoeveelheden koren, die in de bedoelde molens voor een fijner gemaal noodig zijn, ter beschikking stellen van de bevoegde provinciale Oogstkommissies. De provinciale Oogstkommissies hebben er voor te zorgen, dat het op last van het Nationaal Komiteit fijner gemalen meel, enkel en alleen gebruikt wordt om er, in de door de Voorzitters van de provinciale Oogstkommissies bij wijze van uitzondering toegelaten bakkerijbedrijven, gebak van te maken voor zieke of zwakke personen, ofwel om als meel aan zieke of zwakke personen te worden afgeleverd.

§ 3. Overtredingen van deze Verordening en van de daartoe uit te vaardigen uitvoerbepalingen worden gestraft met de straffen, vastgesteld in § 9 van de Verordening over het malen en vervoeren van koren (Wet en Verordeningsblad, bl. 2401).

Brussel, den 22n Mei 1917.
Z. E. K. 2206/17.

Bemerking,

§ 2 van de Verordening van 13 April 1917 (Wet- en Verordeningsblad, bl. 3577) luidt:

Onder wijziging van § 4 mijner Verordening van 8 Juli 1916, over het malen en vervoeren van koren (Wet- en Verordeningsblad, bl. 2401), stel ik, op voorstel van de Centrale Oogstkommissie (Zentral- Ernte-Kommission), den maalgraad zoowel voor inheemsch als voor ingevoerd koren tot nader bericht vast op ten minste 97 %. Deze maalgraad is zoo te verstaan, dat al het koren, met de zemelen, ten volle moet worden uitgemalen. De vastgestelde maalgraad geldt eveneens voor het koren, dat voor de voeding van de verbouwers zelf dient.

De molens, die de toelating hebben om koren te malen, zijn verantwoordelijk voor het nakomen van bovenstaand voorschrift betreffende den maalgraad.

§ 9 van de Verordening van 8 Juli 1916 (Wet- en Verordeningsblad, bl. 2401) luidt:

Wie de bepalingen dezer Verordening en de daartoe uitgevaardigde uitvoeringsbepalingen overtreedt, of de onder § 2 voorgeschreven aangifte verzuimt, wordt met ten hoogste 5 jaar gevangenis of met ten hoogste 20,000 mark boete gestraft. Ook kan boete en gevangenzitting tegelijk worden uitgesproken. Bij verheling en ongeoorloofde benuttiging of tekoopstelling van maaltoestellen, evenals bij het ongeoorloofd malen van koren, kan bovendien verbeurdverklaring worden uitgesproken.

De Duitsche krijgsbevelhebbers en krijgsrechtbanken zijn tot oordeelvellen bevoegd.

2.

BEKANNTMACHUNG. ***

Auf Grund meiner Verordnung vom 8. Juli 1916, betreffend die Ernte-Kommissionen, sowie der dazu am 8. Juli 1916 erlassenen Ausführungsbestimmungen habe ich auf Vorschlag der Zentral-Ernte-Kommission die Höchstpreise für den Verkauf von erdroschenem Brotgetreide Mehl, Kleie und Brot bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

Für Weizen, ab Lager oder Mühle geliefert	Franken	49.91	für	100	kg.
Für Roggen, ab Lager oder Mühle geliefert	„	29.39	„	„	„
Fur Mengekorn, ab Lager oder Mühle geliefert ...	„	29.67	„	„	„
Für ungeschälten Spelz, ab Lager oder Mühle geliefert	„	26.23	„	„	„
Für Kleie, ab Mühle geliefert	„	21.50	„	„	„
Für Weizenmehl, den Bäckern oder Verbrauchern geliefert	„	56.45	„	„	„
Für Roggenmehl, den Bäckern oder Verbrauchern geliefert	„	35.30	„	„	„
Für Mengekornmehl, den Bäckern oder Verbrauchern geliefert	„	35.59	„	„	„
Für Weizenbrot, den Verbrauchern geliefert	„	—.50	„	1	kg.

Diese Höchstpreise treten am 15. Juni d. J. in Kraft.

Den Provinzial-Ernte-Kommissionen wird die Befugnis erteilt, für den Bezirk einzelner Gemeinden auf Antrag oder nach Anhörung der Bürgermeister je einen niedrigeren Höchstpreis für Brot, zu dessen Zubereitung Roggenmehl verwandt wird, festzusetzen.

Für die Verkäufe der Erzeuger von Brotgetreide an das Comité National de Secours et d'Alimentation bleiben die in den Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung, betreffend die Ernte-Kommissionen, vom 8. Juli 1916 festgesetzten Höchstpreise in Geltung.

Brüssel, den 25. Mai 1917.

Z. E. K. 2268/17.

Avis. ***

Comme suite à mon arrêté du 8 juillet 1916, concernant les Commissions de la récolte (Ernte-Kommissionen), et aux dispositions réglementaires du 8 juillet 1916 dudit arrêté, j'ai, sur la proposition de la Commission centrale de la récolte (Zentral-Ernte-Kommission), fixé, jusqu'à nouvel avis, les prix maxima suivants, applicables aux ventes de blé battu, farine, son et pain:

froment pris au dépôt ou au moulin	fr.	49.91	les	100	kg.
seigle pris au dépôt ou au moulin ..	„	29.39	„	„	„
méteil pris au dépôt ou au moulin ..	„	29.67	„	„	„
épeautre non pelé pris au dépôt ou au moulin	„	26.23	„	„	„
son pris au moulin	„	21.50	„	„	„
farine de froment livrée aux boulangers ou aux consommateurs	„	56.45	„	„	„
farine de seigle livrée aux boulangers ou aux consommateurs	„	35.30	„	„	„
farine de méteil livrée aux boulan-					

gers ou aux consommateurs	fr. 35.59	les 100 kg.
pain de froment livré aux consommateurs	„ —.50	le kg.

Ces prix maxima entreront en vigueur le 15 juin 1917.

Les Commissions provinciales de la récolte auront le droit, dans certaines communes, sur la demande du bourgmestre ou aprés avoir entendu ce dernier, d'abaisser le prix maximum du pain contenant de la farine de seigle.

Pour le blé vendu par les producteurs au Comité national de secours et d'alimentation, les prix maxima déterminés dans les dispositions réglementaires de l'arrêté du 8 juillet 1916, concernant les Commissions de la récolte (Ernte-Kommissionen), restent en vigueur.

Bruxelles, le 25 mai 1917.
Z. E. K. 2268/17.

Bekendmaking. ***

Op grond mijner Verordening van 8 Juli 1916 betreffende de Oogstkommissies, evenals der uitvoeringsbepalingen van 8 Juli 1916 tot deze Verordening, heb ik, op voorstel der Centrale Oogstkommisies (Zentral-Ernte-Kommission), de hoogste prijzen voor den verkoop van gedorscht koren, meel, zemelen en brood voorshands als volgt vastgesteld :

voor tarwe uit stapelplaats of molen geleverd	*frank 49.91*	*per 100 krg.*
voor rogge uit stapelplaats of molen geleverd	„ 29.39	„ „ „
voor masteluin uit stapelplaats of molen geleverd	„ 29.67	„ „ „
voor ongepelde spelt uit stapelplaats of molen geleverd ..	„ 26.23	„ „ „
voor zemelen uit den molen geleverd..................	„ 21.50	„ „ „

voor tarwemeel aan bakkers of verbruikers geleverd	*frank 56.45 per 100 kg.*
voor roggemeel aan bakkers of verbruikers geleverd	*„ 35.30 „ „ „*
voor masteluinmeel aan bakkers of verbruikers geleverd	*„ 35.59 „ „ „*
voor tarwebrood aan verbruikers geleverd............	*„ —.50 „ kgr.*

Deze hoogste prijzen worden op 15 Juni 1917 van kracht.

De provinciale Oogstkommissies (Provinzial-Ernte-Kommissionen) zijn bevoegd, voor de omschrijving van afzonderlijke gemeenten op verzoek of na raadpleging van de burgemeesters, telkens een lageren hoogsten prijs voor brood, tot het bereiden waarvan roggemeel wordt gebruikt, vast te stellen.

Voor den verkoop van koren door de voortbrengers aan het Nationaal Hulp- en Voedingskomiteit, blijven de hoogste prijzen, vastgesteld in de uitvoeringsbepalingen tot de Verordening van 8 Juli 1916, betreffende de Oogstkommissies, van kracht.

Brussel, den 25n Mei 1917.
Z. E. K. 2268/17.

No. 352. — 1. JUNI 1917. Pag. 3785

VERORDNUNG
betr. die Kreisschulinspektor-Prüfung.

Artikel 8 der Königlichen Verordnung vom 1. Februar 1896 (*Mon. belge, S.* 500) erhält folgende Fassung:

Artikel 8. Die Prüfung kann nach Wahl des Prüflings abgelegt werden:

1. ausschliesslich in französischer Sprache,
2. ausschliesslich in vlämischer Sprache,

3. ausschliesslich in deutscher Sprache,

4. in französischer Sprache mit Ergänzungsprüfung über vlämisch oder deutsch,

5. in vlämischer Sprache mit Ergänzungsprüfung über französisch oder deutsch,

6. in deutscher Sprache mit Ergänzungsprüfung über französisch oder vlämisch.

Brüssel, den 23. Mai 1917.
C. C. III*a* 3451.

Arrêté

concernant l'examen d'inspecteur cantonal de l'enseignement primaire.

L'article 8 de l'arrêté royal du 1er février 1896 (*Moniteur belge*, p. 500) est rédigé comme suit:

Article 8. Au choix de l'aspirant, les épreuves ont lieu d'une des manières suivantes:

1. Exclusivement en français;
2. Exclusivement en flamand;
3. Enclusivement en allemand;
4. En français, avec une épreuve complémentaire portant sur le flamand ou sur l'allemand;
5. En flamand, avec une épreuve complémentaire portant sur le français ou sur l'allemand;
6. En allemand, avec une épreuve complémentaire portant sur le français ou sur le flamand.

Bruxelles, le 23 mai 1917.
C. C. III*a* 3451.

Verordening

betreffend het examen voor kantonnaal schoolopziener,

Artikel 8 van het koninklijk besluit van 1 Februari 1896 (Staatsblad, bl. 500) luidt voortaan als volgt:

Artikel 8. Het examen kan naar keuze van den mededinger afgelegd worden :

1. uitsluitend in de Fransche taal,

2. uitsluitend in de Vlaamsche taal,

3. uitsluitend in de Duitsche taal,

4. in de Fransche taal, met een aanvullend examen loopende over de Vlaamsche of de Duitsche taal,

5. in de Vlaamsche taal, met een aanvullend examen loopende over de Fransche of de Duitsche taal,

6. in de Duitsche taal, met een aanvullend examen loopende over de Fransche of de Vlaamsche taal.

Brussel, den 23n Mei 1917.
*C. C. III*a *3451.*

UNIVERSITÄT GENT.

BEKANNTMACHUNG.

Im Laufe des Monats Juli werden an der Universität Gent Prüfungen zur Erlangung der gesetzmässigen akademischen Grade abgehalten werden.

Man kann sich vom 1. bis zum 15. Juni alle Werktage von 11 bis 12 Uhr im Sekretariat der Universität (Lange Meire) einschreiben lassen.

Auch briefliche Einschreibungen sind zulässig, doch müssen in diesem Falle die vorschriftsmässigen Gebühren zugleich eingesandt werden.

Gent, den 21. Mai 1917.
C. C. III*b* 2282.

UNIVERSITÉ DE GAND.

Avis.

Dans le courant du mois de juillet, une session d'exa-

mens pour l'obtention des grades académiques légaux sera ouverte à l'Université de Gand.

Les inscriptions seront reçues au secrétariat de l'Université (rue longue du marais) du 1er au 15 juin, tous les jours de la semaine, dimanche excepté de 11 heures à midi.

On peut également demander son inscription par lettre, pourvu que la demande soit accompagnée du montant des frais d'inscription.

Gand, le 21 mai 1917.
C. C. III*b* 2282.

HOOGESCHOOL TE GENT.

Bekendmaking.

In den loop der maand Juli a.s. zal een zitting geopend worden ter afneming van examens tot bekomen der wettelijke academische graden.

Men kan zich laten inschrijven op het secretariaat der Hoogeschool (lange Meire), van 1 tot 15 Juni, alle werkdagen van 11 tot 12 ure.

Inschrijvingen per brief worden aanvaard, indien men bij de aanvraag het bedrag der inschrijving voegt.

Gent, den 21n Mei 1917.
*C. C. III*b *2282.*

1.

No. 353. — 4. JUNI 1917. Pag. 3801

VERORDNUNG,

betreffend Vollzug des Kontributionsauflagebefehls vom 21. Mai 1917.

Die Provinzialräte der sämtlichen neun Provinzen Belgiens haben in der auf den 2. Juni 1917 anberaumten aus-

serordentlichen Tagung nicht die Beschlüsse gefasst, die die Aufbringung der Mittel zur Bezahlung der der belgischen Bevölkerung durch Befehl vom 21. Mai 1917 auferlegten Kriegskontribution sicherstellen. Durch dieses Verhalten der Provinzialräte ist das öffentliche Interesse verletzt. Es werden daher die Beschlüsse, soweit solche gefasst sind, gemäss Artikel 89 des Provinzialgesetzes vom 30. April 1836 aufgehoben und die Gouverneure der Provinzen Antwerpen, Brabant, Hennegau, Limburg, Lüttich, Luxemburg und Namen zusammen mit den dortigen Präsidenten der Zivilverwaltung, für die Provinzen Ost- und Westflandern die dortigen Präsidenten der Zivilverwaltung allein, mit verbindlicher Kraft für jeweils ihre Provinz zu folgenden Massnahmen ermächtigt:

1. solidarisch mit den anderen Provinzen

a) die notwendigen Vereinbarungen wegen der Bezahlung der Kriegskontribution, die der belgischen Bevölkerung durch Befehl vom 21. Mai 1917 auferlegt worden ist, für die Dauer von sechs Monaten zu treffen und hierzu gegebenenfalls ein Darlehen aufzunehmen;

b) wegen der Verzinsung und Rückzahlung dieses Darlehens sowie wegen der Verzinsung der dritten Kontributionsanleihe die notwendigen Vereinbarungen zu treffen und nötigenfalls hierfür ein Darlehen aufzunehmen;

2. die erforderlichen Urkunden zu zeichnen.

Brüssel, den 3. Juni 1917.

C. C. II*b* 1800.

Arrêté

concernant l'exécution de l'ordre du 21 mai 1917 imposant une contribution de guerre.

Les conseils provinciaux des neuf provinces de Belgique

n'ont pas, dans leur session extraordinaire du 2 juin 1917, pris les résolutions nécessaires pour assurer le règlement de la contribution de guerre imposée à la population belge par ordre du 21 mai 1917. Par cet acte, ils ont blessé l'intérêt général. Pour ces motifs, les résolutions qui ont été prises par les Conseils provinciaux sont annulées, conformément à l'article 89 de la loi provinciale du 30 avril 1836, et les Gouverneurs des provinces d'Anvers, de Brabant, de Hainaut, de Limbourg, de Liège, de Luxembourg et de Namur, de concert avec les Présidents compétents de l'administration civile (Präsidenten der Zivilverwaltung), ou bien, dans les provinces de Flandre orientale et de Flandre occidentale, les Présidents de l'administration civile, seuls, sont autorisés à prendre, chacun pour sa province, les mesures désignées ci-après, qui seront obligatoires:

1) conclure solidairement avec les autres provinces

a) les contrats nécessaires en vue d'assurer, pendant six mois, le paiement de la contribution de guerre imposée à la population belge par ordre du 21 mai 1917 et, le cas échéant, contracter dans ce but un emprunt;

b) les contrats nécessaires en vue d'assurer le paiement des intérêts et le remboursement de cet emprunt ainsi que le paiement des intérêts du troisième emprunt de contribution de guerre et, le cas échéant contracter dans ce but un emprunt;

2) signer les documents nécessaires.

Bruxelles, le 3 juin 1917.

C. C. II*b* 1800.

Verordening,

betreffende de uitvoering van het bevel van 21 Mei, 1917 waarbij een krijgsbelasting werd opgelegd.

De provincieraden der 9 provincies van België hebben in

hun buitengewonen zittijd belegd op 2 Juni 1917, de besluiten, die het opbrengen verzekeren van de middelen ter betaling der bij bevel van 21 Mei 1917 aan de Belgische bevolking opgelegde krijgsbelasting, niet genomen. Deze hun handeling is in strijd met de openbare belangen. Om die reden worden de besluiten, zoover die genomen zijn, overeenkomstig artikel 89 der provinciale wet van 30 April 1836 opgeheven, en zijn de Gouverneurs der provincie Antwerpen, Brabant, Henegouw, Limburg, Luik, Luxemburg en Namen samen met de Voorzitters van het burgerlijk bestuur (Präsidenten der Zivilverwaltung) aldaar, voor de provincies Oost- en Westvlaanderen de Voorzitters van het burgerlijk bestuur aldaar alleen, met bindende kracht, elk wat zijn provincie betreft, gemachtigd tot het nemen van onderstaande maatregelen :

1. solidair met de andere provincies

a) *voor den duur van zes maanden de noodige maatregelen te treffen met het oog op de betaling van de krijgsbelasting, die de Belgische bevolking bij bevel van 21 Mei 1917 opgelegd werd, en desnoods daartoe een leening aan te gaan ;*

b) *de noodige maatregelen te treffen, met het oog op de betaling der intresten en op de delging dezer leening, alsook met het oog op de betaling der intresten van de derde krijgsbelastingsleening en desnoods daartoe een leening aan te gaan ;*

2. de noodige oorkonden te onderteekenen.

Brussel, den 3n Juni 1917.

*C. C. II*b *1800.*

2.

VERFÜGUNG.

Art. 1. Auf Vorschlag der medizinischen Fakultät der Universität Gent wird, um eine eingehendere Ausbildung

der Studierenden der Medizin in einem der wichtigsten praktischen Zweige ihres Berufes zu gewährleisten, an dieser Universität eine

Poliklinik für Geburtshilfe

eingerichtet.

Art. 2. Diese Klinik dient in Ergänzung der Aufgaben der Frauenklinik der häuslichen Behandlung gebärender Frauen und der ärztlichen Fürsorge für ihre Säuglinge.

Art. 3. Der Verwaltungschef wird beauftragt, das zur Durchführung dieser Verfügung erforderliche zu veranlassen.

Brüssel, den 16. Mai 1917.
C. C. III*b* 2220.

Arrêté.

Art. 1er. Sur la proposition de la faculté de médécine de l'Université de Gand et en vue de permettre aux étudiants en médecine d'approfondir leurs connaissances dans une des branches pratiques les plus importantes de leur future profession, il est crée à cette université une

policlinique obstétricale.

Art. 2. Cette clinique, qui complètera la mission de la clinique gynécologique, s'occupera du traitement à domicile des femmes en couche et des soins médicaux à donner aux nouveau-nés.

Art. 3. Le Chef de l'Administration civile (Verwaltungs chef) est chargé de prendre les mesures nécessaires pour l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 16 mai 1917.
C. C. III*b* 2220.

BESCHIKKING.

Art. 1. Ten einde de studenten in de geneeskunde in staat te stellen een der belangrijkste praktische takken van hun toekomend beroep grondiger aan te leeren, wordt, op voorstel van de geneeskundige fakulteit der hoogeschool te Gent, aan deze hoogeschool een

Verloskundige polikliniek

opgericht.

Art. 2. Deze kliniek, die de taak van de vrouwenkliniek zal aanvullen, zal zich belasten met de behandeling aan huis van kraamvrouwen en met het verstrekken van geneeskundige zorgen aan haar zuigelingen.

Art. 3. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) is gelast de noodige maatregelen met het oog op de uitvoering van deze beschikking te treffen.

Brussel, den 16n Mei 1917.
*C. C. III*b *2220.*

3.

VERORDNUNG

über die Errichtung einer Hochschule für Handelswissenschaften an der Staatsuniversität Gent.

Art. 1. Die gemäss königlichem Beschluss vom 11. Oktober 1906 an die juristische Fakultät der Universität Gent angeschlossene Spezialschule für Handel wird in eine an die Unviersität angeschlossene Hochschule für Handelswissenschaften umgewandelt.

Art. 2. Die Unterrichtssprache ist das Niederländische. Beim Unterricht in den modernen Sprachen können aber diese Sprachen selbst gebracht werden.

Art. 3. Der Unterricht umfasst:

Moderne Sprachen;

Handelstechnik, Buchhaltung, Handelsarithmetik,

Geld- und Bankwesen, Praktische Kontorübungen, Verkehrswesen;

Allgemeine und Wirtschaftsgeographie, Völkerkunde, Warenkunde, Geschichte des Handels und der Industrie, Kolonialgeschichte. Diplomatische Geschichte;

Nationalökonomie, Handelspolitiek, Finanzwissenschaft, Statistik, Versicherungswesen, Kolonialwirtschaft;

Grundbegriffe des Rechts, Staatsrecht, Verwaltungsrecht, Völkerrecht, Internationales Privatrecht, Handels- und Schiffahrtsrecht, Gewerbegesetzgebung, Soziale Gesetzgebung, Zollgesetzgebung, Konsulargesetzgebung, Kolonialgesetzgebung;

Methodologie des Handelsunterrichts, Hygiene.

Weitere Unterrichtsgegenstände können auf Vorschlag des Lehrerrates der Hochschule durch das Ministerium für Wissenschaft und Kunst in den Lehrplan aufgenommen werden.

Die Unterrichtspläne unterliegen der Bestätigung des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst.

Art. 4. Die Hochschule für Handelswissenschaften verleiht die akademischen Grade und Diplome als

1. Lizentiat der Handelswissenschaften,
2. Lizentiat höheren Grades der Handelswissenschaften,
3. Lizentiat der Handels- und Konsularwissenschaften
4. Lizentiat der Handels- und Kolonialwissenschaften,
5. Lizentiat der Handels- und Finanzwissenschaften,
6. Doktor der Handelswissenschaften.

Art. 5. Das Diplom eines Lizentiaten der Handelswissenschaften wird nach einem, dem hierfür aufgestellten Unterrichtsprogramm entsprechenden Studium von mindestens zwei Jahren erteilt auf Grund einer in zwei Abschnitten abzulegenden Prüfung.

Das Diplom eines Lizentiaten höheren Grades der

Handelswissenschaften, eines Lizentiaten der Handels- und Konsularwissenschaften, eines Lizentiaten der Handels- und Kolonialwissenschaften oder eines Lizentiaten der Handels- und Finanzwissenschaften wird einem Lizentiaten der Handelswissenschaften nach einem weiteren, dem hierfür aufgestellten Unterrichtsprogramm entsprechenden Studium von mindestens einem Jahr erteilt auf Grund einer in einem Abschnitt abzulegenden Prüfung.

Das Diplom eines Doktors der Handelswissenschaften wird einem Lizentiaten der in Artikel 4, Ziffer 2—5, erwähnten Kategorien nach weiteren, mindestens einjährigen Studien auf Grund einer Dissertation und einer anschliessenden Prüfung verliehen.

Art. 6. Der Unterricht an der Hochschule für Handels wissenschaften wird von den Professoren und Dozente der Hochschule selbst und von Professoren und Dozenten der Fakultäten der Universität sowie der übrigen, der Universität angegliederten Schulen erteilt.

Lehrauftrag und Gehalt der Professoren und Dozenten der Hochschule für Handelswissenschaften werden in den Ernennungsdekreten festgesetzt.

Daneben werden Hauptassistenten, Assistenten und technische Hilfskräfte nach Bedarf angestellt.

Ausserdem können zu einzelnen Vorträgen auch ausserhalb der Hochschule stehende Männer von besonderem Verdienst auf dem Gebiete der Wissenschaft oder der Technik herangezogen werden.

Art. 7. An die Hochschule für Handelswissenschaften werden je nach der Vorbildung und dem Zweck ihres Studiums aufgenommen:

a) ordentliche Studierende,
b) freie Studierende,
c) Zuhörer.

Nur die ordentlichen Studierenden werden zu den in

Artikel 5 bezeichneten Diplomprüfungen zugelassen.

Art. 8. Besondere Bestimmungen werden ergehen:

1. über die Lehrkräfte der Hochschule, über die Leitung der Hochschule und über die Beziehungen der Hochschule zur Universität;

2. über die Rechte und Pflichten der Studierenden;

3. über die Aufnahmebedingungen und die Aufnahmeprüfungen;

4. über die Prüfungen zur Erlangung der akademischen Grade und über der Form der Zeugnisse und Diplome;

5. über die Gebühren für den Besuch der Hochschule und für die Prüfungen;

6. über das Verwaltungspersonal.

Brüssel, den 23. Mai 1917.

C. C. III*b* 2229.

Arrêté

relatif à la fondation d'une Ecole Supérieure de Sciences Commerciales annexée à l'Université de l'Etat à Gand.

Art. 1er. L'Ecole Spéciale de Commerce, annexée à la Faculté de droit de l'Université de Gand, en vertu de l'Arrêté Royal du 11 octobre 1906, est transformée en une Ecole Supérieure de Sciences Commerciales annexée à l'Université de Gand.

Art. 2. Les cours se font en néerlandais. Toutefois, dans l'enseignement des langues modernes, l'emploi de la langue enseignée est autorisé.

Art. 3. L'enseignement comprend:

Les Langues modernes;

La technique des affaires, la Comptabilité, l'Arithmétique commerciale, les Opérations financières, le Bureau commercial pratique, l'Outillage et les Transports;

La Géographie, la Géographie économique, l'Ethnographie, les Produits industriels et commerçables, l'Histoire du commerce et de l'industrie, l'Histoire coloniale, l'Histoire diplomatique;

L'Economie politique, la Politique commerciale, la Science financière, la Statistique, les Assurances, l'Economie coloniale;

Les Principes généraux du droit, le Droit constitutionnel, le Droit administratif, le Droit international public et privé, le Droit commercial et le Droit maritime, la Législation industrielle, la Législation sociale, la Législation douanière, la Législation consulaire, la Législation coloniale;

La Méthodologie de l'enseignement des sciences commerciales, l'Hygiène.

Sur la proposition du Conseil des professeurs de l'Ecole, d'autres matières pourront être inscrites au programme par le Ministère des Sciences et des Arts.

Les programmes des courts son soumis à l'approbation du Ministère des Sciences et des Arts.

Art. 4. L'Ecole Supérieure des Sciences Commerciales peut conférer les gardes académiques et diplômes:

1. De Licencié en sciences commerciales,
2. De Licencié du degré superieur en sciences commerciales,
3. De Licencié en sciences commerciales et consulaires,
4. De Licencié en sciences commerciales et coloniales,
5. De Licencié en sciences commerciales et financières;
6. De Docteur en sciences commerciales.

Art. 5. Le diplôme de licencié en sciences commerciales est conféré après au moins deux années d'études accomplies conformément au programme prescrit et à la suite d'un examen subi en deux épreuves.

Le diplôme de licencié du degré supérieur en sciences commerciales, de licencié en sciences commerciales et con-

sulaires, de licencié en sciences commerciales et coloniales, ou de licencié en sciences commerciales et financières est conféré au licencié en sciences commerciales après au moins une année d'études accomplies conformément au programme prescrit et à la suite d'un examen subi en une épreuve.

Pour obtenir le dipôme de docteur en sciences commerciales, les licenciés mentionnés à l'article 4 nos 2 à 5 doivent, après une année d'études au moins, présenter une dissertation et subir un examen qui s'y rattache.

Art. 6. L'enseignement à l'Ecole Supérieure de Sciences Commerciales est donné par les professeurs et les chargés de cours de l'Ecole elle-même et par des professeurs et des chargés de cours des facultés de l'Université ainsi que des autres écoles annexées à l'Université.

Les attributions et le traitement des professeurs et des chargées de cours de l'Ecole Supérieure de Sciences Commerciales sont déterminés dans les arrêtés de nomination.

Suivant les besoins de l'enseignement il est nommé de plus des chefs de travaux, des assistants et des aides techniques.

En outre des hommes d'un mérite spécial, soit dans le domaine de la science, soit dans le domaine de la technique mais qui ne sont pas attachés à l'Ecole, peuvent être chargés de conférences.

Art. 7. Sont admis à suivre les cours de l'Ecole supérieure de Sciences Commerciales d'après le degré de leur instruction et le but de leurs études:

a) des élèves réguliers,

b) des élèves libres,

c) des auditeurs.

Seuls les élèves réguliers peuvent se présenter aux examens prévus à l'article 5.

Art. 8. Des arrêtés spéciaux régleront ce qui concerne:

1. Le personnel enseignant de l'Ecole, la direction de

l'Ecole ainsi que les rapports de l'Ecole avec l'université;
2. Les droits et les devoirs des élèves;
3. Les conditions d'admission et les examens d'entrée;
4. Les examens pour obtention des grades académiques et les formules des certificats et diplômes;
5. Les frais d'inscription à l'Ecole ainsi que les frais d'examens;
6. Le personnel administratif.

Bruxelles, le 23 mai 1917.
C. C. III*b* 2229.

VERORDENING

betreffende de inrichting eener Hoogere School voor Handelswetenschap bij 's Rijks Universiteit te Gent.

Art. 1. De Bijzondere Handelsschool, die krachtens Koninklijk Besluit van 11 Oktober 1906, bij de Faculteit der Rechtsgeleerdheid van de Universiteit te Gent, bestond, wordt heringericht als een Hoogere School voor Handelswetenschap bij de Universiteit te Gent.

Art. 2. Het onderwijs wordt in het Nederlandsch gegeven. Bij het onderwijs in de moderne talen kunnen echter die talen zelf gebruikt worden.

Art. 3. Tot het onderwijs behooren de volgende vakken :

Moderne talen ;

Handelstechniek, Boekhouden, Handelsrekenen, Geld- en Bankwezen ;

Practische kantooroefeningen, Verkeerswezen ;

Aardrijkskunde, Economische Aardrijkskunde, Volkenkunde, Warenkennis, Geschiedenis van Handel en Nijverheid, Geschiedenis der Kolonisatie, Diplomatische Geschiedenis ;

Staathuishoudkunde, Handelspolitiek, Financieweten-

schap, Statistiek, Verzekeringswetenschap, Koloniaalhuishoudkunde ;

Hoofdbegrippen van het Recht, Staatsrecht, Bestuurlijk Recht, Volkenrecht, Internationaal Privaatrecht, Handels- en zeevaartsrecht, Nijverheidswetgeving, Sociale Wetgeving, Tolwetgeving, Consulaire Wetgeving, Koloniale Wetgeving;

Methodologie van het Onderwijs in de Handelswetenschap, Gezondheidsleer.

Daarenboven kan, op voorstel van den Raad van professoren der School, het onderwijs in andere vakken worden ingericht door het Ministerie van Wetenschappen en Kunsten.

De programma's der lessen zijn aan de goedkeuring van het Ministerie van Wetenschappen en Kunsten onderworpen.

Art. 4. De Hoogere School voor Handelswetenschap verleent de academische graden en diplomas van :

1. Licentiaat in de handelswetenschap,

2. Licentiaat van den hoogeren graad in de handelswetenschap,

3. Licentiaat in de handels- en consulaire wetenschap,

4. Licentiaat in de handels- en koloniale wetenschap,

5. Licentiaat in de handels- en financiewetenschap,

6. Doctor in de handelswetenschap.

Art. 5. Het diploma van licentiaat in de handelswetenschap wordt verleend na ten minste twee jaren studie, volgens het daartoe vastgestelde programma en na het afleggen van een examen dat in twee gedeelten afgenomen wordt.

Het diploma van licentiaat van den hoogeren graad in de handelswetenschap, van licentiaat in de handels- en consulaire wetenschap, van licentiaat in de handels- en koloniale wetenschap, of van licentiaat in de handels- en financiewetenschap wordt aan den licentiaat in de handelswetenschap verleend na minstens nog een jaar studie, volgens het daartoe vastgestelde programma en na het afleggen van een examen dat in eens afgenomen wordt.

Het diploma van doctor in de handelswetenschap wordt aan de licentiaten, vermeld in artikel 4 onder de Nrs. 2 tot 5, verleend, na ten minste een jaar studie, het voorleggen van een proefschrift en het afleggen van een daarbij behoorend examen.

Art. 6. Het onderwijs der Hoogere School voor Handelswetenschap wordt gegeven door de professoren en docenten der School zelf en door professoren en docenten van de Faculteiten der Universiteit, alsmede van andere bij de Universiteit bestaande scholen.

De bevoegdheid en de jaarwedde van de professoren der Hoogere School voor Handelswetenschap worden bij hunne benoeming vastgesteld.

Verder worden, naar behoefte, hoofdassistenten, assistenten en technische hulpkrachten aangesteld.

Ook kunnen mannen met bijzondere verdienste op wetenschappelijk of technisch gebied, die niet tot de School behooren, met het houden van voordrachten belast worden.

Art. 7. De Hoogere School voor Handelswetenschap aanvaardt, al naar gelang van hunne ontwikkeling en van het doel hunner studiën :

a) *gewone leerlingen,*

b) *vrije leerlingen.*

c) *toehoorders.*

De gewone leerlingen alleen worden toegelaten tot de examens voorzien bij artikel 5.

Art. 8. Afzonderlijke verordeningen zullen uitgevaardigd worden aangaande :

1. De leerkrachten der School, het bestuur der School, de betrekkingen van de School met de Universiteit ;

2. De rechten en plichten der leerlingen ;

3. De voorwaarden tot aanvaarding en de toegangsexamens ;

4. De examens tot het verkrijgen der academische graden en de formulieren der getuigschriften en diplomas ;

5. De kosten voor het bezoek der School en voor het afleggen der examens ;

6. Het beheerpersoneel,

Brussel, den 23n Mei 1917.
*C. C. III*b *2229.*

4.

VERORDNUNG

über die Errichtung einer Hochschule für Landwirtschaft und Gartenbau an der Staatsuniversität Gent.

Art. 1. Unabhängig von den auf Grund des organischen Gesetzes vom 4. April 1890 bestehenden landwirtschaftlichen Unterrichtsanstalten wird eine Hochschule für Landwirtschaft und Gartenbau errichtet und an die Universität Gent angeschlossen.

Art. 2. Die Unterrichtssprache ist das Niederländische. Beim Unterricht in den modernen Sprachen können aber diese Sprachen selbst gebraucht werden.

Art. 3. Der Unterricht umfasst:

Botanik, Zoologie, Mikrobiologie, Vererbungslehre, Pflanzenkrankheiten und Pflanzenschutz, Allgemeine und Agrikulturchemie, Physik, Meteorologie und Klimatologie, Geologie, Mineralogie, Geographie, Physikalische Geographie, Pflanzengeographie, Mathematik; Allgemeine Pflanzenbaulehre, Spezielle landwirtschaftliche Pflanzenbaulehre, Obst- und Gemüsebau, Blumenzucht, Landschaftsgärtnerei, Forstbau;

Allgemeine und spezielle Tierzuchtlehre, Tierformen und Beurteilungslehre, Seuchenlehre und Hygiene;

Kulturtechnik, Landwirtschaftliche und gärtnerische Maschinenlehre, Landmesskunde, Landwirtschaftliche und gärtnerische Baukunde, Aesthetik, Naturschutz;

Landwirtschaftliche und gärtnerische Technologie;

Landwirtschaftliche und gärtnerische Betriebslehre, Schätzungslehre, Pflanzenhandel, Buchhaltung;

Geschichte der Landwirtschaft und des Gartenbaus;

Volkswirtschaftslehre, Genossenschaftswesen;

Landwirtschaftsrecht;

Moderne Sprachen;

Methodologie des landwirtschaftlichen und gärtnerischen Unterrichts.

Weitere Unterrichtsgegenstände können auf Vorschlag des Lehrerrates der Hochschule durch das Ministerium für Wissenschaft und Kunst in den Lehrplan aufgenommen werden.

Die Unterrichtspläne unterliegen der Bestätigung des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst.

Die Hochschule für Landwirtschaft und Gartenbau verleiht die akademischen Grade und Diplome als

1. Landbauingenieur,
2. Gartenbauingenieur.

Weiterhin kann ein Spezialdiplom den bezeichneten Ingenieuren auf Grund besonderer Studien auf den Gebieten der angewandten Naturwissenschaften, der Landwirtschaft oder des Gartenbaues verliehen werden.

Art. 5. Das Diplom eines Landbauingenieurs wird nach einem, dem hierfür aufgestellten Unterrichtsprogramm entsprechenden Studium von mindestens drei Jahren erteilt auf Grund einer in drei Abschnitten abzulegenden Prüfung.

Das Diplom eines Gartenbauingenieurs wird nach einem, dem hierfür aufgestellten Unterrichtsprogramm entsprechenden, vorbereitenden Studium von einem Jahr und akademischem Studium von mindestens zwei Jahren erteilt auf Grund einer in drei Abschnitten abzulegenden Prüfung.

Das Spezialdiplom wird nach mindestens einjährigen besonderen Studien auf Grund einer ungeteilt abzulegenden Prüfung verliehen.

Art. 6. Der Unterricht an der Hochschule für Landwirtschaft und Gartenbau wird von den Professoren und Dozenten der Hochschule selbst und von Professoren und Dozenten der Fakultäten der Universität sowie der übrigen ihr angegliederten Schulen erteilt.

Lehrauftrag und Gehalt der Professoren und Dozenten der Hochschule für Landwirtschaft und Gartenbau werden in den Ernennungsdekreten festgesetzt.

Daneben werden Hauptassistenten, Assistenten und technische Hilfskräfte nach Bedarf angestellt.

Asserdem können zu einzelnen Vorträgen ausserhalb der Hochschule stehende Männer von besonderem Verdienst auf dem Gebiet der Wissenschaft oder der Technik herangezogen werden.

Art. 7. An der Hochschule für Landwirtschaft und Gartenbau werden je nach der Vorbildung und dem Zweck des Studiums aufgenommen:

a) ordentliche Studierende,

b) freie Studierende,

c) Zuhörer.

Nur die ordentlichen Studierenden werden zu den in Artikel 5 bezeichneten Diplomprüfungen zugelassen.

Art. 8. Besondere Bestimmungen werden ergehen:

1. über die Lehrkräfte der Hochschule, über die Leitung der Hochschule und über die Beziehungen der Hochschule zur Universität;

2. über die Rechte und Pflichten der Studierenden;

3. über die Aufnahmebedingungen und die Aufnehmeprüfungen;

4. über die Prüfungen zur Erlangung der akademischen Grade und der Spezialdiplome sowie über die Form der Zeugnisse und Diplome;

5. über die Gebühren für den Besuch der Hochschule und für die Prüfungen;

6. über das Verwaltungspersonal.

Brüssel, den 23. Mai 1917.
C. C. III*b* 2230.

Arrêté

relatif à la fondation d'une Ecole Supérieure d'Agriculture et d'Horticulture annexée à l'Université de l'Etat à Gand.

Art. 1er. Indépendamment des établissements d'instruction agricole existant en vertu de la loi organique du 4 avril 1890, il est fondé une Ecole Supérieure d'Agriculture et d'Horticulture; cette Ecole est annexée à l'Université de Gand.

Art. 2. Les cours se font en néerlandais. Toutefois, dans l'enseignement des langues modernes, l'emploi de la langue enseignée est autorisé.

Art. 3. L'enseignement comprend:

La Botanique, la Zoologie, la Microbiologie, la Génétique, la Phytopathologie, la Chimie générale et agricole, la Physique, la Météorologie et la Climatologie, la Géologie, la Minéralogie, la Géographie la Géographie physique, la Géographie botanique, les Mathématiques;

Les Cultures générales, les Cultures spéciales des plantes agricoles, l'Arboriculture fruitière, la Culture maraichère, la Floriculture, l'Architecture des jardins, la Sylviculture;

La Zootechnie générale et spéciale, l'Extérieur, la Pathologie et l'Hygiène;

Le Génie rural, les Machines agricoles et horticoles, l'Arpentage et le Nivellement, les Constructions rurales et horticoles, l'Esthétique, la Protection de la nature;

La Technologie agricole et horticole;

L'Economie rurale et horticole, la Taxation, le Commerce horticole, la Comptabilité;

L'Histoire de l'agriculture et de l'horticulture;

L'Economie politique, l'Association et la Mutualité;

Le Droit rural et forestier;

Les langues modernes;

La Méthodologie de l'enseignement agricole et horticole.

Sur la proposition du Conseil des professeurs de l'Ecole, d'autres matières pourront être inscrites au programme par le Ministère des Sciences et des Arts.

Les programmes des cours sont soumis à l'approbation du Ministère des Sciences et des Arts.

Art. 4. L'Ecole Supérieure d'Agriculture et d'Horticulture peut conférer les grades académiques et diplômes suivants:

1. Ingénieur agricole,
2. Ingénieur horticole.

De plus un diplôme spécial peut être délivré aux titulaires d'un de ces grades à la suite d'études spéciales des sciences naturelles appliquées, de l'agriculture, de la sylviculture ou de l'horticulture.

Art. 5. Le diplôme d'Ingénieur agricole est conféré après au moins trois années d'études accomplies conformément au programme prescrit et à la suite d'un examen subi en trois épreuves.

Le diplôme d'Ingénieur horticole est après une année d'études préparatoires et au moins deux années d'études académiques accomplies conformément au programme prescrit, et à la suite d'un examen subi en trois épreuves.

Le diplôme spécial est délivré après au moins une année d'études spéciales à la suite d'un examen comprenant une épreuve.

Art. 6. L'enseignement à l'Ecole Supérieure d'Agriculture est donné par les professeurs et les chargés de cours

de l'Ecole elle-même et par des professeurs et des chargés de cours des facultés de l'Université ainsi que des autres écoles annexées à l'Université.

Les attributions et le traitement des professeurs et chargés de cours de l'Ecole Supérieure d'Agriculture et d'Horticulture sont déterminés dans les arrêtés de nomination.

Suivant les besoins de l'enseignement il est nommé de plus des chefs de travaux, des assistants et des aides techniques.

En outre, des hommes d'un mérite spécial, soit dans le domaine de la science, soit dans le domaine de la technique mais qui ne sont pas attachés à l'Ecole, peuvent être chargés de conférences.

Art. 7. Sont admis à suivre les cours de l'Ecole supérieure d'Agriculture et d'Horticulture d'après le degré de leur instruction et le but de leurs érudes:

a) des élèves réguliers,
b) des élèves libres,
c) des auditeurs.

Seuls les élèves réguliers peuvent se présenter aux examens prévus par l'article 5.

Art. 8. Des arrêtés spéciaux régleront ce qui concerne:

1. Le personnel enseignant de l'Ecole, la direction de l'Ecole ainsi que les rapports de l'Ecole avec l'Université;
2. Les droits et les devoirs des élèves;
3. Les conditions d'amission et les examens d'entrée;
4. Les examens pour obtention des grades académiques et des diplômes spéciaux ainsi que les formules des certificats et diplômes;
5. Les frais d'inscription à l'Ecole ainsi que les frais d'examens;
6. Le personnel administratif.

Bruxelles, le 23 mai 1917.
C. C. III*b* 2230.

Verordening

betreffende de oprichting eener Hoogere Land- en Tuinbouwschool bij 's Rijks Universiteit te Gent.

Art. 1. Buiten de krachtens de organieke wet van 4 April 1890 bestaande gestichten voor het onderwijs in de landbouwkunde, wordt, bij de Universiteit te Gent, eene Hoogere Land- en Tuinbouwschool opgericht.

Art. 2. Het onderwijs wordt in het Nederlandsch gegeven. Bij het onderwijs in de moderne talen kunnen echter die talen zelf gebruikt worden.

Art. 3. Tot het onderwijs behooren de volgende vakken :

Plantkunde, Dierkunde, Mikrobenleer, Erfelijkheidsleer, Plantenziekten, Algemeene Scheikunde en Landbouwscheikunde, Natuurkunde, Weerkunde en Klimaatkunde, Aard- en Delfstofkunde, Aardrijkskunde, Physische Aardrijkskunde, Plantenaardrijkskunde, Wiskunde ;

Algemeene Plantenteelt, Bijzondere teelt der Akkerbouwgewassen, Fruit- en Groententeelt, Bloementeelt, Tuinaanleg, Boschbouw ;

Algemeene en bijzondere Dierenteelt, Vorm- en Beoordeelingsleer, Ziektenleer en Gezondheidsleer ;

Landbouwtechniek, Land- en Tuinbouwmachineleer, Landmeetkunde, Bouwkunde, Schoonheidsleer, Natuurbescherming ;

Land- en Tuinbouwtechnologie ;

Bedrijfsleer van Land- en Tuinbouw, Taxatieleer, Plantenhandel, Boekhouden ;

Geschiedenis van Land- en Tuinbouw ;

Staathuishoudkunde, Vennootschapswetenschap ;

Agrarisch Recht ;

Moderne talen ;

Methodologie van het onderwijs in den Land- en Tuinbouw.

Daarenboven kan, op voorstel van den Raad van profes-

soren der School, het onderwijs in andere vakken worden ingericht door het Ministerie van Wetenschappen en Kunsten.

De programma's der lessen zijn aan de goedkeuring van het Ministerie van Wetenschappen en Kunsten onderworpen.

Art. 4. De Hoogere Land- en Tuinbouwschool verleent de academische graden en diplomas van :

1. Landbouwingenieur,

2. Tuinbouwingenieur.

De houders van een der voornoemde diplomas kunnen daarenboven na bijzondere studie op het gebied van de toegepaste natuurwetenschap, van de landbouwkunde, van de boschbouwkunde of van de hofbouwkunde een bijzonder diploma verwerven.

Art. 5. Het diploma van Landbouwingenieur wordt verleend na ten minste drie jaar studie volgens het daartoe vastgestelde programma en na het afleggen van een examen dat in drie gedeelien afgenomen wordt.

Het diploma van Tuinbouwingenieur wordt verleend na een jaar voorbereidende en ten minste twee jaar academische studie volgens het daartoe vastgestelde programma en na het afleggen van een examen dat in drie gedeelten afgenomen wordt.

Het bijzondere diploma wordt verleend na ten minste één jaar bijzondere studie en na het afleggen van een examen dat in eens afgenomen wordt.

Art. 6. Het onderwijs der Hoogere Land- en Tuinbouwschool wordt gegeven door de professoren en docenten der School zelf en door professoren en docenten van de Faculteiten der Universiteit, alsmede van andere bij de Universiteit bestaande scholen.

De bevoegdheid en de jaarwedde van de professoren en docenten der Hoogere Land- en Tuinbouwschool worden bij hunne benoeming vastgesteld.

Verder worden, naar behoefte, hoofdassistenten, assistenten en technische hulpkrachten aangesteld.

Ook kunnen mannen met bijzondere verdienste op wetenschappelijk of technisch gebied, die niet tot de School behooren, met het houden van voordrachten belast worden.

Art. 7. De Hoogere Land- en Tuinbouwschool aanvaardt al naar gelang van hunne ontwikkeling en van het doel hunnes studiën :

a) *gewone leerlingen,*

b) *vrije leerlingen,*

c) *toehoorders.*

De gewone leerlingen alleen worden toegelaten tot de examens voorzien bij artikel 5.

Art. 8. Afzonderlijke verordeningen zullen uitgevaardigd worden aangaande :

1. De leerkrachten der School, het bestuur der School, de betrekkingen van de School met de Universiteit ;

2. De rechten en plichten der leerlingen ;

3. De voorwaarden tot aanvaarding en de toegangsexamens ;

4. De examens tot het verkrijgen der academische graden en der bijzondere diploma's, alsmede de formulieren der getuigschriften en diploma's ;

5. De kosten voor het bezoek der School en voor het afleggen der examens ;

6. Het beheerpersoneel.

Brussel, den 23n Mei 1917.

C. C. IIIb 2230.

5.

VERORDNUNG, ***

betreffend Bestandsanmeldung von Matratzen und Kissen und Beschlagnahme und Ablieferungspflicht der darin enthaltenen Wolle.

Bestandsanmeldung der Matratzen und Kissen.

Art. 1. Sämtliche im Gebiet des Generalgouverne-

*** Sehe Seite 1. Voyez page 1. Zie blz. 1.

ments vorhandenen Matratzen und Kissen sind bis zum 20. Juni 1917 bei der zuständigen Gemeindeverwaltung schriftlich unter Angabe des Namens und der Wohnung anzumelden.

Die Gemeindeverwaltungen (Bürgermeister) sind verpflichtet, die Meldungen zu addieren und das Resultat unter Beifügung aller Anmeldungen, die nach Strassen zu ordnen sind, dem zuständigen Kreischef, Kommandanten oder Abschnittskommandeur bis zum 30. Juni 1917 einzureichen.

Beschlagnahme und Ablieferungspflicht der in Matratzen und Kissen enthaltenen Wolle.

Art. 2. Alle zur Füllung von Matratzen und Kissen verwendete Wolle, rein oder mit anderen Bestandteilen (zum Beispiel Rosshaar, Seegras) vermischt, wird hierdurch nach Massgabe der folgenden Bestimmungen beschlagnahmt und der Ablieferungspflicht unterworfen.

Wirkung der Beschlagnahme.

Art. 3. Jede Veränderung an den beschlagnahmten Wollen oder Wollmischungen sowie jede rechtsgeschäftliche Verfügung über sie ist untersagt. Die beschlagnahmten Wollen und Wollmischungen sind zu verwahren und pfleglich zu behandeln; die Befugnis zum einstweiligen ordnungsmässigen weitergebrauch bleibt gestattet.

Ablieferungspflicht.

Art. 4. Die Ablieferung der nach Artikel 2 beschlagnahmten Wollen und Wollmischungen hat auf Aufforderung der Abteilung für Handel und Gewerbe an den von dieser bekannt zu gebenden Ablieferungsstellen zu erfolgen.

Ablieferungspflichtig sind die in Artikel 6 genannten Personen.

In der Ablieferungspflicht ist die Verpflichtung enthalten, die beschlagnahmten Wollen und Wollmischungen aus den Matratzen und Kissen zu entleeren.

Entschädigung.

Art. 5. Für die abgelieferte Wolle und Wollmischungen werden von M. 1.50—M. 4.50 pro Kilo bezahlt. Die Preise werden von der Ablieferungsstelle unter Berücksichtigung der Qualität und des reinen Wollgehaltes festgesetzt.

Verweigert der Ablieferer die Annahme des Preises oder bestehen gegen seine Berechtigung zur Empfangnahme des Preises Bedenken, so erhält er eine Quittung über die vollzogene Ablieferung unter Angabe der abgelieferten Menge. Für sämtliche Ablieferer, welche die Annahme von Bezahlung verweigert haben, wird ein gemeinsamer auf die Gemeindeverwaltung lautender Empfangsschein ausgestellt und der Gemeinde ausgehändigt. Die Festsetzung der Entschädigung erfolgt in diesem Falle durch die Reichsentschädigungskommission nach den bestehenden Grundsätzen.

Von der Verordnung betroffene Personen.

Art. 6. Von der Verordnung betroffen werden:

1) Hauseigentümer, Wohnungsinhaber und Haushaltungsvorstände, insbesondere Hotelbesitzer.

2) Personen, Verbände und Vereinigungen privat- oder öffentlichrechtlicher Natur, in deren Gebäuden oder Räumlichkeiten sich Matratzen oder Kissen befinden.

Mitwirkung der Gemeinden.

Art. 7. Die Gemeinden, Gemeindebehörden und gemeindlichen Beamten und Angestellten sind verpflichtet, beim Vollzug der Verordnung mitzuwirken.

Insbesondere kann durch Anordnung der züstandigen

Militärbefehlshaber die Durchführung der Ablieferung nach näherer Anweisung des Verwaltungschefs, Abteilung für Handel und Gewerbe, einzelnen Gemeinden übertragen werden.

In diesem Falle sind die Gemeindeangehörigen zur Ablieferung an die Gemeindeverwaltung verpflichtet; diese wird durch die Ablieferung an sie ihrerseits ablieferungspflichtig im Sinne dieser Verordnung. Die Bezahlung erfolgt Uebeibertragung des Ablieferungsgeschäftes an die Gemeindebehörden für Rechnung der früheren Eigentümer.

Die Vorschriften des Artikels 5, Absatz 2, finden entsprechende Anwendung.

Zwangsweise Wegnahme.

Art. 8. Falls der Aufforderung zur Ablieferung nicht oder nicht rechtzeitig entsprochen wird, so kann unbeschadet der strafrechtlichen Verfolgung die zwangsweise Wegnahme ohne Entschädigung erfolgen. Zu diesem Zwecke können Haussuchungen stattfinden.

Mindestmengen.

Art. 9. Zur Durchführung der Verordnung kann im Wege der Schätzung für jede Gemeinde eine Mindestmenge an Wolle und Wollmischung festgesetzt werden, welcher die von den Gemeindeangehörigen unmittelbar oder durch Vermittlung der Gemeinde abzuliefernden Mengen entsprechen müssen.

Falls die einzelnen Ablieferungen der Gemeindeangehörigen in ihrer Gesamtmenge diese Mindestmenge nicht erreichen, kann auf Antrag der Abteilung für Handel und Gewerbe durch den zuständigen Militärbefehlshaber der Gemeinde auferlegt werden, für jedes nicht gelieferte Kilo den 50fachen Wertbetrag in Geld aufzubringen, unter Ansatz eines Durchschnittswertes von M 3.—pro Kilo

Ausführungsvorschriften, Bewilligungen von Ausnahmen.

Art. 10. Der Verwaltungschef bei dem Generalgouverneur, Abteilung für Handel und Gewerbe, ist ermächtigt, Ausführungsvorschriften zu erlassen und Ausnahmen von dieser Verordnung zuzubilligen.

Leerstehende, unbewohnte oder requirierte Häuser.

Art. 11. Für die von ihren Eigentümern oder Bewohnern verlassenen onder nicht bewohnten Gebäude sind die Gemeindebehörden für den Vollzug der Verordnung verantwortlich; die Ortskommandanturen oder zuständigen militärischen Befehlshaber sind befugt, den Gemeinden in dieser Beziehung nähere Anweisungen zu erteilen.

Sind Häuser von deutschen Militär- oder Zivilpersonen belegt oder bewohnt, so wird der Vollzug der Verordnung durch die zuständigen Militärbehörden geregelt.

Strafbestimmungen.

Art. 12. Mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit einer dieser beiden Strafen wird bestraft, wer deu Vorschriften dieser Verordnung oder den auf Grund dieser Verordnung ergangenen allgemeinen oder besonderen Verfügungen vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt.

In gleicher Weise wird bestraft, wer zu Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung oder die auf Grund dieser Verordnung ergangenen allgemeinen oder besonderen Verfügungen auffordert oder aufreitzt, sofern nach den allgemeinen Strafgesetzen nicht schärfere Strafen verwirkt sind.

Der Versuch ist strafbar.

Züständig sind die deutschen Militärgerichte und Militärbefehlshaber.

Brüssel, den 23. Mai 1917.

C. C. IV R. 12549.

Arrêté ***

concernant la déclaration des matelas et coussins ainsi que la saisie et la livraison obligatoire de la laine y contenue.

Déclaration des matelas et coussins.

Art. 1er. Tous les matelas et tous les coussins se trouvant dans le territoire du Gouvernement général doivent être déclarés par écrit, le 20 juin 1917 au plus tard, à l'administration communale compétente; la déclaration mentionnera le nom et le domicile du déclarant.

Les administrations communales (bourgmestres) sont tenues d'additionner les chiffres indiqués dans les déclarations, de communiquer le résultat ainsi obtenu, le 30 juin 1917 au plus tard, au chef d'arrondissement (Kreischef), commandant (Kommandant) ou commandant de section (Abschnittskommandeur) compétent, en joignant à cette communication toutes les déclarations classées par rues.

Saisie et livraison obligatoire de la laine contenue dans les matelas et coussins.

Art. 2. Toute la laine rembourrant les matelas et les coussins, peu importe qu'elle soit pure ou mélangée à d'autres matières (par exemple le crin, le varech), est saisie et doit être livrée, conformément aux dispositions qui suivent.

Effet de la saisie.

Art. 3. Il est défendu de modifier en quoi que ce soit les laines ou mélanges de laine saisis et d'en disposer d'une manière quelconque. Les laines et mélanges saisis doivent être conservés et traités avec soin; il est permis de continuer provisoirement à s'en servir d'une manière régulière.

Obligation de livrer.

Art. 4. La livraison des laines et mélanges saisis en vertu de l'article 2 devra se faire, sur l'invitation de la Section du commerce et de l'industrie (Abteilung für Handel und Gewerbe), aux dépôts de livraison qu'elle désignera à cette fin.

Sont tenues de livrer, les personnes indiquées à l'article 6.

L'obligation de livrer comprend aussi l'obligation de retirer des matelas et des coussins les laines et mélanges saisis.

Indemnité.

Art. 5. Les laines et mélanges livrés seront payés à raison de 1.50 à 4.50 marcs le kg. Les prix seront établis par le dépôt de livraison en tenant compte de la qualité et de la teneur en pure laine.

Si la personne qui livre refuse d'accepter le prix fixé ou s'il y a lieu de douter qu'elle ait le droit de toucher le montant de sa livraison, il lui sera donné quittance de la quantité livrée. Pour toutes les personnes d'une même commune qui, lors de la livraison, auront refusé d'accepter le payement offert, il sera dressé et délivré à la commune une quittance générale en faveur de l'administration communale. Dans ce cas, l'indemnité sera fixée par la „Reichsentschädigungskommission" (Commission impériale pour le règlement des indemnités), conformément aux règles en vigueur.

Personnes auxquelles s'applique le présent arrêté.

Art. 6. Le présent arrêté est applicable:

1) à tout propriétaire de maison, à tout occupant d'un logement, à tout chef de ménage et, en particulier, à tout propriétaire ou tenancier d'hôtel;
2) aux personnes, groupements et associations de droit

privé ou public qui, dans leurs bâtiments ou locaux ont des matelas ou des coussins.

Concours des communes.

Art. 7. Les communes, les administrations communales ainsi que les fonctionnaires et employés communaux sont tenus de contribuer à l'exécution du présent arrêté.

L'application des mesures relatives à la livraison peut être notamment confiée à certaines communes par ordre du commandant militaire compétent et conformément à des instructions spéciales émanant du Chef de l'administration civile (Verwaltungschef), Section du commerce et de l'industrie.

Les ressortissants de la commune sont alors tenus de livrer à l'administration communale; par le fait de la livraison effectuée à l'administration communale, celle-ci, à son tour, est soumise à l'obligation de livrer, aux termes du présent arrêté. Lorsque les opérations relatives à la livraison sont confiées à la commune, le payement se fera à l'administration communale pour compte des propriétaires antérieurs.

Les prescriptions de l'article 5, 2e alinéa, dûment appropriées, sont applicables au cas prévu aux deux alinéas précédents.

Enlèvement par contrainte.

Art. 8. S'il n'est pas satisfait du tout ou s'il n'est pas satisfait à temps à l'ordre de livraison, il pourra être procédé à l'enlèvement par contrainte et sans indemnité, sans préjudice de poursuites judiciaires. Dans ce but, des perquisitions domiciliaires pourront être opérées.

Quantités minima.

Art. 9. En vue d'appliquer l'arrêté, il pourra être établi, par estimation et pour chaque commune, une quan-

tité minimum de laines et de mélanges; dans ce cas les quantités à livrer par les ressortissants de la commune, soit directement soit par l'intermédiaire de cette commune, devront être en raison de la quantité minimum fixée.

Si les quantités livrées par les divers ressortissants de la commune n'atteignent pas au total cette quantité minimum, le commandant militaire compétent pourra, sur la proposition de la Section du commerce et de l'industrie, imposer à la commune l'obligation de verser, par kg. non livré, une somme se montant à 50 fois la valeur du kg., calculée sur la base d'une valeur moyenne de 3 marcs.

Dispositions réglementaires ; dispenses.

Art. 10. Le Chef de l'Administration civile près le Gouverneur général, Section du commerce et de l'industrie est autorisé à publier des dispositions réglementaires en vue de l'exécution du présent arrêté, et à accorder des dispenses.

Maisons vides, non habitués ou requisitionnées.

Art. 11. Les administrations communales sont responsables de l'exécution du présent arrêté, en ce qui concerne les maisons abandonnées par leurs propriétaires ou leurs habitants et les maisons non habitées; „les Kommandanturen" locales ou les commandants militaires compétents ont le droit de donner, à cette fin, des instructions spéciales aux communes.

Quant aux maisons occupées ou habitées par des militaires ou des civils allemands, l'exécution de l'arrêté sera réglée par l'autorité militaire compétente.

Dispositions pénales.

Art. 12. Sera puni soit d'un emprisonnement de deux ans au plus et d'une amende pouvant atteindre 50 000 marcs, soit de l'une de ces peines seulement, quiconque,

intentionnellement ou par négligence, aura enfreint les prescriptions du présent arrêté ou les dispositions générales ou spéciales décrétées en vertu de l'arrêté.

Sera puni de même, quiconque aura engagé ou incité des tiers à enfreindre les prescriptions du présent ou les dispositions générales ou spéciales décrétées en vertu de l'arrêté, à moins que des peines plus élevées ne soient applicables conformément aux lois pénales générales.

La tentative sera punissable.

Les tribunaux et commandants militaires allemands connaitront des infractions précitées.

Bruxelles, le 23 mai 1917.

C. C. IV R 12549.

Verordening ***

betreffende de aangifte van de voorhanden zijnde matrassen en kussens en de inbeslagneming en afleveringsverplichting van de wol, waarmede die opgevuld zijn.

Aangifte van de voorhanden zijnde matrassen en kussens.

Art. 1. Al de matrassen en kussens, die binnen het gebied van het Generalgouvernement voorhanden zijn, moeten ten laatste op 20 Juni 1917 met vermelding van den naam en de woning bij het bevoegd gemeentebestuur schriftelijk aangegeven zijn.

De gemeentebesturen (burgemeesters) zijn verplicht, de aangiften te verzamelen en de uitkomst er van, samen met al de per straat gerangschikte aangiften, ten laatste op 30 Juni 1917 over te maken aan den bevoegden „Kreitschef", Kommandant of „Abschnitts" kommandeur".

Art. 2. Inbeslagneming en afleveringsverplichting van de wol, waarmede matrassen en kussens opgevuld zijn.

Al de tot vulsel van matrassen en kussens gebezigde wol,

hetzij zuiver of met andere bestanddeelen (b. v. paardenhaar, zeegras) vermengd, is hierbij naar maatstaf van onderstaande bepalingen in beslag genomen en aan de afleveringsverplichting onderworpen.

Uitwerking van de inbeslagneming.

Art. 3. Het is verboden om het even op welke wijze aan de in beslag genomen wol of vermengingen met wol wijzigingen toe te brengen of er rechtszakelijk over te beschikken. De in beslag genomen wol en vermengingen met wol moeten bewaard en zorgvuldig behandeld worden ; het is toegelaten, ze voorshands op behoorlijke wijze verder in gebruik te houden.

Afleveringsverplichting.

Art. 4. De wol en de vermenging met wol, die krachtens artikel 2 in beslag genomen zijn, moeten op uitnoodiging van de Afdeeling voor handel en nijverheid (Abteilung für Handel und Gewerbe) afgeleverd worden aan de afleveringskantoren, die de Afdeeling voor handel en nijverheid te dien einde zal aanduiden.

De in artikel 6 genoemde personen zijn aan de afleveringsverplichting onderworpen.

De afleveringsverplichting omvat tevens de verplichting de in beslag genomen wol en vermengingen met wol uit de matrassen en kussens te nemen.

Schadeloosstelling.

Art. 5. Voor de afgeleverde wol en vermengingen met wol wordt van 1.50 tot 4.50 mark per kilogram betaald. Het afleveringskantoor stelt die prijzen vast naar gelang van de hoedanigheid en van het zuiver gehalte aan wol.

Weigert de afleveraar den prijs aan te nemen, of bestaat er twijfel aangaande zijn recht om den prijs in ontvangst te nemen, dan zal hem een geschreven bewijs over de gedane aflevering, met aangifte van de afgeleverde hoeveelheid, ter

hand worden gesteld. Voor al de afleveraars, die den prijs weigeren aan te nemen, zal een gezamenlijk ontvangstbewijs op naam van het gemeentebestuur opgemaakt en aan de betrokken gemeente overhandigd worden. In dat geval stelt de Rijkskommissie tot regeling van de schadeloosstellingen (Reichsentschädigungskommission) de schadeloosstelling naar de bestaande grondregels vast.

Personen, die onder toepassing van deze Verordening vallen.

Art. 6. Vallen onder toepassing van deze Verordening :

1) Huiseigenaars, bezitters van woningen en gezinshoofden, inzonderheid bezitters van gasthoven ;

2) Personen, bonden en vereenigingen van privaat- of openbaarrechtelijke natuur, in wier gebouwen en lokalen matrassen of kussens voorhanden zijn.

Medewerking der gemeenten.

Art. 7. De gemeenten, gemeenteoverheden, gemeenteambtenaren, -beambten en -bedienden zijn verplicht hun medewerking te verleenen, voor het uitvoeren van deze Verordening.

Inzonderheid kan, bij bevel van de bevoegde krijgsbevelhebbers, aan afzonderlijke gemeenten last worden gegeven de aflevering te bewerkstelligen, volgens nadere aanwijzingen van het Hoofd van het burgerlijk bestuur, Afdeeling voor handel en nijverheid (Verwaltungschef, Abteilung für Handel und Gewerbe).

In dit geval moeten de inwoners der gemeente de bedoelde voorwerpen afleveren aan het gemeentebestuur, dat alsdan tengevolge van die aflevering, op zijn beurt onder de afleveringsverplichting in den zin dezer Verordening valt. Bij overdracht van de uitvoering der aflevering aan de gemeenten, worden de afgeleverde voorwerpen voor rekening van de vroegere eigenaars aan de gemeentebesturen uitbetaald.

De voorschriften van artikel 5, lid 2, zijn dienovereenkomstig van toepassing.

Wegneming door dwang.

Art. 8. Wordt aan de uitnoodiging om bedoelde voorwerpen af te leveren niet of niet bijtijds voldaan, dan kunnen deze, onverminderd de strafrechtelijke vervolging, zonder schadevergoeding, door dwang weggenomen worden. Te dien einde kunnen huiszoekingen worden gedaan.

Kleinste hoeveelheden.

Art. 9. Met het oog op de uitvoering dezer Verordening, kan, bij wijze van schatting, voor iedere gemeente een kleinste hoeveelheid wol en vermengingen met wol worden vastgesteld, waarmede de door de inwoners der gemeente rechtstreeks of door tusschenkomst der gemeente af te leveren hoeveelheden moeten overeenkomen.

Indien de gezamenlijke hoeveelheid, door de afzonderlijke inwoners der gemeente afgeleverd, bedoelde kleinste hoeveelheid niet bereikt, kan de bevoegde krijgsbevelhebber, op voorstel van de Afdeeling voor handel en nijverheid, de gemeente 50 maal de waarde doen betalen van ieder niet ingeleverde kilogram, berekend op den grondslag van een gemiddelde waarde van 3 mark per kilogram.

Uitvoeringsvoorschriften. Toestaan van uitzonderingen.

Art. 10. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur bij den Generaalgouverneur, Afdeeling voor handel en nijverheid, is gemachtigd uitvoeringsvoorschriften uit te vaardigen en uitzonderingen op deze Verordening toe te staan.

Leegstaande, onbewoonde of opgeëischte huizen.

Art. 11. Voor de gebouwen, die door hun eigenaars of bewoners verlaten werden of onbewoond zijn, zijn de gemeenteoverheden verantwoordelijk wat betreft de uitvoering van

deze Verordening ; de plaatselijke kommandanturen of bevoegde krijgsbevelhebbers zijn gerechtigd, de gemeenten dienaangaande nadere aanwijzingen te geven.

Voor de huizen die door Duitsche soldaten of burgers bezet of bewoond zijn, wordt de uitvoering der Verordening door de bevoegde krijgsoverheden geregeld.

Strafbepalingen.

Art. 12. Wie de voorschriften van deze Verordening of de op grond er van uitgevaardigde algemeene of bijzondere beschikkingen opzettelijk of uit nalatigheid overtreedt, wordt met ten hoogste 2 jaar gevangenis en met ten hoogste 50.000 mark boete, of met één van beide straffen gestraft.

Wie anderen tot het overtreden van de voorschriften dezer Verordening of van de op grond dezer Verordening uitgevaardigde algemeene of bijzondere beschikkingen uitnoodigt of aanzet, wordt, zoover de algemeene strafwetten geen zwaarder straffen voorzien, op dezelfde wijze gestraft.

De poging tot overtreding is strafbaar.

De Duitsche krijgrsrechtbanken en krijgsbevelhebbers zijn tot oordeelvellen bevoegd.

Brussel, den 23n Mei 1917.
C. C. IV R 12549.

6.

BEKANNTMACHUNG.

Durch Entschliessung des Herrn Generalgouverneurs in Belgien vom 16. ds. Mts. ist der Direktor der direkten Steuern, Zölle und Verbrauchsabgaben Albert François in Namen mit Wirkung vom 1. Juni 1917 ab in gleicher Diensteigenschaft nach Arel versetzt worden.

Brüssel, den 29. Mai 1917.
C. C. II*a* 5962 II Aug.

Avis.

Par décision du 16 courant de Son Excellence M. le Gouverneur général en Belgique, M. Albert François, directeur des contributions directes, douanes et accises, à Namur, est tranféré en la même qualité à Arlon, à partir du 1er juin 1917.

Bruxelles, le 29 mai 1917.
C. C. II*a* 5962 II Ang.

Bekendmaking.

De heer Albert François, bestuurder der rechtstreeksche belastingen, douanen en accijnzen, te Namen, is, bij besluit van 16 d. m. van den heer Generalgouverneur in België, te rekenen van 1 Juni 1917 in dezelfde hoedanigheid naar Aarlen overgeplaatst.

Brussel, den 29n Mei 1917.
*C. C. II*a *5962 II Aug.*

7.

VERORDNUNG

Über die Weitergewährung ausserordentlicher Teuerungszulagen an Staatsbeamte und staatliche Lohnangestellte.

Art. 1. Die durch die Verordnung vom 1. Februar 1917 über die Gewährung ausserordentlicher Teuerungszulagen an Staatsbeamte und staatsliche Lohnangestellte (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 3393) gewährten ausserordentlichen Teuerungszulagen werden für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1917 mit der Massgabe weiterbewilligt, dass in Artikel 6 der genannten Verordnung folgende Sätze treten:

an Stelle van 10 Franken	....	12 Franken
an Stelle von 15 Franken	....	18 Franken
an Stelle von 18 Franken	,.......	22 Franken
an Stelle von 3 Franken	....	4 Franken

Art. 2. Die Ausgaben für die Beambten und Lohnangestellten, die bei einer der in Artikel 1 der Verordnung vom 1. Februar 1917 unter *a, b* und *c* genannten Behörden beschäftigt sind, werden auf den unter Artikel 37 des Anhangs zum Budget des Finanzministeriums für das Rechnungsjahr 1917 eröffneten Kredit übernömmen.

Die Ausgaben für die Beamten und Lohnangestellten, die bei dem Ministerium der Marine, Post und Telegraphen oder im Postdienst beschäftigt sind (Artikel 1, Buchstabe *d* der Verordnung vom 1. Februar 1917), werden bei den Ausgaben der Deutschen Post- und Telegraphenverwaltung verrechnet.

Brüssel, den 30. Mai 1917.
C. C. II*a* 6423.

Arrêté

sur la continuation de l'allocation de secours exceptionnels pour cherté de la vie aux agents et préposés salariés de l'Etat.

Art. 1er. Les secours exceptionnels pour cherté de la vie alloués par l'arrêté du 1er février 1917 sur l'allocation de secours exceptionnels pour cherté de la vie aux agents et préposés salariés de l'Etat (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 3393), continueront à être accordés pour la période du 1er janvier au 30 juin 1917, en prenant pour base les taux suivants, à substituer aux taux mentionnés à l'article 6 de l'arrêté précité:

au lieu de 10 francs	....	12 francs,
au lieu de 15 francs	....	18 francs,
au lieu de 18 francs	....	22 francs,
au lieu de 3 francs	....	4 francs,

Art. 2. Les dépenses pour les agents et préposés salariés qui exercent leurs fonctions dans l'une des administrations désignées à l'article 1er de l'arrêté du 1er février 1917, sous les litt. *a*, *b* et *c*, seront imputées sur le crédit ouvert sous l'article 37 de l'Annexe au budget du Ministère des Finances pour l'exercice 1917.

Les dépenses pour les agents et préposés salariés qui exercent leurs fonctions au Ministère de la Marine, des Postes et des Télégraphes ou dans le Service des Postes (art. 1er, litt. *d*, de l'arrêté du 1er février 1917), seront imputées sur les dépenses de l'Administration allemande des Postes et Télégraphes.

Bruxelles, le 30 mai 1917.
C. C. II*a* 6423.

Verordening

betreffende verdere verleening van uitzonderlijke duurtetoeslagen aan staatsbedienden en loontrekkende aangestelden van den Staat.

Art. 1. De buitengewone duurtetoeslagen voorzien bij Verordening van 1 Februari 1917, betreffende de verleening van uitzonderlijke duurtetoeslagen aan staatsbedienden en loontrekkende aangestelden van den Staat (Wet- en Verordeningsblad, 3393), zullen over het tijdperk van 1 Januari tot 30 Juni 1917 verder worden verleend, en wel op den grondslag van hiernavolgende bedragen, die de onder artikel 6 van voormelde Verordening opgegeven bedragen vervangen :

in plaats van 10 frank .... 12 frank.
in plaats van 15 frank .... 18 frank.
in plaats van 18 frank .... 22 frank.
in plaats van 3 frank .... 4 frank.

Art. 2. De uitgaven voor de bedienden en loontrekkende

aangestelden, welke bij een van de onder artikel 1, litt, a, b *en* c, *der Verordening van 1 Februari 1917 vermelde beheeren of diensten werkzaam zijn, worden bestreden uit een krediet, geopend onder nr 37 van de bijlage tot de begrooting van het Ministerie van Financiën voor het dienstjaar 1917.*

De uitgaven voor de bedienden en loontrekkende aangestelden die aan het Ministerie van Zeewezen, Posterijen en Telegrafen of in den Postdienst werkzaam zijn (artikel 1, litt. d, *der Verordening van 1 Februari 1917) worden opgenomen onder de uitgaven van het Duitsch Beheer van Posterijen en Telegrafen.*

Brussel, den 30n Mei 1917.
*C. C. II*a *6423.*

No. 354. — 6. JUNI 1917. Pag. 3817

1.

BEKANNTMACHUNG,

betreffend die Liquidation feindlicher Unternehmungen.

Mit Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs in Belgien habe ich gemäss den Verordnungen über die Liquidation feindlicher Unternehmungen vom 29. August 1916 und 15 April 1917 die Liquidation des in Belgien befindlichen Vermögens folgender französischer Firmen angeordnet:

1. C. Duc & Co. in Antwerpen,
2. Soc. Française d'Exploitation des Produits Linaosoff in Antwerpen.
3. S. A. Usines de Nickel de la Nèthe in Duffel,
4. Saint Frères in Antwerpen,
5. Beliard, Crigton & Co. in Antwerpen,
6. S. A. Au Lilas in Antwerpen,
7. Carlier Frères, früher A. Carlier in Antwerpen.

Zum Liquidator ist Herr Dr. Lappenberg in Antwerpen, Meir 14, ernannt worden. Nähere Auskunft erteilt der Liquidator.

Brüssel, den 19. Mai 1917.
C. C. IV A 16796.

Avis

concernant la liquidation d'entreprises ennemies.

Avec l'approbation de Son Excellence M. le Gouverneur général en Belgique et conformément aux arrêtés du 29 août 1916 et du 15 avril 1917, concernant la liquidation d'entreprises ennemies, j'ai ordonné la liquidation des biens, situés en Belgique, des entreprises françaises suivantes:

1. C. Duc & Cie, à Anvers,
2. Société Française d'Exploitation des Produits Lianosoff, à Anvers,
3. Soc. an. Usines de Nickel de la Nèthe, à Duffel,
4. Saint Frères, à Anvers,
5. Beliard, Crighton & Cie, à Anvers,
6. Soc. an. Au Lilas, à Anvers,
7. Carlier Frères, ancienne maison A. Carlier, à Anvers.

M. le Dr. Lappenberg, à Anvers, 14, Meir, a été nommé liquidateur. Pour de plus amples renseignements, s'adresser au liquidateur.

Bruxelles, le 19 mai 1917.
C. C. IV A 16796.

Bekendmaking

betreffende de likwidatie van vijandelijke ondernemingen.

Met toestemming van den heer Generalgouverneur in

België, heb ik, overeenkomstig de Verordeningen van 29 Augustus 1916 en van 15 April 1917, over de likwidaties van vijandelijke ondernemingen, de likwidatie bevolen van het in België voorhanden zijnde vermogen van volgende Fransche huizen:

1. C. Duc & Co., te Antwerpen,

2. Soc. Française d'Exploitation des Produits Lianosoff, te Antwerpen,

3. S. A. Usines de Nickel de la Nàthe, te Duffel,

4. Saint Frères, te Antwerpen,

5. Beliard, Crighton & Co., te Antwerpen,

6. S. A. Au Lilas, te Antwerpen,

7. Carlier Frères, vroeger A. Carlier, te Antwerpen.

De heer Dr. Lappenberg, Meir 14, *te Antwerpen, is tot likwidator benoemd. De likwidator verstrekt nadere inlichtingen.*

Brussel, den *19n Mei 1917.*
C. C. IV A 16796.

2.

VERORDNUNG, ***

betreffend Bestandsaufnahme und Beschlagnahme von Chemikalien.

Art. 1. Sämtliche am 10. Juni im Gebiet des Generalgouvernements vorhandenen Vorräte der nachstehend näher bezeichneten Produkte werden hiermit der Anmeldepflicht unterworfen und beschlagnahmt:

a) Alaun
b) Ätznatron
c) Ätzkali
d) Kalzinierte und kristallisierte Soda
e) Chlorkalk

*** Sehe Seite 1. Voyez page 1. Zie blz. 1.

f) Salpetersäure
g) salpetresaure Salze
h) salpetrigsaure Salze
i) doppeltchromsaures Kali und Natron
k) Chromalaun und alle anderen chromsauren Salze
l) Eisensulfat in jeder Form
m) schwefelsaure Tonerde
n) Bleisalze (Bleioxyd, Bleiweiss)
o) die Halbfabrikate und Abfallprodukte der unter *a*) bis *n*) aufgeführten Produkte.

Art. 2. Zur Anmeldung verpflichtet sind alle natürlichen und juristischen Personen, insbesondere auch Kommunen und öffentlich rechtliche Körperschaften, welche die in Artikel 1 bezeichneten Stoffe erzeugen, verarbeiten oder sonst im Gewahrsam haben, ohne Rücksicht darauf, ob sie Eigentum oder ein Verfügungsrecht an ihnen haben oder nicht. Für die Handlungen der juristischen Person privaten und öffentlichen Rechtes sind die zu ihrer gesetzmässigen Verretung berufenen Persönlichkeiten verantwortlich.

Art. 3. Sämtliche Vorräter der nach Artikel 1 der Beschlagnahme unterliegenden Stoffe sind bis spätestens 24. Juni 1917 der Abteilung für Handel und Gewerbe, Rohstoffverwaltungsstelle, Brüssel, Kunstherlevinglaan, 30, schriftlich anzumelden. Der Anmeldepflicht unterliegen auch diejenigen Vorräte, die schon durch frühere Einzelverfügung beschlagnahmt oder nach erfolgter Beschlagnahme für den Verbrauch freigegeben worden sind.

Art. 4. Durch die Beschlagnahme wird jede rechtsgeschäftliche Verfügung über die in Artikel 1 aufgeführte Stoffe sowie jeder Transport und jegliche Benutzung, Verarbeitung oder Veränderung verboten.

Die Besitzer sind verpflichtet, die Stoffe bis auf weiteres sorgfältig zu verwahren und pfleglich zu behandeln.

Der Verwaltungschef, Abteilung für Handel und Gewerbe, kann auf schriftlichen Antrag in besonderen Fällen Befreiungen van den Verbot des Absatzes 1 bewilligen.

Art. 5. Die vom Verwaltungschef, Abteilung für Handel und Gewerbe, ermächtigten Händler oder Händlervereinigungen sind berechtigt, die anmeldepflichtigen Stoffe zu Preisen einzukaufen, die die Abteilung für Handel und Gewerbe festsetzt.

Soweit ein freihändiger Ankauf zu diesen Preisen nicht gelingt, können die betreffenden Gegenstände von diesem Zeitpunkt an durch das Generalgouvernement, Sektion K. R. enteignet werden und müssen alsdann nach Aufforderung der Abteilung für Handel und Gewerbe von dem Besitzer innerhalb bestimmter Frist abgeliefert werden.

Im Enteignungsfalle erhält der Ablieferer eine Quittung über die vollzogene Ablieferung unter Angabe der abgelieferten Menge. Für sämtliche Ablieferer wird dann ein gemeinsamer auf die Gemeindeverwaltung lautender Empfangsschein ausgestellt und der Gemeinde ausgehändigt. Die Festsetzung der Entschädigung erfolgt in diesem Falle durch die Reichsentschädigungskommission nach den bestehenden Grundsätzen.

Art. 6. Wer den Vorschriften dieser Verordnung vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird, falls nicht nach einem anderen Strafgesetz eine höhere Strafe verwirkt wird, mit Gefängnis bis zu 2 Jahren und Geldstrafe bis zu 25 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Daneben ist die Einziehung derjenigen Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, in samtlichen Fällen zulässig und bei vorsätzlicher Zuwiderhandlung immer auszusprechen.

Der Versuch ist strafbar.

Art. 7. Zuständig sind die deutschen Militärgerichte und Militärbefehlshaber.

Brüssel, den 26. Mei 1917.
C. C. IV R 9152 II.

Arrêté ***

concernant le relevé et la saisie de certains produits chimiques.

Art. 1er. Toutes les quantités des produits désignés ci-après, se trouvant à la date du 10 juin dans le territoire du Gouvernement général, doivent être déclarées et sont saisies en vertu du présent arrêté:

a) alun;
b) soude caustique;
c) potasse caustique;
d) carbonate de soude calciné et cristallisé;
e) chlorure de chaux;
f) acide nitrique;
g) nitrates;
h) nitrites;
i) bichromate de potasse et de soude;
j) alun de chrome et tous les autres sels de chrome (chromates);
l) sulfate de fer sous toutes ses formes;
m) sulfate d'alumine;
n) sels de plomb (oxyde, céruse);
o) les produits mi-finis et déchets des produits énumérés de *a*) à *n*).

Art. 2. Sont tenues de faire la déclaration, toutes les personnes physiques et morales, notamment les communes et les associations de droit public, qui produisent, travaillent ou détiennent d'une manière quelconque les produits désignés à l'article 1er, peu importe que ces personnes aient

ou non un droit de propriété ou de disposition sur ces produits. Les représentants légaux des personnes morales de droit privé ou public sont responsables des actes desdites personnes.

Art. 3. Toutes les quantités des matières qui sont soumises à la saisie conformément à l'article 1er doivent être déclarées par écrit, au plus tard le 24 juin 1917, à la Section du commerce et de l'industrie, Bureau des matières premières (Abteilung für Handel und Gewerbe, Rohstoffverwaltungsstelle), 30, avenue de la Renaissance, à Bruxelles. Doivent également être déclarées, les quantités déjà saisies en vertu d'une disposition spéciale antérieure ou celles qui ont été saisies, mais dont il a pu être par la suite.

Art. 4. Par le fait de la saisie, il est interdit de disposer d'une manière quelconque des produits désignés à l'article 1er et, d'une façon générale et absolue, de les transporter, de les utiliser, de les travailler ou de les modifier.

Les détenteurs sont obligés, jusqu'à nouvel ordre, de conserver ces produits avec soin et de les traiter ainsi qu'il convient.

Dans des cas particuliers, le Chef de l'Administration civile (Verwaltungschef), Section du commerce et de l'industrie, peut, sur demande écrite, consentir des exceptions à l'interdiction prévue au 1er alinéa.

Art. 5. Les marchands ou associations de marchands autorisés par le Chef de l'Administration civile, Section du commerce et de l'industrie, ont le droit d'acheter, à des prix fixés par la Section du commerce et de l'industrie, les matières soumises à la déclaration.

S'il ne leur est pas possible d'acheter à l'amiable à ces prix, les marchandises pourront, dès ce moment, être expropriées par la Section K. R. du Gouvernement géneral et devront, dans ce cas, sur l'invitation de la Section du commerce et de l'industrie, être livrées, par leurs détenteurs, dans un délai déterminé.

Si les marchandises sont expropriées, la personne qui les livre recevra une quittance indiquant la quantité livrée. Pour toutes les personnes qui auront livré ainsi dans une même commune, il sera dressé et remis à la commune un reçu général en faveur de l'administration communale. Dans ce cas, l'indemnité sera fixée par la „Reichsentschädigungskommission" (Commission impériale pour le règlement des indemnités) conformément aux règles en vigueur.

Art. 6. Quiconque, intentionnellement ou par négligence, aura enfreint les dispositions du présent arrêté, sera puni soit d'une peine d'emprisonnement de 2 ans au plus et d'une amende pouvant atteindre 25,000 marcs, soit d'une de ces peines seulement, à moins toutefois qu'une autre loi pénale ne prévoie l'application d'une peine plus élevée. En outre, les choses qui auront formé l'objet de l'infraction pourront, dans tous les cas, être confisquées; elles devront même toujours l'être quand l'infraction sera intentionnelle.

La tentative est punissable.

Art. 7. Les tribinaux et commandants militaires allemands connaîtront des infractions au présent arrêté.

Bruxelles, le 26 mai 1917.
C. C. IV R 9152 II.

Verordening ***

betreffende het opnemen en het in beslag nemen van de voorhanden zijnde scheikundige voortbrengselen.

Art. 1. Al de voorraden aan de hieronder nader aangeduide voortbrengselen, die op 10 Juni 1917 in het gebied van het Generalgouvernement voorhanden zijn moeten aangegeven worden en zijn hierbij in beslag genomen:

a) *aluin*
b) *bijtende soda*
c) *bijtende potasch*
d) *verkalkte en gekristalliseerde soda*
e) *chloorkalk*
f) *salpeterzuur*
g) *salpeterzure zouten*
h) *salpeterigzure zoute*
i) *bichroomzure potasch en soda*
k) *chroomaluin en alle andere chroomzure zouten*
l) *zwavelzuur ijzer in alle vormen*
m) *zwavelzure aluinaarde*
n) *loodzouten (loodooxyde, loodwit)*
o) *de halfafgewerkte voortbrengselen en afvalvoortbrengselen van de onder* a) *tot en met* n) *opgesomde produkten.*

Art. 2. *Al de natuurlijke en rechtspersonen, inzonderheid ook gemeenten en openbaarrechtelijken genootschappen, die de in artikel 1 aangeduide stoffen vervaardigen, verwerken of anderzins in bewaring hebben, zijn verplicht er aangifte van te doen, om het even of zij al dan niet die stoffen in eigendom bezitten of gerechtigd zijn er over te beschikken. Voor de handelingen van privaat- of openbaarrechtelijke personen zijn hun wettige vertegenwoordigers verantwoordelijk.*

Art. 3. *Al de voorraden aan de overeenkomstig artikel 1 in beslag genomen stoffen, moeten ten laatste op 24 Juni 1917 schriftelijk aangegeven zijn op de Afdeeling voor handel en nijverheid. Kantoor voor grondstoffen (Abteilung für Handel und Gewerbe, Rohstoffverwaltungsstelle), Kunstherlevingslaan 30 ,te Brussel. Voorraden, die vroeger reeds bij bijzondere beschikking in beslag genomen zijn of die, na in beslag te zijn genomen, voor het verbruik weer vrij verklaard werden, moeten eveneens aangegeven worden.*

Art .4. Door het feit van de inbeslagneming is het ver-

boden op eenige wijze over de in artikel 1 opgesomde stoffen rechtszakelijke te beschikken, alsook ze op om het even welke wijze te vervoeren, te gebruiken, te bewerken of te wijzigen.

De bezitters zijn verplicht bedoelde stoffen tot nader bericht zorgvuldig te bewaren en behoorlijk te behandelen.

Het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef), Afdeeling voor handel en nijverheid, kan in bijzondere gevallen, wanneer daartoe een schriftelijke aanvraag is ingediend, vrijstelling verleenen van het verbod vervat in het 1e *lid.*

Art 5. *De handelaars of vereenigingen van handelaars die daartoe van het Hoofd van het burgerlijk bestuur, Afdeeling voor handel en nijverheid, machtiging hebben verkregen, zijn gerechtigd de aan de verplichting tot aangifte onderworpen stoffen aan te koopen tegen de prijzen welke de Afdeeling voor handel en nijverheid daartoe vaststelt.*

Zoozeer geen onderhandsche aankoop tegen deze prijzen tot stand komt, kunnen de betreffende voorwerpen van dit oogenblik af door het Generalgouvernement Sektion K. R. onteigend worden; zij moeten alsdan op uitnoodiging van de Afdeeling voor handel en nijverheid door den bezitter binnen een bepaalden termijn worden afgeleverd.

Ingeval van onteigening ontvangt de afleveraar over de gedane aflevering een ontvangbewijs, waarin ook de afgeleverde hoeveelheid is aangegeven. Voor al de afleveraars zal een gezamenlijk ontvangbewijs op naam van het gemeentebestuur opgemaakt en aan de betrokken gemeenten overhandigd worden. In dit geval stelt de Rijkskommissie tot regeling van de schadeloosstellingen (Reichsentschädigungskommission) de schadeloosstelling naar de bestaande grondregels vast.

Art. 6. *Wie de voorschriften van deze Verordening opzettelijk of uit nalatigheid overtreedt, wordt, zoover een*

andere strafwet geen zwaarder straf voorziet, met ten hoogste 2 jaar gevangenis en met ten hoogste 25.000 mark boete, of met één van beide straffen gestraft. Bovendien is de verbeurdverklaring van voorwerpen, waarop de strafbare handeling betrekking heeft, in alle gevallen toegelaten, en, zoover het een opzettelijke overtreding geldt, in ieder geval uit te spreken.

De poging tot overtreden is strafbbaar.

Art. 7. De Duitsche krijgsrechtbanken en krijgsbevelhebbers zijn tot oordeelvellen bevoegd.

Brussel, den 26n Mei 1917.
C. C. IV R 9152 II.

3.

VERORDNUNG

zur Aenderung der Verordnung vom 27. März 1916 über den Verkehr mit künstlichen Düngemitteln.

Die Ziffer 6 der der Verordnung vom 27. März 1916, betreffend den Verkehr mit künstlichen Düngemitteln (G. & V. Bl. S. 1859), beigefügten Liste erhält nachstehende Fassung:

Bezeichnung des Düngemittels	Preis in Franken	Der Preis versteht sich für	Verpackung	Aufschlag für den Zwischenhandel insgesamt für 100 kg.
6. Knochenmehl.... (5 % Stickstoff, 20 % Phosphorsäure)	23.50	100 kg	lose	1 Frank

Brüssel, den 29. Mai 1917.
C. C. VII 3531.

Arrêté

modifiant l'arrêté du 27 mars 1916 concernant le commerce des engrais chimiques.

Le no. 6 de la liste annexée à l'arrêté du 27 mars 1916, concernant le commerce des engrais chimiques (Bull. off. des l. et arr., p. 1859), est à présent rédigé ainsi qu'il suit:

Désignation de l'engrais.	Prix en francs.	Le prix s'entend pour	Embal-lage.	Bénéfice brut du commerce intermédiaire par 100 kg.
6. Poudre d'os...... (5 % d'azote, 20 % d'acide phosphorique)	23.50	100 kg.	en vrac	1 franc

Bruxelles, le 29 mai 1917.
C. C. VII 3531.

Verordening

houdende wijziging van de Verordening van 27 Maart 1916, betreffende den verkoop van kunstmeststoffen.

Nummer 6 van de lijst, toegevoegd aan de Verordening van 27 Maart 1916, betreffende den verkoop van kunstmeststoffen (Wet- en Verordnungsblat, bl. 1859) moet als volgt gelezen worden:

Naam der meststof	Prijs in frank.	De prijs geldt voor:	Ver-pakking.	Bijslag voor den tusschen handel, per 100 kg.
6. Beendermeel.... (5 % stikstof, 20 % fosfoorzuur)	23.50	100 kg	los	1 *frank*

Brussel, den 29n Mei 1917.
C. C. VII 3531.

4.

VERFÜGUNG.

Auf Grund meiner Verordnung vom 5 Mai 1917, C. C. III*a* 2772, und im Anschluss an meine Verfügung vom 6. Mai 1917, C. C. III*a* 3069, wird weiter der Direktor im Ministerium für Wissenschaft und Kunst Mareschal zum 15 Juni 1917 nach Namur versetzt.

Brüssel, den 2. Juni 1917.
C. C. III*a* 3675.

Arrêté.

En vertu de mon arrêté du 5 mai 1917, C. C. III*a* 2772, et comme suite à mon arrêté du 6 mai 1917, C. C. III*a* 3069, M. Mareschal, directeur au Ministère des sciences et des arts, est également transféré à Namur à la date du 15 juin 1917.

Bruxelles, le 2 juin 1917.
C. C. III*a* 3675.

Beschikking.

Op grond mijner Verordening van 5 Mei 1917 (C. C. *III*a *2772*) *en in aansluitiug aan mijn beschikking van 6 Mei 1917* (*C. C. III*a *3069*), *is de heer Mareschal, bestuurder aan het ministerie van Wetenschappen en Kunsten, te rekenen van 15 Juni 1917 eveneens naar Namen overgeplaatst.*

Brussel, den 2n Juni 1917.
*C. C. III*a *3775.*

No. 355. — 9 JUNI 1917. Pag. 3825

BEKANNTMACHUNG,

betreffend Liquidation französischer Unternehmungen.

Mit Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs in Belgien habe ich gemäss den Verordnungen über die Liquidationen feindlicher Unternehmungen vom 29. August 1916 und vom 15. April 1917 die Liquidation des in Belgien befindlichen Vermögens des französischen Staatsangehörigen Lucien Bouix angeordnet. Zum Liquidator ist Herr Leutnant Maas in Brüssel, Militärschule, ernannt worden. Nähere Auskunft erteilt der Liquidator.

Brüssel, den 25. Mai 1917.
C. C. IV A 17361.

Avis

concernant la liquidation d'entreprises françaises.

Avec l'approbation de Son Excellence M. le Gouverneur général en Belgique et conformément aux arrêtés des 29 août 1916 et 15 avril 1917, concernant la liquidation d'entreprises ennemies, j'ai ordonné la liquidation des biens, situés en Belgique, de M. Lucien Bouix, ressortissant de l'Etat français. M. le lieutenant Maas, Ecole militaire, à Bruxelles, a été nommé liquidateur. Pour de plus amples renseignements, s'adresser au liquidateur.

Bruxelles, le 25 mai 1917.
C. C. IV A 17361.

Bekendmaking

betreffende de likwidatie van Fransche ondernemingen.

Met toestemming van den heer Generalgouverneur in België, heb ik, overeenkomstig de Verordeningen van 29 Augustus 1916 en van 15 April 1917 over de likwidaties van vijandelijke ondernemingen, de likwidatie bevolen van het in België voorhanden zijnde vermogen van den Franschman Lucien Bouix. De heer luitenant Maas, Krijgsschool te Brussel, is tot likwidator benoemd. De likwidator verstrekt nadere inlichtingen.

Brussel, den 25n Mei 1917.
C. C. IV A 17361.

2.

VERORDNUNG,

betreffend die Einrichting eines Kuratoriums für die deutsche Volksschule in Arel.

§ 1. Zur Führung der Geschäfte der deutschen Schule in Arel und zur Verwaltung der erforderlichen Mittel wird ein Kuratorium eingesetzt.

§ 2. Das Kuratorium besteht:

1. aus dem jeweiligen Präsidenten der Zivilverwaltung in Arel als Vorsitzenden sowie
2. aus dem jeweiligen Zivilkommissar des Kreises Arel, der Stellvertreter des Vorsitzenden ist,
3. aus dem Leiter der deutschen Schule in Arel,
4. aus zwei der deutschen Kolonie angehörenden in Arel ansässigen Personen als Mitgliedern. Die Mitglieder des Kuratiorums werden von dem Vorsitzenden ernannt.

§ 3. Dem Kuratorium wird die Eigenschaft einer juristischen Persönlichkeit verliehen. In Rechtsgeschäften wird das Kuratorium durch den Vorsitzenden oder durch den Stellvertreter des Vorsitzenden vertreten.

§ 4. Das Kuratorium muss in jedem Schulterial mindestens einmal zu einer Sitzung berufen werden. In dieser werden die Entscheidungen mit Stimmenmehrheit getroffen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Das Kuratorium ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienen Mitglieder beschlussfähig.

§ 5. Die laufenden Geschäfte führt der Vorsitzende, der verpflichtet ist, das Kuratorium in allen wichtigeren Angelegenheiten, insbesondere aber bei Anstellung und Entlassung von Lehrpersonen, zu hören.

§ 6. Die Kassengeschäfte werden von einem Kassenführer geführt. Dieser wird von dem Vorsitzenden ernannt und soll möglichst dem Kreise bei der deutschen Volksschule angestellter Lehrpersonen entnommen werden.

§ 7. Der Kassenführer hat alljährlich dem Kuratorium gegenüber Rechnung zu legen. Dieses erteilt die Entlastung.

§ 8. Der Kassenführer darf Zahlungen nur auf Anweisung des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters leisten.

§ 9. Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Oktober jedes Jahres und endigt am 30. September des darauffolgenden Jahres. Für jedes Geschäftsjahr ist ein Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben aufzustellen. Der Voranschlag unterliegt der Genehmigung des Verwaltungschef bei dem Generalgouverneur in Belgien. Die Befugnis des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters auf Anweisung von Zahlungen ist auf die im Voranschlag aufgeführten Beträge beschränkt.

§ 10. Innerhalb zweier Monate nach Ablauf jedes

Geschäftsjahres ist von dem Kuratorium an den Verwaltungschef bei dem General-gouverneur in Belgien ein Geschäftsbericht zu erstatten, der über alle wichtigeren Ereignisse im Laufe des letzten Schuljahres, über die Ausführung des Schulbetriebes und über die Höhe des Schulbesuches Auskunft zu geben hat. Dem Berichte ist ein auf Grund der Rechnung aufgestellter Abschluss der Schulkasse über das abgelaufene Geschäftsjahr beizufügen.

Brüssel, den 30. Mai 1917,
C. C. III A 3643.

Arrêté

concernant la constitution d'un Conseil d'administration à l'Ecole primaire allemande d'Arlon.

§ 1er. Il est constitué un Conseil d'administration chargé de diriger les affaires et d'administrer les fonds de l'Ecole allemande d'Arlon.

§ 2. Ce Conseil d'administration est formé par:

1. le président, en fonctions, de l'administration civile (Präsident der Zivilverwaltung) à Arlon, en qualité de président,

2. le commissaire civil (Zivilkommissar), en fonctions, de l'arrondissement d'Arlon, en qualité de vice-président,

3. le directeur de l'Ecole allemande d'Arlon,

4. deux personnes appartenant à la colonie allemande d'Arlon, en qualité de membres. Les membres du Conseil d'administration sont nommés par le président.

§ 3. Le Conseil d'administration a la personnalité civile. Quand il s'agit de prendre des dispositions en matière de droit, le Conseil d'administration est représenté par le président ou le vice-president.

§ 4. Le Conseil d'administration doit être convoqué en séance au moins une fois par trimestre scolaire. Dans

ces séances, les décisions sont prises à la majorité des voix. En cas de parité de voix, la voix du président est prépondérante. Le Conseil d'administration peut délibérer quelque soit le nombre des membres présents.

§ 5. Le président est chargé des affaires courantes; lorsqu'il s'agit d'affaire plus on moins importantes, telles que la nomination ou le relèvement de fonctions d'un membre du personnel enseignant, il doit entendre le Conseil d'administration.

§ 6. Un trésorier est chargé de tenir la caisse. Ce trésorier est nommé par le président, si possible parmi les membres du personnel de l'école primaire allemande.

§ 7. Chaque année, le trésorier rend comte de sa gestion au Conseil d'administration, qui lui donne décharge, s'il y a lieu.

§ 8. Le trésorier n'est autorisé à effectuer des payements que sur l'ordre du président ou du vice-président.

§ 9. L'exercice annuel commence le 1er octobre et prend fin le 30 septembre suivant, Pour chaque exercice, on dresse un projet de budget des recettes de dépenses.. Ce projet est soumis à l'approbation du Chef de l'administration civile (Verwaltungschef) près le Gouverneur général en Belgique. Le droit du président ou du vice-président d'ordonner des payements est limité aux montants inscrits au budget.

§ 10. Dans les deux mois suivant la fin chaque exercice, le Conseil d'administration envoie au Chef de l'administration civile près le Gouverneur général un rapport sur tous les événements importants de l'année scolaire écoulée, le fonctionnement de l'école et le nombre d'élèves. A ce rapport doit être joint un arrêté de compte de la caisse scolaire, dressé conformément au compte de l'exercice écoulé.

Bruxelles, le 30 mai 1917.
C. C. III A 3643.

Verordening

betreffende het oprichten van een schoolraad voor de Duitsche lagere school te Aarlen.

§ 1. *Voor de leiding der zaken der Duitsche school te Aarlen en voor het beheer der noodige geldmiddelen, wordt een schoolraad opgericht.*

§ 2. *Deze schoolraad bestaat :*

1. uit den dienstdoenden Voorzitter van het burgerlijk bestuur (Präsident der Zivilverwaltung) te Aarlen als voorzitter en

2. uit den dienstdoenden burgerlijken Kommissaris (Zivilkommissar) te Aarlen, die tevens plaatsvervanger is van den voorzitter,

3. uit den bestuurder der Duitsche school te Aarlen,

4. uit twee personen, behoorende tot de Duitsche Kolonie te Aarlen als leden. De leden van den schoolraad worden door den voorzitter benoemd.

§ 3. *De schoolraad bezit de eigenschap der rechtspersoonlijkheid. In rechtszaken wordt de schoolraad vertegenwoordigd door den voorzitter of door dezer plaatsvervanger.*

§ 4. *De raad moet in elk schoolkwartaal ten minste eenmaal tot een zitting opgeroepen worden. In de bezittingen worden de besluiten bij meerderheid van stemmen genomen. Bij staking van stemmen beslist de stem van den voorzitter. De schoolraad mag steeds besluiten nemen, om 't even hoeveel leden er aanwezig zijn.*

§ 5. *De voorzitter leidt de loopende zaken ; hij is gehouden den schoolraad te raadplegen in alle aangelegenheden van eenig belang, inzonderheid echter bij benoeming of ontslaging van onderwijskrachten.*

§ 6. *De geldzaken worden door een kashouder geleid. Deze wordt door den voorzitter benoemd en zal zoo mogelijk, gekozen worden onder de onderwijskrachten der Duitsche lagere school.*

§ 7. De kashouder moet jaarlijks rekenschap geven bij den schoolraad. Deze verleent ontlasting.

§ 8. De kashouder mag alleen op aanwijzing van den voorzitter of van dezes plaatsvervanger betalingen doen.

§ 9. Het bedrijfsjaar begint op 1 Oktober van elk jaar en eindigt den 30 September van het volgend jaar. Voor elk bedrijfsjaar zal een begrooting der inkomsten en uitgaven opgemaakt worden. De begrooting moet door het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) bij den Generalgouverneur in België worden goedgekeurd. De bevoegdheid van den voorzitter of van dezes plaatsvervanger tot het opleggen van betalingen, blijft beperkt tot de bedragen die in de begrooting voorkomen.

§ 10. Binnen twee maand na afloop van elk bedrijfsjaar stuurt de schoolraad aan het Hoofd van het burgerlijk bestuur bij den Generalgouverneur in België, een verslag over al de gebeurtenissen van eenig belang, die in het afgeloopen schooljaar zijn voorgekomen, alsook over den gang van het schoolbeheer en over het aantal leerlingen. Bij dat verslag zal een op grond der kasboeken afgesloten rekening over het afgeloopen bedrijfsjaar gevoegd worden.

Brussel, den 30n Mei 1917.
C. C. III A 3643.

3.

VERORDNUNG, ***

betreffend das Verbot, Getreide aus der Ernte 1917 auf dem Halm zu veräussern.

Es ist verboten, Rechtsgeschäfte jeder Art über Getreide auf dem Halm aus der Ernte 1917 abzuschliessen. Ausnahmen kann die zuständige Provinzial-Ernte-Kommission zulassen.

*** Sehe Seite 1. Voyez page 1. Zie blz. 1.

§ 2. Rechtsgeschäfte über Getreide auf dem Halm aus der Ernte 1917, die bereits vor Erlass dieser Verordnung abgeschlossen wurden, sind nichtig.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen § 1 dieser Verordnung werden mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 20 000 Mark bestraft, auch kann auf beide Strafen nebeneinander erkannt werden.

Zuständig sind die Militärgerichte und Militärbehörden,

Brüssel, den 5. Juni 1917.
Z. E. K. 2439/17.

Arrêté ***

concernant la défense de céder les blés sur pied de la récolte de 1917.

§ 1er. Il est défendu de disposer d'une façon quelconque des blés sur pied de la récolte de 1917. Des exception- pourront être consenties par la Commission provinciale de la récolte (Provinzial-Ernte-Kommission) compétente.

§ 2. Sont nulles et non avenues, les dispositions auxquelles les blés sur pied de la récolte de 1917 auraient donné lieu, de la part des producteurs, avant la publications du présent arrêtê.

§ 3. Les infractions au § 1er du présent arrêté seront punies d'un emprisonnement de 5 ans au plus ou d'une amende pouvant atteindre 20,000 marcs; ces deux peines pourront aussi être réunies.

Les tribunaux et autorités militaires connaitront desdites infractions.

Bruxelles, le 5 juin 1917.
Z. E. K. 2439/17.

Verordening ***

houdende verbod koren uit den oogst 1917 op halm van de hand te doen.

§ 1. Het is verboden om het even welke rechtszaken af te sluiten over koren op halm uit den oogst 1917. De bevoegde provinciale Oostgkommissie (Provinzial-Ernte-Kommission) kan evenwel uitzondering op dit verbod toestaan.

§ 2. Reeds vóór de uitvaardiging van deze Verordening, over koren op halm uit den oogst 1917 afgesloten rechtszaken, zijn van nul en geener waarde.

§ 3. Overtredingen van § 1 van deze Verordening worden met ten hoogste 5 jaar gevangenis of met ten hoogste 20.000 mark boete gestraft; ook kunnen beide straffen tegelijk worden uitgesproken.

De krijgsrechtbanken en de krijgsoverheden zijn tot oordeelvellen bevoegd.

Brussel, den 5n Juni 1917.
Z. E. K. 2439/17.

4.

VERORDNUNG, ***

betreffend die Einziehung des Futterroggens.

In Abänderung des Abschnittes III, Absatz 2*c*, meiner Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung, betreffend die Ernte-Kommissionen vom 8. Juli 1916 (G. u. V. Bl. S. 2394/96) bestimme ich was folgt:

§ 1. Der den Landwirten von ihrer Roggenernte für das Vieh freigegebene Futterroggen ist, soweit er sich noch in ihrem Besitz befindet, vom 15. Juni d. J. ab an die Aufkäufer des Comité National zu dem gesetzlich festgelegten Preise zu verkaufen.

§ 2. Das Comité National ist verpflichtet, die noch bei den Landwirten vorhandenen Mengen Futterroggen bis zum 15 aufzukaufen und an die Lagerplätze und Mühlen zu transportieren und zu lagern. Die eingelagerten Mengen unterliegen der Beschlagnahme und sind als eingelagerte Bestände den zuständigen Provinzial-Ernte-Kommissionen durch das Comité National zu melden.

§ 3. Jede Verfütterung von Brotgetreide ist verboten. Brotgetreide, das zur Herstellung von Brot ungeeignet ist kann von der Zentral-Ernte-Kommission zur Verfütterung zugelassen werden.

§ 4. Futtergetreide, das bis zum 15. Juli d. J. nicht abgeliefert ist, wird ohne Entgelt eingezogen. Für die Einziehung gelten die Bestimmungen der Verordnung vom 26. März. 1917 (G. u. V. Bl. S. 3529/30).

§ 5. Werd den Bestimmungen der §§ 1 und dieser Verordnung nicht Folge leistet, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 20.000 Mark bestraft. Auch kann auf beide Strafen nebeneinander erkannt werden.

Zuständig sind die deutschen Militärgerichte und Militärbefehlshaber.

Brüssel, den 5. Juni 1917.
Z. E. K. 2438/17.

Arrêté ***

concernant la livraison du seigle qui a été réservé à l'alimentation du bétail.

Par dérogation au chapitre III, alinéa 2*c*, de mes dispositions réglementaires de l'arrêté du 8 juillet 1916, concernant les Commissions de la récolte (Ernte-Kommissi-

onen) (Bull. off. des l. et arr., pp. 2394 à 2396), j'arrête ce qui suit:

§ 1er. A partir du 15 juin 1917, les quantités de seigle réservées aux producteurs de la récolte pour l'alimentation de leur bétail, devront, pour autant qu'elles se trouvent encore en leur possession, être vendues aux acheteurs du Comité National, aux prix fixés légalement.

§ 2. Le Comité National est tenu d'acheter, avant le 16 juillet 1917, le seigle se trouvant encore chez les agriculteurs, puis de le transporter aux dépôts ou aux moulins et de l'y emmagasiner. Le seigle emmagasiné est soumis à la saisie; les quantités emmagasinées de la sorte doivent être déclarées comme telles par le Comité National aux Commissions provinciales de la récolte (Provinzial-Ernte-Kommissionen) compétentes.

§ 3. Il est défendu de donner en nourriture au bétail n'importe quelle quantité de céréales pouvant servir à la panification. La Commission centrale de la récolte (Zentral-Ernte-Kommission) pourra autoriser l'emploi, en faveur du bétail, des céréales ne convenant pas à la fabrication du pain.

§ 4. Les céréales réservées jusqu'à présent à l'alimentation du bétail et qui n'auront pas été livrées le 15 juillet 1917 au plus tard, seront confisquées. La confiscation se fera conformément aux dispositions de l'arrêté du 26 mart 1917 (Bull. off. des l. et arr., p.p. 3529 et 3530).

§ 3. Quiconque aura enfreint les dispositions des §§ 1er et 3 du présent arrêté sera puni d'un emprisonnement de 5 ans au plus ou d'une amende pouvant atteindre 20.000 marcs. Les deux peines pourront aussi être réunies.

Les tribunaux et commandants militaires allemands connaîtront des infractions au présent arrêté.

Bruxelles, le 5 juin 1917.
Z. E. K. 2438/17.

Verordening ***

betreffende de inlevering van de voederrogge.

Onder wijziging van Hoofdstuk III, 2e lid, letter c, van de Uitvoeringsbepalingen tot de Verordening van 8 Juli 1916, betreffende de Oogstkommissies (Ernte-Kommissinen) (Wet- en Verordnungsblad, bl. 2394/96), bepaal *ik het navolgende.*

§ 1. De landbouwers zijn gehouden de voederrogge, die van hun roggeoogst als veevoeder voor het verbruik vrijverklaard is, zoover zij die nog hebben, te rekenen van 15 Juni 1917, aan de opkoopers van het Nationaal Komiteit te verkoopen tegen de daartoe wettelijk vastgestelde prijzen.

§ 2. Het Nationaal Komiteit is verplicht, de voorraden aan voederrogge, die bij de landbouwers nog voorhanden zijn, ten laatste op 15 Juli op te koopen, dezelve naar de bergplaatsen en molens te vervoeren en aldaar te bergen. De aldus geborgen voorraden zijn in beslag genomen; het Nationaal Komiteit moet de geborgen voorraden voederrogge als zoodanig aangeven bij de bevoegde provinciale Oogstkommissies (Provinzial-Ernte-Kommissionen).

§ 3. Het is verboden broodkoren in om het even welke hoeveelheid te vervoederen. De centrale Oogstkommissie (Zentral-Ernte-Kommission) kan het vervoederen van broodkoren toelaten, ingeval dit voor de vervaardiging van brood ongeschikt is.

§ 4. Voederkoren, dat ten laatste op 15 Juli 1917 niet ingeleverd is, wordt zonder vergoeding onteigend. Voor de onteigening gelden de bepalingen van de Verordening van 26 Maart 1917 (Wet- en Verordningsblad, bl. 3529/30).

§ 5. Wie de bepalingen van de §§ 1 en 3 van deze Verordeningen niet nakomt, wordt met ten hoogste 5 jaar gevangenis of met ten hoogste 20 000 mark boete gestraft. Ook kunnen beide straffen tegelijk worden uitgesproken.

De Duitsche krijgsrechtbanken en krijgsbevelhebbers zijn tot oordeelvellen bevoegd.

Brussel, den 5n Juni 1917.
Z. E. K. 2438/17.

1.

No. 356. — 12. JUNI 1917. Pag. 3837

VERORDNUNG
über das Beurkundungswesen

Art. 1. Urkunden im Sinne des Artikels 1 des Gesetzes vom 25. Ventôse des Jahres XI können in den Fällen, in welchen eine deutsche Behörde oder einer von einer deutschen Behörde mit der Wahrnehmung bestimmter Verrichtungen betraute Person beteiligt ist, von Urkundspersonen aufgenommen werden, die von mir bestellt werden.

Die Zuständigkeit dieser Urkundspersonen erstreckt sich auf das gesamte Gebiet des Generalgouvernements.

Art. 2. Zur Aufnahme der Urkunden bedarf es der Zuziehung einer zweiten Urkundsperson oder zweier Zeugen nicht.

Art. 3. Die auf Grund des Gesetzes vom 16. Dezember 1851 von den Hypothekenbewahrern vorzunehmenden Amtshandlungen können von einem von mir zu bestellenden Beambten vorgenommen werden, wenn eine der beteiligten Parteien zu den in Artikel 1 bezeichneten Behörden oder Personen gehört.

Art. 4. Wer es unternimmt, der Vornahme der in Artikel 3 bezeichneten Amtshandlungen Hindernisse in den Weg zu legen, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Zuständig sind die deutschen Militärgerichte und Militärbefehlshaber.

Brüssel, den 2. Juni 1917.
C. C. VI*a* 4781.

Arrêté

concernant les actes authentiques

Article 1er. Chaque fois qu'une autorité allemande ou une personne commise par une autorité allemande participe à un des actes visés par l'article 1er de la loi du 25 ventôse an XI, ceux-ci peuvent être reçus par des fonctionnaires nommés par moi à cet effet.

La compétence de ces fonctionnaires s'étendra à tout le territoire du Gouvernement général.

Art. 2. Les actes en question peuvent être reçus sans l' assistance soit d'un deuxième fonctionnaire, soit de deux témoins.

Art. 3. Les fonctions incombant aux conservateurs des hypothèques en vertu de la loi du 16 décembre 1851 peuvent être exercées par un fonctionnaire nommé par moi, quand une des parties intéressées est une des autorités ou personnes dont il est fait mention à l'article 1er.

Art. 4. Quiconque aura entravé ou tenté d'entraver l'exercice des fonctions prévues à l'article 3 sera puni soit d'un emprissonnement de 5 ans au plus et d'une amende pouvant atteindre 50 000 marcs, soit d'une de ces peines seulement.

Les tribunaux et commandants militaires allemands connaîtront des infractions au présent arrêté

Bruxelles, le 2 juin 1917.
C. C. VI*a* 1748.

Verordening

betreffende de oorkonden.

Art. 1. Oorkonden in den zin van artikel 1 der wet van 25 Ventôse van het jaar XI kunnen opgenomen worden door ambtenaren, die door mij daartoe aangesteld zijn in de gevallen, waarin hetzij een Duitsche overheid, hetzij een persoon, door een Duitsche overheid belast met het waarnemen van bepaalde verrichtingen, betrokken is.

De bevoegdheid van deze ambtenaren geldt voor het gansche gebied van het Generalgouvernement.

Art. 2. De oorkonden kunnen opgenomen worden zonder dat een tweede ambtenaar, of zonder dat twee getuigen daarbij aanwezig zijn.

Art. 3. Een door mij aan te stellen ambtenaar kan de krachtens de wet van 16 December 1851 door de hypotheekbewaarders te vervullen ambtsverrichtingen uitoefenen, ingeval een der betrokken partijen behoort tot de in artikel 1 opgesomde overheden of personen.

Art. 4. Wie de vervulling van de in artikel 3 bedoelde ambtsverrichtingen belemmert of tracht te belemmeren, wordt met ten hoogste 5 jaar gevangenis en met ten hoogste 50 000 mark boete, of met één van deze straffen gestraft.

De Duitsche krijgsrechtbanken en krijgsbevelhebbers zijn tot oordeelvellen bevoegd.

Brussel, den 2n Juni 1917.
*C. C. VI*a *4781.*

2.

BEKANNTMACHUNG. ***

Transporte von Schlachtvieh auf Eisenbahnen und Schiffen sind *nur innerhalb des Bereiches des Generalgouvernements* zulässig und bedürfen vom 1. Juli

*** Sehe Seite 1. Voyez page 1. Zie Blz. 1.

1917 ab eines Geleitscheines des Kreitschefs, aus dessen Bezirk das zu verladende Vieh herkommt.

Der Geleitschein muss den Ort der Herkunft des Viehs und den Bestimmungsort sowie die Anfangs- und Endstation des Transportes auf der Eisenbahn oder auf Schiffen enthalten.

Eine Weiterleitung der Transporte von der im Geleitschein angegebenen Endstation der Eisenbahn oder der Schiffahrt darf nicht stattfinden und bedarf eines neuen Geleitscheines.

Brüssel, den 5. Juni 1917.
G.G. VI*a* 34/6 17 II.

Avis. ***

Les transports par chemin de fer ou par eau des bêtes de boucherie (y compris les porcs) ne sont permis qu'à *l'interieur du territoire du Gouvernement général* et ne pourront se faire, à partir du 1er juillet 1917, qu'en vertu d'un passavant délivré par le chef de l'arrondissement (Kreischef) d'où viennent les bêtes à transporter.

Le passavant indiquera de lieu d'où vient la bête, le lieu de destination ainsi que les stations de départ et d'arrivée du transport par chemin de fer ou par eau.

Il n'est pas permis de faire suivre le transport au delà de la station d'arrivée à moins qu'un nouveau passavant ne soit délivré.

Bruxelles, le 5 juin 1917.
G. G. IV*a* 34/6 17 II.

Bekendmaking. ***

Slachtvee mag alleen binnen het gebied van het Generalgouvernement *per spoorweg of per schip vervoerd*

worden. Te rekenen van 1 Juli 1917 is daar bovendien een geleibrief voor noodig van den Kreischef, uit wiens ambtsgebied het vee vervoerd wordt.

De geleibrief moet de plaats van herkomst van het vee en de plaats van bestemming, alsook de vertrek- en eindstatie voor het vervoer per spoorweg of per schip vermelden.

En de zending vee mag niet vervoerd worden dan de in den geleibrief opgegeven eindstatie van den spoorweg of van de scheepvaartlijn, ten zij daarvoor een nieuwe geleibrief is afgehaald.

Brussel, den 5n Juni 1917.
G. G. IVa 34/6 17 II.

3.

VERORDNUNG,

betreffend die Bildung zweier Ministerien für Justiz.

In Ausführung der Verordnung vom 21. März 1917 über die Bildung zweier Verwaltungsgebiete (G. u. V. Bl. S. 3457) verordne ich was folgt:

Art. 1. Vom 1. Juli 1917 ab wird die Verwaltung der Justiz für jedes der beiden Verwaltungsgebiete, das vlämische und das wallonische, durch ein besonderes Ministerium geführt.

Art. 2. Die bestehenden Archive des Strafregisters, der öffentlichen Sicherheit und des Erkennungsdienstes bleiben bei dem Ministerium in Brüssel. Bei dem Ministerium in Namur werden sie vom 1. Juli 1917 ab zunächst nur für die Zukunft neu eingerichtet.

Gemeinsam für beide Verwaltungsgebiete bleibt vorläufig unter der Leitung des Ministeriums in Brüssel, die Verwaltung der Witwen (und Waisenkassen.

Während die Verwaltung jeder einzelnen Anstalt durch dasjenige Ministerium erfolgt, in dessen Verwaltungsgebiet sie liegt, sind im Bedarfsfalle Personen aus dem anderen Verwaltungsgebiet gegen Ersatz der Kosten nach Möglichkeit aufzunehmen.

Art. 3. Für jedes der beiden Ministerien gilt einstweilen das Organische Reglement vom 29. Juli 1893 nebst den ergänzenden Königlichen Verordnungen mit der Massgabe, dass die endgültige Feststellung des Beambtenbestandes vorbehalten bleibt.

Art. 4. Der Verwaltungschef wird mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Brüssel, den 9. Juni 1917.
C. C. VI A 3169, V. T. 1.

Arrêté

concernant la formation de deux ministères de la justice.

En exécution de l'arrêté du 21 mars 1917, concernant la formation de deux régions administratives en Belgique (Bull. off. des l. et arr,. p. 3457), j'arrête ce qui suit:

Art. 1er. Pour chacune des deux régions administratives (la région flamande et la région wallonne), l'administration de la justice sera confiée à un ministère spécial, à partir du 1er juillet 1917.

Art. 2. Les archives existantes du casier judiciaire, de la sûreté publique et du service d'identification judiciaire sont maintenues auprès du ministère établi à Bruxelles. Auprès du ministère établi à Namur, elles ne seront nouvellement organisées que pour l'avenir, à partir du 1er juillet 1917.

L'administration des caisses des veuves et orphelins restera provisoirement en commun pour les deux régions

administratives, sous la direction du ministerè établi à Bruxelles.

L'administration de chaque établissement en particulier sera exercée par le ministère de la région administrative où se trouve cet établissement; en cas de nécessité on devra, autant que possible et moyennant remboursement des frais, recevoir dans les établissements de l'une des deux régions administratives des personnes ressortissant de l'autre région administrative.

Art. 3. Le règlement organique du 29 juillet 1893 ainsi que les arrêtés royaux complémentaires resteront provisoirement en vigueur pour chacun des deux ministères, avec la restriction que la détermination définitive du cadre du personnel est réservée.

Art. 4. Le Chef de l'Administration civile (Verwaltungschef) est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 9 juin 1917.
C. C. VI A 3169, V. T. 1.

Verordening,

betreffend de vorming van twee ministeries van Justitie.

In uitvoering van de Verordening van 21 Maart 1917, betreffende de indeeling van België in twee bestuurlijke gebieden (Wet- en Verordeningsblad, bl. 3457), verorden ik het navolgende:

Art. 1. Het beheer van Justitie wordt, voor elk der beide bestuurlijke gebieden, het Vlaamsche en het Waalsche, te rekenen van 1 Juli 1917 door een bijzonder ministerie waargenomen.

Art. 2. De bestaande archieven van het strafregister, van den dienst der openbare veiligheid en van den gerechtelijken erkenningsdienst blijven bij het ministerie te Brussel. Te rekenen van 1 Juli 1917 worden deze archieven bij

het ministerie te Namen eerst voor de toekomst nieuw opgemaakt.

Het beheer van de Kassen voor Weduwen en Weezen blijft voorloopig gemeenschappelijk voor de beide bestuurlijke gebieden onder leiding van het ministerie te Brussel.

Het beheer van ieder inrichting valt ten laste van het ministerie in wiens bestuurlijk gebied zij gelegen is; evenwel zullen personen uit het ander bestuurlijk bgebied zoo noodig en mits vergoeding der onkosten, opgenomen worden, zoover zulks mogelijk is.

Art. 3. Voor elk der beide ministeries gelden voorloopig het organiek reglement van 29 Juli 1893 en de aanvullende koninklijke besluiten, met dien verstande, dat het voorbehouden blijft, het kader van het personeel der beide ministeries voorgoed vast te stellen .

Art. 4. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) is belast met de uitvoering van deze Verordening.

Brussel, den 9n Juni 1917.
C. C. VI A 3169, V. T. 1.

4.

VERFÜGUNG .

1. Vom 1. Juli 1917 ab wird die Zuständigkeit des Justizministeriums in Brüssel auf Grund meiner Verordnung vom 9. Juni 1917 C. C. VI A 3169 V. T. 1 auf das vlämische Verwaltungsgebiet beschränkt. Aus dem Personalbestand des Ministeriums werden die in der Anlage genannten Beamten angewiesen, vom gleichen Tage ab die Verwaltung der Justiz für das wallonische Verwaltungsgebiet von Namur aus zu führen und demzufolge zu diesem Zeitpunkt nach Namur versetzt.

2. In dem Justizministerium zu Brüssel wird mit Wirsamkeit vom 1. Juli 1917 ab

a) ernannt: zum Generalsekretär der Polizeirichter J. T. F. W. Heuvelmans in Antwerpen, zum Abteilungschef der Bürochef J. Bévernage,

b) verliehen: der persönliche Titel eines Bürochefs: dem Commis A. P. E. Coopman.

Brüssel, den 10. Juni 1917.
V. T. 2.

Anlage zu V. T. 2.

Nach NAMUR versetzt:

Generalsekretär	De Rode	Inspektor	Belym
Generaldirektor	Moreau	Inspektor	Renault
„	Maus	Bürochef	De Hertogh
„	Dom	„	Poncelet
Direktor	Didion	„	Blaise
„	De Rasse	„	Mativa
„	Lannoy	„	Urbain
„	Moens	„	Coppine
„	Ralet	„	Maquet
„	Gillard	„	Balfus
Abteilungschef	Anciaux	„	Gerber
„	Périer	„	Turbelin
„	De Le Court	„	Henry
„	Caulier	„	Amiable
„	Stinglhamber	„	Baiwir
„	Lebrun	„	De Bournon-[ville
„	Henrard		

Arrêté.

1) A partir du 1er juillet 1917, la compétence du Ministère de la justice à Bruxelles sera, en vertu de mon arrêté du 9 juin 1917 (C. C. VI A 3169 V. T. 1), limitée à la région administrative flamande .A dater du même jour les fonctionnaires désignés à l'annexe et appartenant au personnel du ministère auront à se charger, à Namur, de l'administration de la justice pour la région administrative wallonne; ils seront, en conséquence, transférés dans cette ville à la date du 1er juillet 1917.

2) Au Ministère de la justice à Bruxelles, sont nommés avec effet à partir du 1er juillet 1917.

a) MM. J. T. F. W. Heuvelmans, juge de paix à Anvers, en qualité de secrétaire général,

J. Bévernage, chef de bureau, en qualité de chef de division,

b) M. A. P. E. Coopman, commis, en qualité de chef de bureau à titre personnel.

Bruxelles, le 10 juin 1917.
V. T. 2.

Annexe a l'arrêté V. T. 2.

Sont transférés à Namur

Pour les noms voir ci-dessus.

Beschikking.

1. *De bevoegdheid van het ministerie van Justitie te Brussel is krachtens mijn Verordening van 9 Juni 1917 (C. C. VI A 3169 V. T. 1), met ingang van 1 Juli 1917 beperkt tot het Vlaamsch bestuurlijk gebied. Van het personeel van dit ministerie zijn de in de bijlage genoemde*

ambtenaren aangeduid om, te rekenen van denzelfden dag, het beheer van Justitie voor het Waalsch bestuurlijk gebied van Namen uit, waar te nemen. Bedoelde ambtenaren zijn dienovereenkomstig, van dien datum af, overgeplaatst naar Namen.

2. In het ministerie van Justitie te Brussel zijn te rekenen van 1 Juli 1917,

a) de heer J. T. F. W. Heuvelmans, politierechter, te Antwerpen, tot algemeen sekretaris en
de heer J. Bevernage, bureeloverste, tot afdeelingsoverste
en
b) de heer A. P. E. Coopman, klerk, tot bureeloverste ten persoonlijken titel benoemd.

Brussel, den 10n Juni 1917.
V. T. 2.

Bijlage tot V. T. 2.

Zijn naar NAMEN overgeplaatst:

Voor Namen zie Duitsch :

5.

VERORDNUNG

über die Bildung zweier Finanzministerien.

In Ausführung der Verordnung vom 21 März 1917 über die Bildung zweier Verwaltungsgebiete (G. u. V. Bl. S. 3457) verordne ich was folgt:

Art. 1. Die Verwaltung der direkten Steuern, Zölle und Verbrauchsabgaben und die Verwaltung des Enregistrements und der Domänen wird für jedes der beiden Verwaltungsgebiete, das vlämische und das wal-

lonische, vom 1. Juli 1917 ab durch ein besonderes Finanz-ministerium geführt.

Art. 2. Gemeinsam für beide Verwaltungsgebiete vorläufig unter der Leitung des Finanzministeriums in Brüssel die Schatzverwaltung, die Verwaltung der öffentlichen Schuld und des Münzwezens sowie die Verwaltung der Kassen für die Witwen und Waisen der Beambten und Angestellten der Finanzverwaltung, ausserdem die Handelsstatistik.

Art. 3. Auf jedes der beiden Finanzministerien finden im übrigen einstweilen die Königlichen Erlasse vom 31. Dezember 1875 und vom 15. Januar 1912 nebst den ergänzenden Verordnungen sinngemäss Anwendung.

Art. 4. Der Verwaltungschef erlässt die zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen weiteren Abordnungen.

Brüssel den 9. Juni 1917,
C. C. II A 6832, V. T. 8.

Arrêté

concernant la formation de deux ministères des finances.

En exécution de l'arrêté du 21 mars 1917, concernant la formation de deux régions administratives en Belgique (Bull. off. des l. et arr., p. 3457), j'arrête ce qui suit:

Art. 1er. Pour chacune des deux régions administratives (la région flamande et la région wallonne), l'administration des contributions directes, douanes et accises et l'administration de l'enregistrement et des domaines seront confiées à un ministère des finances spécial, à partir du 1er juillet 1917.

Art. 2. L'administration du trésor, l'administration de la dette publique et des monnaies, l'administration des caisses des veuves et orphelins des fonctionnaires et em-

ployés de l'administration des finances et la statistique commerciale resteront provisoirement en commun pour les deux régions administratives, sous la direction du ministère des finances établi à Bruxelles.

Art. 3. Au surplus, les arrêtés royaux des 31 décembre 1875 et 15 janvier 1912 ainsi que leurs arrêtés complémentaires sont provisoirement rendus applicables, par analogie, à chacun des deux ministères des finances.

Art. 4. Le Chef de l'Administration civile (Verwaltungschef) est chargé de décréter les autres dispositions nécessaires pour l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 9 juin 1917.

C. C. II A 6832, V. T. 8.

Verordening

betreffende de vorming van twee ministeries van Financiën.

In uitvoering van de Verordening van 21 Maart 1917, betreffende de indeeling van België in twee bestuurlijke gebieden (Wet- en Verordeningsblad, bl. 3457), *verorden ik het navolgende :*

Art. 1. Het beheer van de rechtstreeksche belastingen, Doeanen en Accijnzen, evenals het beheer van het Enregistrement en van de Domeinen wordt, met ingang van 1 Juli 1917, voor elk der beide bestuurlijke gebieden, het Vlaamsche en het Waalsche, door een afzonderlijk ministerie van Financiën waargenomen.

Art. 2. Het beheer van de Schatkist, het beheer van de Openbare Schuld en van de Munten, evenals het beheer van de Kas voor Weduwen en Weesen der ambtenaren. beambten en bedienden van het beheer van Financiën, alsmede de Handelsstaktistiek blijven voorloopig gemeenschappelijk voor beide bestuurlijke gebieden onder de leiding van het ministerie van Financiën te Brussel.

Art. 3. Overigens zijn voor de beide ministeries van Financiën de koninklijke dekreten van 31 December 187[illegible] en van 15 Januari 1912, evenals de aanvullende Verordeningen, voorloopig in denzelfden zin toepasselijk.

Art. 4. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) zal de ter uitvoering van hiervorenstaand[illegible] Verordening verder noodige bepalingen uitvaardigen.

Brussel, den 9n Juni 1917.
C. C. II A 6832, V. T. 8.

6.

VERFÜGUNG.

Auf Grund meiner Verordnung vom 5 Mai. 1917 C. C III A 2901 IV A 14132 und im Anschluss an meine Verfügung vom 6. Mai 1917 C. C. III A 2902 IV A 141[illegible] ernenne ich in dem Ministerium für Gewerbe und Arbei[illegible] in Brüssel weiter:

zum Abteilungschef den Kaufmann und frühere[illegible] Hauptkommis in der Eisenbahnverwaltung F[illegible] Verstrijnge,

zum Bürochef (persönlicher Titel) den Nationalökonomen Hugo Van den Broeck.

Brüssel, den 9. Juni 1917.
C. C. V. T. 10.

Arrêté.

En vertu de mon arrêté du 5 mai 1917 (C. C. III A 290[illegible] IV A 14132) et comme suite à mon arrêté du 6 mai 191[illegible] (C. C. III A 2902 IV A 14132), je nomme en outre au Ministère de l'industrie et du travail à Bruxelles:

en qualité de chef de division: M. F. Verstrijnge, com[illegible]

merçant, ancien commis-chef à l'administation des chemins de fer;

en qualité de chef de bureau, à titre personnel: M. Hugo Van den Broeck, économiste.

Bruxelles, le 9 juin 1917.
C. C. V. T. 10.

Beschikking.

Op grond van mijn Verordening van 5 Mei 1917 CC. III A 2901 IV A 14132, en in aansluiting aan mijn beschikking van 6 Mei 1917 CC. III A 2902 IV A 14132, heb ik in het ministerie van Nijverheid en Handel te Brussel verder benoemd:

den heer F. Verstrijnge, koopman en voormalig hoofdklerk bij het beheer van spoorwegen, tot afdeelings overste,

den heer Hugo Van den Broeck, staathuishoudkundige, tot bureeloverste ten persoonlijken titel.

Brussel, den 9n Juni 1917.
C. C. V. T. 10.

7.

VERFÜGUNG.

Auf Grund meiner Verordnung vom 5. Mai 1917 C.C. III A 2772 wird vom 15. Juni 1917 an die Zuständigkeit des Inspecktors des Musikunterrichts, P. Gilson, auf das vlämische Verwaltungsgebiet beschränkt.

Brüssel, den 9. Juni 1917.
C. C. V. T. 11, III A 3535.

Arrêté.

En vertu de mon arrêté du 5 mai 1917 (C. C. III A 2772), la compétence de M. P. Gilson, en tant qu'inspecteur de l'enseignement musical, sera limitée à la région administrative flamande à partir du 15 juin 1917.

Bruxelles, le 9 juin 1917.
C. C. V. T. 41, III A 3535.

Beschikking.

De bevoegdheid van den heer P. Gilson, opziener van het muziekonderwijs, is, krachtens mijn Verordening van 5 Mei 1917, C. C. III A 2772, te rekenen van 15 Juni 1917 beperkt tot het Vlaamsche bestuurlijk gebied.

Brussel, den 9n Juni 1917.
C. C. V. T. 41, III A 3535.

No. 257. — 15. JUNI 1917. Pag. 3849

1.

VERORDNUNG, ***

betreffend Frühkartoffeln.

Art. Die Bewirtschaftung der Frühkartoffelernte wird der Kartoffelversorgungsstelle in Brüssel (K. V. S.) übertragen.

Die Deckung des Bedarfs erfolgt durch die K. V. S. im Wege freihändigen Aufkaufs mit der Massgabe, dass der Ankauf der Frühkartoffeln bei den Erzeugern und ihre Lieferung in die Verbrauchsgebiete dem Verladerbüro beim Zivilkommissar in Mecheln übertragen wird.

Die Tätigkeit des Verladerbüros erstreckt sich für den

*** Sehe Seite 1. Voyez page 1. Zie blz. 1.

Ankauf auf die in dem nachstehenden Verzeichnis aufgeführten Gemeinden.

Art. 2. Beginn und Ende der Frühkartoffelernte wird durch den Verwaltungschef bestimmt.

Das vorzeitige Aufnehmen von Kartoffeln ist verboten

Art. 3. Der Ankauf der Frühkartoffeln erfolgt zu dem vom Zivilkommissar in Mecheln im Einvernehmen mit der K. V. S. festzusetzenden Tagespreise. Dieser gilt für das Generalgouvernement als Höchstpreis im Sinne der Verordnung vom 28. September 1915 über die Bestrafung der Ueberschreitung von Höchstpreisen (G. & V. Bl. S. 1093).

Art. 4. Soweit nicht im vorstehenden eine besondere Regelung getroffen ist, finden die Bestimmungen der Verordnung vom 17. Januar 1916, betreffend die Regelung der Kartoffelversorgung (G. & V. Bl. S. 1525), Anwendung.

Zur Entscheidung aller bei der Bewirtschaftung der Frühkartoffeln entstehenden Streitigkeiten ist das in Artikl 11 jener Verordnung bezeichnete Schiedsgericht ausschliesslich zuständig.

Art. 5. Der Verwaltungschef wird mit der Ausführung der Verordnung betraut. Er ist ermächtigt, Aenderungen in dem in Artikel 1 erwähnten Gemeindeverzeichnis vorzunehmen.

Art. 6. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen sowie gegen die auf Grund des Artikels 5 getroffenen Anordnungen werden mit Haft oder Gefängnis von einer Woche bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe von 50 bis zu 10 000 Mark bestraft. Auf beide Strafarten kann nebeneinander, ausserdem kann auf Einziehung der Ware erkannt werden.

Züstandig sind die deutschen Militärgerichte und die Militärbefehlshaber.

Brüssel, den 9. Juni 1917.

C. C. VII K. V. S. 4004.

VERZEICHNIS

der dem Verladerbüro beim Zivilkommissar in Mecheln bezüglich der Frühkartoffelversorgung angeschlossenen Gemeinden.

Provinz Antwerpen:

Alle Gemeinden der Provinz mit Ausnahme von: Wilrijk, Deurne, Hoboken.

Verladestationen: Kalmthout, Kapellen, Turnhout, Tielen, Balen, Mol, Geel, Olen, Herenthals, Bouwel, Nijlen, Lier, Noorderwijk, Westmeerbeek, Ramsel, Boischot Heist-op-den-Berg, Boekhout, Beerlaar, Kontich, Duffel, Sinte-Katelijne-Waver, Mecheln-Nekkerspoel, Mecheln-Hauptbahnhof, Sint-Amands, Puurs, Hombeek.

Provinz Brabant:

Kreis Brüssel-Land:

Gemeinden: Peizegem, Steenhuffel, Malderen, Londer zeel, Ramsdonk, Londerzeel-Oost, Nieuwenrode, Kapellen-op-den-Bosch, Humbeek, Wolverthem, Eppegem, Peuti, Perk, Elewijt, Weerde, Zemst, Hofstade, Muizen, Buken, Kampenhout, Berg, Beigem, Grimbergen, Assche Bekkerzeel, Sint-Maartens-Bodegem, Borcht-Lombeek, Brussegem, Sint-Ulriks, Kapelle, Kobbegem, Esschene, Ganshoren, Grooten-Bijgaard, Hamme, Hekelgem, Pamel, Liedekerke, Sinte-Katelijne-Lombeek, Massenzeel, Merchtem, Meise, Molhem-Bollebeek, Neder-Over-Heembeek, Opwijk, Relegem, Stormbeek-Bever, Strijthem, Teralfene, Ternat, Wambeek, Wemmel, Wolverthem, Zellik.

Verladestationen zu Brüssel-Land: Opwijk, Merchtem, Assche, Sinte-Kathelijne-Lombeek, Ternat, Grooten-Bijgaard, Malderen, Londerzeel, Kapellen-op-den-Bosch, Weerde.

Kreis Löwen :

Gemeinden : Hever, Boortmeerbeek, Haacht, Keerbergen, Tremeloo, Wespelaar, Tildonk, Werchter, Baal, Begijnendijk, Rotselaar, Wijchmaal, Holsbeek, Sint-Pieters Rode, Houward, Kortrijk-Dutsel, Nieuwrode, Wezemaal, S.elrode, Betekom, Aarschot, Rillaar, Scherpenheuvel, G¹chem, Messelbroek, Molenstede, Testelt, Langdorp, Bekevoord, O.-L.-V. Tielt.

Verladestationen : Boortmeerbeek, Wespelaar, Wijchmaal, Rotselaar, Gelrode, Aarschot.

Arrêté ***

concernant les pommes de terre hâtives.

Art. 1er. L'utilisation économique de la récolte des pommes de terre hâtives est confiée au Bureau d'approvisionnement en pommes de terre (Kartoffelversorgungsstelle (K. V. S.) à Bruxelles.

La „K. V. S." est chargée de se procurer, par voie d'achat à l'amiable, les quantités nécessaires à la consommation; à cette fin, les pommes de terre hâtives seront achetées aux producteurs et livrées dans les districts de consommation par les soins du Bureau de chargement (Verladerbüro) institué après le Commissaire civil (Zivilkommissar) à Malines.

Pour les achats en question, la compétence du Bureau de chargement s'étend aux communes énumérées dans la liste annexée au présent arrêté.

Art. 2. Le commencement et la fin de la récolte des pommes de terre hâtives seront fixe's par le Chef de l'Administration civile (Verwaltungschef).

Il est défendu de récolter des pommes de terre avant la date qui sera fixée à cette fin.

Art. 3. L'achat des pommes de terre hâtives se fera au prix du jour, à déterminer par le Commissaire civil de

Malines, d'accord avec la „K. V. S.". Ce prix sera considéré, pour le territoire du Gouvernement général, comme prix maximum au sens de l'arrêté du 28 septembre 1915, concernant les peines applicables aux acheteurs et vendeurs qui dépassent les prix maxima (Bull. off. des l. et arr., p. 1093).

Art. 4. Pour autant que les dispositions précédentes n'établissent pas d'autre réglementation, les prescriptions de l'arrêté du 17 janvier 1916 réglant l'approvisionnement en pommes de terre (Bull. off. des l. et arr., p. 1525) sont applicables.

Tous les différends se produisant ensuite de l'utilisation économique de la récolte des pommes de terre hâtives seront tranchés exclusivement par le tribunal d'arbitrage prévu à l'article 11 dudit arrêté du 17 janvier 1916.

Art. 5. Le Chef de l'administration civile est chargé de l'exécution du présent arrêté. Il est autorisé à modifier la liste des communes dont il est fait mention à l'article 1er.

Art. 6. Les infractions au présent arrêté ainsi qu'aux dispositions prises en vertu de son article 5 seront punies d'une peine d'emprisonnement de police ou correctionnel d'une semaine à un an ou d'une amende de 50 à 10,000 marcs. Les deux peines pourront aussi être réunies; en outre, la confiscation de la marchandise pourra être prononcée.

Les tribunaux et commandants militaires allemands connaîtront desdites infractions.

Bruxelles, le 9 juin 1917.
C. C. VII K. V. S. 4004.

Liste

des communes dépendant du Bureau de chargement (Verladerbüro) institué près le Commissaire civil à Malines en vue de l'approvisionnement en pommes de terre hâtives.

Province d'Anvers.

Toutes les communes de la province, à l'exception de: Wilryck, Deurne, Hoboken.

Gares de chargement : Calmpthout, Capellen, Turnhout, Thielen, Baelen, Moll, Gheel, Oolen, Hérenthals, Bouwel, Nylen, Lierre, Norderwyck, Westmeerbeek, Ramsel, Boisschot, Heyst-op-den-Berg, Bouchout, Berlaer, Contich, Duffel, Wavre-Sainte-Catherine, Malines-Neckerspoel, Malines-gare centrale, Saint-Amand, Puers, Hombeek.

Province de Brabant.

Arrondissement de Bruxelles-Campagne :

Communes : Peisegem, Steenhuffel, Malderen, Londerzeel, Ramsdonck, Londerzeel-Est, Nieuwenrode, Capelle-au-Bois, Humbeek, Eppeghem, Peuthy, Perck, Elewyt, Weerde, Sempst, Hofstade, Muysen, Bueken, Campenhout, Bergh, Beyghem, Crimberghen, Assche, Beckerzeel, Bodeghem-Saint-Martin, Borght-Lombeek, Brusseghem, Capelle-Saint-Ulric, Cobbeghem, Esschene, Ganshoren, Grand-Bigard, Hamme, Hekelgem, Pamel, Liedekerke, Lombeek-Sainte-Catherine, Maxenzeel, Merchtem, Meysse, Molhem-Bollebeek, Neder-Over-Heembeek, Opwyck, Releghem, Stormbeek-Bever, Strythem, Teraphene, Ternath, Wambeek, Wemmel, Wolverthem, Zellick.

Gares de chargement de Bruxelles-Campagne : Opwyck, Merchtem, Assche, Lombeek-Sainte-Catherine, Ternath, Grand-Bigard, Malderen, Londerzeel, Capelle-au-Bois, Weerde.

Arrondissement de Louvain :

Communes : Hever, Boortmeerbeek, Haecht, Keerbergen, Tremeloo, Wespelaer, Thildonck, Werchter, Bael, Beggynendyck, Rotselaer, Wychmael, Holsbeek, Rhode-Saint-Pierre, Hauwaert, Cortryck-Dutzel, Nieuwrhode, Wesemael, Gelrode, Betecom, Aerschot, Rillaer, Montaigu, Sichem, Messelbroeck, Molenstede, Testelt, Langdorp, Becquevoort, Thielt-Notre-Dame.

Gares de chargement : Boortmeerbeek, Wespelaer, Wychmael, Rotselaer, Gelrode, Aerschot.

Verordening ***

betreffende de vroege aardappelen.

Art. 1. Het tennuttemaken van den vroegen aardappeloogst is opgedragen aan het Aardappelbevoorradingskantoor (Kartoffelversorgungsstelle-K. V. S.), te Brussel.

De K. V. S. is gelast zich door onderhandschen aankoop de noodige hoeveelheid vroege aardappelen voor het verbruik aan te schaffen ; de aankoop van vroege aardappelen bij de verbouwers en de levering er van in de afzetgebieden is te dien einde opgedragen aan het Verzendingskantoor bij den burgerlijken Kommissaris (Verladerbüro beim Zivilkommissar) te Mechelen.

De bevoegdheid van het Verzendingskantoor strekt zich uit tot de gemeenten, vermeld in de hieraan toegevoegde lijst.

Art. 2. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) bepaalt het begin en het einde van den vroegen aardappeloogst.

Het is verboden den oogst te beginnen vóór den daartoe vastgestelden datum.

Art. 3. De aankoop van de vroegere aardappelen geschiedt tegen den door den burgerlijken Kommissaris te Mechelen, in gemeen overleg met de K. V. S. vast te stellen prijs van den dag. Deze prijs geldt voor het Generalgouvernement als hoogste prijs in den zin der Verordening van 28

September 1916, „over het bestraffen van overtredingen tegen de hoogste prijzen" (Wet- en Verordeningsblad, bl. 1093).

Art. 4. Voor het overige blijven de bepalingen der Verordening van 17 Januari 1916 „betreffende de regeling van de aardappelbevoorrading "(Wet- en Verordeningsblad, bl. 1525) van kracht, zoover in vorenstaande bepalingen geen andere regeling is getroffen.

Het scheidsgerecht, voorzien bij artikel 11 der Verordening van 17 Januari 1916, is uitsluitend bevoegd voor het beslechten van al de geschillen, die bij het tennuttemaken van den vroegen aardappeloogst zouden ontstaan.

Art. 5. Het hoofd van het burgerlijk bestuur is belast met de uitvoering van deze Verordening. Hij is gemachtigd wijzigingen toe te brengen aan de onder artikel 1 bedoelde lijst van gemeenten.

Art. 6. Overtredingen van de vorenstaande bepalingen, alsook van de op grond van artikel 5 genomen schikkingen, worden met ten minste één week en ten hoogste één jaar hechtenis of gevangenis of met ten minste 50 en ten hoogste 10.000 mark boete gestraft. Beide straffen kunnen tegelijk worden uitgesproken. Bovendien kan de waar onteigend worden.

De Duitsche krijgsrechtbanken en krijgsbevelhebbers zijn tot oordeelvellen bevoegd.

Brussel, den 9n Juni 1917.
C. C. VII K. V. S. 4004.

Lijst

van gemeenten aangesloten bij het Verzendingskantoor voor de bevoorrading met vroege aardappelen bij den burgerlijken Kommissaris (Verladerbüro beim Zivilkommissar) te Mecheln.

Provincie Antwerpen.

Al de gemeenten der provincie, *uitgenomen Wilrijk, Deurne, Hoboken.*

Verzendingsstaties: *Kalmhout, Kapellen, Turnhout, Tielen, Balen, Mol, Geel, Olen, Herenthals, Bouwel, Nijlen, Lier, Noorderwijk, Westmeerbeek, Ramsel, Boischot, Heist-op-den-Berg, Boekhout, Berlaar, Kontich, Duffel, Sinte-Katelijne-Waver, Mechelen-Nekkerspoel, Mechelen-Hoofdstatie, Sint-Amands, Puurs, Hombeek.*

Provincie Brabant.

Arrondissement Brussel-Land:

Gemeenten: *Peizegem, Steenhuffel, Malderen, Londderzeel, Ramsdonk, Londerzeel-Oost, Nieuwenrode, Kapellen-op-den-Bosch, Humbeek, Eppegem, Peuti, Perk, Elewijt, Weerde, Zemst, Hofstade, Muizen, Buken, Kampenhout, Berg, Beigem, Grimbergen, Assche, Bekkerzeel, Sint-Maartens-Bodegem, Borcht-Lombeek, Brussegem, Sint-Ulriks-Kapelle, Kobbegem, Esschene, Ganshoren, Grooten-Bijgaard, Hamme, Hekelgem, Pamel, Liedekerke, Sinte-Katelijne-Lombeek, Massenzeel, Merchtem, Meise, Molhem-Bollebeek, Neder-Over-Heembeek, Opwijk, Relegem, Stormbeek-Bever, Strijthem, Teralfene, Ternat, Wambeek, Wemmel, Wolverthem, Zellik.*

Verzendingsstaties voor Brussel-Land: *Opwijk, Merchtem, Assche, Sinte-Katelijne-Lombeek, Ternat, Grooten-Bijgaard, Malderen, Londerzeel, Kapellen-op-den-Bosch, Weerde.*

Arrondissement Leuven:

Gemeenten: *Hever, Boortmeerbeek, Haacht, Keerbergen, Tremeloo, Wespelaar, Tildonk, Werchter, Baal, Begijnendijk, Rotselaar, Wijchmaal, Holsbeek, Sint-Pieters-Rode, Houwaard, Kortrijk-Dutsel, Nieuwrode, Wezemaal, Gelrode, Betekom, Aarschot, Rillaar, Scherpenheuvel, Sichem, Messelbroek, Molenstede, Testelt, Langdorp, Bekevoord, O.-L.-V. Tielt.*

Verzendingsstaties: *Boortmeerbeek, Wespelaar, Wijchmaal, Rotselaar, Gelrode, Aarschot.*

2.

AUSFÜHRUNGSVORSCHRIFTEN.

zur Verordnung, betreffend Frühkartoffeln.

Auf Grund des Artikels 5 der Verordnung vom 9. Juni 1917 wird bestimmt:

§ 1. Die Versorgung der Gemeinden mit Frühkartoffeln aus dem in Art. 1 der Verordnung bezeichneten Gebiete erfolgt, soweit Gemeinden ihren Bedarf nicht aus deren eigenem Gebiete decken können, ausschliesslich durch Vermittlung der K. V. S.

Est ist verboten, Frühkartoffeln auf anderem Wege in den Verkehr zu bringen oder sonstwie abzugeben und zu erwerben.

§ 2. Der Beginn der Frühkartoffelernte wird auf den 25. Juni 1917 festgesetzt.

§ 3. Die Gemeinden haben ihren Bedarf an Frühkartoffeln nach Massgabe der bestehenden Vorschriften bei dem zuständigen Zivilkommissaris zu bestellen.

Der Preis ist gleichzeitig zu erlegen.

§ 4. Die Zusammensetzung des Verladerbüros (Art. 1 der Verordnung) erfolgt mit Genehmigung des Verwaltungschefs durch den Zivilkommissar in Mecheln.

§ 5. Das Verladerbüro untersteht der Aufsicht der K. V. S. Mit der örtlichen Handhabung der Aufsicht und der Leitung des Büros wird der Zivilkommissar in Mecheln betraut.

§ 6. Das Verladerbüro bedient sich zum Ankaufe der Kartoffeln der vom Zivilkommissar in Mecheln zugelassenen Aufkäufer.

§ 7. Die Geleitscheine für Achsentransporte von Gemeinde zu Gemeinde werden für das Frühkartoffelgebiet (Art. 1 der Verordnung) von dem Zivilkommissar in Mecheln ausgestellt.

§ 8. Soweit nicht im vorstehenden eine abweichende Regelung getroffen ist, bleiben die Ausführungsvorschriften vom 17. Januar 1916 zur Verordnung vom gleichen Tage in Kraft.

Brüssel, den 10. Juni 1917.
C. C. VII K. V. S. 4004.

Dispositions Réglementaires ***

de l'arrêté concernant les pommes de terre hâtives.

En vertu de l'article 5 de l'arrêté du 9 juin 1917, il est décidé ce qui suit:

§ 1er. Pour autant que les communes ne peuvent retirer de leurs territoires respectifs les quantités de pommes de terre hâtives dont elles ont besoin, l'approvisionnement des communes en pommes de terre hâtives provenant des régions désignées à l'article 1er de l'arrêté se fait exclusivement par l'entremise du Bureau d'approvisionnement en pommes de terre (Kartoffelversorgungsstelle) (K. V. S.).

Il est défendu de livrer, par toute autre voie, des pommes de terre hâtives à la circulation ou bien d'en céder ou acquérir d'une autre manière quelconque.

§ 2. Le commencement de la récolte des pommes de terre hâtives est fixé au 25 juin 1917.

§ 3. Les communes doivent commander au Commissaire civil (Zivilkommissar) compétent, conformément aux prescriptions en vigueur, les quantités de pommes de terre hâtives dont elles ont besoin.

Le montant de leur achat doit être versé lors de la commande.

§ 4. Le Commissaire civil à Malines déterminera la composition du Bureau de chargement (Verladerbüro) (article 1er de l'arrêté) avec l'approbation du Chef de l'administration civile (Verwaltungschef).

§ 5. Le Bureau de chargement est placé sous la surveillance de la „K. V. S.". La surveillance locale et la direction de ce bureau sont confiées au Commissaire civil à Malines.

§ 6. Pour procéder aux achats de pommes de terre, le Bureau de chargement se sert des acheteurs agréés par le Commissaire civil à Malines.

§ 7. Pour tout le district de culture des pommes de terre hâtives (article 1er de l'arrêté), les permis relatifs aux transport par voiture de commune en commune sont délivrés par le Commissaire civil à Malines.

§ 8. Pour autant que les présentes dispositions n'établissent par d'autre réglementation, les dispositions réglementaires décrétées le 17 janvier 1916 pour assurer l'exécution de l'arrêté de même date restent en vigueur.

Bruxelles, le 10 juin 1917.
C. C. VII K. V. S. 4004.

Uitvoeringsbepalingen ***

tot de Verordening betreffend de vroege aardappelen.

Op grond van artikel 5 der Verordening van 9 Juni 1917, bepaal ik het navolgende :

§ 1. De bevoorrading van de gemeenten met vroege aardappelen uit de in artikel 1 der Verordening bedoelde gebieden, zoover de gemeenten de noodige hoeveelheid niet uit het eigen gebied kunnen betrekken, geschiedt uitsluitend door bemiddeling van de K. V. S.

Het is verboden, vroege aardappelen op andere wijze in het verkeer te brengen of anderszins van de hand te doen of aan te schaffen.

§ 2. Het begin van den vroegen aardappeloogst is vastgesteld op 25 Juni 1917.

§ 3. De gemeenten moeten de hoeveelheid vroege aardappelen, die zij noodig hebben, in overeenstemming met de be-

staande voorschriften bestellen bij den bevoegden burgerlijken Kommissaris (Zivilkommissar).

De prijs moet bij de bestelling worden gevoegd.

§ 4. De burgerlijke Kommissaris te Mechelen stelt het Verzendingskantoor (artikel 1 der Verordening) samen, met toestemming van het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef.)

§ 5. Het Verzendingskantoor staat onder toezicht van de K. V. S. De burgerlijke Kommissaris te Mechelen is belast met het plaatselijk toezicht en de leiding van het kantoor.

§ 6. Het Verzendingskantoor laat de vroege aardappelen opkoopen door opkoopers, die door den burgerlijken Kommissaris te Mechelen aangenomen zijn.

§ 7. De geleibrieven voor het vervoer per as van gemeente tot gemeente worden, voor het gebied der vroege aardappelen (artikel 1 der Verordening), afgeleverd door den burgerlijken Kommissaris te Mechelen.

§ 8. Zoover hiervoren geen afwijkende regeling getroffen is, blijven de uitvoeringsbepalingen van 17 Januari 1916, tot de Verordening van denzelfden dag, van kracht.

Brussel, den 10n Juni 1917.
C. C. VII K. V. S. 4004.

3.

VERORDNUNG,

die Erhebung eines Salzzolles betreffend.

§ 1. Salz unterligt in Belgien einer Abgabe nach Massgabe der nachstehenden Bestimmungen.

Unter Salz im Sinne dieser Verordnung sind ausser den Siede-, Stein- und Seesalz auch Mutterlauge, Pfannestein, Abraumsalze und Salzsole sowie alle Stoffe zu verstehen, aus denen Salz ausgeschieden zu werden pflegt.

§ 2. Das aus dem Auslande nach Belgien eingeführte Salz unterliegt einem Eingangszoll, der

für Siedesalz und gemahlenes Steinsalz 18 Franken
für sonstiges Salz 14 Franken

für 100 kg. beträgt.

Neben diesen Zollsätzen kommt der in Artikel 2 der Verordnung vom 1. März 1916, betreffend Aenderungen des Zolltarifes und einiger Verbrauchsabgaben (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 1694), vorgeschriebene Zollzuschlag von 10 % nicht zur Erhebung.

§ 3. Wer bei Inkrafttreten dieser Verordnung mehr als 50 kg Salz im Besitz oder Gewahrsam hat, ist verpflichtet, das Salz bei der zuständigen Zollstelle nach näherer Bestimmung des Verwaltungschefs binnen 2 Wochen nach Inkrafttreten dieser Verordnung schriftlich anzumelden und zugleich von diesem Salz einen Nachzoll in Höhe von 18 Franken für Siedesalz und gemahlenes Steinsalz und für 14 Franken für sonstiges Salz für 100 kg einzuzahlen ohne Rücksicht darauf, ob er Eigentümer des Salzes ist oder nicht, jedoch unbeschadet des Anspruchs auf Ersatz des entrichteten Zolles gegenüber dem Eigentümer.

§ 4. Von der Verpflichtung nach § 3 sind die Eisenbahnverwaltungen bezüglich des Salzes befreit, das sich bei Inkrafttreten dieser Verordnung zum Zwecke der Beförderung in ihrem Gewahrsam befindet. Dagegen hat jeder Empfänger von mehr als 50 kg Salz, das bei Inkrafttreten dieser Verordnung im Gewahrsam einer Eeisenbahnverwaltung zum Zwecke der Beförderung war und nicht der Verzollung nach § 2 unterlegen hat, das Salz innerhalb einer Woche nach Empfang bei der zuständigen Zollstelle nach näherer Vorschrift des Verwaltungschefs schriftlich anzumelden und zugleich von diesem Salz den Nachzoll gewäss § 3 zu entrichten.

§ 5. Die Zollbehörde ist berechtigt, die Richtigkeit der

Anmeldung nachzuprüfen. Der Bezitzer des Salzes ist hierbei zu den erforderlichen Auskünften und Handleistungen verpflichtet und hat auf Verlangen die zum Verwiegen erforderlichen Geräte zu stellen.

Ergibt sich bei der Prüfung der Anmeldungen, dass zu wenig Nachzoll entrichtet ist, so ist der entsprechende Betrag binnen 3 Tagen nach ergangener Anforderung nachzuentrichten. Zuviel gezahlte Beträge werden zurückerstattet.

§ 6. Die Herstellung von Salz aus anderen als den in § 1 Abs. 2 genannten Stoffen ist verboten, soweit nicht dazu vorher die Genehmigung des Verwaltungschefs eingeholt worden ist. Dieser bestimmt die Höhe der Abgabe, die von dem auf diese Weise hergestellten Salz zu erheben ist, sowie die übrigen hierbei zu erfüllenden Bedingungen.

§ 7. Wer eine ihm nach §§ 3 oder 4 obliegende Anmeldung unrichtig abgibt oder deren rechtzeitige Abgabe unterlässt, wird für jeden einzelnen Fall mit einer Geldstrafe bestraft, die dem zehnfachen Betrag des hierdurch hinterzogenen Nachzolles entspricht. Im Falle der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe tritt an ihre Stelle eine Gefängenisstrafe von 3 Monaten bis zu 2 Jahren. Neben der erkannten Strafe ist auf Einziehung des in Betracht kommenden Salzes, oder falls eine solche nicht ausführbar ist, auf Ersatz seines Wertes zu erkennen.

Andere Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der §§ 3 und 4 sowie Zuwiderhandlungen gegen § 5 Abs. 1 und § 6 oder gegen die zu dieser Verordnung erlassenen Ausführungsvorschriften, werden für jeden einzelnen Fall mit einer Geldstrafe von 50 bis 2000 Franken bestraft, an deren Stelle im Falle ihrer Uneinbringlichkeit eine Gefängnisstrafe von 8 Tagen bis zu 6 Monaten tritt.

Kann in den Fällen des Absatzes 1 der Betrag des hinterzogenen Nachzolles nicht festgestellt werden, so ist

die Geldstrafe für jeden einzelnen Fall auf 2000 Franken festzusetzen.

Neben der erkannten Strafe ist der Nachzoll nachzuentrichten.

§ 8. Der Verwaltungschef erlässt die zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen Ausführungsvorschriften. Er ist auch berechtigt, in besonderen Fällen eine Erstattung des Zolles oder Nachzolles zu verfügen.

§ 9. Soweit in dieser Verordnung oder den dazu erlassenen Ausführungsvorschriften nichts anderes bestimmt ist, finden die allgemeinen belgischen Zollvorschriften einschliesslich der Strafvorschriften sinngemäss Anwendung.

Brüssel, den 9. Juni 1917.
C. C. II A 6647.

Arrêté

établissant un droit de douane sur le sel.

§ 1er. Le sel est soumis en Belgique à un droit établi conformément aux dispositions suivantes.

Au sens du présent arrêté, on comprend sous la dénomination de sel, non seulement le sel de saline le sel gemme et le sel marin, mais aussi les eaux-mères, les équilles, les sels de déblaiement et les eaux salées, ainsi que toutes les substances dont le sel est communément extrait.

§ 2. Le sel importé de l'étranger en Belgique est passible d'un droit de douane fixé,
pour le sel de saline et le sel gemme moulu, à 18 francs
et, pour le sel autre, à 14 francs
les 100 kg.

Ces droits excluent l'application du droit additionnel de 10 p. c. créé par l'article 2 de l'arrêté du 1er mars 1916,

modifiant le Tarif des douanes et certains droits d'accise (Bulletin officiel des lois et arrêtés, page 1694).

§ 3. Quiconque, à la date de la mise en vigueur du présent arrêté, possède ou tient en dépôt plus de 50 kg. de sel, doit, dans les deux semaines suivant cette date et conformément aux dispositions émanant du Chef de l'Administration civille (Verwaltungschef), en faire la déclaration par écrit au bureau des douanes du ressort et acquitter en même tempe un droit subséquent de 18 francs les 100 kg., pour le sel de saline et le sel gemme moulu, et de 14 francs les 100 kg., pour le sel autre, qu'il en soit propriétaire ou non, son recours demeurant ouvert contre le propriétaire pour le remboursement des droits acquittés.

§ 4. Les administrations de chemins de fer sont affranchies de l'obligation résultant du § 3, en ce qui concerne le sel qu'elles détiennent au moment de l'entrée en vigueur du présent arrêté et qu'elles doivent transporter. Par contre, toute quantité de plus de 50 kg. de sel qui, lors de l'entrée en vigueur du présent arrêté, est détenue, pour être transportée, par une administration de chemins de fer, et n'a pas été soumise au droit de douane prévu au § 2, doit être déclarée par écrit, par le destinataire, au bureau des douanes du ressort, avant l'expiration d'une semaine suivant la réception de l'envoi et conformément aux dispositions émanant du Chef de l'Administration civile. Le destinataire devra acquitter en même temps, sur ce sel, le droit subséquent prevu au § 3.

§ 5. L'Administration des douanes a le droit de contrôler l'exactitude de la déclaration. A cette fin, le détenteur du sel est tenu de fournir tous les renseignements et travaux manuels utiles et, s'il y est invité, de procurer les instruments nécessaires pour le pesage.

Si la vérification de déclarations fait reconnaitre que les droits subséquents acquittés sont insuffisants, le complément des droits exigibles doit être payé dans les trois

jours suivant l'avertissement y relatif. Les sommes payées en trop seront restituées.

§ 6. La fabrication de sel au moyen de matières autres que celles désignées au 2e alinéa du § 1er est interdite, moins que l'intéressé n'ait sollicité et reçu l'autorisation préalable du Chef de l'Administration civile. Celui-ci fixe le montant du droit à percevoir sur le sel obtenu de cette manière, ainsi que les autres conditions à observer.

§ 7. Quiconque aura fourni des renseignements inexacts dans la déclaration lui incombant en vertu des §§ 3 ou 4, et quiconque aura omis de déclarer dans le délai prescrit, sera puni, dans chaque cas, d'une amende égale au décuple du droit subséquent ainsi fraudé. S'il est impossible de recouvrer l'amende, celle-ci sera remplacée par un emprisonnement subsidiaire de 3 mois à 2 ans. Indépendamment de la peine encourue, on prononcera la confiscation du sel et, si celle-ci ne peut avoir lieu, on la remplacera par le paiement de la valeur.

Les autres infractions aux dispositions de §§ 3 et 4 ainsi que les infractions au § 5, 1er alinéa, au § 6 ou aux dispositions réglementaires prises pour l'exécution du présent arrêté, seront punies, dans chaque cas, d'une amende de 50 à 2000 francs, ou, en cas d'impossibilité de recouvrer l'amende,d'un emprisonnement subsidiaire de 8 jours à 6 mois.

Lorsque, dans les cas visés au 1er alinéa, il n'est pas possible d'établir le montant du droit de douane subséquent qui a été fraudé, l'amende encourue sera de 2000 francs dans chaque cas.

Indépendamment de la peine prononcée, le droit subséquent devra être acquitté.

§ 8. Le Chef de l'Administration civile est chargé de prendre les dispositions réglementaires nécessaires pour l'exécution du présent arrêté. Il est également autorisé,

dans des cas particuliers, à ordonner la restitution du droit d'entrée ou du droit subséquent.

§ 9. Pour autant qu'il n'y soit pas dérogé par le présent arrêté ou par les dispositions réglementaires prises pour son exécution, les prescriptions générales belges de douane, y compris les dispositions pénales, sont rendues applicables par analogie.

Bruxelles, le 9 juin 1917.
C. C. II A 6647.

Verordening

waarbij een tolrecht op het zout wordt gevestigd.

§ 1. Zout wordt in België onderworpen aan een recht, vastgesteld overeenkomstig de volgende bepalingen :

Door zout worden in den zin van deze Verordening, buiten saline-, steen- en zeezout, ook moederloog, pansteen, opruimzout en zoutwater, alsmede alle stoffen verstaan, waaruit zout doorgaans wordt getrokken.

§ 2. Het van het buitenland in België ingevoerd zout is belastbaar met een tolrecht vastgesteld,

voor saline- en gemalen steenzout op 18 frank
voor ander zout op 14 frank
de 100 kilogram.

Bij deze tolrechten wordt het bijrecht van 10 t. h., voorzien onder artikel 2 der Verordening van 1 Maart 1916, waarbij het toltarief en enkele accijnsrechten gewijzigd worden (Wet- en Verordeningsblad, bl. 1694), niet geheven.

§ 3. Wie bij het in werking treden van deze Verordening meer dan 50 kilogram zout in zijn bezit of in bewaring heeft, moet, binnen twee weken na de inwerkingtreding van deze Verordening, schriftelijke aangifte er van doen op het bevoegd tolkantoor. overeenkomstig nadere door het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) uit te vaardigen

bepalingen, en terzelfder tijd een narecht betalen van 18 frank de 100 kilogram voor saline- en gemalen steenzout, en van 14 frank voor ander zout, om het even of hij eigenaar van het zout is of niet, doch met voorbehoud van aanspraak op teruggave der betaalde rechten tegenover den eigenaar.

§ 4. De spoorwegbeheeren zijn van de onder § 3 voorziene verplichting vrijgesteld betrekkelijk het zout dat zij, bij het in werking treden van deze Verordening, in hun bewaring hebben om het te vervoeren. Daarentegen is elke bestemmeling van meer dan 50 kilogram zout, dat bij het in werking treden van deze Verordening, bij een spoorwegbeheer in bewaring was om vervoerd te worden en niet aan vertolling overeenkomstig § 2 werd onderworpen, gehouden binnen een week na ontvangst der waar, schriftelijke aangifte er van te doen op het bevoegd tolkantoor, overeenkomstig nadere door het Hoofd van het burgerlijk bestuur uit te vaardigen bepalingen. en terzelfder tijd voor dit zout het onder § 3 vastgesteld narecht te betalen.

§ 5. Het tolbeheer is gemachtigd zich van de juistheid der aangifte te overtuigen. De bezitter van het zout is hierbij verplicht de gevorderde inlichtingen en behulpzaamheid te verstrekken en moet ook, indien hij daartoe wordt verzocht, het voor het nawegen gevorderd gereedschap verschaffen.

Wordt bij het onderzoek naar de oprechtheid der aangifte bevonden, dat aan narechten te weinig werd betaald, dan is het aanvullend bedrag binnen drie dagen na de uitgevaardigde waarschuwing te betalen. Te veel betaalde bedragen worden teruggegeven.

§ 6. Het vervaardigen van zout bij middel van andere dan de onder § 1, 2e lid, genoemde stoffen is verboden, tenzij daartoe een voorafgaande vergunning is verleend geworden door het Hoofd van het burgerlijk bestuur, die eveneens het recht dat op het aldus vervaardigde zout te heffen is, alsook de andere hierbij na te komen voorwaarden bepaalt.

§ 7. Wie in de bij §§ 3 en 4 voorziene aangifte onnauw-

keurige gegevens vermeldt, of verzuimt deze aangifte te doen binnen den voorgeschreven termijn, wordt in elk afzonderlijk geval gestraft met een boete beloopende tienmaal het bedrag van het hierdoor ontdoken narecht. Is de boete niet invorderbaar, dan wordt zij vervangen door een gevangenisstraf van 3 maanden tot 2 jaar. Naast de uitgesproken straf, zal het in aanmerking komend zout onteigend worden of, bijaldien zulks niet uitvoerbaar is, zal tot het betalen van de waarde veroordeeld worden.

Andere overtredingen van de bepalingen van §§ 3 en 4, alsook overtredingen van § 5, 1e lid, van § 6 of van de uitvoeringsbepalingen tot deze Verordening, worden in elk afzonderlijk geval gestraft met een boete van 50 tot 2000 frank, of bijaldien de boete niet invorderbaar is, met 8 dagen tot 6 maanden gevangenisstraf.

Indien het bedrag van het ontdoken narecht in de bij het 1ste lid voorziene gevallen niet kan worden vastgesteld, beloopt de boete in elk afzonderlijk geval 2000 frank.

Naast de uitgesproken straf blijft bovendien het narecht te betalen.

§ 4. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur vaardigt de noodige uitvoeringsbepalingen uit met het oog op de uitvoering van deze Verordening. Hij is ook gemachtigd in bijzondere gevallen de teruggave van het tolrecht of van het narecht te verleenen.

§ 9. Zoover in deze Verordening of in de uitvoeringsbepalingen daartoe niet anders is bepaald, zijn de algemeene Belgische voorschriften in tolzaken, met inbegrip van de strafbepalingen, in denzelfden zin toepasselijk.

Brussel, den 9n Juni 1917.
C. C. II A 6647.

4.

BEKANNTMACHUNG,

betreffend Liquidation französisher Unternehmungen.

Mit Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs in Belgien habe ich gemäss den Verordnungen über die Liquidationen feindlicher Unternehmungen vom 29. August 1916 und 15. April 1917 die Liquidation des in Belgien befindlichen Vermögens der Firma

L. Dalsème & Fils in Paris, insbesondere deren Zweigniederlassung in Brüssel

angeordnet. Zum Liquidator ist Herr J. Welker Brüssel, Militärschule, ernannt worden. Nähere Auskunft erteilt der Liquidator,

Brüssel, den 7. Juni 1917.
C. C. IV B 125.

Avis

concernant la liquidation d'entreprises françaises.

Avec l'approbation de Son Excellence M. le Gouverneur général en Belgique et conformément aux arrêtés des 29 août 1916 et 15 avril 1917, concernant la liquidation d'entreprises ennemies, j'ai ordonné la liquidation des biens, situés en Belgique, de la maison

L. Dalsème et Fils à Paris, notamment de sa succursale de Bruxelles.

M. J. Welker, Ecole militaire, à Bruxelles, a été nommé liquidateur. Pour de plus amples renseignements, s'adresser au liquidateur.

Bruxelles, le 7 juin 1917.
C. C. IV B 125.

Bekendmaking

betreffende de likwidatie van Fransche ondernemingen.

Met toestemming van den heer Generalgouverneur in België, heb ik, overeenkomstig de Verordeningen van 29 Augustus 1916 en van 15 April 1917 over de likwidaties van vijandelijke ondernemingen, de likwidatie bevolen van het in België voorhanden zijnde vermogen van de firma

L. Dalèsme & Fils te Parijs, inzonderheid van haar bijhuis te Brussel.

De heer J. Welker, Krijgsschool te Brussel, is tot likwidator benoemd. De likwidator verstrekt nadere inlichtingen.

Brussel, den 7n Juni 1917.
C. C. IV B 125.

5.

BEKANNTMACHUNG,

betreffend Liquidation französischer Unternehmungen.

Mit Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs in Belgien habe ich gemäss den Verordnungen über die Liquidationen feindlicher Unternehmungen vom 29. August 1916 und vom 15. April 1917 die Liquidation des in Belgien befindlichen Vermögens der Firma

Société des Carrières d'Olloy in Olloy

angeordnet. Zum Liquidator ist Herr J. Welker in Brüssel, Militärschule, ernannt worden. Nähere Auskunft erteilt der Liquidator.

Brüssel, den 6. Juni 1917.
C. C. IV B. 126.

Avis

concernant la liquidation d'entreprises françaises.

Avec l'approbation de Son Excellence M. le Gouverneur général en Belgique et conformément aux arrêtés des 29 août 1916 et 15 avril 1917, concernant la liquidation d'entreprises ennemies, j'ai ordonné la liquidation des biens, situés en Belgique, de la

Société des Carrières d'Olloy, à Olloy.

M. J. Welker, Ecole militaire, à Bruxelles, a été nommé liquidateur. Pour de plus amples renseignements, s'adresser au liquidateur.

Bruxelles, le 6 juin 1917.
C. C. IV B. 126.

Bekendmaking

betreffende de likwidatie van Fransche ondernemingen.

Met toestemming van den heer Generalgouverneur in België, heb ik, overeenkomstig de Verordeningen van 29 Augustus 1916 en van 15 April 1917 over de likwidaties van vijandelijke ondernemingen, de likwidatie bevolen van het in België voorhanden zijnde vermogen van de firma

Société des Carrières d'Olloy, te Olloy.

De heer J. Welker, Krijgsschool te Brussel, is tot likwidator benoemd. De likwidator verstrekt nadere inlichtingen.

Brussel, den 6n Juni 1917.
C. C. IV B 126.

6.

BEKANNTMACHUNG
betreffend Liquidation französischer Unternehmungen.

Mit Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs in Belgien habe ich gemäss den Verordnungen über die Liquidationen feindlicher Unternehmungen vom 29. August 1916 und 15. April 1917 die Liquidation des in Belgien befindlichen Vermögens der Firma

Ancienne Maison Godin, Société du Familistère de Guise, Colin & Co. in Guise, insbesondere deren Zweigniederlassung in Brüssel-Laken

angeordnet. Zum Liquidator ist Herr J. Welker in Brüssel, ernannt worden. Auskunft erteilt der Liquidator.

Brüssel, den 6. Juni 1917.
C. C. IV B 210.

Avis,
concernant la liquidation d'entreprises françaises.

Avec l'approbation de Son Excellence M. le Gouverneur général en Belgique et conformément aux arrêtés des 29 août 1916 et 15 avril 1917, concernant la liquidation d'entreprises ennemies, j'ai ordonné la liquidation des biens, situés en Belgique de l'

Ancienne Maison Godin, Société du Familistère de Guise, Colin & Cie, à Guise, notamment de sa succursale de Bruxelles-Laeken.

M. J. Welker, Ecole militaire, à Bruxelles, a été nommé liquidateur. Pour de plus amples renseignements, s'adresser au liquidateur.

Bruxelles, le 6 juin 1917.
C. C. IV B 210.

Bekendmaking

betreffende de likwidatie van Fransche ondernemingen.

Met toestemming van den heer Generalgouverneur in België, heb ik, overeenkomstig de Verordeningen van 29 Augustus 1916 en van 15 April 1917 over de likwidaties van vijandelijke ondernemingen, de likwidatie bevolen van het in België voorhanden zijnde vermogen van de firma.

Ancienne Maison Godin, Société du Familistère de Guise, Colin & Cie., te Guise, inzonderheid van haar bijhuis te Brussel-Laken.

De heer J. Welker, Krijgsschool te Brussel, is tot likwidator benoemd. De likwidator verstrekt nadere inlichtingen.

Brussel, den 6n Juni 1917.
C. C. IV B 210.

7.

BEKANNTMACHUNG,

betreffend Liquidation französischer Unternehmungen.

Mit Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs in Belgien habe ich gemäss den Verordnungen über die Liquidationen feindlicher Unternehmungen vom 29. August 1916 und vom 15. April 1917 die Liquidation des in Belgien befindlichen Vermogens der Firma

Cie du Réacteur Métallurgique S. A. in Paris, insbesondere des in Antwerpen belegenen, an die Société Anonyme Usines de Nickel de la Nèthe vermieteten Grundstücks angeordnet. Zum Liquidator ist Herr Dr. Lappenberg in Antwerpen ernannt worden. Nähere Auskunft erteilt der Liquidator.

Brüssel, den 6. Juni 1917.
C. C. IV B 149.

Avis

concernent la liquidation d'entreprises françaises.

Avec l'approbation de Son Excellence M. le Gouverneur général en Belgique et conformément aux arrêtés des 29 août 1916 et 15 avril 1917, concernant la liquidation d'entreprises ennemies, j'ai ordonné la liquidation des biens, situés en Belgique, de la

Compagnie du Réacteur Métallurgique, société anonyme

à Paris, notamment de son immeuble sis à Anvers et loué à la Société anonyme des Usines de nickel de la Nèthe.

M. le Dr. Lappenberg, à Anvers, a été nommé liquidateur. Pour de plus amples renseignements, s'adresser au liquidateur.

Bruxelles, le 6 juin 1917.
C. C. IV B 149.

Bekendmaking

betreffende de likwidatie van Fransche ondernemingen.

Met toestemming van den heer Generalgouverneur in België, heb ik, overeenkomstig de Verordeningen van 29 Augustus 1916 en van 15 April 1917 over de likwidaties van vijandelijke ondernemingen, de likwidatie bevolen van het in België voorhanden zijnde vermogen van de firma

Cie du Réacteur Métallurgique S. A. te Parijs, inzonderheid van het te Antwerpen gelegen terrein, dat aan de Naamlooze Vennootschap Usines de Nickel de la Nèthe verhuurd is.

De heer Dr. Lappenberg, te Antwerpen, is tot likwidator benoemd. De likwidator verstrekt nadere inlichtingen.

Brussel, den 6n Juni 1917.
C. C. IV B 149.

8.

BEKANNTMACHUNG,
betreffend die Liquidation britischer Unternehmungen.

Mit Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs in Belgien habe ich gemäss der Verordnung über die Liquidationen britischer Unternehmungen vom 29. August 1916 (veröffentlicht im Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens Nr. 253 vom 13 September 1916) die Liquidation des in Belgien befindlichen Vermögens der Firma

Davies Brothers in Paris, insbesondere deren Zweigniederlassung in Brüssel

angeordnet. Zum Liquidator ist Herr J. Welker in Brüssel, Militärschule, ernannt worden. Nähere Auskunft erteilt der Liquidator.

Brüssel, den 6. Juni 1917.
C. C. IV B 124.

Avis
concernant la liquidation d'entreprises britanniques.

Avec l'approbation de Son Excellence M. le Gouverneur général en Belgique et conformément à l'arrêté du 29 août 1916, concernant la liquidation d'entreprises britanniques, (publié au Bulletin officiel des lois et arrêtés pour le territoire belge occupé, no. 253 du 13 septembre 1916 j'ai ordonné la liquidation des biens, situés en Belgique, de la maison

Davies Brothers, à Paris, notamment de sa succursale de Bruxelles.

M. J. Welker, Ecole Militaire, à Bruxelles, a été nommé liquidateur. Pour de plus amples renseignements, s'adresser au liquidateur.

Bruxelles, le 6 juin 1917.
C. C. IV B 124.

Bekendmaking.

betreffende de likwidatie van Britsche ondernemingen.

Met toestemming van den heer Generalgouverneur in België, heb ik ,overeenkomstig de Verordening van 29 Augustus 1916 over de likwidaties van Britsche ondernemingen (verschenen in het nr. 253 van 13 September 1916 van het Wet- en Verordeningsblad voor de bezette streken van België), de likwidatie bevolen van het in België voorhanden zijnde vermogen van de firma

Davies Brothers te Parijs, inzonderheid van haar bijhuis te Brussel.

De heer J. Welker, Krijgsschool te Brussel, is tot likwidator benoemd. De likwidator verstrekt nadere inlichtingen.

Brussel, den 6n Juni 1917.
C. C. IV B 124.

No. 358. — 17. JUNI 1917. Pag. 3865

BEKANNTMACHUNG.

I. An der der mittleren Abteilung der staatlichen Lehrerbildangsanstalt in Gent wird für 1917 die Prüfung zur Erlangung des Zeugnisses als Mittelschullehrer-Kandidat und als Mittelschullehrer sowie eine be-

sondere Prüfung in den germanischen Sprachen an einem von den Vorsitzenden des diesjährigen Prüfungsausschusses zu bestimmenden Tag abgehalten werden.

II. Zu diesen Prüfungen werden auch Prüflinge zugelassen, die sich durch Privatunterricht vorbereitet haben wer von ihnen sich dem Unterricht an einem dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst in Brüssel unterstehenden Ort widmen will, hat bei der Einschreibung eine bezügliche Erklärung abzugeben.

III. Für die Zöglinge der privaten mittleren Normalschulen in Löwen, Heverlee, O. L. V. Waver, Eekloo, Landen, Gent (Damen des christlichen Unterrichts und Gesellschaft für höheren Mädchenunterricht). Turnhout (nur Prüfung für Mittelschullehrer-Kandidatin,) Sint-Niklaas (Waas) werden besondere Prüfungsausschüsse ernannt, die in den Räumen der genannten Anstalten an einem von den Vorsitzenden der diesjährigen Prüfungsausschüsse zu bestimmenden Tage die Prüfungen zur Erlangung des Zeugnisses als Mittelschullehrer-Kandidatin und Mittelschullehrerin sowie eine besondere Prüfung in den germanischen Sprachen abhalten werden.

IV. Die Anmeldungen zu diesen Prüfungen haben in der Zeit vom 20. Juni bis 6. Juli lfd. Js. einschliesslich zu geschehen. Spätere Anmeldungen werden nicht berücksichtigt.

Die Einschreibungen werden entgegengenommen:

für die Provinz Brabant: im Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Brüssel, Waterwerktuigstraat 10,

für die Provinz Antwerpen: von Herrn Jacobs, Provinzialverwaltung zu Antwerpen,

für die Provinz Westflandern: von Herrn H. Axters, Provinzialverwaltung zu Brügge,

für die Provinz Ostflandern: von Herrn C. De Zutter, Provinzialverwaltung zu Gent,

für die Provinz Limburg: von Herrn L. Mesotten, Provinzialverwaltung zu Hasselt.

V. Die Gebühren betragen:

für die Prüfung als Mittelschullehrer-Kandidat und -Kandidatin 20.— Franken

für die Prüfung als Mittelschullehrer und -lehrerin .... 50.— Franken

Die Prüflinge, die bei einer früheren Prüfung zurückgestellt worden sind, zahlen nur ein Viertel der Gebühren, die, welche eine frühere Prüfung nicht bestanden haben, zahlen die Hälfte.

Die Gebühren sind bei der Anmeldung zu erlegen.

Brüssel, den 7. Juni 1917.

C. C. III a 4063.

Avis.

I. A la Section normale moyenne de l'Etat à Gand, les épreuves pour l'obtention du diplôme d'aspirant-professeur agrégé et de professeur agrégé de l'enseignement moyen ainsi que les examens spéciaux sur les langues germaniques auront lieu, pour l'année 1917, à une date à déterminer par le président du jury d'examen constitué pour cette année.

II. Les récipiendaires qui ont fait des études privées peuvent également se présenter à ces épreuves; ceux d'entre eux qui se destinent à enseigner dans une école d'une localité relevant du Ministère des sciences et des arts à Bruxelles, devront en faire la déclaration au moment de leur inscription.

III. Pour les élèves des Ecoles normales moyennes privées de Louvain, Héverlé, Wavre-Notre-Dame, Eecloo, Landen, Gand (Les Dames de l'instruction chrétienne et la Société pour l'instruction supérieure des jeunes filles), Turnhout (seulement en ce qui concerne l'épreuve d'aspi-

rante-régente), Saint-Nicolas (Waes), il sera créé des jurys d'examen spéciaux qui, dans les locaux respectifs de chacun desdits établissements et à une date à déterminer par les présidents des jurys d'examen constitués pour l'année courante, feront subir les épreuves pour l'obtention du diplôme d'aspirante-régente et de régente ainsi que les examens spéciaux sur les langues germaniques.

IV. Les inscriptions à ces examens seront reçues du 20 juin au 6 juillet 1917 inclus. Aucune suite ne sera donnée aux demandes tardives.

Les inscriptions sont reçues:

Dans la province de Brabant: au Ministère des sciences et des arts, 10, rue Hydraulique, à Bruxelles;

Dans la province d'Anvers: par M. Jacobs, gouvernement provincial, à Anvers;

Dans la province de Flandre occidentale: par M. H. Axters, gouvernement provincial, à Bruges;

Dans la province de Flandre orientale: par M. C. De Zutter, gouvernement provincial, à Gand;

Dans la province de Limbourg: par M. L. Mesotten, gouvernement provincial, à Hasselt.

V. Les frais d'examen sont fixés ainsi qu'il suit:

examen d'aspirant-professeur agrégé et d'aspirante-régente .... 20 francs.
examen de professeur agrégé et de régente .... 50 francs.

Les récipiendaires ajournés au cours d'une session précédente ne payent que le quart des frais d'examen; les récipiendaires qui ont été refusés payent la moitié de ces frais.

Le montant des frais doit être versé au moment de l'inscription.

Bruxelles, le 7 juin 1917.
C. C. III*a* 4063.

Bekendmaking.

I. In de middelbare afdeeling van de Rijks Normaalschool te Gent zal voor het jaar 1917 het examen tot het bekomen van het diploma van aspirant-leeraar en van leeraar, evenals een bijzonder examen over de Germaansche talen plaats hebben op een door den voorzitter der jury van dit jaar te bepalen dag.

II. Tot deze examens worden ook kandidaten toegelaten die zich door privaat onderwijs hebben voorbereid. Zij die zich aan het onderwijs willen wijden in een gemeente binnen het gebied, dat van het ministerie van Wetenschappen en Kunsten afhangt, moeten dit bij hun inschrijving verklaren.

III. Voor de kweekelingen van de vrije Middelbare Normaalscholen te Leuven, Heverlee, O.-L.-V. Waver, Eekloo, Landen, Gent (Damen van het kristelijk onderwijs en Maatschappij voor hooger onderwijs voor meisjes), Turnhout (alleen examen voor aspirantleerares), Sint-Niklaas (Waas), worden bijzondere jury's samengesteld, die in de lokalen van de hiervoren opgesomde gestichten, de examens tot het bekomen van het diploma van aspiranteleerares en van leerares, evenals een bijzonder examen over de Germaansche talen zullen afnemen, op den door de voorzitters der jury's van dit jaar te bepalen dag.

IV. De inschrijvingen tot deze examens zullen aanvaard worden van 20 Juni tot en met 6 Juli 1917. Na dezen datum worden geen inschrijvingen meer aanvaard.

De inschrijvingen worden aanvaard:

voor de provincie Brabant: in het ministerie van Wetenschappen en Kunsten, Waterwerktuigstraat, 10 *te Brussel;*

voor de provincie Antwerpen: door den heer Jacobs, provinciebestuur te Antwerpen;

voor de provincie Westvlaanderen: door den heer H. Axters, provinciebestuur te Brugge;

voor de provincie Oostvlaanderen: door den heer C. De Zutter, provinciebestuur te Gent ;
voor de provincie Limburg : door den heer L. Mesotten, provinciebestuur, te Hasselt.

V. De inschrijvingskosten zijn als volgt vastgesteld:
voor het examen van aspirant-leeraar en..
-leerares .... 20 frank;
voor het examen van leeraar en leerares.. 50 frank;

De kandidaten, die bij een vroeger examen uitgesteld werden, betalen slechts het vierde, zij die afgewezen werden betalen de helft van de inschrijvingskosten.

De kosten zijn bij de inschrijving te betalen.

Brussel, den 7n Juni 1917.
*C. C. III*a *4063.*

2.

BEKANNTMACHUNG.

I. Anmeldungen für die erste oder die zweite auf das Examen von Mittelschullehrer-Kandidatin vorbereitende Prüfung sind zu richten an die Leiter und Leiterinnen der freien mittleren Normalschulen in Löwen (Anstalt Paridaens. St. Antoniusplatz), Eekloo, Gent (die Damen des christlichen Unterrichts, Priesterstraat 13), die freie mittlere Mädchenschule in Gent (Gesellschaft für höheren Mädchenunterricht), Turnhout (Anstalt des Heiligen Grabes, Patersstraat), Heverlee (Anstalt des Hl. Herzens).

Nach dem 6. Juli werden keine weiteren Anmeldungen angenommen.

II. Anmeldungen zur Eintrittsprüfung oder zur Uebergangsprüfung vom ersten zum zweiten Jahr in der mittleren Abteilung der Staatsnormalschule in Gent und zur ersten oder zweiten auf das Examen von Mittel-

schullehrer-Kandidat der Elementarstufe in dieser Anstalt vorbereitenden Prüfung sind bis zum 6. Juli beim Herrn Schulleiter einzureichen.

Nach dem 6. Juli werden keine weiteren Anmeldungen angenommen.

III. Voraussetzung für die Zulassung zur zweiten vorbereitenden Prüfung oder zur Uebergangsprüfung vom 1. zum 2. Jahre in der mittleren Abteilung der Staatsnormalschule ist, dass vor wenigstens einem Jahr die erste vorbereitende Prüfung oder die Eintrittsprüfung in der mittleren Abteilung der Staatsnormalschule bestanden wurde.

Brüssel, den 7. Juni 1917.
C. C. III*a* 4063.

Avis.

I. Les demandes d'inscription pour la première ou la deuxième épreuve préparatoire à l'examen d'aspirante-régente doivent être adressées aux directeurs et directrices des écoles normales moyennes libres de Louvain (Institut Paridaens, St.-Antoniusplaats), d'Eccloo, de Gand (Les Dames de l'instruction chrétienne, 13, Priesterstraat, et la Société pour l'instruction supérieure des jeunes filles), de Turnhout (Etablissement du St.-Sépulcre, Patersstraat) et de Héverlé (Etablissement du Sacré-Cœur).

Après le 6 juillet, les demandes ne seront plus reçues.

II. Les demandes d'inscription pour l'examen d'admission ou pour l'épreuve de passage de la première à la deuxième année, à la Section normale moyenne de l'Etat à Gand, ou encore pour la première ou la deuxième épreuve préparatoire à l'examen, audit établissement, d'aspirant professeur agrégé de l'enseignement moyen du degré inférieur, doivent être adressées le 6 juillet au plus tard au directeur de cette section.

Les demandes ne seront plus reçues après le 6 juillet.

III. Pour être admis à la deuxième épreuve préparatoire ou à l'épreuve de passage de la première à la deuxième année, à la section normale moyenne de l'Etat, le récipiendaire devra y avoir subi avec succès, depuis un an au moins, la première épreuve préparatoire ou l'examen d'admission.

Bruxelles, le 7 juin 1917.
C. C. III*a* 3064.

Bekendmaking.

I. De personen, die de eerste of de tweede proeve, voorbereidend tot het examen van aspirante-regentes wenschen af te leggen, moeten zich wenden tot de bestuurders en bestuursters van de vrije Middelbare Normaalscholen te Leuven (Gesticht Paridaens, St. Antoniusplaats), Eekloo, Gent (Damen van het kristelijk onderwijs, Priesterstraat, 13, en Maatschappij voor hooger onderwijs voor meisjes), Turnhout (Gesticht van het H. Graf, Paterstraat), Heverlee (Gesticht van het H. Hart).

Na 6 Juli worden geen inschrijvingen meer aanvaard.

II. De personen, die het ingangsexamen of het overgangsexamen van het eerste naar het tweede jaar in de middelbare afdeeling van de Rijks Normaalschool te Gent, en de eerste of de tweede proef voorbereidend tot het examen van aspirant-geaggregeerd leeraar van den lageren graad in dit gesticht wenschen af te leggen, moeten zich ten laatste op 6 Juli wenden tot den heer bestuurder dier school.

Na 6 Juli worden geen inschrijvingen meer aanvaard.

III. Om tot het afleggen van de tweede voorbereidende proef of van het overgangsexamen van het eerste naar het tweede jaar in de middelbare afdeeling van de Rijks Normaalschool te worden toegelaten, moet men sedert ten minste één jaar de eerste voorbereidende proef of het ingangsexamen

in de middelbare afdeeling van de Rijks Normaalschool met vrucht afgelegd hebben.

Brussel, den 7n Juni 1917.
*C. C. III*a *4063.*

3.

VERORDNUNG, ***

betreffend die Hausschlachtungen von Rindern, Kälbern, Schweinen, Schafen und Ziegen.

In Ergänzung des § 1 der Königlichen Verordnung, betreffend Untersuchung der im Königreich geschlachteten Tiere, vom 23. März 1901 verordne ich für den Befehlsbereich des General gouvernements was folgt:

Art. 1. Das Schlachten von Rindern, Kälbern, Schweinen, Schafen und Ziegen für den eigenen Haushalt ist nur mit schriftlicher Genehmigung (Schlachtschein) des Kreischefs (Kommandanten) gestattet. Der Antrag auf Genehmigung ist schriftlich unter Angabe der Tiergattung, des Alters, Geschlechts und der Farbe des zu schlachtenden Tieres einzureichen.

Im Falle einer Notschlachtung, das heisst, wenn es sich um eine Schlachtung handelt, die infolge schwerer Erkrankung des Tieres oder infolge eines Unglücksfalles notwendig ist, ist die Genehmigung unter Vorlage eines amtstierärztlichen Attestes sofort nachträglich einzuholen.

Der Schlachtschein ist nach vollzogener Schlachtung durch den Bürgermeister des Schlachtortes dem Kreischef zurückzusenden.

Art. 2. Die Fleischbeschau darf bei den für den eigenen Haushalt geschlachteten Tieren (§ 1) unterbleiben, wenn es sich um vollkommen gesunde Tiere handelt.

*** Sehe Seite 1. Voyez page 1. Zie blz. 1.

Im Falle einer Notschlachtung hat sofort nach der Notschlachtung die Anmeldung zur Fleischbeschau zu erfolgen.

Die Verordnung, betr. die Fleischbeschau, vom 14. Oktober 16, C. C. VII 9513, (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 2860) findet auch auf das mindertaugliche Fleisch für eigenen Haushalt geschlachteter Tiere Anwendung.

Art. 3. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu 1 Jahr bestraft. Auch kann die Einziehung des Fleisches und der übrigen Teile (Haut, Eingeweide) der verbotswidrig geschlachteten Tiere oder des dafür erzielten Erlöses verfügt werden. Züstandig sind die Militärbefehlshaber und die Militärgerichte.

Art. 4. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Brüssel, den 7. Juni 1917.
G. G. IV*c* 3534.

Arrêté ***

concernant l'abatage à domicile des bêtes bovines, veaux, porcs, moutons et chèvres.

En vue de compléter le § 1er de l'arrêté royal du 23 mars 1901, concernant l'expertise des animaux de boucherie abattus dans le Royaume, j'arrête ce qui suit pour le territoire du Gouvernement général:

Art. 1er. L'abatage des bêtes bovines, veaux, porcs, moutons et chèvres pour le ménage du propriétaire des animaux n'est permis qu'avec l'autorisation écrite [Schlachtschein (permis d'abatage)] du chef d'arrondissement (commandant) [Kreischef (Kommandant)]. La demande d'autorisation doit être faite par écrit et mentionner l'espèce,

l'âge, le sexe et la couleur (la robe) de l'animal à abattre.

En cas d'abatage par nécessité, c'est-à-dire lorsqu'il s'agit d'un abatage rendu indispensable à cause d'une grave maladie de l'animal ou à la suite d'un accident, il convient de solliciter l'autorisation immédiatement après, en appuyant la demande d'un certificat délivré par un vétérinaire agréé.

Après l'abatage, le „Schlachtschein" doit être renvoyé au chef d'arrondissement par le bourgmestre de la localité où l'abatage a eu lieu.

Art. 2. L'expertise de la viande n'est pas nécessaire en ce qui concerne les animaux abattus pour le ménage du propriétaire (§ 1er), du moment qu'il s'agit d'animaux absolument sains. En cas d'abatage par nécessité, on devra en faire la déclaration, en vue de l'expertise de la viande, immédiatement après l'abatage.

L'arrêté du 14 octobre 1916 (C. C. VII 9513), concernant l'expertise des viandes (Bull. off. des l. et arr., p. 2860), est aussi applicable à la viande de qualité inférieure provenant des animaux abattus pour le ménage du propriétaire.

Art. 3. Les infractions au présent arrêté seront punies soit d'une amende pouvant atteindre 10 000 marcs, soit d'un emprisonnement de police ou correctionnel d'un an au plus. En outre, on pourra prononcer la confiscation de la viande et des autres parties (peau, tripes) des animaux abattus illicitement, ou bien, le cas échéant, du produit de leur vente. Les commandants et tribunaux militaires connaitront de ces infractions.

Art. 4. Le présent arrêté entrera en vigueur le jour de sa publication.

Bruxelles, le 7 juin 1917.
G. G. IV*c* 3534.

Verordening ***

betreffende het slachten aan huis van rundvee, kalveren, varkens, schapen en geiten.

In aanvulling van § 1 van het koninklijk besluit van 23 Maart 1901, „betreffende keuring der slachtdieren binnen het Rijk afgemaakt", verorden ik voor het gebied van het Generalgouvernement het navolgende :

Art. 1. Zonder schriftelijke toelating (slachtbewijs) van den „Kreischef" (Kommandant) ,mogen geen rundvee, kalveren, varkens, schapen en geiten voor het eigen verbruik geslacht worden. De toelating moet schriftelijk worden aangevraagd, onder opgave van de soort, den ouderdom, het geslacht en de kleur van het te slachten dier.

In geval van gedwongen slachting, 't is te zeggen, wanneer een dier wegens zware ziekte of ten gevolge van een ongeval moet worden afgemaakt, is naderhand de toelating terstond aan te vragen; de aanvraag moet dan vergezeld gaan van een getuigschrift van den aangenomen veearts.

Na het slachten moet de burgemeester van de betrokken gemeente het slachtbewijs naar den „Kreischef" terugsturen.

Art. 2. Bij slachting voor eigen verbruik (§ 1), is de keuring van het vleesch niet vereischt, zoo het geslachte dier volkomen gezond was. In geval van gedwongen slachting, moet daarvan terstond na het slachten worden kennis gegeven, opdat de vleeschkeuring kunne plaats hebben.

De Verordening van 14 Oktober 1916, C. C. VII 9513, betreffende de vleeschkeuring (Wet- en Verordeningsblad, bl. 2860), is ook van toepassing op het vleesch van mindere hoedanigheid, voortkomende van de voor het eigen verbruik geslachte dieren.

Art. 3. Overtredingen van deze Verordening worden met ten hoogste 10.000 mark boete of met ten hoogste één jaar hechtenis of gevangenis gestraft. Ook kan het vleesch en de

overige gedeelten (huid, ingewanden) van de onverloofd geslachte dieren, of het daarvoor bekomen bedrag, verbeurdverklaard worden. De krijgsbevelhebbers en krijgsrechtbanken zijn tot oordeelvellen bevoegd.

Art. 4. De Verordening wordt op den dag der uitvaardiging van kracht.

Brussel, den 7n Juni 1917.
G. G. IVc 3534.

4.

VERFÜGUNG.

Auf Grund meiner Verordnung vom 5. Mai 1917 C. C. IIIa 2772 und im Anschluss an meine Verfügung vom 6. Mai 1917 C. C. IIIa 3069 wird der Buchhaltungsrevisor J. Benieaux angewiesen, seine Funktionen vom 15. Juni 1917 ab in dem Ministerium auszuüben, das von diesem Zeitpunkt an die Verwaltung von Wissenschaft und Kunst für das wallonische Verwaltungsgebiet von Namur aus zu führen hat. Er wird demzufolge zum 15. Juni 1917 nach Namur versetzt.

Brüssel, den 9. Juni 1917.
C. C. V. T. 9.

Arrêté.

En vertu de mon arrêté du 5 mai 1917 (C. C. III*a* 2772) et comme suite à mon arrêté du 6 mai 1917 (C. C. IIIa 3069), M. J. Benieaux, contrôleur de la comptabilité des établissements de l'enseignement moyen de l'Etat, aura, à dater du 15 juin 1917, à exercer ses fonctions, au ministère qui, à partir de cette dernière date, sera chargé à Namur de l'administration des sciences et des arts pour la région

administrative wallonne. En conséquence, M. J. Benieaux sera transféré à Namur à la date du 15 juin 1917.

Bruxelles, le 9 juin 1917.
C. C. V. T. 9.

Beschikking.

De heer J. Benieaux, opziener van de boekhouding der sekretarissen-schatbewaarders van de Rijks middelbare onderwijsinrichtingen, is, krachtens mijn Verordening van 5 Mei 1917, C. C. IIIa 2772 en, in aansluiting aan mijn beschikking van 6 Mei 1917, C. C. IIIa 3069, aangeduid om zijn ambtsbezigheden te rekenen van 15 Juni 1917 uit te oefenen in het ministerie, dat, van dien datum af, het beheer van Wetenschappen en Kunsten voor het Waalsch bestuurlijk gebied, van Namen uit, heeft waar te nemen. De heer J. Benieaux is dienovereenkomstig te rekenen van 15 Juni 1917 naar Namen overgeplaatst.

Brussel, den 9n Juni 1917.
C. C. V. T. 9.

5.

VERORDNUNG ***

gegen den Wucher im Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfes, insbesondere Lebens- und Futtermitteln.

Um ungerechtfertigte Preistreibereien und eine Ausbeutung der Bevölkerung zu verhindern, verordne ich:

Art. 1. Zum gewerbsmässigen Betriebe des Handels mit Lebens- und Futtermitteln ist vom 16. Juli 1917 an eine schriftliche Genehmigung des für die gewerbliche Niederlassung zuständigen Zivilkommissars (in Brüssel

der Kommandantur) dann erforderlich, wenn der beteiligte Gewerbetreibende nicht schon vor dem 1. August 1914 im Handel mit Lebens- und Futtermitteln selbständig tätig gewesen ist.

Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf:

1) Personen, die bereits nach anderweitigen Bestimmungen eine Erlaubnis zum Handel mit Lebens- oder Futtermitteln von einer deutschen Behörde erhalten haben, in den Grenzen der erteilten Erlaubnis;

2) den Kleinhandelsverkehr auf Märkten, die von der Gemeinde eingerichtet und — soweit erforderlich — von der zuständigen Behörde genehmigt sind.

Art. 2. Die Genehmigung des Artikels 1 ist widerruflich. Sie kann zeitlich, örtlich und sachlich begrenzt werden und berechtigt zur Ausübung des Gewerbes nur die Person, auf die sie lautet.

Art. 3. Wird die nach Artikel 1 erforderliche Genehmigung versagt, so ist dem Beteiligten eine Frist zur Verwertung seiner Warenbestände zu geben. Der Zivilkommissar (in Brüssel die Kommandantur) kann hinsichtlich der Verwertung nähere Anordnungen treffen. Nach Ablauf der Frist können die vorhandenen Vorräte von dem Präsidenten der Zivilverwaltung zwecks Verwertung für die Zivilbevölkerung enteignet werden. Der Verkauf erfolgt für Rechnung und auf Kosten des Inhabers des Geschäftsbetriebes. Diesem ist der nach Abzug der Kosten der Verwertung verbleibende Erlös auszuhändigen.

Art. 4. Die Präsidenten der Zivilverwaltung sind berechtigt, Geschäftsbetriebe von Einzelpersonen, juristischen Personen, Gesellschaften, Genossenschaften oder Vereinen, welche inländische Lebens- und Futtermittel vertreiben, auch soweit diese Personen bereits vor dem 1. August 1914 Handel mit Lebens- und Futtermitteln getrieben haben, zeitweilig oder dauernd zu schliessen,

wenn sie gegen die Bestimmungen des Artikels 12 dieser Verordnung verstossen, das Publikum ausbeuten oder sonst dem allgemeinen Interesse zuwiderhandeln.

Gegen die Entscheidung des Präsidenten der Zivilverwaltung ist Beschwerde an den Verwaltungschef zulässig. Dieser entscheidet endgültig.

Wird ein Geschäftsbetrieb gemäss Absatz 1 geschlossen, so kommen die Bestimmungen des Artikels 3 entsprechend zur Anwendung, doch ist die Setzung einer Frist vor der Enteignung nicht erforderlich.

Die Präsidenten der Zivilverwaltung, die Zivilkommissare oder die von ihnen beauftragten Personen haben das Recht, den Sitzungen der Organe von juristischen Personen, Gesellschaften, Genossenschaften oder Vereinen der in Absatz 1 erwähnten Art beizuwohnen.

Diese Bestimmungen finden auf das Comité National de Secours et d'Alimentation keine Anwendung.

Art. 5. Als Ausbeutung des Publikums im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 gilt insbesondere der Verkauf von Fleisch und Fleischwaren zu unverhältnismässig hohen Preisen. Als unverhältnismässig hohe Fleischpreise sind solche anzusehen, die in keinem richtigen Verhältnis zu den als angemessen zu betrachtenden Durchschnittsviehpreisen stehen oder diejenigen Durchschnittsfleischpreise erheblich übersteigen, die am Verkaufsort oder in der Verkaufsgegend bezahlt werden.

Art. 6. Wer den Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, z. B. Lebens- und Futtermitteln aller Art, Heiz- und Leuchtstoffen, Bekleidungsgegenständen usw., gewerbsmässig betreibt, ist verpflichtet, Buch zu führen. Ein- und Verkaufspreis, Herkunft und Lagerungsort der Ware sowie beim Weiterverkauf an einen Händler auch dessen Person müssen jederzeit aus der Buchführung nachgewiesen werden können.

Für den Handel im Umherziehen und den Kleinhandel

auf Märkten genügt der Nachweis der Herkunft der Ware und des Einkaufspreises.

Art. 7. In allen offenen Verkaufsstellen für Gegenstände des täglichen Bedarfes, insbesondere Lebens- und Futtermittel aller Art sowie rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe, sind die Verkaufspreise (handelsüblich nach Gewicht oder Menge) durch leicht sicht- und lesbaren Anschlag am Schaufenster oder am Eingang und ausserdem im Innern des Geschäftes bekannt zu geben.

Diese Bestimmung findet auf den Handel im Umherziehen und auf Märkten sinngemässe Anwendung.

Die angekündigten Preise dürfen nicht überschritten werden. Die Abgabe der im Kleinverkaufe üblichen Mengen an Verbraucher zu den angekündigten Preisen gegen Barzahlung darf nicht verweigert werden.

Der Zivilkommissar (in Brüssel die Kommandantur) ist befugt, Ausnahmen von den Bestimmungen dieses Artikels zuzulassen. Auch kann er Anordnungen im Sinne des Abs. 1 für Gast- und Schankwirtschaften treffen.

Art. 8. Jede Einschiebung eines wirtschaftlich unnützen Zwischengliedes in den Verteilungsvorgang (Kettenhandel) beim Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere mit Lebens- und Futtermitteln, ist verboten.

Wer in solchen Waren Geschäfte macht, insbesondere sie kauft oder verkauft, hat sich darüber zu vergewissern, dass ein Kettenhandel im Sinne des Absatzes 1 nicht vorliegt. Der Einwand der Unkenntnis befreit nicht von der Verantwortung.

Art. 9. Es ist verboten, in Preislisten oder in sonstigen Mitteilungen, die für einen grösseren Kreis von Personen bestimmt sind, Angaben zu machen, die geeignet sind, einen Irrtum über die geschäftlichen Verhältnisse des Anzeigenden oder die Menge der ihm zur Verfügung ste-

henden Vorräte und über den Anlass oder Zweck des Ankaufs, Verkaufs oder Vermittlung zu erwecken.

Art. 10. Die deutschen Verwaltungs- und Polizeibehörden und deren Beauftragte sind befugt:

1) von jedermann über alle Tatsachen Auskunft zu verlangen, die für die Preisbildung von Wichtigkeit sind,
2) Räume, in denen Gegenstände des täglichen Bedarfs hergestellt, gelagert oder feilgehalten werden, zu betreten und daselbst Besichtigungen vorzunehmen,
3) die Vorlage aller im Handelsverkehre benutzten Schriftstücke und Bücher zu fordern und darin Einsicht zu nehmen.

Art. 11. Als Lebens- und Futtermittel im Sinne dieser Verordnung gelten auch Erzeugnisse, aus denen Lebens- und Futtermittel hergestellt werden.

Der Verkauf selbstgewonnener Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Obstbaues, der Geflügel- und Bienenzucht, der Jagd und Fischerei fällt nicht unter die Artikel 1—4 und 6 dieser Verordnung.

Art. 12. Mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark oder mit einer dieser Strafen wird belegt:

1) wer für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Lebens- und Futtermittel aller Art, für rohe Naturerzeugnisse, Seife, Heiz- und Leuchtstoffe, Preise fordert, die unter Berücksichtigung der Erzeugungs-, Verarbeitungs- und sonstigen Gestehungskosten einen übermässigen Gewinn enthalten oder solche Preise sich oder einem anderen gewähren oder versprechen lässt;
2) wer Gegenstände der unter 1 bezeichneten Art, die von ihm zum Zwecke der Veräusserung erzeugt oder erworben sind, zurückhalt, um durch ihre Veräusserung einen übermässigen Gewinn zu erzielen;

3) wer, um den Preis für Gegenstände der unter 1 bezeichneten Art zu steigern, Vorräte vernichtet, ihre Erzeugung oder den Handel damit einschränkt oder andere unlautere Machenschaften vornimmt;
4) wer gewisse Bevölkerungsklassen oder einzelne Personen vom Bezuge der Waren ohne berechtigten Grund ausschliesst oder hierbei bevorzugt;
5) wer gegen die Bestimmungen dieser Verordnung verstösst, insbesondere Kettenhandel treibt, oder den gemäss Artikel 3 und 4 getroffenen Anordnungen der deutschen Beambten zuwiderhandelt.

Bei vorsätzlichen Zuwiderhandlungen gegen diejenigen Bestimmungen dieser Verordnung, welche die Erzielung eines übermassigen Gewinnes zu verhindern bezwecken, soll die zu erkennende Geldstrafe mindestens auf das Zehnfache des Gewinnes, der erzielt ist oder erzielt werden soll, bemessen werden.

Neben der Strafe kann in allen Fällen dieser Verordnung auf Einziehung der Vorräte und sonstigen Gegenstände erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie den Verurteilten gehören oder nicht. In allen Fällen, in denen eine Ausbeutung des Publikums festgestellt wird, ist anzuordnen, dass die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt gegeben wird.

Art. 13. Zuständig sind die deutschen Militärgerichte und Militärbefehlshaber.

Art. 14. Die Verordnung vom 23. September 1916 über den Vertrieb inländischer Lebens- und Futtermittel (G. u. V. Bl. S. 2704) und die Verordnung vom 7. Mai 1917, betreffend die Bekämpfung des Fleischwuchers (G. u. V. Bl. S. 3741), werden aufgehoben.

Brüssel, den 10. Juni 1917.
C. C. VII 3803.

Arrêté ***

pris en vue de réprimer le commerce usuraire des objets de première nécessité, spécialement des denrées alimentaires et des fourrages.

Afin d'empêcher les hausses injustifiées et l'exploitation de la population, j'arrête ce qui suit:

Art. 1er. Pour les commerçants qui ne pratiquaient pas déjà, pour leur propre compte, le commerce des denrées alimentaires ou des fourrages avant le 1er août 1914, l'exercice de ce commerce, à titre professionnel, sera, à partir du 16 juillet 1917, subordonné à une autorisation écrite émanant du Commissaire civil (Zivilkommissar) compétent pour l'établissement du commerçants (à Bruxelles, l'autorisation devra émaner de la „Kommandantur").

La prescription précédente n'est pas applicable:

1) aux personnes qui, en vertu d'autres dispositions, ont déjà reçu d'une autorité allemande l'autorisation d'exercer le commerce des denrées alimentaires ou des fourrages; cette restriction n'est toutefois valable que dans les limites résultant de ladite autorisation;

2) au commerce de détail des marchés organisés par les communes et, pour autant qu'il y a lieu, autorisés par l'autorité compétente.

Art. 2. L'autorisation prévue à l'article 1er est révocable. Elle peut être limitée quant à la durée de la vente, au district de vente ou aux produits à négocier; elle est strictement personnelle, c'est-à-dire qu'elle n'est valable que pour la personne à qui elle est délivrée.

Art. 3. Si l'autorisation prévue à l'article 1er n'est pas accordée, il sera fixé à l'intéressé un délai pour écouler ses stocks. Le Commissaire civil (à Bruxelles, la „Kommandantur") pourra prendre des dispositions spéciales pour régler cet écoulement. Passé le délai fixé, les quantités qui

n'auront pas été écoulées pourront être expropriées par le Président de l'Administration civile (Präsident der Zivilverwaltung), de façon à être mises à la disposition des habitants. La vente se fera pour compte et aux frais du négociant. Le produit de la vente lui sera remis, déduction faite des frais d'expropriation.

Art. 4. Les Présidents de l'Administration civile ont le droit de fermer temporairement ou définitivement les entreprises vendant des denrées alimentaires ou des fourrages de provenance indigène, peu importe qu'elles appartiennent à des personnes physiques ou civiles, à des sociétés, à des sociétés coopératives ou à des associations (même si ces personnes pratiquaient déjà le commerce des denrées alimentaires ou des fourrages avant le 1er août 1914), si elles enfreignent les dispositions de l'article 12 du présent arrêté, exploitent le public ou, de toute autre manière, agissent contrairement à l'intérêt général.

Un recours est ouvert auprès du Chef de l'administration civile (Verwaltungschef) contre la décision du Président de l'Administration civile. Le Chef de l'Administration civile décidera définitivement.

Les dispositions de l'article 3 sont rendues applicables aux entreprises fermées en vertu du 1er alinéa, avec la restriction qu'il n'est pas nécessaire de fixer un délai avant de procéder à l'expropriation.

Les Présidents de l'Administration civile, les Commissaires civils ou leurs mandaitaires ont le droit d'assister aux séances et assemblées des organes des personnes civiles, sociétés, sociétés coopératives ou associations mentionnées au 1er alinéa.

Ces dispositions ne sont pas applicables au Comité national de secours et d'alimentation.

Art. 5. Est considérée notamment comme exploitation du public aux termes de l'article 4, 1er alinéa, la vente de la viande ou des produits à base de viande (saucissons,

etc.) à des prix anormalement élevés. Les prix de vente de la viande sont réputés anormalement élevés lorsqu'ils sont hors de proportion avec le prix moyen devant être considéré comme prix équitable du bétail, ou qu'ils dépassent considérablement les prix moyens payés pour la viande soit dans la localité, soit dans la région où la vente s'effectue.

Art. 6. Quiconque exerce, à titre professionnel, le commerce des objets de première nécessité tels que les denrées alimentaires et les fourrages de toute sorte, les produits servant au chauffage et à l'éclairage, les vêtements et autres articles d'habillement, etc. est obligé de tenir des livres. Ceux-ci doivent être tenus de manière à permettre de constater, en tout temps, les prix d'achat et de vente, la provenance et le lieu d'emmagasinage des marchandises, ainsi que, en cas de revente à tout autre négociant, l'identité de ce dernier.

En ce qui concerne les marchands ambulants et les détaillants des marchés, il suffit qu'ils puissent établir la provenance de la marchandise et son prix d'achat.

Art. 7. Dans tous les locaux ouverts servant à la vente des objets de première nécessité, notamment des denrées alimentaires et fourrages de toute sorte, des produits naturels bruts, des produits servant au chauffage et à l'élcairage, les prix de vente (établis pour un poids ou un nombre conformes aux usages du commerce) doivent être affichés d'une manière bien visible et bien lisible aux vitrines ou à l'entrée du local et, en outre, à l'intérieur.

Cette disposition est rendue applicable, par analogie, au commerce des marchands ambulants et des détaillants des marchés.

Les prix affichés ne peuvent pas être dépassés. On ne peut refuser de vendre au comptant, aux consommateurs, aux prix affichés et par quantités conformes aux usages du commerce de détail.

Le Commissaire civil (à Bruxelles, la „Kommandantur") est autorisé à consentir des exceptions aux dispositions du présent article. Il peut aussi prendre des mesures dans le sens déterminé au 1er alinéa, en ce qui concerne les restaurants et cafés.

Art. 8. Est interdite l'introduction, quant à la répartition des produits, de tous intermédiaire inutile au point de vue économique dans le commerce des objets de première nécessité, spécialement des denrées alimentaires et des fourrages.

Quiconque fait des transactions portant sur des marchandises de ce genre, notamment quiconque les vend ou les achète, est tenu de s'assurer s'il n'y a pas introduction d'un intermédiaire inutile, au sens du 1er alinéa. L'excuse de l'ignorance ne dégage pas la responsabilité de l'intéressé.

Art. 9. Dans les prix courants ou autres communications destinées à un cercle relativement étendu de personnes, il est défendu de donner des indications pouvant induire en erreur sur la situation commerciale de l'intéressé, sur les quantités de marchandises qui se trouvent à sa disposition ou bien sur le motif ou le but soit de l'achat et de la vente des produits, soit de l'intervention d'un intermédiaire.

Art. 10. Les autorités de l'administration et de la police allemandes ou leurs mandataires sont autorisés:

1) à demander à qui que ce soit des renseignements sur tous les faits ayant de l'importance au point de vue de la fixation du prix;
2) à pénétrer dans les locaux où des objets de première nécessité sont fabriqués, emmagasinés ou mis en vente, et à y procéder à des inspections;
3) à exiger que tous les papiers et livres utilisés dans le commerce leur soient présentés pour qu'ils en prennent connaissance.

Art. 11. Par denrées alimentaires et fourrages, au sens du présent arrêté, il faut entendre également tous les produits entrant dans la fabrication des denrées alimentaires ou des fourrages.

Les articles 1er à 4 et 6 du présent arrêté ne sont pas applicables à la vente des produits de l'agriculture, de la sylviculture, de l'horticulture, de l'arboriculture fruitière, de l'élevage de la volaille, de l'apiculture, de la chasse et de la pêche, obtenus par les intéressés en tant que producteurs.

Art. 12. Sera puni soit d'un emprisonnement de 5 ans au plus et d'une amende pouvant atteindre 100.000 marcs, soit de l'une de ces peines:

1) quiconque, pour des objets de première nécessité, notamment les denrées alimentaires et les fourrages de toute sorte, les produits naturels bruts, le savon, les les produits servant au chauffrage et à l'éclairage, aura réclamé des prix qui, si l'on tient compte des frais de production, de mise en œuvre et de tous .les autres frais de fabrication, contiennent un bénéfice excessif, et quiconque se sera fait accorder ou promettre de tels prix ou bien en aura fait accorder ou promettre à autrui;
2) quiconque, après avoir produit ou acquis, pour les vendre, des objets de l'une des espèces désignées sub no. 1, les aura retenus dans le but de se procurer un bénéfice excessif en les vendant;
3) quiconque, pour faire hausser le prix des objets de l'une des espèces désignées sub no. 1, en aura détruit des stocks, restreint la production ou le commerce, ou se sera livré à d'autres manœuvres déloyales;
4) quiconque, sans motif légitime, aura exclu de la vente certaines classes de la population ou certaines personnes, ou bien en aura avantagé à cette occasion;
5) quiconque aura enfreint les dispositions du présent

arrêté, notamment sera intervenu comme intermédiaire inutile au sens du 1er alinéa de l'article 8, ou aura transgressé les mesures prises par les fonctionnaires allemands conformément aux articles 3 et 4 du présent arrêté.

En cas d'infraction intentionnelle aux dispositions du présent arrêté qui ont pour but d'empêcher la réalisation d'un bénéfice excessif, l'amende infligée sera d'au moins le décuple du bénéfice qui a été ou devait être réalisé.

Dans tous les cas prévus par le présent arrêté, on pourra prononcer, outre les peines précitées, la confiscation des stocks et autres choses qui auront formé l'objet de l'infraction, sans distinguer s'ils appartiennent ou non à la personne condamnée. Dans tous les cas où une exploitation du public est constatée, on ordonnera la publication de la condamnation, aux frais du coupable.

Art. 13. Les tribunaux et commandants militaires allemands connaîtront des infractions au présent arrêté.

Art. 14. Sont abrogés l'arrêté du 23 septembre 1916, concernant la vente de vivres et de fourrages de provenance indigène (Bull. off. des l. et arr., p. 2704), et l'arrêté du 7 mai 1917, pris en vue d'empêcher la vente de la viande à des prix usuraires (Bull. off. des l. et arr., p. 3741).

Bruxelles, le 10 juin 1917.
C. C. VII 3803.

Verordening *|**

tegen den woekerhandel in dagelijksche artikelen, inzonderheid in levensmiddelen en voederstoffen.

Ten einde ongerechtvaardigde prijsopjaging en de uitbuiting van de bevolking te verhinderen, verorden ik het navolgende:

Art. 1. Te rekenen van 16 Juli 1917 is het handeldrij-

ven van beroep in levensmiddelen en voederstoffen, zonder schriftelijke toelating van den voor de plaats van het zakenbedrijf bevoegden burgerlijken Kommissaris (Zivilkommissar), (te Brussel, van de Kommandantuur), verboden bijaldien de betrokken persoon niet reeds vóór 1 Augustus 1914 zelfstandig handel gedreven heeft in levensmiddelen en voederstoffen.

Dit voorschrift is niet toepasselijk op :

1) personen, die reeds krachtens andere bepalingen de toelating van een Duitsche overheid verkregen hebben om handel te drijven in levensmiddelen of in voederstoffen, zoover zij hun bedrijf binnen de grenzen van de verkregen toelating blijven uitoefenen ;

2) den kleinhandel op markten, die door de gemeente ingericht en — zoover zulks vereischt is — door de bevoegde overheid toegelaten zijn.

Art. 2. De toelating, bedoeld in artikel 1, is herroepelijk. Zij kan wat duur, plaats en voorwerp betreft beperkt worden en geeft alleen den persoon, op wiens naam zij opgemaakt is, het recht handel te drijven.

Art. 3. Ingeval de krachtens artikel 1 vereischte toelating geweigerd wordt, zal den betrokken persoon een termijn toegestaan worden om zijn voorraad waren aan den man te brengen. De burgerlijke Kommissaris (te Brussel, de Kommandantuur) kan, met het oog op het aan den man brengen der waren, nadere schikkingen treffen. Na het verstrijken van den termijn kunnen de voorhanden zijnde voorraden door den Voorzitter van het burgerlijk bestuur (Präsident der Zivilverwaltung) ten bate van de burgerlijke bevolking onteigend worden. De verkoop ervan geschiedt voor rekening en op kosten van den houder van het zakenbedrijf. Deze ontvangt de opbrengst van den verkoop, na aftrek van de onkosten.

Art. 4. De voorzitters van het burgerlijk bestuur zijn gerechtigd, zakenbedrijven van bijzonderen, rechtsperso-

personen, vennootschappen, samenwerkende maatschappijen of bonden welke inlandsche levensmiddelen en voederstoffen verkoopen, ook ingeval deze personen reeds vóór 1 Augustus 1914 handel hebben gedreven in levensmiddelen en voederstoffen, tijdelijk of voorgoed te sluiten, indien zij de bepalingen van artikel 12 dezer Verordening overtreden, het publiek uitbuiten of anderszins tegen het belang van 't algemeen handelen.

De betroffen personen kunnen tegen de beslissing van den Voorzitter van het burgerlijk bestuur verzet aanteekenen bij het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef). De uitspraak van het Hoofd van het burgerlijk bestuur is beslissend.

De bepalingen van artikel 3 zijn dienovereenkomstig toepasselijk op zakenbedrijven, die krachtens lid 1 gesloten worden, met dien verstande evenwel, dat er geen termijn dient toegestaan vooraleer tot de onteigening wordt overgegaan.

De Voorzitters van het burgerlijk bestuur, de burgerlijke Kommissarissen of hun lasthebbers zijn gerechtigd, de vergaderingen van de organen der in lid 1 opgenoemde rechtspersonen, vennootschappen, samenwerkende maatschappijen of bonden bij te wonen.

Deze bepalingen zijn niet van toepassing op het Nationaal Hulp- en Voedingskomiteit.

Art. 5. Als uitbuiting van het publiek in den zin van het 1e lid van artikel 4, geldt inzonderheid de verkoop van vleesch en vleeschwaren tegen buitensporige prijzen. Als buitensporig aan te rekenen vleeschprijzen, die in geen redematige verhouding staan tot den als billijk te beschouwen gemiddelden prijs van het vee, of die de gemiddelde prijzen, welke ter plaatse of in de streek voor vleesch betaald worden, aanzienlijk overtreffen.

Art. 6. Wie van beroep handel drijft in dagelijksche artikelen, b.v. in allerhande levensmiddelen en voeder-

stoffen, in verwarmings- en verlichtingsstoffen, in kleedingsstukken en andere dergelijke voorwerpen, enz., is verplicht boek te houden. De aan- en verkoopprijs, de herkomst en bergplaats van de waar, evenals in geval van voortverkoop aan een handelaar de eenzelvigheid van dezen laatste, moeten te allen tijde door de boekhouding kunnen worden aangetoond.

Voor marskramers en voor kleinhandelaars op markten volstaat het, dat zij de herkomst van de waar en den aankoopprijs kunnen aantoonen.

Art. 7. In al de openbare verkooplokalen van dagelijksche artikelen, inzonderheid van allerhande levensmiddelen en voederstoffen, evenals van ruwe natuurvoortbrengselen, van verwarmings- en verlichtingsstoffen moeten de verkoopprijzen (naar gewicht of hoeveelheid, zooals dat in den handel gebruikelijk is), door in het oog vallende en leesbare opschriften in het uitstalraam of bij den ingang, en bovendien, in het lokaal zelf bekendgemaakt worden.

Deze bepaling is dienovereenkomstig toepasselijk op den handel van marskramers en van kleinhandelaars op markten.

De aangekondigde prijzen mogen niet overschreden worden. De kleinhandelaar mag niet weigeren de gebruikelijke hoeveelheden, tegen betaling in gereed geld van de aangekondigde prijzen, te leveren aan verbruikers.

De burgerlijke Kommissaris (te Brussel, de Kommandantuur) is bevoegd uitzonderingen op de bepalingen van dit artikel toe te staan. Hij kan eveneens schikkingen treffen in den zin van het 1e lid met het oog op gasthoven en spijshuizen.

Art. 8. Elke inmenging bij de bedeeling van het publiek van een bemiddelaar, die zakelijk overbodig is (kettinghandel), in den handel in dagelijksche artikelen inzonderheid in levensmiddelen en voederstoffen, is verboden.

Wie handel drijft in dergelijke waren, inzonderheid wie

ze koopt of verkoopt, moet er zich van vergewissen, dat er geen kettinghandel in den zin van het 1e lid plaats heeft. Het voorwendsel dat men niet wist met kettinghandel te doen te hebben ontslaat niet van de verantwoordelijkheid.

Art. 9. Het is verboden in prijslijsten of in andere mededeelingen, die voor een ruimeren kring bestemd zijn, gegevens te verstrekken van aard om aangaande de handelsverhoudingen van den aankondiger of de hoeveelheid van de voorraden waarover hij kan beschikken, alsook aangaande de reden of het doel van den aankoop, den verkoop of de bemiddeling vergissingen te doen ontstaan.

Art. 10. De Duitsche bestuurs- en politieoverheden en hun lasthebbers zijn gemachtigd :

1) *van elkeen inlichtingen te verlangen over alle feiten, die voor het opmaken der prijzen belang hebben.*
2) *lokalen, waarin dagelijksche artikelen vervaardigd, opgeslagen of te koop geboden worden, te betreden en er vaststellingen te doen,*
3) *het overleggen van al de stukken en boeken die in het handelsverkeer gebruikt worden, ter inzage te eischen.*

Art. 11. Als levensmiddelen en voederstoffen in den zin van deze Verordening zijn eveneens de voortbrengselen te beschouwen, waaruit levensmiddelen en voederstoffen vervaardigd worden.

De artikelen 1, 2, 3, 4 en 6 van deze Verordening zijn niet toepasselijk op den verkoop van voortbrengselen van eigen gewin van den land- en boschbouw, van de groenten- en ooftteelt, van den gevogeltekweek en van de bijenteelt, alsook van het jacht- en visscherijbedrijf.

Art. 12. Wordt gestraft met ten hoogste 5 jaar gevangenis en met ten hoogste 100.000 mark boete, of met een van beide straffen :

1) *wie voor dagelijksche artikelen, inzonderheid voor allerhande levensmiddelen en voederstoffen, voor ruwe*

natuurvoortbrengselen, zeep, verwarmings- en verlichtingsstoffen, hetzij prijzen verlangt die, de kosten van vervaardiging, van bewerking en andere bijko mende kosten er bij gerekend, een buitensporige winst opleveren, hetzij zich zelf of anderen zulke prijzen laat toekennen of beloven ;

2) *wie voorwerpen van den onder 1 bedoelden aard, door hem vervaardigd of aangeschaft met het doel ze van de hand te doen, achterhoudt om, met ze van de hand te doen een buitensporige winst op te strijken ;*

3) *wie voorraden vernielt, de vervaardiging er van of den handel er in beperkt, of andere oneerlijke kuiperijen drijft, met het doel den prijs der voorwerpen van den onder 1 bedoelden aard op te jagen;*

4) *wie zekere klassen der bevolking of enkele personen zonder gegronde reden van den warenaankoop uitsluit of daarbij bevoordeeligt ;*

5) *wie in strijd met de bepalingen van deze Verordening handelt, inzonderheid wie kettinghandel drijft, of de schikkingen, door de Duitsche ambtenaren overeenkomstig artikelen 3 en 4 getroffen, overtreedt.*

In geval van opzettelijke overtreding van de bepalingen dezer Verordening, die voor doel hebben het opstrijken van buitensporige winsten te verhinderen, moet de uit te spreken boete ten minste tienmaal de winst bedragen, die de overtreder opgestreken heeft of zou moeten opstrijken.

Behalve de straf, kan in al de bij deze Verordening voorziene gevallen de verbeurdverklaring der voorraden en andere voorwerpen, waarop de strafbare handeling betrekking heeft, om het even of zij den veroordeelde toebehooren of niet, uitgesproken worden. In al de gevallen, waarin uitbuiting van het publiek te erkennen is, moet de bekendmaking van het vonnis op kosten van den schuldige bevolen worden.

Art. 13. De Duitsche krijgsrechtbanken en krijgsbevelhebbers zijn tot oordeelvellen bevoegd.

Art. 14. De Verordening van 23 September 1916, betreffende den verkoop van inlandsche levensmiddelen en voederstoffen (Wet- en Verordeningsblad, bl. 2704), en de Verordening van 7 Mei 1917, betreffende het te keer gaan van den woekerhandel in vleesch (Wet- en Verordeningsblad, bl. 3741), zijn hierbij opgeheven.

Brussel, den 10n Juni 1917.
C. C. VII 3803.

6.

VERFÜGUNG.

Auf Grund der Verordnung vom 5. Mai 1917 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 3671) ernenne ich im Ministerium für Wissenschaft und Kunst in Brüssel

1) den Professor von Ziegesar zum Generaldirektor der Verwaltung der schönen Kunste,

2) den Schriftsteller Raphael Verhulst zum Direktor,

3) den Bürochef Josef van den Eynde, zum Abteilungschef,

4) den Kreisschulinspektor Franz Schoonjans in Kortrijk zum Direktor,

5) den Schreiber erster Klasse Franz Petrus Demoor zum Bürochef.

Brüssel, den 13. Juni 1917.
C. C. III a *4092.*

Arrêté.

En vertu de l'arrêté du 5 mai 1917 (Bulletin officiel des

lois et arrêtés, p. 3671), je nomme au Ministère des sciences et des arts à Bruxelles:

1) M. von Ziegesar, professeur, en qualité de directeur général de l'administration des beaux-arts,

2) M. Raphaêl Verhulst, homme de lettres, en qualité de directeur.

3) M. Joseph van den Eynde, chef de bureau, en qualité de chef de division,

4) M. François Schoonjans, inspecteur cantonal à Courtrai, en qualité de directeur,

5) M. François Pierre Demoor, commis de 1re classe, en qualité de chef de bureau.

Bruxelles, le 13 juin 1917.
C. C. III*a* 4092.

Beschikking.

Op grond van de Verordening van 5 Mei 1917 (Wet- en Verordeningsblad, bl. 3671 benoem ik aan het Ministerie van Wetenschappen en Kunsten te Brussel

1 den heer von Ziegesar, professor, tot algemeen bestuurder van het beheer van Schoone Kunsten,

2) den heer Rafaël Verhulst, letterkundige, tot bestuurder.

3) den heer Jozef van den Eynde, bureeloverste, tot afdeelingsoverste,

4) den heer Frans Schoonjans, kantonnaal schoolopziener te Kortrijk, tot bestuurder,

5) den heer Frans Petrus Demoor, klerk-1e klasse, tot bureeloverste

Brussel, den 13n Juni 1917.
C. C. III a 4092.

No. 359. — 20. JUNI 1917. Pag. 3881

1.

ENTSCHLIESSUNG.

Zum Gerichtsschreiber beim Friedensgericht in St. Hubert ernenne ich hiermit den Gemeindesekretär und stellvertretenden Gerichtsschreiber E. Félix in St. Hubert.

Der Verwaltungschef wird mit der Ausführung dieser Entschliessung beauftragt.

Brüssel, den 9. Juni 1917.
C. C. VI*a* 6122.

Décision.

M. E. Félix, secrétaire communal et commis greffier de la justice de paix de Saint-Hubert.

Le Chef de l'Administration civile (Verwaltungschef) est chargé de l'exécution de la présente décision.

Bruxelles, le 9 juin 1917.
C. C. VI*a* 6122.

Besluit.

Hierbij benoem ik den heer E. Félix, gemeentesekretaris en griffiersklerk te St. Hubert, tot griffier bij het vredegerecht te St. Hubert.

Het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) is belast met de uitvoering van dit besluit.

Brussel, den 9n Juni 1917.
*C. C. VI*a *6122.*

2.

BEKANNTMACHUNG.

Im August lfd. Js. wird der in Artikel 7 des Gesetzes vom $\frac{\text{10. April 1890}}{\text{3 Juli 1891}}$ bezeichnete Ausschuss zur Homologation von Zeugnissen der mittleren Unterrichtsanstalten und Abhaltung der in Artikel 10 und 12 des Gesetzes bezeichneten vorbereitenden Prüfungen zusammentreten.

Gesuche um Homologation und zum Zulassung zu den vorbereitenden Prüfungen sind bei dem Präsidenten der Zivilverwaltung der betreffenden Provinz zwischen dem 16. und 26. Juli lfd. Js. einzureichen.

Spätere Homologationsgesuche bleiben unberücksichtigt. Spätere Zulassungsgesuche zu den Prüfungen werden nur berücksichtigt:

1. für diejenigen Kandidaten, deren Zeugnis über Vollendung der mittleren Studien vom Homologationsausschuss abgewiesen wurde und die im Laufe der bevorstehenden Sitzung ein Vorbereitungsexamen abzulegen wünschen;
2. für diejenigen Kandidaten, deren Zeugnis über Vollendung der humanistischen Studien vom Homologationsausschuss angenommen wurde und die im Laufe derselben Sitzung die Vorbereitungsprüfung auf den Grad „Kandidat in Mathematik und Naturwissenschaften" und auf den Grad „Kandidat-Ingenieur" abzulegen wünschen;
3. für diejenigen Kandidaten, deren Zeugnis über Vollendung der humanistischen Studien von dem Homologationsausschuss angenommen wurde und die durch Ablegung einer der durch Artikel 51 der Königlichen organischen Verordnung vom 14. Oktober

1890, abgeändert durch die Königliche Verordnung vom 10. Februar 1896, vorgeschenen Ergänzungsprüfungen dieses Zeugnis gültig machen wollen, um zu einer anderen als der auf dem Zeugnis angegebenen akademischen Prüfung zugelassen zu werden.

Die unter 2 und 3 aufgeführten Kandidaten sind verpflichtet, bei der Niederlegung ihrer Zeugnisse in die Hand des Herrn Präsidenten der Zivilverwaltung zu erklären, ob sie beabsichtigen, die Vorbereitungsprüfung im Laufe der bevorstehenden Sitzung abzulegen.

Brüssel, den 12. Juni 1917.
C. C. III*a* 4102.

Avis.

La prochaine session du jury institué, par l'article 7 de la loi du $\frac{\text{10 avril 1890}}{\text{3 juillet 1891,}}$ pour homologuer les certificats d'études moyennes et procéder aux épreuves préparatoires prévues aux articles 10 et 12 de cette loi s'ouvrira au mois d'août de l'année courante.

Les demandes d'homologation et d'inscription aux épreuves préparatoires doivent être remises, entre le 16 et le 26 juillet 1917, au Président de l'Administration civile (Präsident der Zivilverwaltung) de la province.

Il ne sera pas donné suite aux demandes d'homologation reçues après ce délai. Quant aux demandes qui concernent l'inscription aux épreuves et seront reçues après le 26 juillet prochain, il n'en sera tenu compte que pour les trois catégories suivantes de récipiendaires:

1o Pour ceux dont le certificat d'études moyennes a été refusé par le jury et qui voudraient se présenter à une épreuve préparatoire, au cours de la prochaine session;

2o Pour ceux dont le certificat d'humanités a été admis par le jury et qui voudraient subir, au cours de la même session, l'épreuve préparatoire aux grades de candidat en sciences physiques et mathématiques et de candidat ingénieur;

3o Pour ceux dont le certificat d'études d'humanités a été admis par le jury et qui voudraient, en subissant l'une des épreuves complémentaires prévues par l'article 51 de l'arrêté royal organique du 14 octobre 1890, modifié par l'arrêté royal du 10 février 1896, rendre ce certificat valable pour l'admission à un examen académique autre que celui qui s'y trouve mentionné.

Les récipiendaires de ces dernières catégories sont tenus de déclarer, en déposant leurs certificats d'études moyennes entre les mains de M. le Président de l'Administration civile, s'ils ont l'intention de subir l'épreuve préparatoire au cours de la prochaine session.

Bruxelles, le 12 juin 1917.
C. C. III*a* 4102.

Bekendmaking.

De in artikel 7 van de wet van $\frac{\textit{10 April 1890}}{\textit{3 Juli 1891}}$ *bedoelde jury, belast met het bekrachtigen van door middelbare onderwijsinrichtingen afgeleverde getuigschriften, en met het afnemen van de in artikelen 10 en 12 dier wet bedoelde voorbereidende examens, zal in Augustus 1917 zitting houden.*

Aanvragen om bekrachtiging van getuigschriften en om toelating tot de voorbereidende examens, moeten van 16 tot en met 26 Juli a.s. gericht worden tot den Voorzitter van het burgerlijk bestuur (Präsident der Zivilverwaltung) der betrokken provincie.

Aan na dien datum ingediende aanvragen om bekrachtiging van getuigschriften wordt geen gevolg gegeven. Na dien datum ingediende aanvragen om toelating tot de voorbereidende examens worden slechts dan in aanmerking genomen, wanneer zij uitgaan

1. *van kandidaten, wier getuigschrift van volledige middelbare studiën door de jury afgewezen werd, en die, in den loop van de aanstaande zitting, een voorbereidend examen wenschen af te leggen;*
2. *van kandidaten, wier getuigschrift van volledige humaniora door de jury aangenomen werd en die, in den loop van dezelfde zitting, het voorbereidend examen tot den graad van „kandidaat in de natuur- en wiskundige wetenschappen" en tot den graad van „kandidaat-ingenieur" wenschen af te leggen;*
3. *van kandidaten, wier getuigschrift van volledige humaniora door de jury aangenomen werd en die, door het afleggen van een der aanvullende examens, voorzien bij artikel 51 van het koninklijk regelingsbesluit van 14 Oktober 1890, gewijzigd door het koninklijk besluit van 10 Februari 1896, dit getuigschrift willen geldig maken voor de toelating tot een ander akademisch examen, dan het er op vermelde.*

De onder 2 en 3 opgesomde kandidaten zijn gehouden, bij het overleggen van hun getuigschriften van middelbare studiën in handen van den heer Voorzitter van het burgerlijk bestuur, te verklaren of zij voornemens zijn in den loop der aanstaande zitting het voorbereidend examen af te leggen.

Brussel, den 12n Juni 1917.
*C. C. III*a 4102.

3.

VERORDNUNG,

betreffend die Eintragungskommission.

In Abänderung der Artikel 35, Absastz 1 am Ende, 36, 37, Absatz 2, des Gesetzes vom $\frac{\text{10. April 1890}}{\text{3. Juli 1891}}$ und des Artikels 2, 3, Absatz 1, und 11, Absatz 1, der Königlichen Verordnung vom 24. Oktober 1890 verordne ich mit Wirkung vom 15. Juni 1917 an was folgt:

Art. 1. Der in Artikel 35 des Gesetzes vom $\frac{\text{10. April 1890}}{\text{3 Juli 1891}}$ and Artikel 1, Absatz 1, der Königlichen Verordnung vom 24. Oktober 1890 bezeichnete Ausschuss wird für das vlämische und das wallonische Verwaltungsgebiet besonders gebildet. Der Ausschuss für das vlämische Verwaltungsgebiet tagt in Brüssel, der für das wallonische Verwaltungsgebiet in Namur.

Art. 2. Jeder Ausschuss besteht aus je einem Generaldirektor des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst, des Justizministeriums, des Ministeriums des Innern, des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten und des Ministeriums für Gewerbe und Arbeit für das betreffende Verwaltungsgebiet.

Ferner wird jedem Ausschusse vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst ein ständiger Sekretär beigegeben.

Zur Beschlussfähigkeit ist die Anwesenheit von mindestens drei Ausschussmitgliedern erforderlich.

Art. 3. Die Zuständigkeit jedes Ausschusses ist auf die Eintragung von Zeugnissen aus dem Verwaltungsgebiet beschränkt, für das er eingesetzt ist. Die von einem Ausschusse vollzogenen Eintragungen haben in beiden Verwaltungsgebieten Gültigkeit.

Die Ausschüsse haben sich von allen Entscheidungen gegenseitig Mitteilung zu machen.

Art. 4. Artikel 44, Absatz 3, des Gesetzes vom $\frac{\text{10. April 1890}}{\text{3. Juli 1891}}$ wird aufgehoben.

Brüssel, den 13. Juni 1917.
C. C. IIIa *3385*.

Arrêté

concernant la commission d'entérinement.

Par dérogation aux articles 35, 1er alinéa, partie finale, 36 et 37, 2e alinéa, de la loi du $\frac{\text{10 avril 1890}}{\text{3 juillet 1891}}$ ainsi qu'aux articles 2, 3, 1er alinéa, et 11, 1er alinéa, de l'arrêté royal du 24 octobre 1890, j'arrête ce qui suit, avec effet à partir du 15 juin 1917;

Art. 1. La commission prévue à l'article 35 de la loi du $\frac{\text{10 avril 1890}}{\text{3 juillet 1891}}$ et à l'article 1er, 1er alinéa, de l'arrêté royal du 24 octobre 1890, sera constituée séparément pour la région administrative flamande et la région administrative wallonne. La commission instituée pour la région administrative flamande siégera à Bruxelles, celle de la région administrative wallonne aura son siège à Namur.

Art. 2. Dans chacune des deux régions administratives, chaque commission se composera d'un directeur général du ministère des sciences et des arts, du ministère de la justice, du ministère de l'intérieur, du ministère des travaux publics et du ministère de l'industrie et du travail.

En outre, un secrétaire permanent sera adjoint à chaque commission par le ministère compétent des sciences et des arts.

La commission ne pourra délibérer que pour autant que trois de ses membres, au moins, soient présents.

Art. 3. La compétence de chacune des deux commissions est limitée à l'entérinement des certificats délivrés dan la région administrative pour laquelle la commission a été spécialement constituée. Les entérinements effectués par chacune des deux commissions sont valables dans les deux régions administratives.

Les deux commissions doivent se donner réciproquement connaissance de toutes leurs décisions.

Art. 4. L'article 44, 3e alinéa, de la loi du $\frac{\text{10 avril 1890}}{\text{3 juillet 1891}}$ est abrogé.

Bruxelles, le 13 juin 1917.
C. C. III*a* 3385.

Verordening

betreffende de kommissie tot bekrachtiging van getuigschriften van hooger onderwijs.

Onder wijziging der artikelen 35, slot van het 1e lid, 36 en 37, 2e lid, van de wet van $\frac{\textit{10 April 1890}}{\textit{3 Juli 1891}}$ *en der artikelen 2, 3, 1e lid, en 11, 1e lid, van het koninklijk besluit van 24 Oktober 1890, verorden ik het navolgende, dat met ingang van 15 Juni 1917 in werking treedt:*

Art. 1. De kommissie, voorzien in artikel 35 van de wet van $\frac{\textit{10 April 1890}}{\textit{3 Juli 1891}}$ *en in het 1e lid van artikel 1 van het koninklijk besluit van 24 Oktober 1890, wordt afzonderlijk samengesteld voor het Vlaamsch en het Waalsch bestuurlijk gebied. De kommissie voor het Vlaamsch bestuurlijk gebied zetelt te Brussel, de kommissie voor het Waalsch bestuurlijk gebied te Namen.*

Art. 2. In beide bestuurlijke gebieden bestaat elke kommissie uit een algemeen bestuurder van het ministerie van Wetenschappen en Kunsten, van Justitie, van Binnenlandsche Zaken, van Openbare Werken en van Nijverheid en Arbeid.

Bij elke kommissie wordt bovendien door het ministerie van Wetenschappen en Kunsten een bestendige sekretaris gevoegd.

Opdat een kommissie geldige besluiten kunne nemen, moeten ten minste drie leden aanwezig zijn.

Art. 3. De bevoegdheid van elke kommissie is beperkt tot de bekrachtiging van getuigschriften, afgeleverd in het bestuurlijk gebied, waarvoor zij aangesteld is. De getuigschriften die door een van beide kommissies bekrachtigd werden, zijn geldig voor de twee bestuurlijke gebieden.

De kommissies moeten elkander al de genomen besluiten mededeelen.

Lid 3 van artikel 44 der wet van $\frac{\textit{10 April 1890}}{\textit{3 Juli 1891}}$ *is opgeheven.*

Brussel, den 13n Juni 1917.
C. C. IIIa 3385.

4.

VERORDNUNG,

betreffend die Prüfungsausschüsse für den höheren Unterricht.

In Abänderung des Artikels 34 des Gesetzes vom $\frac{\text{10. Avril 1890}}{\text{3 Juli 1891}}$ und der Königlichen Verordnung vom 13. Oktober 1890 verordne ich mit Wirkung vom 15. Juni 1917 an was folgt:

Art. 1. Der auf Grund des Artikels 34 des Gesetzes vom $\frac{\text{10. April 1890}}{\text{3 Juli 1891}}$ über die akademischen Grade und die Universitätsprüfungen und der Königlichen Verordnung vom 13. Oktober 1890 zu bildende allgemeine Prüfungsausschuss (Middenjury, jury central) wird für das vlamische und das wallonische Verwaltungsgebiet gesondert gebildet.

Art. 2. Artikel 34, Absaltz 1, des Gesetzes vom $\frac{\text{10. April 1890}}{\text{3. Juli 1891}}$ und Artikel 1, Absaltz 2 und 6, sowie Artikel 2, Absaltz 3, der Königlichen Verordnung vom 13. Oktober 1890 werden aufgehoben.

Art. 3. Die Zusammenstellung der allgemeinen Prüfungsausschüsse und die Bestimmung ihres Sitzes erfolgt durch ministerielle Verfügung.

Art. 4. Die Prüfungen können bis auf weiteres vor den Prüfungsausschüssen beider Verwaltungsgebiete abgelegt werden, gleichviel wo der Kandidat bisher studiert hat.

Brüssel, den 13. Juni 1917.
C. C. IIIa 3386.

Arrêté

concernant les jurys d'examen de l'enseignement supérieur.

Par dérogation à l'article 34 de la loi du $\frac{\text{10 avril 1890}}{\text{3 juillet 1891}}$ et à l'arrêté royal du 13 octobre 1890, j'arrête ce qui suit, avec effet à partir du 15 juin 1917:

Art. 1er. Le jury central à constituer en vertu de l'article 34 de la loi du $\frac{\text{10 avril 1890,}}{\text{3 juillet 1891,}}$ sur la collation des grades

académiques et le programme des examens universitaires, ainsi que de l'arrêté royal du 13 octobre 1890 sera constitué séparément pour la région administrative flamande et la région administrative wallonne.

Art. 2. L'article 34, 1er alinéa, de la loi du $\frac{\text{10 avril 1890}}{\text{3 juillet 1891}}$ l'article 1er, 2e et 6e alinéas, ainsi que l'article 2, 3e alinéa, de l'arrêté royal du 13 octobre 1890 sont abrogés.

Art. 3. La composition des jurys centraux et le lieu où ils siégeront seront déterminés par arrêté ministériel.

Art. 4. Jusqu'à nouvelle décision, les récipiendaires pourront se présenter indifféremment aux jurys des deux régions administratives, peu importe où ils auront fait leurs études.

Bruxelles, le 13 juin 1917.
C. C. III*a* 3386.

Verordening

betreffende de jury's voor het hooger onderwijs.

Onder wijziging van artikel 34 van de wet van $\frac{\textit{10 April 1890}}{\textit{3 Juli 1891}}$ *en van het koninklijk besluit van 13 Oktober 1890, verorden ik het navolgende, dat met ingang van 15 Juni 1917 in werking treedt:*

Art. 1. De middenjury, die krachtens artikel 34 van de wet van $\frac{\textit{10 April 1890,}}{\textit{3 Juli 1891}}$ *„rakende de begeving der akademische graden en het programma der universiteitsexamens" en krachtens het koninklijk besluit van 13 Oktober 1890 samen te stellen is, wordt afzonderlijk samengesteld voor het Vlaamsch en voor het Waalsch bestuurlijk gebied.*

Art. 2. Lid 1 van artikel 34 van de wet van $\frac{\textit{10 April 1890}}{\textit{3 Juli 1891}}$*, alsook lid 2 en 6 van artikel 1, evenals lid 3 van artikel 2 van het koninklijk besluit van 13 Oktober 1890 zijn opgeheven.*

Art. 3. De samenstelling van beide middenjury's en de bepaling van haar zetel geschiedt bij ministerieele beschikking.

Art. 4. De examens kunnen voorloopig voor de jury's van beide bestuurlijke gebieden afgelegd worden, om het even waar de kadidaat totnogtoe zijn studiën gedaan heeft.

Brussel, den 13n Juni 1917.
*C. C. III*a *3386.*

5.

VERORDNUNG,

betreffend die Mittelschulzeugnisse und die vorbereitenden Prüfungen.

In Abänderung des Artikels 7 des Gesetzes vom $\frac{\text{10. April 1890}}{\text{3. Juli 1891}}$ und der Artikel 18, Absatz 3, und 19 der Königlichen Verordnung vom 14. Oktober 1890 über die Mittelschulzeugnisse und die vorbereitenden Prüfungen verordne ich mit Wirkung vom 15. Juni 1917 an was folgt:

Art. 1. Der in Artikel 7 des Gesetzes vom $\frac{\text{10. April 1890}}{\text{3. Juli 1891}}$ bezeichnete Ausschuss wird für das vlämische und für das wallonische Verwaltungsgebiet besonders gebildet, and zwar in der Weise, dass in ihm die Lehrkräfte der staatlichen und der staatlich unterstützen mittleren

Lehranstalten einerseits, der freien mittleren Lehranstalten anderseits in tunlichts gleicher Zahl vertreten sind.

Art. 2. Der Ausschuss für das vlämische Verwaltungsgebiet tagt in Brüssel, der für das wallonische Verwaltungsgebiet in Namur.

Art. 3. Die Züständigkeit jedes Ausschusses ist auf die Homologation von Zeugnissen aus dem Verwaltungsgebiet beschränkt, für das er eingesetzt ist. Die von einem Ausschusse vollzogenen Homologationen und Prüfungen haben in beiden Verwaltungsgebieten Gültigkeit.

Brüssel, den 13. Juni 1917.
C. C. III*a* 3387.

Arrêté

concernant les certificats d'études moyennes et les épreuves préparatoires.

Par dérogation à l'article 7 de la loi du $\frac{\text{10 avril 1890}}{\text{3 juillet 1891}}$ et aux articles 18, 3e alinéa, et 19 de l'arrêté royal du 14 octobre 1890, concernant les certificats d'études moyennes et les épreuves préparatoires, j'arrête ce qui suit, avec effet à partir du 15 juin 1917:

Art. 1er. Le jury mentionné à l'article 7 de la loi du $\frac{\text{10 avril 1900}}{\text{3 juillet 1891}}$ sera constitué séparément pour la région administrative flamande et la région administrative wallonne, de telle sorte que les professeurs de l'enseignement moyen dirigé ou subsidié par l'Etat et ceux de l'enseignement moyen privé y soient, autant que possible, représentés en nombre égal.

Art. 2. Le jury constitué pour la région administrative flamande siègera à Bruxelles, celui de la région administrative wallonne aura son siège à Namur.

Art. 3. La compétence de chacun des deux jurys sera limitée à l'homologation des certificats délivrés dans la région administrative pour laquelle le jury aura été spécialement constitué. Les homologations effectuées et les examens organisés par chacun des deux jurys seront valables dans les deux régions administratives.

Bruxelles, le 13 juin 1917.
C. C. III*a* 3387.

Verordening

betreffende de getuigschriften van middelbare studiën en de voorbereidende examens.

Onder wijziging van artikel 7 van de wet van $\frac{\textit{10 April 1890}}{\textit{3 Juli 1891}}$, *van het 3e lid van artikel 18 en van artikel 19 van het koninklijk besluit van 14 Oktober 1890, betreffende de getuigschriften van middelbare studiën en de voorbereidende examens, verorden ik het navolgende, dat met ingang van 15 Juni 1917 in werking treedt:*

Art. 1. De jury voorzien in artikel 7 van de wet van $\frac{\textit{10 April 1890}}{\textit{3 Juli 1891}}$ *wordt afzonderlijk samengesteld voor het Vlaamsch en voor het Waalsch bestuurlijk gebied en wel zoodanig, dat er leerkrachten eenerzijds van het door den Staat geleid of geldelijk ondersteund middelbaar onderwijs en anderzijds van het vrij middelbaar onderwijs, zooveel mogelijk in gelijken getale, in vertegenwoordigd zijn.*

Art. 2. De jury voor het Vlaamsch bestuurlijk gebied zetelt te Brussel, de jury voor het Waalsch bestuurlijk gebied te Namen.

Art. 3. De bevoegdheid van beide jury's is beperkt tot de bekrachtiging van de getuigschriften, afgeleverd in het be-

stuurlijk gebied, waarvoor zij samengesteld zijn. De getuigschriften die door een van beide jury's bekrachtigd, alsook de examens, die door een van beide jury's afgenomen werden, zijn geldig voor de twee bestuurlijke gebieden.

Brussel, den 13n Juni 1917.
C. C. IIIa 3387.

6.

VERORDNUNG,

betreffend den Schulrat für den mittleren Unterricht.

In Abänderung des Artikels 33, Absatz 1 des Gesetzes vom 1. Juni 1850 über den mittleren Unterricht und der Königlichen Verordnung vom 16. Febuar 1852 über den Schulrat für den mittleren Unterricht verordne ich mit Wirkung vom 15. Juni 1917 ab was folgt:

Art. 1. Der in Artikel 33 des Gesetzes bezeichnete Schulrat (verbeteringsraad, conseil, de perfectionnement) für den mittleren Unterricht wird für das vlämische und für das wallonische Verwaltungsgebiet besonders gebildet. Seine Mitglieder werden zur Hälfte den Lehrkräften des höheren Unterrichts, zur anderen Hälfte den Lehrkräften des mittleren Unterrichts entnommen.

Art. 2. Artikel 2 mit 5 der Königlichen Verordnung vom 16. Februar 1852 werden aufgehoben.

Brüssel, den 13. Juni 1917.
C. C. III*a* 3388.

Arrêté

concernant le Conseil de perfectionnement de l'instruction moyenne.

Par dérogation à l'article 33, 1er alinéa, de la loi du 1er

juin 1850 sur l'instruction moyenne et à l'arrêté royal du 16 février 1852 sur le Conseil de perfectionnement de l'instruction moyenne, j'arrête ce qui suit, avec effet à partir du 15 juin 1917:

Art. 1er. Le Conseil de perfectionnement de l'instruction moyenne mentionné à l'article 33 de la loi sera constitué séparément pour la région administrative flamande et la région administrative wallonne. Ses membres seront nommés par moitié parmi le personnel enseignant de l'enseignement supérieur, par moitié parmi le personnel enseignant de l'enseignement moyen.

Art. 2. Les articles 2 à 5 inclus de l'arrêté royal du 16 février 1852 sont abrogés.

Bruxelles, le 13 juin 1917.
C. C. III*a* 3388.

Verordening

betreffende den verbeteringsraad van het middelbaar onderwijs.

Onder wijziging van artikel 33, 1e lid van de wet van 1 Juni 1850, betreffende het middelbaar onderwijs en van het koninklijk besluit van 16 Februari 1852, betreffende den verbeteringsraad van het middelbaar onderwijs, verorden ik het navolgende, dat met ingang van 15 Juni 1917 in werking treedt:

Art. 1. De verbeteringsraad van het middelbaar onderwijs, voorzien bij artikel 33 van de wet, wordt afzonderlijk samengesteld voor het Vlaamsch en voor het Waalsch bestuurlijk gebied. De leden er van worden voor de helft onder de leerkrachten van het hooger onderwijs en voor de helft onder de leerkrachten van het middelbaar onderwijs aangeduid.

Art. 2. Artikelen 2 tot en met 5 van het koninklijk besluit van 16 Februari 1852 zijn opgeheven.

Brussel, den 13n Juni 1917.
C. C. IIIa 3388.

7.

VERORDNUNG,

betreffend den Schulrat für den niederen Unterricht.

In Abänderung des Artikels 15 der Königlichen Verordnung vom 21. September 1884 und des Artikels 1 der Königlichen Verordnung vom 2. Februar 1885 (in der Fassung der Verordnung vom 19. Dezember 1899) verordne ich mit Wirkung vom 15. Juni 1917 an was folgt:

Art. 1. Der in Artikel 15 der Königlichen Verordnung vom 21. September 1884 bezeichnete Schulrat (verbeteringsraad, conseil de perfectionnement) für den niederen Unterricht wird für das vlämische und für das wallonische Verwaltungsgebiet besonders gebildet. Seine Mittglieder werden zur Hälfte den Lehrkräften des mittleren Unterrichts, zur anderen Hälfte den Lehrkräften und den Schulaufsichtsbeamten des niederen Unterrichts entnommen.

Art. 2. Artikel 1, Absatz 2, der Königlichen Verordnung vom 2. Februar 1885 in der Fassung vom 19. Dezember 1899 wird aufgehoben.

Brüssel, den 13. Juni 1917.
C. C. III*a* 3389.

Arrêté

concernant le Conseil de perfectionnement de l'instruction primaire.

Par dérogation à l'article 15 de l'arrêté royal du 21 sep-

tembre 1884 et à l'article 1er de l'arrêté royal du 2 février 1885 (modifié par l'arrêté du 19 décembre 1899), j'arrête ce qui suit, avec effet à partir du 15 juin 1917:

Art. 1er. Le Conseil de perfectionnement de l'instruction primaire mentionné à l'article 15 de l'arrêté royal du 21 septembre 1884 sera constitué séparément pour la région administrative flamande et la région administrative wallonne. Ses membres seront nommés par moitié parmi le personnel enseignant de l'enseignement moyen, par moitié parmi le personnel enseignant et les inspecteurs de l'enseignement primaire.

Art. 2. Est abrogé l'article 1er, 2e alinéa, de l'arrêté royal du 2 février 1885, modifié par l'arrêté du 19 décembre 1899.

Bruxelles, le 13 juin 1917.
C. C. III*a* 3389.

Verordening

betreffende den verbeteringsraad van het lager onderwijs.

Onder wijziging van artikel 15 van het koninklijk besluit van 21 September 1884 en van artikel 1 van het koninklijk besluit van 2 Februari 1885 (in de bewoording van het besluit van 19 December 1899), verorden ik het navolgende, dat met ingang van 15 Juni 1917 in werking treedt:

Art. 1. De verbeteringsraad van het lager onderwijs, voorzien bij artikel 15 van het koninklijk besluit van 21 September 1884, wordt afzonderlijk samengesteld voor het Vlaamsch en voor het Waalsch bestuurlijk gebied. De leden er van worden voor de helft onder de leerkrachten van het middelbaar onderwijs en voor de helft onder de leerkrachten en onder het schooltoezichtspersoneel van het lager onderwijs aangeduid.

Art. 2. Lid 2 van artikel 1 van het koninklijk besluit van 2 Februari 1885, in de bewoording van 19 December 1899, is opgeheven.

Brussel, den 13n Juni 1917.
*C. C. III*a *3389.*

8.

BEKANNTMACHUNG.

Im Juli und Oktober lfd. Js. werden Sitzungen der in Artikel 34 des Gesetzes vom $\frac{\text{10. April 1890}}{\text{3. Juli 1891}}$ bezeichneten allgemeinen Prüfungsausschüsse abgehalten werden.

Gesuche um Zulassung zu den Juli-Prüfungen sind der Zeit vom 20. bis 30. Juni lfd. J., Gesuche um Zulassung zu den Oktober-Prüfungen in der Zeit vom 20 September bis 1. Oktober lfd. Js. bei dem Präsidenten der betreffenden Zivilverwaltung einzureichen.

Nähere Aufschlüsse über die Zulassung zu erbringenden Nachweise geben das Ministerium für Wissenschaft und Kunst und die Präsidenten der Zivilverwaltung.

Brüssel, den 15. Juni 1917.
C. C. III*a* 4102.

Avis.

Les prochaines sessions des jurys centraux institués par l'article 34 de loi la du $\frac{\text{10 avril 1890}}{\text{3 juillet 1891}}$, s'ouvriront aux mois de juillet et d'octobre de l'année courante.

Les demandes d'inscription aux examens de juillet doivent être remises au Président de l'Administration civile compétente (Präsident der Zivilverwalting) entre les 20 et 30 juin 1917 inclus; celles relatives aux examens d'oc-

tobre devront l'être entre les 20 septembre et 1er octobre 1917 inclus.

Pour de plus amples renseignements au sujet des pièces à fournir en vue d'être admis aux examens, s'adresser au Ministère des sciences et des arts ou aux Présidents de l'Administration civile.

Bruxelles, le 15 juin 1917.
C. C. III*a* 4102.

Bekendmaking.

De in artikel 34 van de wet van $\frac{\textit{10 April 1890}}{\textit{3 Juli 1891}}$ bedoelde middenjury's zullen nog zitting houden in den loop van de maanden Juli en Oktober 1917.

Kandidaten, die bedoelde examens wenschen af te teggen, moeten hun aanvraag indienen bij den Voorzitter van het betrokken burgerlijk bestuur (Präsident der Zivilverwaltung), van 20 tot en met 30 Juni a.s. voor de zitting van de maand Juli, en van 20 September tot en met 1 Oktober a.s. voor de zitting van de maand Oktober.

Het ministerie van Wetenschappen en Kunsten en de Voorzitters van het burgerlijk bestuur verstrekken nadere inlichtingen, wat betreft de bewijsstukken, die vereischt zijn om tot de examens te worden toegelaten.

Brussel, den 15n Juni 1917.
*C. C. II*Ia *4102.*

No. 360. — 23. JUNI 1917. Page 3893

BEKANNTMACHUNG,

betreffend Liquidation französischer Unternehmungen.

Mit Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs in Belgien habe ich gemäss den Verordnungen über die

Liquidation feindlicher Unternehmungen vom 29 August 1916 und vom 15 April. 1917 die Liquidation des in Belgien befindlichen Vermögens des Franzosen

E. Léfèbre, Inhaber des Grande Maison de Blanc in Brüssel,

angeordnet. Zum Liquidator ist Herr

J. Welker in Brüssel, Militärschule,

ernannt worden. Nähere Auskunft erteilt der Liquidator.

Brüssel, den 14. Juni 1917.
C. C. IV*b* 1022.

Avis

concernant la liquidation d'entreprises françaises.

Avec l'approbation de Son Excellence M. le Gouverneur général en Belgique et conformément aux arrêtés des 29 août 1916 et 15 avril 1917, concernant la liquidation d'entreprises ennemies, j'ai ordonné la liquidation des biens, situés en Belgique, de

M. E. Léfèbre, sujet français, propriétaire de la Grande Maison de Blanc, à Bruxelles.

M. J. Welker, Ecole Militaire, à Bruxelles, a été nommé liquidateur. Pour de plus amples renseignements, s'adresser au liquidateur.

Bruxelles, le 14 juin 1917.
C. C. IV*b* 1022.

Bekendmaking

betreffende de likwidatie van Fransche ondernemingen.

Met toestemming van den heer Generalgouverneur

in België, heb ik, overeenkomstig de Verordeningen van 29 Augustus 1916 en van 15 April 1917, over de likwidatie van vijandelijke ondernemingen, de likwidatie bevolen van het in België voorhanden zijnde vermogen van den Franschman

E. Léfèbre, bezitter van het „Grande Maison de Blanc", te Brussel.

De heer J. Welker, Krijgsschool te Brussel, is tot likwidator benoemd. De likwidator verstrekt nadere inlichtingen.

Brussel, den 14n Juni 1917.
*C. C. IV*b *1022.*

No. 361. — 25. JUNI 1917. Pag. 3901

VERFÜGUNG.

Ministerium für Wissenschaft und Kunst. (Vlämisches Verwaltungsgebiet.)

Verwaltung des Höheren Unterrichts, der Wissenschaft und Literatur.

Technische Schulen an der Staatsuniversität in Gent. — Ernennung der Ausschüsse, welche die im Jahre 1917 stattfindenden Prüfungen und vorbereitenden Prüfungen zur Erwerbung der gesetzlichen und der akademischen Grade abzuhalten haben.

In Gemässheit der Königlichen organischen Verordnung betreffs der mit der Universität Gent verbundenen Technischen Schulen,

In Gemässheit des organischen Reglements dieser Schulen, in Sonderheit der Artikel 12—14,

Wird auf Vorschlag des Kurators der Universität Gent, Direktors der Technischen Schulen, verfügt:

Art. 1. Die Prüfungsausschüsse, die im Jahre 1917 an den der Universität Gent angegliederten Technischen Schulen die vorbereitende Prüfung zur Erwerbung des gesetzlichen Grades als Ingenieur-Kandidat, die Zugangsprüfung zu den den akademischen Grad verleihenden Abteilungen, ferner die Prüfungen zur Erlangung des gesetzlichen Grades als Ingenieur-Kandidat und die Prüfungen in den den akademischen Grad verleihenden Abteilungen abhalten werden, setzen sich wie folgt zusammen:

1) Vorbereitende Prüfung zur Erwerbung des gesetzlichen Grades als Ingenieur-Kandidat und Zugangsprüfung zu den den akademischen Grad verleihenden Abteilungen.

Die Herren:

Haerens, Direktor der mit der Universität Gent verbundenen Technischen Schulen, Professor, Vorsitzender,
Brulez, Professor an der Universität Gent,
De Vreese, Professor an der Universität Gent,
Menzerath, Professor an der Universität Gent,
Vollgraff, Professor an der Universität Gent,
Vlamynck, Dozent Professor an der Universität Gent,

2) Gesetzlicher Grad als Ingenieur-Kandidat.
Erste Prüfung.

Die Herren:

Haerens, Direcktor der mit der Universität Gent verbundenen Technischen Schulen, Professor, Vorsitzender,
Brulez, Professor an der Universität Gent,
Meert, Professor an der Universität Gent
Valeton, Professor an der Universität Gent,
Vollgraff, Professor an der Universität Gent,
Minnaert, Dozent Professor an der Universität Gent,

Zweite Prüfung.

Die Herren:

Haerens, Direktor der mit der Universität Gent verbundenen Schulen, Professor, Vorsitzender,
Brulez, Professor an der Universität Gent,
Valeton, Professor an der Universität Gent,
Vollgraff, Professor an der Universität Gent,
Minnaert, Dozent an der Universität Gent,

3) Akademischer Grad als Ingenieur-Kandidat.

Erste Prüfung.

Die Herren:

Harens, Direktor der mit der Universität Gent verbunden Technischen Schulen, Professor, Vorsitzender,
Brulez, Professor an der Universität Gent,
Fornier, Professor an der Universität Gent,
Meert, Professor an der Universität Gent,
Valeton, Professor an der Universität Gent,
Vollgraff, Professor an der Universität Gent,
Minnaert, Dozent an der Universität Gent,

Art. 2. Jeder Ausschuss wählt aus seiner Mitte einen Sekretär.

Art. 3. Im Falle der Verhinderung eins Ausschussmitgliedes sorgt der Kurator der Universität Gent, Direktor der Technischen Schulen, für Ersatz.

Art. 4. Die Termine der verscheidenen, oben genannten Prüfungen ebenso wie die Termine zur Einschreibung für diese Prüfungen werden wie folgt festgesetzt:

1) Vorbereitende Prüfung zur Erwerbung des gesetzlichen Grades als Ingenieur-Kandidat und Zugangsprüfung zu den den akademischen Grad verleihenden Abteilungen.

Die erste Sitzung findet am Mittwoch, den 1. August,

die Zweite am Montag, den 1. Oktober, von 9 Uhr ab in dem Gebäude der Technischen Schulen (Plateaustraat in Gent) statt.

Die Einschreibungen werden bis zum 30. Juli für die erste Sitzung, bis zum 29. September für die zweite Sitzung ebendort angenommen.

2) Prüfungen zur Erlangung der gesetzlichen Grades als Ingenieur-Kandidat.

Erste und zweite Prüfung.

Die erste Sitzung findet am Montag, den 16. Juli die zweite am Montag, den 1. Oktober, von 9 Uhr ab in dem Gebäude der Technischen Schulen (Plateaustraat in Gent) statt.

Die Einschreibungen werden bis zum 15. Juni für die erste Sitzung, bis zum 15. September die zweite Sitzung auf dem Sekretariat der Universität (Hochschulgebäude, Lange Meire in Gent) angenommen.

3) Prüfungen zur Erlangung des akademischen Grades als Ingenieur-Kandidat.

Erste Prüfung.

Die erste Sitzung findet am Montag, den 16. Juli, die zweite am Montag, den 1. Oktober, von 9 Uhr ab im Gebäude der Technischen Schulen (Plateaustraat in Gent) statt.

Die Einschreibungen werden bis zum 14. Juli für die erste Sitzung, bis zum 29. September für die Zweite Sitzung ebendort angenommen.

Artikel 5. Der Kurator der Universität Gent, Direktor der Technischen Schulen, ist mit der Ausführung dieser Verfügung, die im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht wird, beauftragt.

Brüssel, den 20. Juni 1917.

C. C. III*b* 2386.

Arrêté.

Ministère des Sciences et des Arts. (Pour la région administrative flamande).

Administration de l'enseignement supérieur, des sciences et des lettres.

Ecoles du génie civil et des arts et manufactures annexées à l'Université de l'Etat à Gand. — Nomination des jurys chargés de procéder pendant l'année 1917 aux examens et aux épreuves práparatoires pour l'obtention des grades légaux et scientifiques.

Vu l'arrêté royal organique des écoles du génie civil et des arts manufactures annexées à l'Université de Gand,

Vu le règlement organique de ces écoles et spécialement les articles 12 à 14.

Sur la proposition de M. l'Administrateur-Inspecteur de l'Université de Gand, directeur des écoles techniques, il est arrêté:

Art. 1er. Les jurys chargés de procéder, pendant l'année 1917, aux écoles du génie civil et des arts et manufactures annexées à l'Université de Gand, à l'épreuve préparatoire au grade légal de candidat-ingénieur et à l'examen d'admission au grade scientifique ainsi qu'aux examens pour l'obtention du grade légal de candidat-ingénieur et aux examens pour l'obtention des différents grades scientifiques dans la section du génie civil et des arts et manufactures, sont constitués de la manière suivante:

1) *Épreuve préparatoire au grade légal de candidat-ingénieur et examen d'admission pour l'obtention du grade scientifique.*

MM.

Haerens, directeur des écoles techniques annexées à l'Université de Gand, professeur, président,

Brulez, professeur à l'Université de Gand,
De Vreese, professeur à l'Université de Gand,
Menzerath, professeur à l'Université de Gand,
Vollgraff, professeur à l'Université de Gand,
Vlamynck, chargé de cours à l'Université de Gand,

2) *Grade légal de candidat-ingénieur.*

1re épreuve.

MM.

Haerens, directeur des écoles techniques annexées à l'Université de Gand, professeur, président,
Brulez, professeur à l'Université de Gand,
Meert, professeur à l'Université de Gand,
Valeton, professeur à l'Université de Gand,
Vollgraff, professeur à l'Université de Gand,
Minnaert, chargé de cours à l'Université de Gand,

2e épreuve.

MM.

Haerens, directeur des écoles techniques annexées à l'Université de Gand, professeur, président,
Brulez, professeur à l'Université de Gand,
Valeton, professeur à l'Université de Gand,
Vollgraff, professeur à l'Université de Gand,
Minnaert, chargé de cours à l'Université de Gand,

3) *Grade scientifique de candidat-ingénieur.*

1re épreuve.

MM.

Haerens, directeur des écoles techniques annexées à l'Université, de Gand professeur, président,
Brulez, professeur à l'Université de Gand,
Fornier, professeur à l'Université de Gand,

Meert, professeur à l'Université de Gand,
Valeton, professeur à l'Université de Gand,
Vollgraff, professeur à l'Université de Gand.
Minnaert, chargé de cours à l'Université de Gand.

Art. 2. Chacun des jurys nommera dans son sein un secrétaire.

Art. 3. En cas d'empêchement de l'un des membres du jury, M. l'Administrateur-Inspecteur de l'Université de Gand, directeur des écoles techniques, pourvoira à son remplacement.

Art. 4. Les dates des différents examens indiqués ci-dessus, ainsi que les dates des inscriptions à ces examens, sont fixées comme suit:

1) *Épreuve préparatoire au grade légal de candidat-ingénieur et examen d'admission pour l'obtention du grade scientifique.*

La première session s'ouvrira le mercredi 1er août, et la seconde le lundi 1er octobre prochain, à 9 heures, au local des écoles techniques (rue Plateau, à Gand).

Les inscriptions seront reçues au local des écoles techniques prénommé, au plus tard le 30 juillet pour la première session, et le 29 septembre pour la seconde.

2) *Examens pour l'obtention du grade légal de candidat-ingénieur.*

Première et seconde épreuves.

La première session s'ouvrira le lundi 16 juillet, la seconde le lundi 1er octobre prochain, à 9 heures, au local des écoles techniques (Rue Plateau, à Gand).

Les inscriptions seront reçues au secrétariat de l'Université, rue longue du marais, à Gand, au plus tard le 15 juin pour la première session et le 15 septembre pour la seconde.

3) *Examens pour l'obtention du grade scientifique de candidat-ingénieur.*

1re épreuve.

La première session s'ouvrira le lundi 16 juillet et la seconde le lundi 1er octobre prochain, à 9 heures, au local des écoles techniques (rue Plateau, à Gand).

Les inscriptions seront reçues audit local, au plus tard le 14 juillet pour la première session et le 29 septembre pour la seconde.

Art. 5. M. l'Administrateur-Inspecteur de l'Université de Gand, directeur des écoles techniques, est chargé de l'exécution du présent arrêté, qui sera inséré dans le „Bulletin officiel des Lois et Arrêtés".

Bruxelles, le 20 juin 1917.
C. C. III*b* 2386.

Beschikking.

Ministerie van Wetenschappen en Kunsten. (Voor het Vlaamsche Bestuursgebied).

Beheer van het hooger onderwijs, de wetenschappen en de letteren.

Aan de Universiteit te Gent toegevoegde school voor burgerlijke bouwkunde, kunsten en fabriekwezen. — Benoeming der jury's, belast met het afnemen der examens en voorbereidende proeven tot het verwerven der wettelijke en academische graden in het jaar 1917.

Gezien het Koninklijk organiek besluit, rakende de aan de Universiteit te Gent toegevoegde scholen voor burgerlijke bouwkunde, kunsten en fabriekswezen,

Gezien het organiek reglement dezer scholen en inzonderheid de artikelen 12 tot 14,

Op voorstel van den heer Kurator (beheerder-opziener) der Universiteit te Gent, bestuurder der technische scholen, wordt besloten:

Art. 1. De jury's gelast, in het jaar 1917, over te gaan in de aan de Universiteit te Gent toegevoegde school voor burgerlijke bouwkunde, kunsten en fabriekwezen, tot het afnemen van de proef voorbereidende tot den wettelijken graad van candidaat-ingenieur, van het toegansexamen voor den academischen graad, tot het afnemen van de wettelijke examens van candidaat-ingenieur, en van de academische examens in de afdeeling der burgerlijke bouwkunde, kunsten en fabriekswezen, zijn samengesteld als volgt:

1) Voorbereidende proef tot den wettelijken graad van candidaat-ingenieur en toegangsexamen tot den academischen graad.

De heeren :

Haerens, bestuurder van de aan de Universiteit te Gent toegevoegde technische scholen, professor, voorzitter,
Brulez, professor aan de Universiteit te Gent,
De Vreese, professor aan de Universiteit te Gent,
Menzerath, professor aan de Universiteit te Gent,
Vollgraff, professor aan de Universiteit te Gent,
Vlamynck, docent aan de Universiteit te Gent,

2) Wettelijke graad van candidaat-ingenieur.

Eerste proef.

De heeren :

Haerens, bestuurder van de aan de Universiteit te Gent toegevoegde technische scholen, professor, voorzitter,
Brulez, professor aan de Universiteit te Gent,

Meert, professor aan de Universiteit te Gent,
Valeton, professor aan de Universiteit te Gent,
Vollgraff, professor aan de Universiteit te Gent,
Minnaert, docent aan de Universiteit te Gent,

Tweede proef.

De heeren :

Haerens, bestuurder van de aan de Universiteit te Gent toegevoegde technische scholen, professor, voorzitter.
Brulez, professor aan de Universiteit te Gent,
Valeton, professor aan de Universiteit te Gent,
Volgraff, professor aan de Universiteit te Gent,
Minnaert, docent aan de Universiteit te Gent,

3) Academische graad van candidaat-ingenieur.

Eerste proef.

De heeren:

Haerens. bestuurder van de aan de Universiteit te Gent toegevoegde technische scholen, professor, voorzitter,
Brulez, professor aan de Universiteit te Gent,
Fornier, professor aan de Universiteit te Gent,
Meert, professor aan de Universiteit te Gent,
Valeton, professor aan de Universiteit te Gent,
Vollgraff, professor aan de Universiteit te Gent,
Minnaert, docent aan de Universiteit te Gent,

Art. 2. Elke jury zal, in haar midden, eenen secretaris benoemen.

Art. 3. Ingeval een jurylid verhinderd is, zal de heer Kurator der Universiteit te Gent, bestuurder der technische scholen, in diens vervanging voorzien.

Art. 4. De datums der verschillende hoogvermelde examens, alsmede de datums voor de inschrijviugen tot de examens, zijn bepaald zooalsvolgt :

1) Proef voorbereidende tot den wettelijken graad van candidaat-ingenieur en toegangsexamen tot den academischen graad.

De eerste zittijd zal op Woensdag 1 Augustus, de tweede op Maandag 1 Oktober aanstaande. te 9 uur, in het gebouw der technische scholen (Plateaustraat, te Gent) worden geopend.

De inschrijvingen worden tot 30 Juli voor den eersten zittijd, tot 29 September voor den tweeden zittijd, in gemeld gebouw der technische scholen (Plateaustraat, te Gent) aanvaard.

2) Examens tot den wettelijken graad van candidaat-ingenieur.

Eerste en tweede proef.

De eerste zittijd zal geopend worden op Maandag 16 Juli, de tweede op Maandag 1 Oktober aanstaande, te 9 uur, in het gebouw der technische scholen (Plateaustraat, te Gent).

De inschrijvingen worden tot 15 Juni voor den eersten zittijd, tot 15 September voor den tweeden zittijd, op het secretariaat der Universiteit (hoogeschoolgebouw Lange Meire te Gent) aanvaard.

3) Examens tot den academischen graad in de afdeeling der burgerlijke bouwkunde, kunsten en fabriekwezen.

Eerste proef.

De eerste zittijd zal geopend worden op Maandag 16 Juli, de tweede op Maandag 1 Oktober aanstaande, te 9 uur, in het gebouw der technische scholen (Plateaustraat, te Gent).

De inschrijvingen worden aldaar tot 14 Juli voor den eersten zittijd, tot 29 September voor den tweeden zittijd, aanvaard.

Art. 5. De heer Kurator der Universiteit te Gent, bestuurder der technische scholen, is belast met de uitvoering van deze beschikking die in het Wet- en Verordeningsblad zal verschijnen.

Brussel, den 20n Juni 1917.
*C. C. III*b *2386.*

No. 362. — 28. JUNI 1917.

1.

VERORDNUNG, ***

betreffend die Beschlagnahme und Verwendung der Gerste (Sommergerste und Wintergerste) sowie der Malzkeime aus dem Erntejahr 1917 im Bereich des Generalgouvernements.

Art. 1. Das Fortbestehen der durch die Verordnung vom 20. Juni 1915 eingerichteten Gerstenzentrale wird angeordnet. Sie besteht aus:

a) einem Mitglied der Zivilverwaltung als Vorsitzenden,
b) einem Mitglied der Zivilverwaltung als stellvertretenden Vorsitzenden;
c) einem Mitglied des belgischen Ackerbauministeriums;
d) einem Mitglied der Fédération générale des brasseurs belges;
e) einem Vertreter der belgischen Hefefabrikanten;
f) einem Vertreter der belgischen Getreidehändler;
g) einem Mitglied des Conseils supérieur de l'agriculture.

*** Sehe Seite 1. Voyez page 1. Zie blz. 1.

Die Mitglieder zu *a* und *b* werden von mir, die Mitglieder von *c* bis *g* vom Verwaltungschef auf jederzeitigen Widerruf ernannt. Den vertretenen Interessentengruppen steht es frei, Vorschläge beim Verwaltungschef einzureichen.

Die Sitzungen der Gerstenzentrale werden von dem Vorsitzenden einberufen.

Die Mitglieder erhalten mit Ausnahme der Vertreter der Zivilverwaltung für jeden Sitzungstag eine Vergütung von je 8 Mark und den Ersatz ihrer Reisekosten.

Die Gerstenzentrale hat die Rechte einer juristischen Person (personnalité civile). Sie wird durch ihren Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter oder deren Bevollmächtigte vertreten.

Der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter haben das weitgehendste Recht der Geschaftsführung.

Art. 2. I. Der Gerstenzentrale steht die Verfügung über die ganze diesjährige Ernte an Sommer- und Wintergerste im Bereich des Generalgouvernements, die ich hiermit beschlagnahme, zu.

Die Gerstenzentrale kauft die nicht zur Aussaat bestimmte Gerste nach Massgabe ihrer Güte und Verwendbarkeit zu einem Preise bis zu 36 Franken für je 100 Kilogramm Gerste, frei Lieferungsort, zuzüglich 6 % Jahreszinsen für alle nach dem 1. September 1917 angekaufte Gerste.

Die Gerstenzentrale überlässt jedem Besitzer landwirtschaftlicher Betriebe für das Hektar seiner mit Gerste im Jahre 1917 ausweislich der Erntebücher (Art. 6 dieser Verordnung) bestellten Flächen je 150 Kilogramm der Saatgerste eigener Produktion und bester Beschaffenheit. Diese Gerstenbestände bleiben bis zu ihrer Verwendung zur Aussaat der Beschlagnahme unterworfen. Den Besitzern von Saatgerste kann der gegenseitige Austausch ihrer Saatgersten von den Zivilkommissaren bei

den Kreischefs auf Antrag schriftlich gestattet werden. Die Genehmigungsurkunde gilt als Begleitschein für den Transport (vgl. Art. 8).

II. Alle Malzkeime im Bereich des Generalgouvernements werden hiermit beschlagnahmt. Die Beschlagnahme ergreift neu erzeugte Malzkeime mit dem Abschluss der Herstellung. Auf Malzkeime, welche nachweislich nach dem 15. November 1916 aus dem Ausladen eingeführt werden, findet diese Beschlagnahme keine Anwendung.

Die Gerstenzentrale kauft die Malzkeime nach Massgabe ihrer Staubfreiheit und sonstigen Verwendbarkeit zu einem Preise bis zu 245 Franken fur je 100 Kilogramm auf.

Art. 3. I. Die Gerstenzentrale verteilt die von ihr angekaufte Gerste nach folgenden Grundsätzen:

1) an die Hefefabrikanten für den nachweislichen Bedarf nach einem aufzustellenden Verteilungsplane;
2) zur Herstellung von Grütze nach einem aufzustellenden Verteilungsplane;
3) an die Brauereien nach Massgabe der Anweisungen der Brauerei-Kontrollstelle;
4) zur Herstellung von Brot.

10 % der angekauften Gerste sind zunächst jedoch von der Gerstenzentrale als Reserve zurückzuhalten.

Zur Abgabe kleinerer Mengen Gerste zu anderen als den vorgenannten, insbesondere zu wirtschaftlichen und Wohltätigkeitszwecken, ist die Gerstenzentrale ermächtigt.

Die Gerstenzentrale bestimmt ihre Verkaufspreise frei; sie wird, soweit tunlich, ihre Verkaufspreise über den Ankaufspreis nur insoweit erhöhen, als dies zur Deckung ihrer Unkosten erforderlich erscheint. Ein sich etwa ergebender Einnahmeüberschuss wird den Provinzen für Wohltätigkeitszwecke entsprechend den aus ihnen ge-

lieferten Gerstenmengen nach näherer Bestimmung des Generalgouverneurs überwiesen werden.

Die Abnehmer liefern die für die von ihnen gekaufte Gerste benötigten Säcke.

II. Die Gerstenzentrale verkauft die von ihr gekauften Malzkeime nach einem von ihr festgelegten Verteilungsplane an die von ihr bestimmten Hefefabriken zum ausschliesslichen Zwecke der Hefefabrikation durch das Lufthefeverfahren.

Sie erhöht den Verkaufspreis derartig, dass ihre Geschäftsunkosten gedeckt werden.

Ein sich etwa ergebender Einnahmeüberschuss wird den Provinzen für Wohltätigkeitszwecke nach Massgabe der aus ihnen gelieferten Malzkeimemengen bei Aufhebung der Gerstenzentrale und nach vollständiger Abwickelung des Geschäftsbetriebes überwiesen werden.

Art. 4. Dem Präsidenten der Zivilverwaltung in den einzelnen Provinzen oder dessen Stellvertreter liegt es ob:

1) die Provinz in Gerstenkantone einzuteilen;

2) die Gerstenkommissionäre zu ernennen (Art. 7);

3) für die Provinz bestimmte Druschtermine für die Gerstenernte festzusetzen.

Die durch diese Tätigkeit entstehenden Kosten trägt die Gerstenzentrale.

Art. 5. Die Zivilkommissare bei den Kreischefs haben die Gerstenkommissionäre, die Gerstenbestände, die Verwendung des Gerstensaatguts in den Kantonen und die Innehaltung der Druschtermine zu überwachen.

Sie sorgen auch für die ordnungsmässige Führung der Erntebücher in den Gemeinden und haben auf Anzeige der Gerstenzentrale gegebenenfalls die Einrichtung des Erntebuches auf Kosten der rückständigen Gemeinden zu veranlassen.

Die durch diese Tätigkeit entstehenden Kosten trägt die Gerstenzentrale.

Art. 6. Jede Gemeinde hat ein Erntebuch nach dem von der Gerstenzentrale vorgeschriebenen Muster zu führen und die zur ordnungsmässigen Führung des Erntebuches erforderlichen Unterlagen zu beschaffen. Sie sorgt für die Aufbewahrung des Erntebuches.

Das Erntebuch muss folgende Angaben enthalten:

1) Namen der Gerstenzeuger;
2) Gerstenanbaufläche;
3) Schätzung der Gerstenernte;
4) Ergebnis des Gerstendrusches;
5) Nachweis über die einzelnen Verkäufe und Abtransporte an Gerste.

Mit der Feststellung des Ergebnisses der Erntedrusches im Erntebuch gilt die in den einzelnen Betrieben volhandene Gerste als bei der Gerstenzentrale gegen Feuerschaden unentgeltlich versichert. Ersatz des durch Feuer verursachten Schadens wird bis zum Betrage von 80 % des Wertes der verbrannten oder gelegentlich des Brandes unbrauchbar gewordenen oder im Werte verminderten Gerste geleistet, soweit nicht der Schaden durch anderweitige Versicherung gedeckt ist. Für Feuerschäden, die auf eigenem Verschulden des Besitzers beruhen oder die im Zusammenhang mit kriegerischen Handlungen stehen, wird keine Entschädigung gewährt,

Die Gerstenzentrale, die Präsidenten der Zivilverwaltung, die Zivilkommissare beiden Kreischefs oder deren Vertreter haben das Recht der Einsicht in die Erntebücher.

Art. 7. Den Gerstenkommissionären liegt ob:

1) die Ueberwachung der Schätzung und der Feststellung des Ernteergebnisses an Gerste bei den einzelnen Besitzern landwirtschaftlicher Betriebe;
2) die Bewertung und die Abwägung der Gerste;

3) die Entnahme von Proben;
4) die Ueberwachung des Transportes von Gerste;
5) die Ausführung der besonderen Aufträge der Gerstenzentrale, der Präsidenten der Zivilverwaltung und der Zivilkommissare bei den Kreischefs.

Der Gerstenkommissionär erhält für jede 100 Kilogramm durch seine Vermittlung angekaufte Gerste, die er an die ihm bezeichnete Stelle abliefert, seitens der Gerstenzentrale eine Vergütung von 50 Zentimen. Im Falle besonderers grosser oder besonders erfolgreicher Tätigkeit kann die Zahlung einer Zulage nach dem Ermessen der Gerstenzentrale stattfinden.

Art. 8. Der Transport von ungedroschener oder gedroschener Gerste, von Abfallgerste, von Malz und von Malzkeimen ist nur mit Begleitscheinen zulässig. Die Begleitscheine werden von der Gerstenzentrale aufgefertigt.

Die Vorschrift findet auch Anwendung auf Gerste, Malz oder Malzkeime, welche nicht im Gebiet des Generalgouvernements erzeugt oder hergestellt sind jedoch in diesen Gebiet eingeführt werden.

Begleitscheine sind nicht erforderlich:

für den Transport ungedroschener Gerste vom Feld zum Aufbewahrungsort;

für den Transport ungedroschener Gerste vom Aufbewahrungsort zur Dreschmaschine;

für den Transport gedroschener Gerste von der Dreschmaschine zum Aufbewahrungsort.

Art. 9. I. Jeder Besitzer eines landwirtschaftlichen Betriebes, in welchem im Kalenderjahr 1917 Gerste erzeugt wurde, ist verpflichtet:

a) der Gerstenzentrale alle Gerste seiner Produktion mit alleiniger Ausnahme der in Art. 2 bezeichneten Saatgerste käuflich zu überlassen;

b) alle zur Erhaltung der vorhandenen Vorräte erforderlichen Handlungen vorzunehmen und die fest-

gestetzten Druschtermine einzuhalten. Nimmt der Besitzer die zur Erhaltung der Vorräte erforderlichen Handlungen nicht vor, hält er die festgesetzten Druschtermine nicht ein, so kann der Kreischef diese Handlung auf Kosten des Besitzers durch einen Dritten vornehmen lassen;

c) der Gemeinde sowie der Gerstenzentrale und deren Beauftragten die zur Schätzung der Gerstenernte erforderlichen Angaben wahrheitsgemäss zu machen und den Gesamtbetrag der von ihm erdroschenen Gerste sofort nach beendetem Drusch zwecks Eintrag in das Erntebuch bei der Gemeinde anzumelden;

d) dem Gerstenkommissionär oder den sonstigen Beauftragten der Gerstenzentrale den Zutritt zu allen Räumen seines Anwesens zum Zwecke der Erfüllung der ihm obliegenden Aufgaben zu gestatten;

e) dem Gerstenkommissionär oder den sonstigen Beauftragten der Gerstenzentrale seine etwa vorhandenen Geschäftsbücher vorzulegen und ihnen den Nachweis über den Verbleib der in seinem Betrieb erzeugten Gerste zu erbringen;

f) die Gerste auf Anfordern rechtzeitig zur angegebenen Bahn- oder Schiffsstation oder zum angegebenen Abnehmer oder Gerstenmagazin anzuliefern und zu verladen. Beträgt der jeweils zurückzulegende Hinweg mehr als 15 Kilometer, so ist der diese Ziffer übersteigende Weg nach dem ortsüblichen Fuhrlohn zu vergüten.

II. Jeder Besitzer oder Erzeuger von Malzkeimen ist verpflichtet:

a) der Gerstenzentrale die bei ihm lagernden Vorräte an Malzkeimen anzurzeigen und die Vorräte der Gerstenzentrale käuflich zu überlassen;

b) alle zur Erhaltung der vorhandenen Malzkeime erforderlichen Handlungen vorzunehmen;
c) den Beauftragten der Gerstenzentrale den Zutritt zu allen Räumen seines Anwesens zum Zweck der Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben zu gestatten;
d) den Beauftragten der Gerstenzentrale seine etwa vorhandenen Geschäftsbücher vorzulegen und ihnen den Nachweis über den Verbleib der in seinem Betrieb erzeugten Malzkeime zu erbringen;
e) die Malzkeime auf Anfordern rechtzeitig an die von der Gerstenzentrale zu bezeichnenden Abnehmer auftragsgemäss abzuliefern;
f) für je 100 Kilogrramm de seinem Betriebe zugeführten Gerste mindestens 2 Kilogramm gute und gesunde Malzkeime zu erzeugen.

Art. 10. Es ist verboten:

a) das Schneiden der Gerste auf dem Halm und die Verwendung als Grünfutter;
b) das Umpflügen mit Gerste bestellter Ackerstücke;
c) beschlagnahmte Gerste und Malzkeime unbefugt bei Seite zu schaffen oder aus der Gemeinde, in der sie beschlagnahmt sind, unbefugt zu entfernen, sie zu beschädigen, zu zerstören, unbefugt zu verarbeiten oder zu verbrauchen;

insbesondere das Verfüttern von ungedroschener, gedroschener, geschroterer oder gemahlener Gerste und das Verfüttern von Gerstensaatgut;
d) beschlagnahmte Gerste und Malzkeime unbefugt zu verkaufen, zu kaufen oder ein anderes Veräusserungs- oder Erwerbsgeschäft über sie abzuschliessen, insbesondere auch sie als Entlohnung an Angestellte und Arbeiter abzugeben.

Ausnahmen von dem Verbot unter *a*) und *b*) können

beim Vorliegen besonderer Verhältnisse von dem Zivilkommissar beim Krieschef genehmigt werden.

Art. 11. Der Zutritt zu den Fabrikationsräumen darf den Beauftragten der Gerstenzentrale, der Präsidenten der Zivilverwaltung und der Zivilkommissare bei den Kreischefs nicht verwehrt werden.

Der Wiederverkauf von Gerste, mit Ausnahme der Abfallgerste, ist den Empfangsberechtigten verboten. Die Befugnis der Brauerei-Kontrollstelle zur Ueberweisung von Rohmaterialien von einer Brauerei an andere (Artikel II der Verordnung vom 21. Marz 1916) wird hierdurch nicht berührt.

Wird eine Brauerei oder eine Hefefabrik in der Zeit bis zum 1. August 1918 eingestellt, so sind die bei der Betriebseinstellung vorhandenen Gerstenbestände an die Gerstenzentrale zurückzugeben. Die von ihr in diesem Falle zu gewährende Entschädigung besteht im allgemeinen in dem Kaufpreis, den der Betrieb an die Gerstenzentrale entrichtet hat, zuzüglich 6 % Zinsen vom Tag der Zahlung dieses Kaufpreises an gerechnet. Etwaige Wertsverminderungen der Gerste sind bei der Feststellung der Uebernahme-entschädigung zu berücksichtigen.

Art. 12. Als Höchstpreis für den Verkauf der Nebenprodukte der Brauerei- und Mälzereibetriebe werden bestimmt:

Für Abfallgerste: 20 Franken per 100 Kilogramm an Brauerei oder Mälzerei;

Für Mälzereitrester: 7 Franken per 100 Kilogramm Trockengewicht des versteuerten, zur Bierbrauerei benutzten Rohmaterials (farines) ab Brauerei.

Die Höchstpreise dürfen nicht überschritten werden.

Art. 13. Die Gerstenzentrale verkauft die aus dem Ausland von ihr eingeführte Gerste und das von ihr eingeführte Braumalz nach Massgabe des in Art. 3 festgelegten Verteilungsplanes an die Empfangsberechtigten.

Art. 14. Alle Streitigkeiten:

1) zwischen der Gerstenzentrale und dritten Personen;

2) zwischen der Gerstenzentrale und ihren Beauftragten werden von einem in Brüssel zusammentretenden Schiedsgericht entschieden. Die Art. 1005 bis 1028 der belgischen Zivilprozessordnung finden auf dieses Schiedsgericht keine Anwendung,

Mitglieder des Schiedsgerichts sind:

a) ein vom Verwaltungschef ernannter Vorsitzender;
b) ein von der Fédération Générale des Brasseurs Belges gewähltes Mitglied;
c) ein vom Conseil Supérieur de l'Agriculture bestelltes Mitglied.

Für jedes Mitglied wird ein Vertreter bestellt.

Dem Schiedsgericht steht es frei, Sachsverständige und Zeugen zu hören. Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst. Von der im Streit befangenen Gerste oder den Malzkeimen ist eine versiegelte Qualitäts- und Feuchtigkeitsprobe von mindestens je 1 Kilogramm vorzulegen.

Das Schiedsgericht entscheidet über die Kosten des Verfahrens einschliesslich der Parteikosten nach freiem Ermessen. Die den Mitgliedern des Schiedsgerichtes und den Sachverständigen für ihre Mühewaltung zustehende Entschädigung sowie die Entschädigung der Zeugen für ihre Zeitversäumnis und Reisekosten werden von dem Vorsitzenden festgelegt.

Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sind endgültig.

Der Vorsitzende erklärt das Schiedsgerichtsurteil für vollstreckbar.

Auf Grund dieser seiner Vollstreckungsklausel ist die Zwangvollstreckung durchzuführen.

Art. 15. Zuwiderhandlungen gegen Artikel 8, 9, 10, 11

und 12 werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 8000 Mark bestraft; auch kann auf beide Strafarten nebeneinander erkannt werden.

Im Falle von Zuwiderhandlungen gegen Artikel 8 und Artikel 10, Ziffer *c* und *d*, kann neben den vorstehend vorgesehenen Strafen auf Einziehung der Gerste und der Malzkeime zu Gunsten der Gerstenzentrale und auf Einziehung des vereinbarten Gegenwertes erkannt werden.

Bei Zuwiderhandlungen gegen Artikel 10 *c* und *d* dieser Verordnung ist auch der Versuch strafbar.

Art. 16. Wird eine Zuwiderhandlung gegen Artikel 8 und 10, Ziffer *c* und *d* von einem Gerstenkommissionär begangen, so ist auf Gefängnis bis zu 5 Jahren und Geldstrafe bis zu 16 000 Mark zu erkennen.

Dergeleichen Strafe unterliegen Gerstenkommissionäre welche bei der Ueberwachung der Erntefeststellung das Ergebnis des Gerstendrusches wider besseres Wissen unrichtig feststellen oder bei der Bewertung und Abwägung der Gerste oder bei der Entnahme von Proben wissentlich falsche Angaben machen.

Art. 17. Zuständig sind die deutschen Militärgerichte und die Militärbefehlshaber.

Art. 18. Der Erlass von Ausführungsvorschriften ist der Gerstenzentrale vorbehalten.

Brüssel, den 16. Juni 1917.
C. C. VII 3706.

Arrêté ***

concernant la saisie et l'emploi de l'orge (y compris l'escourgeon) et des radicelles récoltées en 1917 dans le territoire du Gouvernement général.

Art. 1er. La „Gerstenzentrale" (Bureau central des or-

ges), instituée par arrêté du 20 juillet 1915, continuera d'exister. Elle est formée par les membres suivants:

a) un membre de l'Administration civile (Zivilverwaltung) comme président;
b) un membre de l'Administration civile comme vice-président;
c) un membre du Ministère belge de l'agriculture;
d) un membre de la Fédération générale des brasseurs belges;
e) un représentant des fabricants belges de levure;
f) un représentant du commerce belge des grains;
g) un membre du Conseil supérieur de l'agriculture.

Les membres désignés aux litt. *a*) et *b*) seront nommés par moi; les membres désignés de *c*) à *g*) seront nommés et pourront être relevés de leurs fonctions par le Chef de l'Administration civile (Verwaltungschef). Les groupes représentés pourront faire des propositions au Chef de l'Administration civile.

Le séances de la „Gerstenzentrale" seront convoquées par le président.

Les membres, à l'exception des délégués de l'Administration civile, recevront un jeton de présence de 8 marcs par jour de séance, plus le remboursement de leurs frais de voyage.

La „Gerstenzentrale" a la personnalité civile. Elle sera représentée par son président, son vice-président ou leur fondé de pouvoirs.

Le droit attribué au président ou au vice-président de gérer les affaires de la „Gerstenzentrale" n'est soumis à aucune restriction.

Art. 2. I. La „Gerstenzentrale" dispose de toute l'orge (y compris l'escourgeon) qui sera récoltée cette année dans le territoire du Gouvernement général; cette récolte est saisie en vertu du présent arrêté.

La „Gerstenzentrale" achète l'orge non destinée aux

semailles, en tenant compte de sa qualité et des diverses possibilités d'utilisation, à un prix pouvant atteindre 36 francs les 100 kg., franco au lieu de livraison, plus un intérêt de 6 p. c. l'an pour tous les achats faits après le 1er septembre 1917.

La „Gerstenzentrale" laisse à chaque exploitant agricole, par hectare d'orge cultivé en 1917 et inscrit au livre des moissons (article 6 du présent arrêté), 150 kg. de semence de la meilleure qualité récoltée par lui. Cette quantité restera saisie jusqu'au moment de son emploi comme semence. Les personnes qui détiennent de l'orge à semer peuvent l'échanger entre elles. moyennant l'autorisation écrite du Commissaire civil (Zivilkommissar) près le Chef d'arrondissement (Kreischef). Cette autorisation sert de passavant pour le transport (voir article 8).

II. Toutes les radicelles se trouvant dans le territoire du Gouvernement général sont saisies en vertu du présent arrêté. La saisie est applicable aux nouvelles radicelles dès le moment où le malt dont elles proviennent sort de la touraille. Ne sont pas saisies les radicelles dont il est prouvé qu'elles ont été importées de l'étranger après le 15 novembre 1916.

La „Gerstenzentrale" achète les radicelles à un prix pouvant atteindre 45 francs les 100 kg., en tenant compte de leur teneur en poussière et des autres propriétés déterminant leur dégré d'utilisation.

Art. 3. I. La „Gerstenzentrale" est chargée de répartir, d'après les principes suivants, l'orge qu'elle a achetée:

1) les fabricants de levure recevront, conformément à un plan de répartition à établir, les quantités dont il est prouvé qu'elles leur sont nécessaires;
2) certaines quantités seront destinées à la fabrication du gruau, conformément à un plan de répartition à établir;
3) les brasseries recevront les quantités qui leur sont at-

tribuées par le Bureau de contrôle des brasseries (Brauerei-Kontrollstelle);

4) certaines quantités seront destinées à la fabrication du pain.

La „Gerstenzentrale” a le droit de céder des quantités peu importantes d'orge à d'autres fins que celles susmentionnées, notamment dans un but économique ou de bienfaisance.

Toutefois, 10 % de l'orge achetée devront être tout d'abord mis en réserve par la „Gerstenzentrale”.

La „Gerstenzentrale” déterminera librement ses prix de vente. Elle les calculera autant que possible en ajoutant au prix d'achat le montant qui lui semble nécessaire pour couvrir ses frais. Si les frais réels sont inférieurs à l'estimation, l'excédent sera versé aux provinces au profit d'œuvres de bienfaisance, en proportion des quantités d'orge que les provinces auront fournies, et conformément aux dispositions spéciales que le Gouverneur général prendra à cette fin.

Les acheteurs livreront les sacs nécessaires pour l'orge dont ils prendront livraison.

II. La „Gerstenzentrale”, d'après son plan de répartition, vend aux fabricants de levure désignés par elle les radicelles qu'elle a achetées et qui devront servir uniquement à la fabrication de l'aérolevure.

Elle augmente le prix de vente de façon à couvrir ses frais.

Si les frais réels sont inférieurs à l'estimation, l'excédent sera versé aux provinces au profit d'oeuvres de bienfaisance, en proportion des quantités de radicelles que les provinces auront fournies; le versement de l'éxcédent ne se fera qu'à la dissolution de la „Gerstenzentrale”, lorsque ses affaires auront été entièrement liquidées.

Article 4. Les Présidents de l'Administration civile (Prä-

sidenten der Zivilverwaltung) des diverses provinces ou leurs suppléants sont chargés;

1) de diviser les provinces en cantons au point de vue de la saisie et de l'emploi de l'orge et de radicelles;
2) de nommer les commissionnaires en orge (article 7);
3) de fixer, par province, les époques auxquelles on devra procéder au battage de la récolte de l'orge.

Les frais résultant de ces fonctions seront à charge de la „Gerstenzentrale".

Art. 5. Les Commissaires civils près les Chefs d'arrondissement sont chargés de surveiller les commissionnaires en orge, les stocks d'orge et l'utilisation des quantités d'orge destinées aux semailles, dans les divers cantons; ils doivent aussi contrôler l'observation des époques de battage.

Ils veillent, en outre, à ce que les livres des moissons soient tenus régulièrement par les communes et, le cas échéant, à la demande de la „Gerstenzentrale", ils devront faire dresser ces livres aux frais des communes qui auront négligé d'en tenir un.

Les frais résultant de ces fonctions seront à charge de la „Gerstenzentrale".

Art. 6. Chaque commune doit tenir un livre des moissons d'après le modèle prescrit par la „Gerstenzentrale"; elle doit se procurer les renseignements nécessaires à la tenue régulière dudit livre. Elle doit prendre les mesures nécessaires à la conservation du livre des moissons.

Le livre des moissons doit contenir les indications suivantes:

1) le nom du producteur d'orge;
2) la superficie du terrain de la récolte d'orge;
3) l'estimation de la récolte d'orge.;
4) le rendement du battage de la récolte d'orge;
5) les renseignements permettant d'établir quelles ventes et quels transports d'orge ont été effectués.

Par le fait de l'inscription du rendement du battage de la récolte dans le livre des moissons, l'orge de chaque fermier se trouve gratuitement assurée contre l'incendie, par la „Gerstenzentrale". A la condition que le dommage causé par le feu ne soit pas couvert par une autre assurance, il donnera lieu à une indemnité qui ne dépassera pas 80 p. c. de la valeur de l'orge brûlée, rendue impropre ou dépréciée. Pour les dégâts d'incendie qui seraient la conséquence de la propre faute du détenteur au qui auraient pour cause des actions de guerre, il ne sera pas accordé d'indemnité.

La „Gerstenzentrale", les Présidents de l'Administration civile, les Commissaires civils près les Chefs d'arrondissement ou leurs mandataires ont le droit de prendre connaissance des livres des moissons.

Art. 7. Les commissionnaires en orge sont tenus:

1) de surveiller l'estimation et la détermination du rendement de la moisson d'orge de chaque exploitation agricole;
2) de fixer la valeur et le poids des orges;
3) de prendre des échantillons;
4) de surveiller les transports d'orge;
5) d'appliquer les instructions de la „Gerstenzentrale", des Présidents de l'Administration civile et des Commissaires civils près les Chefs d'arrondissement.

Les commissionnaires en orge reçoivent de la „Gerstenzentrale" une commission de fr. 0.50 par 100 kg. d'orge, achetée par leur intermédiaire et livrée par eux à l'endroit indiqué. Si leur activité est exceptionnellement étendue ou particulièrement efficace, la „Gerstenzentrale" pourra leur accorder un supplément, dont elle fixera le montant.

Art. 8. Le transport de l'orge, battue au non battue, des déchets d'orge, du malt et des radicelles n'est permis que sur présentation d'un passavant. Les passavants sont dressés par la „Gerstenzentrale".

La présente disposition s'applique aussi à l'orge, au malt et aux radicelles qui n'ont pas été produits dans le territoire du Gouvernement général, c'est-à-dire y ont été importés.

Le passavant n'est pas nécessaire:

pour le transport de l'orge non battue des champs au lieu de conservation;

pour le transport de l'orge non battue du lieu de conservation à la batteuse;

pour le transport de l'orge battue de la batteuse au lieu de conservation.

Art. 9. I. Quiconque, en 1917, a récolté de l'orge dans ses terres est tenu:

a) de vendre à la „Gerstenzentrale" toute l'orge qu'il à récoltée, excepté les quantités destinées aux semailles et désignées à l'article 2;

b) de prendre toutes les mesures indispensables pour la bonne conservation des stocks et d'observer les époques fixées pour le battage. Si l'exploitant agricole ne prend pas lesdites mesures ou n'observe pas lesdites époques, le Chef d'arrondissement pourra charger un tiers de faire le nécessaire aux frais de l'exploitant agricole;

c) de donner à la commune, à la „Gerstenzentrale" et à ses mandataires les indications véridiques nécessaires à l'estimation de la récolte probable et, aussitôt le battage terminé, de déclarer à la commune le rendement total de l'orge récoltée par lui, afin qu'elle l'inscrive dans le livre des moissons;

d) de permettre au commissionnaire en orge et à tout autre mandataire de la „Gerstenzentrale" de pénétrer dans tous les locaux de ses bâtiments pour y remplir les devoirs de leurs fonctions;

e) de présenter au commissionnaire en orge au à tout autre mandataire de la „Gerstenzentrale" ses livres de

commerce, s'il en a, et de lui prouver où se trouve l'orge récoltée dans son exploitation;

f) sur demande, de livrer l'orge à temps soit à la gare ou au quai de chargement sur bateau, soit à la personne ou au dépôt qu'on lui désignera, et de la charger sans retard. Si le chemin à parcourir chaque fois pour effecteur la livraison dépasse 15 kilomètres, on payera les frais de camionnage, calculés d'après les usages locaux, pour la partie du chemin au delà de 15 kilomètres.

II. Tout détenteur ou producteur de radicelles est tenu:

a) de déclarer à la „Gerstenzentrale" et de lui vendre toutes les quantités de radicelles qu'il détient chez lui;
b) de prendre toutes les mesures nécessaires à la bonne conservation de ses radicelles;
c) de permettre aux mandataires de la „Gerstenzentrale, de pénétrer dans tous les locaux de ses bâtiments pour y remplir les devoirs de leurs fonctions;
d) de présenter ses livres de commerce, s'il en a, aux mandataires de la „Gerstenzentrale", et de leur prouver où se trouvent les radicelles obtenues dans son exploitation;
e) sur demande, de livrer à temps et régulièrement ses radicelles à la personne que la „Gerstenzentrale" lui désignera à cette fin;
f) de produire au moins 2 kg. de radicelles bonnes et saines par 100 kg. de l'orge qui sera délivrée.

Art. 10. Il est défendu:

a) de faucher l'orge et de l'utiliser comme fourrage vert;
b) de retourner les champs ensemencès d'orge;
c) de cacher illicitement l'orge et les radicelles saisies, de les transporter sans autorisation hors de la commune où la saisie leur a été appliquée, de les détériorer, de

les détruire ou, sans y être autorisé, soit de leur faire subir une préparation quelconque, soit de les consommer;

il est notamment défendu d'alimenter le bétail avec de l'orge non battue, battue ou moulue, et avec l'orge destinée aux semailles;

d) de vendre ou d'acheter, de céder ou d'acquérir de toute autre manière, sans en avoir le droit, l'orge et les radicelles saisies, spécialement de les donner en salaire à des employés ou à des ouvriers.

Dans des cas spéciaux, le Commissaire civil près le Chef d'arrondissement pourra autoriser des exceptions aux interdictions prévues par les litt. *a*) et *b*).

Art. 11. Les mandataires de la „Gertenzentrale", des Présidents de l'Administration civile et des Commissaires civils près les Chefs d'arrondissement ont le droit de pénétrer dans tous les locaux servant à la fabrication.

Il est défendu aux personnes autorisées à recevoir de l'orge, d'en revendre, à l'exception toutefois des déchets. La présente interdiction ne modifie en rien le droit du Bureau de contrôle des brasseries de prescrire la cession de matières premières d'une brasserie à une autre (article II de l'arrêté du 21 mars 1916).

Si une brasserie ou une fabrique de levure cesse son exploitation avant le 1er août 1918, l'orge restante devra être rendue à la „Gerstenzentrale", qui, en général, payera au propriétaire l'ancien prix d'achat versé à la „Gerstenzentrale", plus un intérêt de 6 % calculé à partir du jour du payement dudit achat. Si l'orge est dépréciée, il sera tenu compte de cette dépréciation dans la détermination du prix de rachat.

Art. 12. Les prix maxima de vente des sous-produits des brasseries et malteries sont fixés comme suit:

Pour les déchets d'orge: 20 francs les 100 kg., pris à la brasserie ou à la malterie;

Pour les drêches: 7 francs les 100 kg. de farine, déclarés et payés au fisc et pris à la brasserie.

Ces prix maxima ne peuvent être dépassés.

Art. 13. La „Gerstenzentrale" vend aux personnes autorisées à cette fin, conformément au plan de répartition mentionné à l'article 3, l'orge et le malt que, le cas échéant, elle importe de l'étranger.

Art. 14. Toutes les contestations survenant

1) entre la „Gerstenzentrale" et des tiers

2) entre la „Gerstenzentrale" et ses mandataires seront portées devant un tribunal d'arbitrage siégeant à Bruxelles. Les articles 1005 à 1028 inclus du Code belge de procédure civile ne seront pas applicables au tribunal d'arbitrage.

Le tribunal d'arbitrage sera composé:

a) d'un président nommé par le Chef de l'Administration civile;

b) d'un membre élu par la Fédération générale des brasseurs;

c) d'un membre désigné par le Conseil supérieur de l'agriculture.

Chaque membre aura son suppléant.

Le tribunal d'arbitrage a la faculté d'entendre des experts et des témoins. Il règle lui-même sa procédure. S'il s'agit d'un différend quelconque ayant pour objet de l'orge ou des radicelles, il sera présenté un échantillon cacheté d'un kilogramme au moins, permettant d'établir la qualité et le degré d'humidité.

Le tribunal d'arbitrage taxe lui-même les frais de sa procédure et les frais incombant aux parties. Le président fixe les indemnités dues aux membres du tribunal et aux experts, du chef de leurs fonctions, ainsi que les taxes

auxquelles les témoins ont droit pour perte de temps et frais de voyage.

Les jugements du tribunal d'arbitrage sont définitifs.

Le jugement est déclaré exécutoire par le président du tribunal.

En vertu de fa formule exécutoire, le jugement devra être exécuté.

Art. 15. Les infractions aux articles 8, 9, 10, 11 et 12 du présent arrêté seront punies d'un emprisonnement d'un an au plus ou d'une amende pouvant atteindre 8000 marcs; ces deux peines pourront aussi être appliquées simultanément.

S'il s'agit d'infractions aux articles 8 et 10, litt. *c*) et *d*), on pourra, outre les peines précitées, prononcer la confiscation de l'orge et des radicelles, au profit de la „Gerstenzentrale", et la confiscation de la contre-valeur convenue.

En ce qui concerne l'article 10, litt. *c* et *d*, les tentatives d'infraction sont également punissables.

Art. 16. Tout commissionnaire en orge qui aura commis une infraction aux articles 8 et 10, litt. *c* et *d*, sera passible d'un emprisonnement de 5 ans au plus et d'une amende pouvant atteindre 16,000 marcs.

Sera puni de même tout commissionnaire en orge qui, lors de la surveillance de l'évaluation de la récolte, aura inscrit sciemment de fausses indications relatives au rendement du battage, ou qui, soit à l'occasion de l'estimation et du pesage de l'orge, soit lors d'une prise d'échantillons, aura donné sciemment des indications inexactes.

Art. 17. Les tribunaux et commandants militaires allemands connaîtront des infractions au présent arrêté.

Art. 18. S'il y a lieu, la „Gerstenzentrale" publiera des dispositions réglementaires en vue de faciliter l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 16 juin 1917.

C. C. VII 3706.

VERORDENING ***

betreffende de inbeslagneming en het gebruik van de gerst (zomer- en wintergerst), evenals van de moutkiemen uit het oogstjaar 1917, binnen het gebied van het Generalgouvernement.

Art. 1. De bij Verordening van 20 Juli 1915 ingerichte „Gerstenzentrale" blijft voortbestaan. Zij bestaat uit :

a) *een lid van het burgerlijk bestuur (Zivilverwaltung) als voorzitter ;*
b) *een lid van het burgerlijk bestuur als ondervoorzitter ;*
c) *een lid van het Belgisch ministerie van Landbouw ;*
d) *eenlid van de „Fédération générale des brasseurs belges",*
e) *een vertegenwoordiger van de Belgische gistfabrikanten ;*
f) *een vertegenwoordiger van de Belgische graanhandelaars ;*
g) *een lid van den Hoogeren Landbouwraad.*

De leden onder a *en* b *worden door mij benoemd. De leden onder* c *tot* g *worden benoemd door het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) ; deze laatsten zijn te allen tijde herroepelijk. De vertegenwoordigde lichamen van belanghebbenden mogen voorstellen indienen bij het Hoofd van het burgerlijk bestuur.*

De zittingen van de „Gerstenzentrale" worden door den voorzitter belegd.

De leden, met uitzondering van de vertegenwoordigers van het burgerlijk bestuur, ontvangen voor elken zitdag een vergoeding van 8 mark ieder en de terugbetaling van hun reiskosten.

De „Gerstenzentrale" bezit de rechten van een rechtspersoon. Zij wordt vertegenwoordigd door haar voorzitter of zijn plaatsvervanger of door hun gevolmachtigde.

De voorzitter of dezes plaatsvervanger heeft onbeperkte macht inzake de leiding van de werkzaamheden.

Art. 2. I. De „Gerstenzentrale" is gemachtigd te beschikken over den ganschen oogst aan zomer- en wintergerst van dit jaar binnen het gebied van het Generalgouvernement; deze oogst is hierbij in beslag genomen.

De „Gerstenzentrale" koopt de niet tot zaaigerst bestemde gerst, naar gelang van deugdelijkheid en bruikbaarheid, tegen ten hoogste 36 frank de 100 kilo gerst, vrij ter leveringsplaats, vermeerderd met 6 % intrest per jaar voor al de gerst die na 1 September 1917 aangekocht is.

De „Gerstenzentrale" laat elken bezitter van een landbouwbedrijf 150 kilo zaaigerst van eigen voortbrengst en beste hoedanigheid per hektaar land dat, blijkens de oogstboeken (art. 6 dezer Verordening), in 1917 met gerst was bezaaid. Deze hoeveelheid gerst blijft in beslag genomen, tot op het oogenblik dat ze uitgezaaid wordt. De eigenaars van zaaigerst mogen hun zaaigerst onderling ruilen, wanneer zij daartoe de schriftelijke toelating hebben van de burgerlijke Kommissarissen (Zivilkommissare) bij de „Kreischefs". Het toelatingsbewijs geldt als geleibrief bij 't vervoer (zie art. 8).

II. Al de moutkiemen binnen het gebied van het Generalgouvernement worden hierbij in beslag genomen. De inbeslagneming omvat de verschgewonnen moutkiemen, zoodra de kieming voltrokken is. De inbeslagneming is niet toepasselijk op moutkiemen, waarvan bewezen kan worden dat zij na 15 November 1916 uit het buitenland ingevoerd werden.

De „Gerstenzentrale" koopt de moutkiemen, naar gelang dat deze stofvrij en anderszins bruikbaar zijn, tegen ten hoogste 45 frank per 100 kilo op.

Art. 3. I. De „Gerstenzentrale" verdeelt de door haar aangekochte gerst naar de volgende grondregels :

1) aan de gistfabrieken voor de bewezen behoefte, volgens een op te maken verdeelingsrooster ;

2) voor het vervaardigen van gort, volgens een op te maken verdeelingsrooster ;
3) aan de brouwerijen, volgens de aanwijzingen van het brouwerijtoezichtskantoor ;
4) voor het vervaardigen van brood.

10 % van de aangekochte gerst moet echter vooraf door de „Gerstenzentrale" als voorraad worden ingehouden.

De „Gerstenzentrale" is gemachtigd kleinere hoeveelheden gerst vrij te geven voor andere dan de hiervoren bepaalde doeleinden, inzonderheid voor ekonomische en liefdadige doeleinden.

De „Gerstenzentrale" bepaalt haar verkoopprijzen naar goeddunken ; zij zal zooveel doenlijk haar verkoopprijzen maar om zooveel boven den aankoopprijs stellen, als dit tot het dekken van haar onkosten noodig schijnt. Mocht er een winstoverschot zijn, zoo zal dit, overeenkomstig nadere bepalingen van den Generalgouverneur, voor liefdadige doeleinden over de verschillende provincies verdeeld worden en wel in verhouding tot de door elke provincie geleverde hoeveelheid gerst.

De afnemers leveren de noodige zakken voor de door hen gekochte gerst.

II. De „Gerstenzentrale" verkoopt de door haar gekochte moutkiemen, aan de door haar aangeduide gistfabrikanten, uitsluitend volgens een door haar vastgestelden verdeelingsrooster, tot het vervaardigen van gist door middel van luchtgisting.

Zij verhoogt den verkoopprijs zoodanig, dat ze haar bedrijfsonkosten kan dekken.

Mocht er een winstoverschot zijn, zoo zal dit, na de ontbinding der „Gerstenzentrale" en de volledige afhandeling der werkzaamheden, voor liefdadige doeleinden over de provincies verdeeld worden, en wel in verhouding tot de door elke provincie geleverde hoeveelheid moutkiemen.

Art. 4. De Voorzitter van het burgerlijk bestuur in de

verschillende provincies, of dezes plaatsvervanger is gehouden :

1. *de provincie in gerstkantons in te deelen ;*
2. *de gerstkommissionarissen te benoemen (art. 7) ;*
3. *voor de provincie bepaalde dorschtermijnen voor den gerstoogst vast te stellen.*

De uit deze werkzaamheid voortvloeiende onkosten vallen ten laste der „Gerstenzentrale".

Art. 5. De burgerlijke Kommissarissen bij de „Kreichefs" zijn belast met het toezicht over de gerstkommissionarissen, over de gerststapels, over het gebruik van de zaaigerst in de kantons en over het inachtnemen der dorschtermijnen.

Zij hebben ook te zorgen voor een regelmatige oogstboekhouding door de gemeenten en moeten desgevallend, op aanwijzing der „Gerstenzentrale", een oogstboek doen houden op kosten der in gebreke zijnde gemeente.

De uit deze werkzaamheid voortvloeiende onkosten vallen ten laste der „Gerstenzentrale".

Art. 6. Elke gemeente moet een oogstboek naar het door de „Gerstenzentrale" voorgeschreven model houden en zich de vereischte gegevens voor een regelmatige oogstboekhouding aanschaffen. Zij draagt zorg voor de bewaring van dit oogstboek.

Het oogstboek moet volgende aanduidingen bevatten :

1) *de namen der gerstvoortbrengers ;*
2) *de oppervlakte van het met gerst bezaaide land ;*
3) *de schatting van den gerstoogst;*
4) *de opbrengst aan gedorschte gerst ;*
5) *aanteekening over de afzonderlijke verkoopen en vervoeren van gerst.*

Door het feit van inschrijven van de opbrengst aan gedorschte gerst in het oogstboek, is de in de afzonderlijke bedrijven voorhanden zijnde gerst bij de „Gerstenzentrale" kosteloos tegen brandschade verzekerd. De door brand veroor-

zaakte schade wordt vergoed tot het bedrag van 80 % der waarde van de verbrande of door het vuur onbruikbaar geworden of in waarde verminderde gerst, zoover de schade niet reeds anderszins door verzekering gedekt is. Voor brandschade die door eigen schuld van den eigenaar werd veroorzaakt of die met krijgshandelingen samenhangt, wordt geen schadevergoeding toegestaan.

De „Gerstenzentrale", de Voorzitters van het burgerlijk bestuur, de burgerlijke Kommissarissen bij de „Kreischefs" of dezer plaatsvervangers hebben het recht inzage van de oogstboeken te nemen.

Art. 7. De gerstkommissionarissen zijn belast met :

1) *het toezicht over het schatten en vaststellen van de oogstopbrengst aan gerst bij de afzonderlijke bezitters van landbouwbedrijven;*
2) *het vaststellen van de waarde en het gewicht van de gerst ;*
3) *het nemen van stalen;*
4) *het bewaken van het gerstvervoer ;*
5) *het uitvoeren van de bijzondere opdrachten der „Gerstenzentrale", der Voorzitters van het burgerlijk bestuur en der burgerlijke Kommissarissen bij de „Kreischefs".*

De gerstkommissionaris ontvangt vanwege de „Gerstenzentrale" een vergoeding van 50 centiem voor elke 100 kilo door zijn tusschenkomst aangekochte gerst, die hij op de hem aangewezen plaats aflevert. In geval van bijzonder groote of bijzonder vruchtdragende werkzaamheid, kan de „Gerstenzentrale" hem naar goeddunken een bijzondere toelage toekennen.

Art. 8. Ongedorschte of gedorschte gerst, afval van gerst evenals mout en moutkiemen mogen alleen met een geleibrief vervoerd worden. De geleibrieven worden door de „Gerstenzentrale" afgeleverd.

Deze bepaling is ook toepasselijk op gerst, mout of moutkiemen, die niet binnen het gebied van het Generalgouvernement verbouwd of vervaardigd zijn, doch in dit gebied ingevoerd worden.

Geleibrieven zijn niet vereischt voor :

het vervoer van ongedorschte gerst van het veld naar de bewaarplaats ;

het vervoer van ongedorschte gerst van de bewaarplaats naar de dorschmachine ;

het vervoer van gedorschte gerst van de dorschmachine naar de bewaarplaats.

Art. 9. I. Elke bezitter van een landbouwbedrijf, waar in den loop van het kalenderjaar 1917 gerst werd verbouwd is verplicht :

a) *al de gerst van zijn oogst, met uitzondering van de onder artikel 2 vermelde zaaigerst, aan de „Gerstenzentrale" tegen betaling af te staan ;*

b) *al de maatregelen te nemen die tot het behoud der voorhanden stapels noodig zijn, en de vastgestelde dorschtermijnen na te komen. Zoo de bezitter de maatregelen niet neemt, die tot het behoud der stapels noodig zijn, of zoo hij de vastgestelde dorschtermijnen niet nakomt, kan de „Kreischef" deze maatregelen op de kosten van den bezitter door een derde laten nemen ;*

c) *aan de gemeente, alsook aan de „Gerstenzentrale" en hun lasthebbers de noodige aangiften naar waarheid te verstrekken met het oog op de schatting van den gerstoogst, en het volledig bedrag der door hem gedorschte gerst, onmiddellijk na het dorschen, ter aanteekening in het oogstboek bij de gemeente aan te geven ;*

d) *den gerstkommissionaris of elken anderen lasthebber van de „Gerstenzentrale" toegang te verleenen tot alle plaatsen van zijn bedrijf, opdat deze zich van zijn taak kunne kwijten ;*

e) *den gerstkommissionaris of elken anderen lasthebber van de „Gerstenzentrale" zijn zakenboeken over te leggen en hem de bewijzen te leveren waar de in zijn bedrijf verbouwde gerst gebleven is ;*

f) *desverlangd, de gerst op tijd naar de aangewezen spoorweg- of scheepsstatie, of bij den aangeduiden afnemer of naar het aangewezen gerstmagazijn te brengen en te laden. Bedraagt de af te leggen weg daarheen meer dan 15 kilometer, zoo wordt de verdere afstand tegen den gewonen plaatselijken vervoerprijs vergoed.*

II. Elke bezitter of voortbrenger van moutkiemen is verplicht :

a) *bij de „Gerstenzentrale" zijn voorhanden stapels moutkiemen aan te geven en dezelve aan de „Gerstenzentrale" tegen betaling af te staan ;*

b) *alle maatregelen te nemen, die tot het behoud der voorhanden moutkiemen noodig zijn ;*

c) *aan de lasthebbers van de „Gerstenzentrale" toegang te verleenen tot alle plaatsen van zijn bedrijf, opdat deze zich van hun taak kunnen kwijten;*

d) *aan de lasthebbers van de „Gerstenzentrale" zijn zakenboeken over te leggen en hun de bewijzen te leveren, waar de in zijn bedrijf voortgebrachte moutkiemen gebleven zijn ;*

e) *desverlangd, de moutkiemen op tijd volgens opdracht aan de door de „Gerstenzentrale" aan te duiden afnemers te leveren ;*

f) *voor elke 100 kilo gerst, die hem afgeleverd werd, ten minste 2 kilo goede, gezonde moutkiemen voort te brengen.*

Art. 10. Het is verboden :

a) *de gerst op den halm af te maaien en tot groenvoeder te gebruiken ;*

b) *met gerst bezaaide stukken land om te ploegen ;*
c) *in beslag genomen gerst of moutkiemen onbevoegd te verbergen, of ze onbevoegd te verwijderen uit de gemeente waarin zij in beslag genomen zijn, ze te beschadigen, te vernietigen, onbevoegd te verwerken of te verbruiken ; inzonderheid ongedorschte, gedorschte, gegrutte of gemalen gerst en ook zaaigerst te vervoederen ;*
d) *in beslag genomen gerst en moutkiemen onbevoegd te verkoopen, te koopen of op elke andere wijze van de hand te doen of aan te schaffen, inzonderheid ze als loonsvergoeding aan aangestelden en werklieden af te staan.*

De burgerlijke Kommissaris bij den „Kreischef" kan in bijzondere omstandigheden uitzonderingen op het verbod onder a *en* b *toestaan.*

Art. 11. De toegang tot de fabrikatieplaatsen mag aan de lasthebbers van de „Gerstenzentrale", aan de Voorzitters van het burgerlijk bestuur en aan de burgerlijke Kommissarissen bij de „Kreischefs" niet ontzegd worden.

Zij, die gerechtigd zijn gerst in ontvangst te nemen mogen, met uitzondering van afval van gerst, geen gerst voortverkoopen. De bevoegdheid van het brouwerijtoezichtskantoor, om grondstoffen van de eene brouwerij aan de andere toe te wijzen (art. II der Verordening van 21 Maart 1916), blijft hierdoor onaangeroerd.

Legt een brouwerij of een gistfabriek haar bedrijf stil vóór 1 Augustus 1918, zoo moet de bij het stilleggen van het bedrijf voorhanden gerst aan de „Gerstenzentrale" worden teruggegeven. In dit geval zal deze aan den eigenaar in 't algemeen den koopprijs betalen, dien zijn bedrijf aan de „Gerstenzentrale" betaald heeft, vermeerderd met een intrest van 6 %, berekend van den dag waarop de eerste koopsom werd gestort. Is de gerst in waarde verminderd, dan moet bij de vaststelling van de overnamevergoeding daarmede rekening worden gehouden.

Art. 12. Als hoogste prijs voor den verkoop van de bijprodukten der brouwerij- en mouterijbedrijven zijn bepaald:

voor afvalgerst : 20 frank per 100 kg., in de brouwerij of mouterij genomen ;

voor mouterijresten : 7 frank per 100 kg. droog gewicht der veraccijnsde, voor de bierbrouwerij benuttigde grondstof (farines), in de brouwerij genomen.

Deze hoogste prijzen mogen niet overschreden worden.

Art. 13. De „Gerstenzentrale" verkoopt de door haar uit het buitenland ingevoerde gerst en het door haar ingevoerd brouwmout, overeenkomstig den onder artikel 3 bepaalden verdeelingsrooster, aan hen die gerechtigd zijn deze voortbrengselen in ontvangst te nemen.

Art. 14. Alle betwistingen ontstaan :

1) tusschen de „Gerstenzentrale" en derde personen,

2) tusschen de „Gerstenzentrale" en haar lasthebbers,

worden door een te Brussel zetelend scheidsgerecht beslecht. Artikelen 1005 tot 1028 van het Belgisch wetboek van burgerlijke rechtspleging zijn op dit scheidsgerecht niet toepasselijk.

Het scheidsgerecht bestaat uit :

a) *een voorzitter, benoemd door het Hoofd van het burgerlijk bestuur ;*
b) *een lid, verkozen door de „Fédération générale des brasseurs belges" ;*
c) *een lid, aangewezen door den Hoogeren Landbouwraad*

Voor elk lid is een plaatsvervanger aangeduid.

Het staat het scheidsgerecht vrij, deskundigen en getuigen te hooren. Het regelt zijn rechtspleging zelf. Van de gerst of de moutkiemen, die het voorwerp der betwisting uitmaken, moet een verzegeld staal overgelegd worden, tot het vaststellen van de hoedanigheid en den vochtigheidsgraad. Elk staal moet ten minste 1 kilogram wegen.

Het scheidsgerecht bepaalt naar vrije schatting de kosten der rechtspleging, de partijkosten inbegrepen. De voorzitter stelt de vergoeding vast, die de leden van het scheidsgerecht en de deskundigen voor hun ambtsverrichtingen toekomt, evenals de schadeloosstelling waarop de getuigen recht hebben voor tijdverlet en reiskosten.

De uitspraken van het scheidsgerecht zijn zonder beroep.

De voorzitter verklaart het vonnis van het scheidsgerecht uitvoerbaar.

Het vonnis is krachtens het voorschrift van uitvoerbaarheid uit te voeren.

Art. 15. Overtredingen van de artikelen 8, 9, 10, 11 en 12 worden met ten hoogste 1 jaar gevangenis of met ten hoogste 8000 mark boete gestraft; ook kunnen beide straffen tegelijk uitgesproken worden.

In geval van overtreding van artikel 8 en artikel 10, litt. c *en* d, *kan, naast de hiervoren voorziene straffen, de verbeurdverklaring van de gerst en van de moutkiemen ten bate der „Gerstenzentrale", evenals de verbeurdverklaring van de overeengekomen prijswaarde uitgesproken worden.*

Ook de poging tot overtreding van artikel 10, litt. c *en* d, *van deze Verordening is strafbaar.*

Art. 16. Wordt een overtreding van artikelen 8 en 10, litt. c *en* d, *door een gerstkommissionaris begaan, zoo moet ten hoogste 5 jaar gevangenis en ten hoogste 16.000 mark boete worden uitgesproken.*

Gerstkommissionarissen die, bij het bewaken van de oogst vaststelling, willens en wetens de opbrengst van de gedorschte gerst onjuist opteekenen of die, bij het vaststellen van prijs en gewicht van de gerst of bij het nemen van stalen, willens en wetens valsche aangiften doen, ondergaan dezelfde straf.

Art. 17. De Duitsche krijgsrechtbanken en krijgsbevelhebbers zijn tot oordeelvellen bevoegd.

Art. 18. De „Gerstenzentrale" zal zoo noodig met het

oog op de uitvoering van deze Verordening uitvoeringsbepalingen uitvaardigen.

Brussel, den 16n Juni 1917.
C. C. VII 3706.

2.

VERORDNUNG, ***

betreffend die Beschlagnahme und Verwertung der Zichorienwurzeln.

Art. 1. Die im Bereich des Generalgouvernements aus der Ernte 1917/1918 gewonnenen Zichorienwurzeln, einschliesslich derjenigen, welche zur Zichorien- Gemüseerzeugung gedient haben, werden hiermit beschlagnahmt.

Art. 2. An den beschlagnahmten Wurzeln dürfen weder Veränderungen vorgenommen, noch darf durch Vereinbarung oder Vertrag über sie verfügt werden. Derartige Vereinbarungen oder Verträge sind nichtig.

Das Verfüttern oder Verbrennen der Wurzeln ist verboten. Ausnahmen vom Verbot des Verfütterns kann der Verwaltungschef bei dem Generalgouverneur in Belgien auf Antrag zulassen.

Art. 3. Die Verwertung der Zichorienwurzeln wird der Zichorien-Abteilung der Zentral-Einkaufs- Gesellschaft für Belgien m. b. H. in Brüssel übertragen.

Art. 4. Jeder Besitzer von Zichorienwurzeln ist verpflichtet, seine Vorräte an die Zichorien-Abteilung der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft oder die von ihr bezeichneten Personen, die sich hierüber auszuweisen haben, gegen Barzahlung zu liefern. Der Verkauf an andere Personen ist verboten.

Wer Zichorienwurzeln verkauft, ist verpflichtet, sich

über die Zulassung der Käufer zu vergewissen und die Vorlage des vorschriftsmässigen Ausweises (Absatz 1) zu fordern.

Wird die Abgabe der Zichorienwurzeln an die von der Zichorien-Abteilung der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft bezeichneten Personen verweigert, so kann der Kreischef auf der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft anordnen, dass die Vorräte zu einem hinter dem in Artikel 5 vorgeschenen Uebernahmepreis um 20 Hundert zurückbleibenden Preise, nötigenfalls unter Zuziehung militärischer Hilfe, enteignet werden.

Art. 5. Der Kaufpreis der getrockneten Zichorienwurzeln richtet sich je nach ihrer Güte und Verwendbarkeit. Er wird von der Zichorien-Abteilung der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft mit der Massgabe festgesetzt, dass für 100 kg beste getrocknete Zichorienwurzeln frei Abgangsstation höchtens 30 Fr. berechnet werden dürfen. Der Preis wird in bar gezahlt.

Art. 6. Die Beförderung der Zichorienwurzeln innerhalb Belgiens mit der Bahn, im Schiff oder durch Achse erfolgt nur auf Grund der von der Zichorien-Abteilung der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft ausgestellten, von dem Verwaltungschef bei dem Generalgouverneur abgestempelten Frachtbriefe, Konnossemente oder für den Transport mit der Achse bestimmten Freigabescheine.

Art. 7. Die Artikel 1—6 finden auf alle Zichorienwurzeln früherer gleichfalls Anwendung.

Art. 8. Zuwiderhandlungen gegen die Artikel 2, 3, 4, 5 und 6 werden mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 20.000 Mark bestraft. Auch kann auf Geldstrafe neben einer Freiheitsstrafe erkannt werden. Ausserdem kann auf Einziehung der den Gegenstand der Zuwiderhandlung bildenden Ware erkannt werden.

Zuständig sind die deutschen Militärgerichte und Militärbefelhshaber.

Art. 9. Mit der Ausführung der Verordnung wird der Verwaltungschef bei dem Generalgouverneur beauftragt.

Art. 10. Die Verordnung, betr. die Beschlagnahme und Verwertung der Zichorienwurzeln vom 14. Juli 1916 (G. u. V. Bl. S. $\frac{2407}{2583}$) tritt ausser Kraft.

Brüssel, den 16. Juni 1917.
C. C. VII 3708.

Arrêté ***

concernant la saisie et l'utilisation des racines et cossettes de chicorée.

Art. 1er. Toutes les racines de chicorée de la récolte de 1917/18 qui se trouvent dans le territoire du Gouvernement général, y compris celles qui ont servi à la culture maraîchère des chicorées, sont saisies en vertu du présent arrêté.

Art. 2. Les racines saisies ne peuvent subir aucune modification; il est défendu d'en disposer par convention ou par contrat. De telles conventions ou de tels contrats sont nuls et non avenus.

Il est interdit de faire servir les racines à l'alimentation du bétail ou de les brûler. Le Chef de l'Administration civile (Verwaltungschef) près le Gouverneur général en Belgique peut, sur demande, autoriser des exceptions à l'interdiction de donner des racines en nourriture au bétail.

Art. 3. Le soin d'utiliser les racines de chicorée est confié à la Section de la chicorée (Zichorienabteilung) de la „Zentral-Einkaufs-Gesellschaft fur Belgien m. b. H.", à Bruxelles.

Art. 4. Tout détenteur de racines de chicorée est tenu de livrer son stock, moyennant payement au comptant,

à la Section de la chicorée de la „Zentral-Einkaufs-Gesellschaft" ou aux personnes désignées par elle et qui doivent prouver leur qualité de mandataires. Il est défendu de vendre à d'autres acheteurs.

Quiconque vend des racines de chicorée est tenu de s'assurer si l'acheteur est autorisé à acheter et de se faire montrer la pièce justificative prescrite (1er alinéa).

Si le détenteur refuse de céder ses racines de chicorée aux mandataires de la Section de la chicorée de la „Zentral-Einkaufs-Gesellschaft", le Chef d'arrondissement (Kreischef) pourra, à la requête de ladite „Zentral-Einkaufs-Gesellschaft", ordonner que le stock en question soit exproprié, au besoin en ayant recours à la force armée, à un prix inférieur de 20 % au prix d'achat établi par l'article 5.

Art. 3. Le prix d'achat des cossettes de chicorée séchées dépend de leur qualité et de leur rendement présumé. Ce prix est déterminé par la Section de la chicorée de la „Zentral-Einkaufs-Gesellschaft" en tenant compte que 100 kg. de cossettes séchées de la meilleure qualité, livrés en gare de départ, peuvent être payés 30 francs au plus. Le prix sera payé comptant.

Art. 6. Le transport des racines et cossettes de chicorée en Belgique, par chemin de fer, bateau ou voiture, n'est autorisé qu'en vertu soit d'une lettre de voiture, soit d'un permis de transport par voiture, délivré par la Section de la chicorée de la „Zentral-Einkaufs-Gesellschaft" et revêtu du timbre du Chef de l'Administration civile près le Gouverneur général.

Art. 7. Les articles 1er à 6 sont aussi applicables à toutes les racines et cossettes de chicorée provenant des récoltes antérieures.

Art. 8. Les infractions aux articles 2, 3, 4, 5 et 6 seront punies d'un emprisonnement de 5 ans au plus ou d'une amende pouvant atteindre 20,000 marcs. L'amende pour-

ra aussi être réunie à la peine d'emprisonnement. En outre, on pourra prononcer la confiscation de la marchandise qui aura formé l'objet de l'infraction.

Les tribunaux et commandants militaires allemands sont compétents pour juger lesdites infractions.

Art. 9. Le Chef de l'Administration civile près le Gouverneur général est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Art. 10. L'arrêté du 14 juillet 1916, concernant, la saisie et l'utilisation des racines et cossettes de chicorée (Bull. off. des l. et arr., p. $\frac{2407}{2583}$), est abrogé.

Bruxelles, le 16 juin 1917.
C. C. VII 3708.

Verordening ***

betreffende de inbeslagneming en benuttiging van suikerij-wortels (cichorei)

De suikerijwortels uit den oogst van 1917/1918, binnen het gebied van het Generalgouvernement gewonnen, met inbegrip van die welke voor de witloofteelt hebben gediend, zijn hierbij in beslag genomen.

Art. 2. Het is verboden aan de in beslag genomen wortels wijzigingen toe te brengen toe te brengen of er bij overeenkomst of verdrag over te beschikken. Dergelijke overeenkomsten of verdragen zijn ongeldig.

Het vervoederen of branden van de wortels is verboden. Het hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) bij den General-gouverneur in België kan, op aanvraag, uitzonderingen toelaten op het verbod, suikerijwortels te vervoederijen.

Art. 3. De Suikerijafdeeling (Zichorienabteilung) *van de „Zentral-Einkaufs-Gesellschafft für Belgien m. b. H.*

te Brussel is belast met de benuttiging der Suikerijwortels.

Art. 4. Elke bezitter van suikerijwortels is verplicht, zijn voorraden tegen gereed geld af te leveren aan de Suikerijafdeeling van de „Zentral-Einkaufs-Gesellschaft", of aan de door haar aangeduide personen, die dan hun hoedanigheid van lasthebbers moeten bewijzen. De verkoop aan andere personen is verboden.

Wie suikerijwortels verkoopt is verplicht, zich te vergewissen dat de kooper de noodige volmacht heeft, en zich het voorgeschreven bewijs (1e lid) te doen overleggen.

Wordt de levering van de suikerijwortels aan de lasthebbers van de Suikerijafdeeling van de „Zentral-Einkaufs-Gesellschaft" geweigerd, zoo kan de „Kreischef" op voorstel van de „Z. E. G." bevclen, dat de voorraden onteigend worden tegen een prijs die 20 % minder bedraagt dan de onder artikel 5 voorziene koopprijs; desnoods wordt daarbij de tusschenkomst van de gewapende macht ingeroepen.

Art. 5. De koopprijs van de gedroogde suikerijwortels hangt af van hun hoedanigheid en bruikbaarheid. De Suikerijafdeeling van de „Z. E. G." stelt den prijs vast en wel in dier voege dat voor 100 kgr. beste gedroogde suikerij wortels, ter vertrekstatie geleverd, ten hoogste 30 frank mogen worden berekend. De betaling geschiedt met gereed geld.

Art. 6. Het vervoer van de suikerijwortels binnen België per spoorweg, per schip of per as is alleen toegelaten op grond van een vrachtbrief, van een konnossement of van een geleibrief voor het vervoer per as, afgeleverd door de suikerijafdeeling der „ZentralEinkaufs-Gesellschafft" en voorzien van den stempel van het Hoofd van het burgelijk bestuur bij den Generalgouverneur.

Art. 7. Artikelen 1—6 zijn toepasselijk op al de suikerijwortels uit vroegere oogstjaren.

Art. 8. Overtredingen van artikelen 2, 3, 4, 5 en 6 wor-

den met ten hoogste 5 jaar gevangenis of met ten hoogste 20.000 mark boete gestraft. Ook kunnen boete en gevangenisstraf tegelijk worden uitgesproken. Bovendien kan de verbeurdverklaring van de waar, die het voorwerp van de overtreding uitmaakt, uitgesproken worden.

De Duitsche krijgsrechtbanken en krijgsbevelhebbers zijn tot oordeelvellen bevoegd .

Art. 9. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur bij den Generalgouverneur is belast met de uitvoering van deze Verordening.

Art. 10. De Verordening van 14 Juni 1916 betreffende de inbeslagneming en benuttiging van suikerijwortels (cichorei) (Wet- en Verordeningsblad, bl. $\frac{2407}{2583}$) houdt op van kracht te zijn.

Brussel, den 16n Juni 1917.
C. C. VII 3708.

3.

VERORDNUNG,

betreffend ergänzung der Verordnung vom 29. Juni 1916 ber die Wiederaufnahme des Postscheck- und Ueberweisungsdienstes.

Die Kaiserlich Deutsche Post-und Telegraphenverwaltung in Belgien wird ermächtigt, den Postscheck- und Ueberweisungsdienst, wie er gemäss Verordnung vom 29. Juni 1916 für das Gebiet des Generalgouvernements besteht, mit den durch den Postbetrieb im Etappengebiet bedingten Abweichungen auf den Verkehr mit den deutschen Behörden in den zum Etappengebiet gehörenden belgischen Landesteilen auszudehnen.

Brüssel, den 19, Juni 1917.
G. G.II*b* 3799.

Arrêté

complétant l'arrêté du 29 juin 1916 relatif à la reprise du service des chèques et virements postaux.

L'Administration impériale des postes et télégraphes en Belgique est autorisée à étendre le service des chèques et virements postaux, tel qu'il fonctionne dans le territoire du Gouvernement général en vertu de l'arrêté du 29 juin 1916, aux relations avec les autorités allemandes établies dans les parties de la Belgique comprises dans le territoire des étapes, en tenant des modification nécessitées par le service postal de ce dernier territoire.

Bruxelles, le 19 juin 1917.
G. G. II*b* 3799.

Verordening

houdende aanvulling van de Verordening van 29 Juni 1916, betreffende het hernemen van den dienst der postchecks en postoverschrijvingen.

Het keizerlijk Duitsch beheer van Posterijen en Telegrafen in België is gemachtigd, den dienst van de postchecks en postoverschrijvingen, zooals die overeenkomstig de Verordeningen van 29 Juni 1916 voor het gebied van het Generalgouvernement bestaat, uit te breiden op het verkeer met de Duitsche overheden in de tot het Etappengebied behoorende gedeelten van België, echter met de afwijkingen die voor den postdienst in het Etappengebied noodig zijn.

Brussel, den 19n Juni 1917.
*G. G. II*b*.3799.*

4.

VERORDNUNG,

betreffend Bestellung von Aufsichtpersonen ber Unternehmungen Angehöriger des feindlichen Auslandes.

Ziffer I der Verordnung vom 26. November 1914 (Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 16, Seite 49) erhält folgenden Zusatz:

3) Ebenso können auch in den besetzen Teilen Belgiens befindliche Unternehmungen oder Zweigniederlassungen von Unternehmungen, die einen industrielen Betrieb in Belgien unterhalten oder Warenhandel oder Versicherungsgeschäfte betreiben, sowie Vermögenswerte aller Art unter Aufsicht gestellt werden, falls ein öffentliches Interesse des Deutschen Reiches oder der besetzten Teile Belgiens an diesen Massnahmen besteht.

Brüssel, den 23. Juni 1917.
C. C. IV*a* 20970.

Arrêté

concernant la nomination de commissares de surveillance pour les entreprises des ressortissants des pays étrangers ennemis.

Le chiffre Ier de l'arrêté du 26 novembre 1914 (Bulletin officiel des lois et arrêtés no. 16, page 49) est complété comme suit:

3) De même ,les entreprises ou succursales d'entreprises qui sont établies dans le territoire belge occupé et qui y possèdent une exploitation industrielle, partiquent le commerce des marchandises ou s'occupent d'assurances, ainsi que les biens meubles et immeubles de toute espèce,

peuvent être placés sous surveillance, du moment que cette mesure présente un intérêt public pour l'Empire allemand ou le territoire belge occupé.

Bruxelles, le 23 juin 1917.
C. C. IV*a* 20970.

Verordening

betreffende de aanstelling van toezichters voor ondernemingen van onderdanen van het vijandelijk buitenland.

Aan cijfer I van de Verordening van 26 November 1914 (Wet- en Verordeningsblad, Nr. 16, bl. 49) wordt het navolgende toegevoegd :

3) In de bezette deelen van België voorhanden zijnde ondernemingen of succursales van ondernemingen, die in België hetzij een nijverheidsbedrijf onderhouden, hetzij warenhandel of verzekeringszaken drijven, alsook vermogenswaarden van om het even welke soort, kunnen eveneens onder toezicht geplaatst worden, bijaldien deze maatregelen een openbaar belang van het Duitsche Rijk of van de bezette gedeelten van België dienen.

Brussel, den 23n Juni 1917.
*C. C.IV*a *20970.*

5.

VERORDNUNG,

betreffend die Uebertragung weiterer dem Generalkommissar für die Banken in Belgien auf Grund der Verordnungen vom 26. November 1914 und 17. Februar 1915 zustehenden Befugnisse auf den Verwaltungschef bei dem Generalgouverneur in Belgien.

Die Verordnung vom 26. August 1915 (Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens

Nr. 112, Seite, 956) wird dahin erweiter, dass auch bei Grundstücken die Befugnisse, welche dem Generalkommissar für die Banken in Belgien auf Grund der Verordnungen vom 26. November 1914 und vom 17. Februar 1915 (Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens Seite 49 und 178) zustehen, auf den Verwaltungschef bei den Generalgouverneur in Belgien übertragen werden.

Brüssel, den 23. Juni 1917.
C.C. IV*a* 20970.

Arrêté

conférent, à titre complémentaire, au Chef de l'Administration civile (Verwaltungschef) près le gouverneur géneral en Belgique certains pouvoirs attribués au Commissaire général des banques en Belgique (Generalkommissar für die Banken in Belgien) en vertu des arrêtés des 26 novembre 1914 et 17 février 1915.

La portée de l'arrêté du 26 août 1915 (Bulletin officiel des lois et arrêtés pour le territoire belge occupé no. 112, page 956) est étendue en ce sens que, pour les immeubles également, les pouvoirs attribués au Commissaire général des banques en Belgique en vertu des arrêtés des 26 novembre 1914 et 17 février 1915 (Bulletin officiel des lois et arrêtés pour le territoire belge occupé, pages 49 et 178), sont transmis au Chef de l'Administration civile près le Gouverneur général en Belgique.

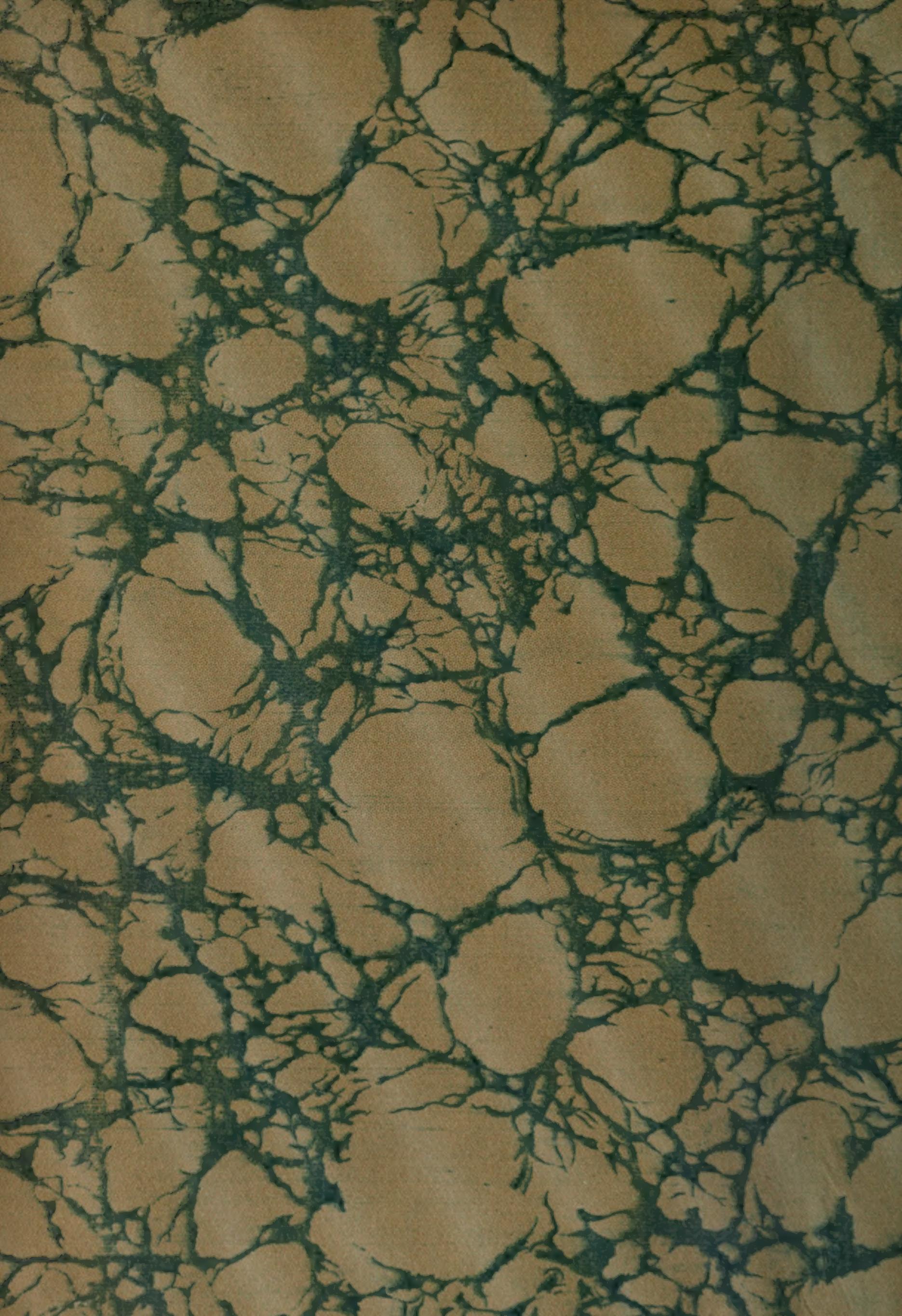
Bruxelles, le 23 juin 1917.
C. C. IV*a* 20970.

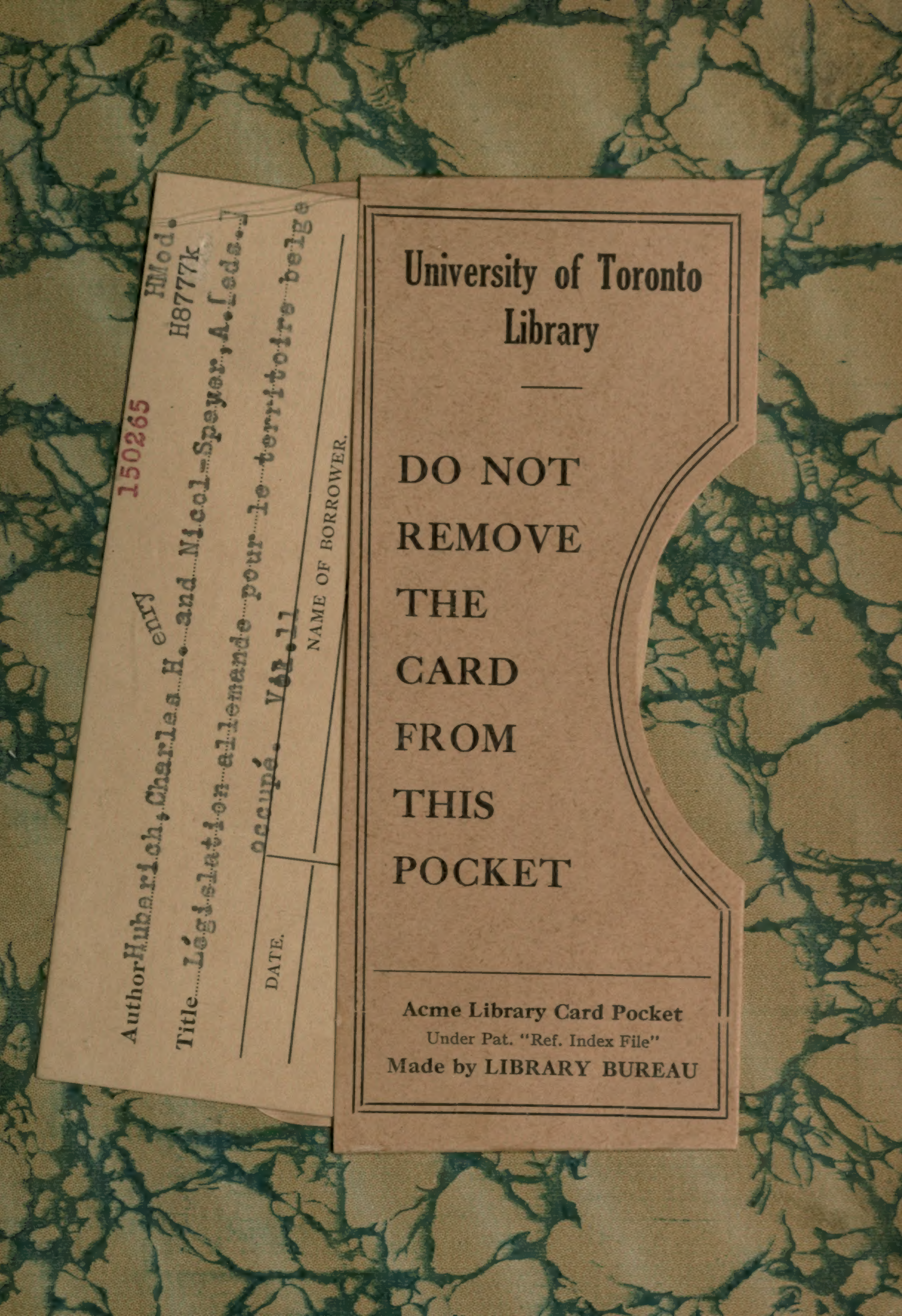
Verordening

betreffende het overdragen van verdere bevoegdheden, die den Kommissaris-Generaal voor de banken in België (Generalkommissar für die Banken in Belgien) krachtens de Verordeningen van 26 November 1914 en van 17 Februari 1915 toegekend zijn, op het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) bij den Generalgouverneur in België.

De Verordening van 26 Augustus 1915 (Wet en Verordeningsblad voor de bezette streken van België, Nr. 112, bl. 956) is in dier voege uitgebreid, dat de bevoegdheden, die den Kommissaris-Generaal voor de banken in België krachtens de Verordeningen van 26 November 1914 en 17 Febrruari 1915 (Wet- en Verordeningsblad voor de bezette streken van België, bl. 49 en 178) toegekend zijn ook voor onroerende goederen op het Hoofd van het burgerlijk bestuur bij den Generalgouverneur in België overgedragen worden.

Brussel, den 23n Juni 1917.
*C. C. IV*a *20970.*




University of Toronto
Library
DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET
Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU
150265
HMod.
H8777k
Author Huberich, Charles Henry. and Nicol-Speyer, A. [eds.]
Title Législation allemande pour le territoire belge occupé. Vol. 11
DATE.
NAME OF BORROWER.

